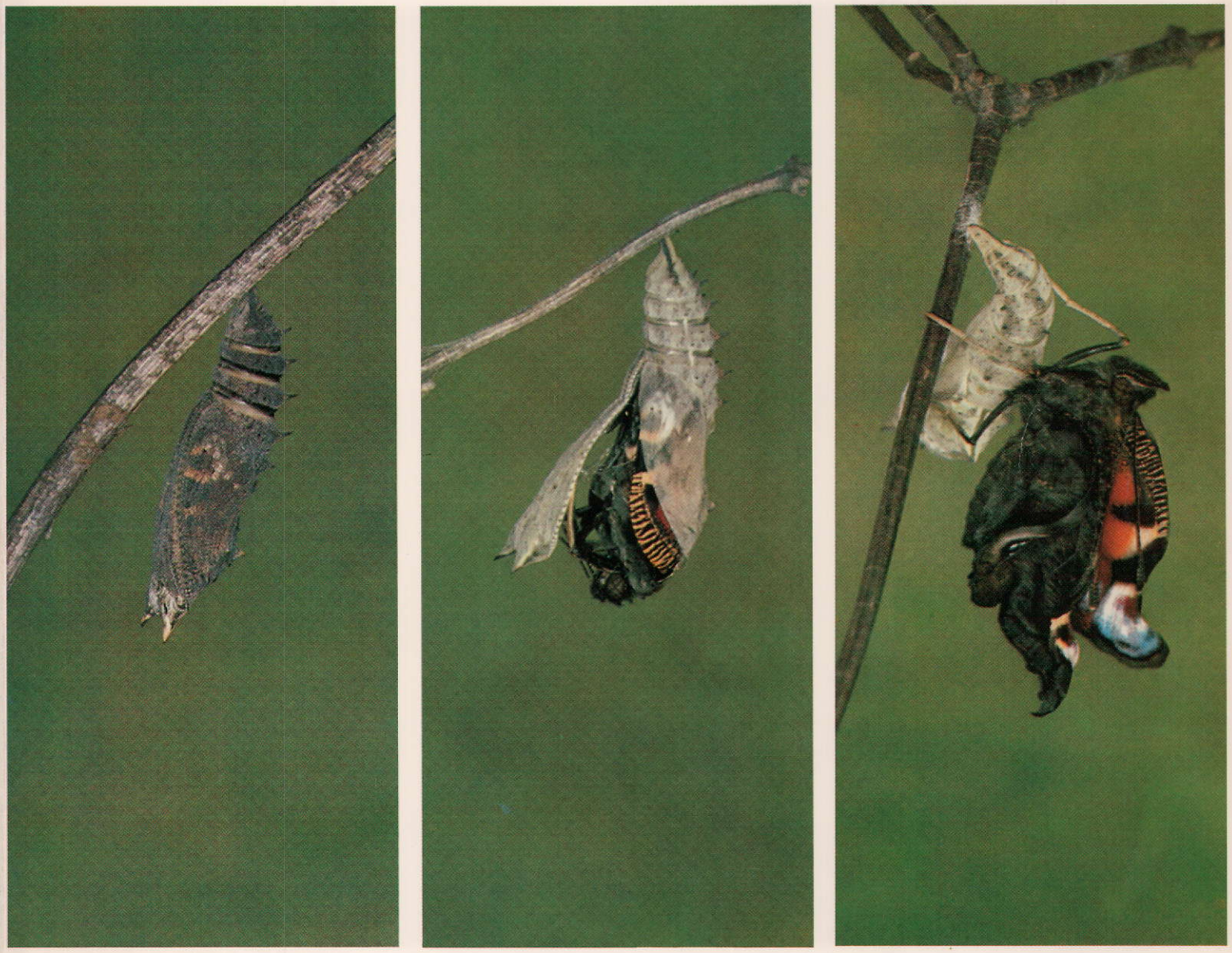
»Auswege aus dem industriellen Wachstumsdilemma«



Eröffnungstagung

Berlin 15.-17.11.85

Institut für ökologische
Wirtschaftsforschung (IÖW)
GmbH

AUSWEGE AUS DEM INDUSTRIELLEN WACHSTUMSDILEMMA

Eröffnungstagung des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH in Berlin vom 15.-17. November

Tagungsort:

Technische Universität Berlin, Mathematik-Gebäude,
Straße des 17. Juni 136
(Tagungsplenum MA 004)

Schriftenreihe
des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH Nr. 1
Niebuhrstraße 61, 1000 Berlin 12, ☎ 030/324 32 55
Bank für Handel und Industrie Berlin, Konto-Nr.: 843 502 900, BLZ 100 800 00

Tagungsprogramm

Freitag, den 15.11.85

19 Uhr	Begrüßung durch Dr. Reinhard Pfriem Geschäftsführer des IÖW
19.30-20.30	MACHTFRAGEN UND GELDFRAGEN Dr. Carlo Jaeger-Weise (ETH Zürich, IÖW)
20.45-21.45	DIE NATURVERGESSENHEIT DER ÖKONOMISCHEN THEORIEN Prof. Dr. Hans Immler (Gesamthochschule Kassel)

Samstag, den 16.11.85

9.00-12.00	Vorträge und Diskussion zum Thema: DURCH UMWELTSCHUTZ ZUM NEUEN WIRTSCHAFTSWUNDER?
9.00- 9.30	Vortrag Prof. Dr. Lutz Wicke (Umweltbundesamt)
9.30-10.00	Vortrag Prof. Dr. Erich Hödl (Berg.Univ. Wuppertal)
10.00-10.30	Vortrag Prof. Dr. Martin Jänicke (FU Berlin, IÖW)
10.45-11.45	Diskussion
13.00-17.00	Fortsetzung der Tagung in drei Arbeitsgruppen (1) PROBLEME DER WACHSTUMSMESSUNG UND ANSÄTZE ZUR ÖKOLOGISCHEN UND SOZIALEN WOHLFAHRTSERMITTLUNG (2) STRUKTURWANDEL UND ÖKOLOGISCHE INNOVATIONEN (3) ÖKOLOGISCHE PFADE ALTER UND NEUER UNTERNEHMEN
17.30-19.30	1.o. Mitgliederversammlung der VEREINIGUNG FÜR ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Sonntag, den 17.11.85

10.00-13.00	Podiumsdiskussion zum Thema: DIE ZUKUNFT DER WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Teilnehmer/innen:

Hannelore Burmann	(Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Bonn)
Gisela Anna Erler	(München)
Irene Schöne	(IÖW, Hamburg)
Prof.Dr. Hajo Riese	(FU Berlin)
Dr. Lothar Scholz	(IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München)
Dr. Frank Stille	(Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung / DIW, Berlin)

Leitung:

Dr. Joachim Müller	(IÖW, Bonn)

Inhaltsverzeichnis

Dr. Reinhard Pfriem: Warum ein Institut und eine Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung? 4
Dr. Carlo Jaeger-Weise: Machtfragen und Geldfragen: Ein Thesengeflecht 6
Prof. Dr. Hans Immler: Natur in der ökonomischen Theorie 13
Prof. Dr. Lutz Wicke: Thesen zum Vortrag „Durch Umweltschutz zum neuen Wirtschaftswunder?" 19
Prof. Dr. Erich Hödl: Thesen zum „ökonomischen Strukturwandel und qualitativen Wachstum" 24
Prof. Dr. Martin Jänicke: Umweltzerstörung und Staatsverschuldung – Irrwege und Auswege 32

Arbeitsgruppe 1
Probleme der Wachstumsmessung und Ansätze zur ökologischen und sozialen Wohlfahrtsermittlung 37
Einleitung 38
Dr. Christian Leipert: Für ein neues Konzept zur Bilanzierung von Kosten und Nutzen der industriegesellschaftlichen Produktionsweise 39
Ingomar Hauchler: Vom Wohlstand zur Wohlfahrt 44
Eberhard Seifert: Vieldimensionalität realökonomischer Gestaltungsprobleme – ein Ansatz zur Überwindung der geldorientierten Erwerbskunst? 48

Arbeitsgruppe 2
Strukturwandel und ökologische Innovationen 55
Einleitung 56
Prof. Dr. Martin Jänicke: Superindustrialismus und Postindustrialismus – Langzeitperspektiven von Umweltbelastung und Umweltschutz 57
Dr. Joseph Huber: Umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaftsentwicklung 68
Dr. Otto Ullrich: Modernisierung oder Entindustrialisierung? Überlegungen zur Technologiepolitik 76
Prof. Dr. Fritz Vilmar: Ökologische Prinzipien der Wirtschaftsdemokratie 84
Prof. Dr. Johannes Berger: An den Grenzen der Lohnarbeit. Ist der gesellschaftliche Fortschritt an Beschäftigungsverhältnisse gebunden? 86

Arbeitsgruppe 3
Ökologische Pfade alter und neuer Unternehmen 93
Einleitung 94
Wirtschaftswoche: Die Umwelt ist zu retten 96
Dr. Georg Winter: Ein nationales Umwelt-Wiederaufbauwerk fände in Deutschland eine breite Unterstützung 104
Kurt Wand: Arbeit für alle – Möglichkeiten regionaler Beschäftigungspolitik 107
Michael Geuenich: Arbeit zum Nutzen von Mensch und Natur 109
Prof. Dr. Eberhard Schmidt: Weder arbeitslos noch vergiftet – Konturen einer ökologiebewußten Betriebs- und Gewerkschaftspolitik 113

Podiumsdiskussion
Die Zukunft der Wirtschaftsforschung 121
Einleitung 122
Hannelore Burmann (Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Bonn) 123
Gisela Anna Erler (München): Zwanzig-Stunden-Träume und schnuckelige Nachbarschaften 126
Irene Schöne (IÖW, Hamburg): Ökologie als neues Paradigma der Ökonomie? 128
Prof.Dr. Hajo Riese (FU Berlin) 131
Dr. Lothar Scholz (IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München) 132
Dr. Frank Stille (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung / DIW, Berlin) 135

Dr. Reinhard Pfriem

Warum ein Institut und eine Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung?

Von der Krise zu reden, ist modisch geworden. Fast alle reden von der Krise - von natürlicher Umwelt, von Wirtschaft und Gesellschaft; und die innerhalb der Wirtschaftswissenschaften Tätigen oder an ihr Interessierten reden von der Krise der Wirtschaftswissenschaften.

Die Neugründung eines Wirtschaftsforschungsinstituts, das diese Krise zu seinem Ausgangspunkt macht, und die dazugehörige Bildung einer wissenschaftlichen Vereinigung vermögen daher zunächst kaum schlafende Hunde zu wecken. Dennoch sind wir Initiator(inn)en so kühn zu behaupten, mit der Institutionalisierung und Vernetzung ökologischer Wirtschaftsforschung einen überfälligen Schritt getan zu haben, der geeignet sein könnte, der Bewältigung der Krise vorgängiger ökonomischer Theorien neue Impulse zu geben.

Wer einen Blick in die wirtschaftswissenschaftliche und -politische Landschaft tut, könnte den Eindruck gewinnen: Es ist Wendezeit und alle sind dafür. Die Natur, so hört man von allen Seiten, ist in der Vergangenheit bei gesamt- und einzelwirtschaftlichem Handeln nicht angemessen berücksichtigt worden, jetzt haben wir das endlich begriffen. Ökonomie und Ökologie, das wissen wir heute, sind eine Einheit und gehören zusammen.

Was wissen wir eigentlich, wenn wir das wissen? Während wir zusätzliche Bäume verbrauchen, um diese neue Scheinweisheiten gegenseitig unter die Leute zu bringen, stirbt der Wald weiter, weil die Fortsetzung unserer überkommenen Arbeits- und Lebensweise verhindert, ihm den sauren Regen zu ersparen.

Wir Initiator(inn)en des Instituts und der Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung möchten erst einmal Skepsis vortragen, was die praktischen Folgen der neuen Weisheiten angeht. Wir haben unsere Zweifel, daß eine auf industrielle Expansion angelegte Wirtschaft und der schonende Umgang mit der Natur so mühelos zusammengehen, wie das von wissenschaftlicher und politischer, unternehmerischer und gewerkschaftlicher Seite allenthalben zu hören ist. Und vor diesem Hintergrund haben wir ebenfalls Zweifel an der Fähigkeit der traditionellen Wirtschaftswissenschaft und -forschung, die zum Teil gar nicht neuen, aber doch neu thematisierten Fragen und Probleme so angemessen aufzunehmen, wie dies erforderlich wäre. Wir sehen eher ein verbreitetes Bemühen, an den überkommenen Beschreibungen und Vorstellungen von Wachstum, Beschäftigung, Gleichgewicht usw. festzuhalten und das Neue vor allem rhetorisch zu verarbeiten: Qualitatives Wachstum, Vollbeschäftigung durch Umweltschutz, ökologische Modernisierung etc.

Wir kommen aus sehr unterschiedlichen wissenschaftlichen und gesellschaftstheoretischen Traditionen. Uns eint allerdings der Gedanke, daß insbesondere die ökologische Fragestellung die Grenzen isolierten ökonomischen Denkens deutlich gemacht hat. Das hauptsächliche Problem erblicken wir in einer von gesellschaftlich-kulturellen Wertsetzungen losgelösten Ökonomie. Wenn wir von der Ökonomie der Maßlosigkeit zu einem Leben mit Maß kommen wollen, in dem steigende Lebensqualität nicht mehr vorrangig über höhere Geschwindigkeiten, größere Produktivität und zunehmende Quantitäten materieller Güter und Dienstleistungen jenseits der Frage nach ihrer Qualität definiert würde, dann scheint es uns weniger überheblich als zwingend zu sein, unsere Initiative als Schritt auf dem Wege zu einer neuen Forschungstradition zu begreifen.

Diese Forschungstradition läßt sich nicht vorweg definieren. Die Forschungsprojekte des Instituts und die wissenschaftlichen und publizistischen Tätigkeiten des Instituts seiner Mitarbeiter(innen) und Freunde werden sie Zug um Zug entwickeln helfen. Durch Tagungen, Fachkonferenzen und einen Informationsdienst sowie regionale und fachliche Arbeitsgruppen soll vor allem die Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung den Diskurszusammenhang herstellen, mit dem es trotz der aktuellen theoretischen Unübersichtlichkeit und Unsicherheit möglich sein könnte, Wirtschaftsforschung auf ökologische und soziale Ziele zu orientieren.

Dr. Carlo Jaeger-Weise

Machtfragen und Geldfragen: Ein Thesengeflecht

0. Dem apodiktischen Tonfall, der der Thesenform entspricht, mag der lesende Blick augenzwinkernd begegnen.

1. Jeder Versuch, die ökologischen Probleme der Gegenwart ernsthaft anzugehen, wird bald einmal in Machtfragen verstrickt.

1.1 Das sind Fragen von der Art: Wie lassen sich Machtverhältnisse verändern? Wie lässt sich Macht erwerben, abbauen, begreifen, beschreiben? Sie stellen sich von Fall zu Fall verschieden und verlangen immer wieder neue Lösungen.

1.2 Ein wirksamer Umgang mit Macht beruht stets auf politischer Erfahrung; bestimmte Ueberlieferungen sind dabei besonders brauchbar: Geschichtsschreibung, Philosophie, vielleicht Politologie.

1.2.1 Wirtschaftsforschung kann zur Klärung von Machtfragen weniger beitragen, als sie manchmal vorspiegelt.

1.2.2 Im Lauf der kulturellen Entwicklung sind Oekonomie und Politik so differenziert worden, dass sich keiner der beiden Bereiche auf den andern reduzieren lässt.

1.3 Eine bedenkenswerte Formulierung besagt, Macht sei das, was geschieht, wenn öffentliche Verständigung versagt.

2. Zusätzlich zu Machtfragen müssen Versuche, die erwähnten Probleme anzugehen, Geldfragen lösen.

2.1 Zum Beispiel: Wie können ökologisch sinnvolle Massnahmen finanziert werden? Wie wirken sie sich auf die Einkommen verschiedener Leute aus? Wie hängen sie mit Inflationsraten, Wechselkursen und dergleichen zusammen?

2.2 Es ist ein verbreiteter und folgenschwerer Irrtum, zu meinen, Geld sei letztlich eine Form von Macht, jenes lasse sich auf diese reduzieren. Die Differenzierung von Oekonomie und Politik wird dabei uebersehen.

2.3 Zur Klärung von Geldfragen ist Wirtschaftsforschung unentbehrlich. Oekologische Wirtschaftsforschung ist der Versuch, Geldfragen, die bei der Lösung ökologischer Probleme auftauchen, zu klären.

3. Ernsthafte Wirtschaftsforschung ist heute nicht möglich, ohne sich auf mindestens eine von vier einflussreichen Forschungstraditionen zu beziehen. Jede dieser Forschungstraditionen lässt sich als eine allgemeine Theorie begreifen.

3.1 Die älteste ist die Lehre vom wirtschaftlichen Gleichgewicht. Sie geht auf Adam Smith zurück und umfasst eine Vielzahl sich teilweise widersprechender Varianten. Gemeinsam ist ihnen die Ueberzeugung, dass Märkte so funktionieren, dass sie einem bestimmten Zustand zustreben, einem Zustand, der gemessen an den Wünschen und Bedürfnissen der Beteiligten gegenüber anderen Zuständen eine Reihe von Vorteilen aufweist. Dem entspricht die Ueberzeugung, dass politische Eingriffe ins Wirtschaftsgeschehen meist von Schaden oder wirkungslos sind. Wichtige Varianten dieser Forschungstradition wurden von Walras, Pareto, Marshall und Clark entwickelt.

3.2 Etwas jünger ist die Lehre vom Kapitalismus, die durch Marx geprägt wurde. Ihr folgenschwerstes Produkt ist das Konzept der Planwirtschaft. Zweifellos gibt es heute in den Ländern des realen Sozialismus, etwa in Ungarn, (aber auch in westlichen Ländern) interessante Fortsetzungen dieser Forschungstradition. Ihre grosse Stärke liegt in der Fähigkeit, ökonomische und soziologische Ueberlegungen miteinander zu kombinieren.

3.3 Als nächste kam die Lehre vom Wirtschaftskreislauf ins Spiel. Erste Ansätze finden sich bei Quesnay, Keynes formulierte die sicher einflussreichste Variante, ein weiterer Strang wurde von Leontief entwickelt. In der Nachkriegszeit sah es, nicht zuletzt unter dem Einfluss Samuelsons, so aus, als liesse sich die Lehre vom Wirtschaftskreislauf nahtlos mit der vom wirtschaftlichen Gleichgewicht kombinieren. Dazu trug die Tatsache, dass beide Traditionen einer mathematischen Formalisierung und der Entwicklung ökonometrischer Methoden weitgehend zugänglich waren, einiges bei. Inzwischen ist die Verbindung der beiden Theorien von Vertretern beider Seiten - zum Beispiel Kaldor und Friedman - energisch kritisiert worden.

3.4 Das jüngste Kind ist die Lehre von den sozialen Systemen. Sie ist wohl noch vielfältiger und auch verschwommener als die obigen Traditionen, doch bildet sie den Hintergrund des grössten Teils der zeitgenössischen Sozialforschung. Methodisch kamen entscheidende Impulse von Lazarsfeld, begrifflich von Parsons. Dieser bemühte sich auch, nicht zuletzt im Anschluss an Max Weber, um eine Integration mit der Theorie des ökonomischen Gleichgewichts - eine Stossrichtung, die auch bei Luhmann erkennbar ist. Allerdings sind erfolgreiche Kombinationen von Sozial- und Wirtschaftsforschung ausserhalb des Marxismus bis heute seltene Ausnahmen geblieben.

4. Verschiedene Theorien können zur Lösung eines bestimmten Problems kombiniert werden. Die Kombination ist dann problemspezifisch und muss für ein nächstes Problem neu entwickelt werden.

4.1 Aerzte, Architekten, Ingenieure verstehen es manchmal, auf diese Art Probleme zu lösen. Oekologische Probleme verlangen meist ein ähnliches Vorgehen; wir können es 'Theorieintegration durch Problembezug' nennen.

4.1.1 Es kommt auch vor, dass verschiedene Forschungstraditionen in einem langwierigen und schwierigen Prozess zu einer allgemeineren, umfassenden Forschungstradition integriert werden.

4.1.2 Eine Theorie, welche alle Wissenschaften, oder auch bloss alle Humanwissenschaften, umfassen würde, gibt es nicht.

4.1.3 Oekologische Wirtschaftsforschung muss zusätzlich zu den erwähnten sozialökonomischen auch naturwissenschaftliche Theorien berücksichtigen können.

4.2 Die verbreitete Einstellung, auf eine einzige jener Forschungstraditionen zu schwören, ist wahrscheinlich nicht viel klüger als es die eines Mathematikers wäre, der die Geometrie für Unsinn erklärte und nur die Algebra gelten liesse.

4.3 Die Tatsache, dass es auch interessante Forschungsansätze gibt, die weniger einflussreich sind als die erwähnten Theorien, - z.B. den Institutionalismus - macht diese nicht entbehrlich.

5. Jede von ihnen hat allerdings gravierende Schwachstellen, die sich für zukünftige Wirtschaftsforschung - erst recht, wenn sie mit einem ökologischen Anspruch verbunden wird - verhängnisvoll auswirken können (Schefold, 1985).

5.1 Die Theorie der sozialen Systeme erweckt den Eindruck, sie könne an das, was in den Naturwissenschaften Systemtheorie genannt wird, anschliessen. Dabei handelt es sich jedoch um Strukturen von Differentialgleichungen, deren Verwendung sich in der Physik, speziell der Elektrotechnik, bewährt hat. Schon deren Uebertragung auf die Biologie ist eine reichlich diffuse Angelegenheit; noch viel konfuser ist die Entsprechung zu dem, was ein soziales System genannt wird.

5.1.1 Der interdisziplinäre Anspruch der Theorie sozialer Systeme kollidiert mit der Tatsache, dass selbst die naheliegende Verbindung mit der Theorie des wirtschaftlichen Gleichgewichts bis heute nicht geglückt ist. Zwischen dem soziologischen und dem ökonomischen Wertbegriff liegt ein Irrgarten, in dem schon mancher Forscher verloren ging.

5.1.2 Auch schleppt diese Forschungstradition mit der These, es gebe einen unvermeidbaren Gegensatz zwischen den Grenzen menschlichen Fassungsvermögens und der Komplexität des Universums, ein Stück unverdaute Philosophie mit sich. Wenn diese These zuträfe, liesse sie sich nicht formulieren: Wir könnten dann jene Komplexität nicht zur Sprache bringen.

5.2 Die Lehre vom wirtschaftlichen Gleichgewicht scheint nicht in der Lage zu sein, die offensichtliche Dynamik der realen Wirtschaft zu erfassen. Die

Probleme der Kapitalakkumulation führen in dieser Theorie zu logischen Inkonsistenzen, die Aussagen zum technischen Wandel sind meist nichtssagend, die empirisch feststellbaren Kostensenkungen bei Produktionsausweitung lassen sich nicht in die Theorie integrieren.

5.3 Die Lehre vom Kapitalismus sowie die vom Wirtschaftskreislauf geraten am Verhältnis von Machtfragen und Geldfragen ins Schleudern. Beide legen eine politische Steuerung der Oekonomie nahe, die faktisch nicht wie erwartet funktioniert hat.

5.3.1 Der Versuch, Geld durch Macht zu kontrollieren, scheint systematisch zu misslingen. Wenn darauf durch den Versuch, mehr Macht einzusetzen, reagiert wird, kommt der Prozess in Gang, der einst zum europäischen Absolutismus geführt hat. Das sozialistische Projekt mündet mit der Planwirtschaft in einen wissenschaftlichen Absolutismus, dessen Tage gezählt sind.

5.4 Die Lehre vom Kapitalismus teilt mit der vom wirtschaftlichen Gleichgewicht die Prämisse, dass Arbeit in physischen Zeiteinheiten messbar sei. So werden jedoch bloss Präsenzzeiten an Arbeitsplätzen gemessen: Was die Leute in der Zeit dann faktisch tun, ist die entscheidende Frage, welche durch jene Prämisse ignoriert wird (Jaeger, 1979).

5.4.1 Keynes hat durch den Begriff der Lohneinheit versucht, dieser Schwierigkeit zu begegnen, doch ist das nicht weiter verfolgt worden. Interessant sind in diesem Zusammenhang neuere Ueberlegungen zum Effizienz-Begriff (Leibenstein, 1984).

6. Offene Probleme gehören zu jeder wissenschaftlichen Theorie. Doch in der vorliegenden Konstellation haben diese Probleme eine Virulenz, die die Entstehung einer neuen Forschungstradition wünschenswert und auch realistisch werden lässt. Oekologische Wirtschaftsforschung kann sich an dieser Möglichkeit orientieren.

6.1 Die Zeit, in der Forschungstraditionen durch das Werk eines Einzelnen sozusagen ausgelöst wurden, dürfte der Vergangenheit angehören.

6.2 Interessante Hinweise finden sich gegenwärtig in so verschiedenen Bereichen wie Habermas' Vorschlag einer Theorie des kommunikativen Handelns oder der Literatur zur Bedeutung ökonomischer Erwartungen (vgl. etwa Currie, 1985).

6.3 Theoriebildende Forschung kann sich heute weniger denn je auf blosses Literaturstudium beschränken. Eine neue Forschungstradition wird sich, wenn überhaupt, am ehesten aus einer Vielzahl empirischer Untersuchungen und praktischer Problemlösungen, mit denen schrittweise theoretisches Neuland betreten wird, ergeben.

7. Solches Neuland ist das Problem des ökologischen Komplexitätsverlusts der Geldwirtschaft. Das Geld ordnet einer Unzahl von Dingen und Handlungen eine Zahl zu, es reduziert sie auf eine einzige, quantitative Dimension. Diese Dimension wiederum spielt bei vielen Entscheiden eine dominierende Rolle. Es ist naheliegend, dass dadurch die Vielfalt der vom jeweiligen Entscheid betroffenen menschlichen und ökologischen Zusammenhänge weitgehend ignoriert wird.

7.1 Das heisst nicht, dass etwa umweltverträgliche Produktionskonzepte notwendig unrentabel wären, aber es heisst, dass sich Umweltzerstörung immer wieder als rentabel erweist.

7.1.1 Das ist nicht einfach davon abhängig, ob Unternehmen im Privatbesitz sind bzw. ihren Profit zu maximieren versuchen. Vielmehr hängt es damit zusammen, dass zur Funktionsweise des Geldes die Einrichtung einer Buchhaltung, welche zwischen defizitären und rentablen Unternehmen differenziert, gehört.

7.2 Ein interessantes Untersuchungsfeld wird in diesem Rahmen durch die Frage eröffnet, ob und wie sich traditionelle Formen der Buchhaltung in humanökologische Informationssysteme, welche vernünftigere Entscheide ermöglichen würden, transformieren liessen. Das lässt sich durchaus anhand einzelner Betriebe oder Projekte, aber auch auf der Ebene ganzer Volkswirtschaften untersuchen.

8. Geldfragen stehen vor diesem Hintergrund nicht bloss in einem beiläufigen Zusammenhang zu ökologischen Problemen. Vielmehr generiert die Steuerung von Entscheidungsprozessen durch das Medium Geld laufend solche Probleme, weil sie eine kognitive Verarmung der Gesellschaft stabilisiert.

8.1 Diese kognitive Verarmung bedeutet einen Verlust an schöpferischen Traditionen, der darin gipfelt, dass er mit Fortschritt im Sinne einer Herstellung von Rationalität verwechselt wird.

8.2 In diesem Prozess spielt das Geld sicher eine wichtige Rolle, doch geht er weder von ihm aus noch bleibt er auf es beschränkt. Es wäre unklug, sich einzubilden, er lasse sich beim heutigen Stand des Wissens zureichend beschreiben: Dazu reichen die bestehenden Theorien nicht aus.

8.2.1 Spekulative Ueberlegungen helfen hier nicht weiter ohne empirische Untersuchungen, die auch methodisch innovativ sind. Solche Innovation ist zum Beispiel in der Behandlung des Zufalls möglich. Wirtschaftsforschung bezieht sich meist auf deterministische Modelle, denen nachträglich eine statistische Komponente aufgepfropft wird. Am Beispiel der Profitrate haben Farjoun und Machover (1983) gezeigt, dass sich Zufallsprozesse mit Gewinn auch im Kernbereich der Theorie einsetzen lassen. Darüber hinaus ermöglicht es gerade die Berücksichtigung von Wahr-

scheinlichkeiten, die Beschränkung auf quantitativ messbare Grössen in sozial- und Umweltwissenschaften zu überwinden (Wrigley, 1985).

8.2.2 Der Umgang mit Geld ist oft ein Umgang mit unerkannten Zufällen.

9. Das Problem der 'Freisetzung' der Oekonomie aus ihrem kulturellen Zusammenhang (Berger, 1985), die mit der erwähnten kognitiven Verarmung einhergeht, erfordert die Stärkung kreativer Traditionen gegenüber monetären Steuerungsprozessen (Jaeger, 1980). Ein bahnbrechender Gedanke dazu findet sich in Durkheims bekanntem Vorwort zur zweiten Auflage seiner Untersuchung der Arbeitsteilung: Danach enthalten die beruflichen Traditionen das Potential einer 'Remoralisierung der Oekonomie' (vgl. auch Beck und Brater, 1976; diese Möglichkeit übersehen zu haben, ist die entscheidende Schwäche von Jaeger, 1980; vgl. dagegen Jaeger, 1983).

9.1 Eine solche Perspektive ist um so interessanter, als empirische Hinweise auf Ansätze, taylorisierte Arbeitsabläufe im Zusammenhang neuer Technologien zu reprofessionalisieren, vorliegen (Kern und Schumann, 1984, Piore und Sabel, 1985).

9.2 Eine Stärkung der Berufsethik als Korrektiv ökonomischer Fehlentwicklungen hat den grossen Vorteil, dass sie nicht 'von aussen' in den oekonomischen Prozess eingreift, was sich immer wieder als unwirksam erwiesen hat.

10. Eben darin besteht die spezifische Schwierigkeit der Wirtschaftspolitik. Sie gerät immer wieder in Gefahr, die Differenz von Machtfragen und Geldfragen zu vernachlässigen und der Fata Morgana einer politisch gesteuerten Oekonomie nachzujagen. Oekologische Wirtschaftsforschung kann dem entgegenwirken, indem sie neben politischen Massnahmen auch solche untersucht, welche die Oekonomie 'von innen' - etwa durch soziotechnische Innovationen in einzelnen Betrieben - verändern.

10.1 Als Fata Morgana ist insbesondere eine politisch garantierte Vollbeschäftigung zu betrachten. Eine glaubhafte Wirtschaftspolitik muss davon ausgehen, dass Vollbeschäftigung im OECD-Raum auf absehbare Zeit nicht herstellbar ist: Anstatt das wider besseres Wissen zu versprechen, geht es darum, die politische Verantwortung dafür, dass Arbeitslose ein anständiges Leben führen können, zu übernehmen (Schmid, 1984).

10.2 Zu einer realistischen Wirtschaftspolitik gehört auch die Einsicht, dass den Zwängen der gegenwärtigen Weltwirtschaft - einschliesslich der internationalen Verschuldung - ohne eine verstärkte europäische Integration nicht zu entkommen ist.

10.3 Wirtschaftspolitik kann die erwähnten Ansätze von Reprofessionalisierung unterstützen. Dabei ist mit neuen Differenzierungen der Bevölkerung zu

rechnen: Es gibt ebenso Leute, die zu einer Stammbelegschaft von Facharbeitern oder Angestellten gehören wollen, wie solche, für welche aus familiären oder andern Gründe Erwerbsarbeit eine blosse Last ist, als auch Leute, welche eine intermittierende Beschäftigung anstreben. Professionalität muss ebensowenig das gesamte Leben der einen besetzen, wie sie im Leben der andern völlig fehlen muss.

10.4 Vor diesem Hintergrund lassen sich Massnahmen entwickeln, die den wirtschaftlichen Strukturwandel, den der Uebergang zu ökologisch sinnvollen Technologien verlangt, erleichtern (das umfasst z.B. eine Neugestaltung des Arbeitstags; vgl. dazu Wiesenthal u.a., 1984). Eine Wirtschaftspolitik, die das leisten würde, wäre ökologisch akzeptabler als eine, die mehr verspricht und weniger hält.

Literatur

Beck, U., Brater, M. (1976) Grenzen abstrakter Arbeit, Leviathan, 2, 178-215.

Berger, J. (1985) Wege aus der Stagnation, in: Oekonomie und Gesellschaft, Jahrbuch, Bd.III.

Currie, D. (1985) Macroeconomic Policy Design and Control Theory - A Failed Partnership? (1985) The Economic Journal, 378, 285-306.

Farjoun, E., Machover, M. (1983) Laws of Chaos, London, Verso.

Jaeger, C. (1979) Ein Modell der Wirtschaftsgesellschaft, Bern, Lang.
- (1980) Das Konzept Wirtschaftsschrumpfung, Alemantschen, 1,30-44.
- (1983) Wirtschafts-Märchen, Alemantschen, 3, 19-30.

Kern, H., Schumann, M. (1984) Das Ende der Arbeitsteilung?, München, Beck.

Leibenstein, H. (1984) Mikroökonomie und X-Effizienztheorie, in: Bell, D., Kristol, J., Die Krise in der Wirtschaftstheorie, Berlin, Springer.

Piore, M.J., Sabel, C.S. (1985) Das Ende der Massenproduktion, Berlin, Wagenbach.

Schefold, B. (1985) Ecological Problems as a Challenge to Classical and Keynesian Economics, Metroeconomica.

Schmid, T. (Hrsg.) (1984) Befreiung von falscher Arbeit, Berlin, Wagenbach.

Wiesenthal H., Offe, C., Hinrichs, K., Engfer, U. (1984) Arbeitszeitflexibilisierung und gewerkschaftliche Interessenvertretung, in: Offe, C. (Hrgs.) "Arbeitsgesellschaft": Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt, Campus.

Wrigley, N. (1985) Categorical Data Analysis, London, Longman.

Prof.Dr. Hans Immler

Natur in der ökonomischen Theorie

Am Anfang steht ein Bild: Ein ungewöhnliches Gebäude wird errichtet. Viele sind daran beteiligt. Jedes Jahr wird ein Stockwerk dazugebaut. Das Gebäude wird größer und größer. Es gerät zum Symbol für Wachstum und Fortschritt. Es scheinen ihm keine Grenzen gesetzt. Erst mit den Jahren bemerken die Bauleute, daß sie zu wenig an die Fundamente gedacht haben. Während oben Stockwerk um Stockwerk erhöht wird, entsteht unten zunehmende Unsicherheit und Unruhe. Die ursprünglichen Fundamente waren für solche Ausmaße nicht vorgesehen. Der Boden war für ein Gebäude dieser Größe nicht ausreichend auf Stabilität und Tragfähigkeit geprüft. Während in den Etagen der Fortschritt unaufhaltsam vorangetrieben wird, beginnt man am Boden zu fragen, ob das ganze Gebäude nicht früher oder später einstürzen müsse ...

Die vorliegende Arbeit will die Rolle der Natur in der Ökonomie untersuchen. Der Anlaß dazu ist der Versuch, die in den letzten Jahren rasant und bedrohlich angewachsene ökologische Krise, also die Gefährdung der natürlichen Existenz- und Lebensbedingungen der Menschen, *ökonomisch* begreifen zu wollen, d. h. sie als logisches Resultat einer bestimmten ökonomischen Vernunft und entsprechenden menschlichen Handelns zu erkennen.

Natur ist zunächst die physische Umwelt der Menschen. Wenn nun gesagt wird, diese physische Umwelt werde bedroht, dann kann damit nur gemeint sein, daß Veränderungen in der physischen Umwelt die Menschen und ihre Lebensbedingungen selbst bedrohen. Die ökologische Krise stellt daher keine Krise der Natur an und für sich dar, sondern eine Krise im Verhältnis der Menschen zu ihrer physischen Umwelt. Die bedrohte Natur kümmert letztlich nur dann und insoweit, als sie den Menschen zur *drohenden* Natur werden kann, indem sie dem menschlichen Leben nicht mehr den erforderlichen Platz einräumt. Die eigentliche Substanz der ökologischen Krise ist daher nicht, daß die physische Umwelt, sondern die Natur des Menschen gefährdet wird.

Von wem geht diese Gefährdung aus? Es existieren vielfältige Formen der Vermittlung von Mensch und äußerer Natur. Im Zentrum steht aber die menschliche *Arbeit*, die die konkreten Lebensbeziehungen zwischen Mensch und Natur herstellt. Ohne Arbeit könnte menschliches Leben nicht bestehen. Durch die Arbeit wird die außermenschliche Natur geformt und gestaltet. Wenn aber die physische Umwelt der Menschen ihre Lebensfähigkeit bedroht, kann dies nur heißen, daß die Resultate ihrer eigenen Arbeit zur existentiellen Gefahr geworden sind. Eine ökonomische Analyse der ökologischen Krise muß daher im Kern das Verhältnis von *Arbeit* und *Natur* reflektieren.

Durch die menschliche Arbeit werden im weitesten Sinne *Lebensmittel* für die Menschen hergestellt, die dann verbraucht werden. Produktion und Kon-

aus: Immler, Hans:
Natur in der ökonomischen
Theorie, Opladen 1985

sumtion sind also zwei Seiten des Arbeitsprozesses. Gleichzeitig ist jeder Arbeitsprozeß aber auch ein Naturprozeß, weil Arbeit immer mit formender und geformter Natur verbunden ist.

In der Art und Weise, wie die Menschen durch ihre Produktion und Konsumtion in die äußere Natur eingreifen, sie umformen und umgekehrt von ihr geformt werden, kommt die Fähigkeit zum Ausdruck, die Natur produktiv zu nutzen. Die verschiedenen Epochen der Entwicklung menschlicher Gesellschaften sind wesentlich durch die verschiedenen Methoden der Naturaneignung, d. h. durch die jeweilige Qualität der Produktivkräfte, geprägt. Entscheidend für das Naturverständnis der menschlichen Gesellschaften ist also, wie sich Arbeit und Natur in den Produktivkräften der Gesellschaft niederschlagen.

Die systematische wissenschaftliche Ökonomie beginnt mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte auf frühindustriellem Niveau. Die einsetzende industrielle Produktionsweise, geschichtlich verbunden mit dem Ende des Mittelalters und dem Anfang der wesentlich durch das Bürgertum bestimmten Neuzeit, erforderte in wachsendem Maß auch eine theoretisch-rationale Erklärung der ökonomischen Handlungsweisen. Trotz wichtiger Vorläufer nimmt die wissenschaftliche Ökonomie erst mit der allmählichen Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkräfte im 18. Jahrhundert ihren Anfang. Führend war das fortschrittliche England. Hier befand sich auch die Wiege der klassischen Ökonomie.

Welche Rolle spielen nunmehr *Arbeit* und *Natur* bei der Entwicklung der wissenschaftlichen ökonomischen Theorie? Nachdem ein enger Zusammenhang von Arbeit und Natur innerhalb der gesellschaftlichen Produktion und Konsumtion bzw. bei der Entwicklung der verschiedenen ökonomischen Produktionsweisen erkennbar ist, wäre doch anzunehmen, sie würden beide als zentrale Kategorien der wissenschaftlichen Ökonomie in Erscheinung treten.

Die Vermutung täuscht. Arbeit und Natur werden von Anfang der wissenschaftlichen Ökonomie an äußerst unterschiedlich gesehen und behandelt, was wiederum lediglich den Reflex auf ihre ebenfalls völlig unterschiedliche Betrachtung in der ökonomisch-gesellschaftlichen Praxis darstellt. Im Zentrum der ökonomischen Theorie und Praxis steht seit Beginn der industriellen Produktionsweise die *Arbeit*. Dies war ganz im Sinne des fleißigen, aufstrebenden Bürgertums jener Tage. Die menschliche Arbeit wird als die Schlüsselkategorie der frühbürgerlichen ökonomischen Theorie angesehen. Sie stellt die Ursache für die Vermehrung des Werts, für die Steigerung der Produktivkräfte und für den Wohlstand der Menschen dar. Auf der menschlichen Arbeit beruhen folglich die meisten klassischen Lehren von der ökonomischen Wertbildung. Die Natur dagegen existiert in der klassischen Ökonomie als eine eigenständige ökonomische Kategorie überhaupt nicht. Die physische Umwelt der Menschen wird schlechthin vorausgesetzt und bedarf daher keiner eigenen ökonomischen bzw. ökonomiewissenschaftlichen Analyse. Auch die späteren in der Tradition der ökonomischen Klassik stehenden Theorien (Neoklassik) haben diese Grundhaltung zur Natur nicht verändert. Daraus leitet sich nunmehr die wesentliche These der vorliegenden Untersuchung zur Natur in der ökonomischen Theorie ab:

Natur hat begrifflich seit Beginn der wissenschaftlichen Ökonomie bis heute außerhalb der ökonomischen Theorie gestanden. Sie ist nur mittelbar, etwa in der Warenform, ökonomisch erfaßt worden. Da sich aber die Praxis von Produktion und Konsumtion immer auch der äußeren Natur bemächtigt hat und dies auch unumgänglich muß, wohnt der ökonomischen Aneignungsweise der Natur ein Widerspruch inne. Die ökologische Krise, d. h. die allmähliche Zerstörung der naturalen Produktions- und Lebensgrundlagen, ist lediglich die späte Frucht einer vor über zweihundert Jahren ausgelegten Saat. Sollen die Erscheinungsformen der ökologischen Krise systematisch verhindert bzw. beseitigt werden, dann bedeutet dies notwendigerweise, daß ökonomische Praxis und Theorie ihr Verhältnis zur Natur radikal ändern müssen.

Die These bedarf der Erläuterung. Sie besagt, daß die äußere Natur in Produktion und Konsumtion zwar immer „gebraucht" wurde, aber dieser Gebrauch von Kriterien bestimmt und gesteuert wurde, die außerhalb der naturalen Sphäre lagen. Das Entscheidende dabei ist, daß die wissenschaftliche Ökonomie seit ihrer Entstehung den Bruch zur Natur prinzipiell schon vollzogen hat[1]. Damit ist auch gesagt, daß die wissenschaftliche Ökonomie niemals von der *Einheit* von Arbeit und Natur, sondern im Gegensatz von deren *Trennung* ausging. Arbeit und Natur, die erst im Zusammenwirken überhaupt produktiv werden können und dadurch den menschlichen Gesellschaften Lebensfähigkeit sowie die Möglichkeit von ökonomischem Wachstum, Wohlstand und Fortschritt geben, werden in der ökonomischen Theorie und Praxis auseinandergerissen und voneinander isoliert. Die Trennung von Arbeit und Natur charakterisiert die ökonomischen Theorien der industriellen Produktionsweise. Natur hat in ihnen die Bedeutung einer bloßen Produktionsbedingung, sie ist von vornherein objekthaft. Die industrielle Produktionsweise will sich die Natur unterwerfen und ihre Schranken überwinden. Sie versucht, die Produktivkräfte der Natur zu beherrschen. Damit wird deutlich, daß die Natur hier nicht als produktiver Partner der Arbeit, sondern als das zu formende und anzueignende Material gesehen wird. Natur scheint das beliebig zur Verfügung stehende *Objekt* der Arbeit zu sein. Demgegenüber erfährt die menschliche *Arbeit* in allen Phasen der industriellen Produktionsweise ökonomisch größte Beachtung. Dies gilt nicht allein für die frühe Phase der klassischen Arbeitswertlehre, sondern durchaus auch noch später im Rahmen der subjektiven Wertlehren, wenn auch dann als „Produktionsfaktor".

Eine Untersuchung über die Natur in der ökonomischen Theorie sollte zuallererst aufzeigen, welches die Gründe für die Trennung von Arbeit und Natur und ihre so unterschiedliche Behandlung in der Ökonomie sind. Selbstverständlich bedeutet die weitreichende Vernachlässigung der Natur als ökonomische Kategorie in den Wirtschaftswissenschaften keineswegs, daß die einzelnen Elemente und produktiven Kräfte dieser Natur im realen Produktionsprozeß und auch in seiner wissenschaftlichen Erfassung und Erklärung schlechthin unberücksichtigt bleiben. Ganz im Gegenteil, es kennzeichnet die industrielle Produktionsweise mehr als alle ihre Vorläufer, daß sie eine virtuose Fähigkeit entwickelt hat, die Produktivkräfte der Natur wissenschaftlich-technisch ex-

trem zu nutzen. Aller wissenschaftlich-technischer Fortschritt der Industriegesellschaften ist letztlich der Tatsache zu verdanken, daß mittels der menschlichen Arbeit die Kräfte und Potentiale der Natur erschlossen und angeeignet werden. Die Anwendung der Dampfkraft zu Beginn der industriellen Produktion stellt genauso die Nutzung einer Naturkraft dar wie etwa die Produktion von Atomenergie zwei Jahrhunderte später. Nun ist selbstverständlich, daß einzelne Bestandteile dieser kombinierten Arbeits- und Naturprozesse auch wesentliche Bestandteile der praktischen und wissenschaftlichen Ökonomie ausmachen, so als Produktionsmittel, Werkzeuge, Rohstoffe, Standorte, Energieträger, Erfindungen etc. Der gesamte Produktionsapparat der Industriesysteme stellt nichts anderes als eine in bestimmter Weise geformte und umgeformte Natur dar. Der entscheidende Aspekt in dem hier aufgeworfenen Zusammenhang ist zu zeigen, aus welchen Gründen bestimmte Naturkräfte ökonomisch bewertet werden, andere dagegen nicht, obwohl sie doch beide reale Faktoren der Produktion bedeuten. Das Problem der Ökonomie gegenüber der physischen Natur besteht doch darin, daß in Produktion und Konsumtion durch die Menschen zwar die *ganze* Natur genutzt wird, in die gesellschaftlich-ökonomische Bewertung jedoch nur Teile eingehen, und dies nach Selektionskriterien, die mit einem Verständnis der Natur nichts zu tun haben, sondern im Gegenteil der Physis gegenüber in krassem Widerspruch stehen können. Obwohl sich also die ökonomische Praxis in jeder ihrer Handlungen der Natur bedient und bemächtigt, versteht sie doch allerhöchstens ausschnittartig etwas von ihr, und selbst dies mit einem prinzipiell naturfremden Zugang. Weil also *erstens* der tatsächlich existierende enge Zusammenhang von Arbeit und Natur zerschnitten erscheint und *zweitens* die Natur *als Natur* ökonomisch in ihrer Gesamtheit unbegriffen bleibt, findet in allen Industriegesellschaften ein bemerkenswert widersprüchliches produktives und konsumtives Verhalten seinen Ausdruck: Einerseits bildet die physische Natur die umfassende Quelle allen Lebens und allen Reichtums, andererseits droht die Arbeit diesen Quell von Leben und Fortschritt an der Wurzel zu zerstören. Warum die industriellen Produktionssysteme im Verlauf ihrer geschichtlichen Entwicklung in diese „Falle" geraten sind, ist eine wichtige Fragestellung dieser Untersuchung.

Von J. M. Keynes stammt folgender nachdenkenswerte Satz: „Wenn die orthodoxe Wirtschaftslehre auf falscher Fährte ist, so liegt der Fehler nicht im Überbau, der mit großer Sorge für logische Geschlossenheit errichtet worden ist, sondern in einem Mangel an Klarheit und der allgemeinen Gültigkeit in den Voraussetzungen"[2]. Es ist in der Tat das Problem, ob die „Naturfrage" überhaupt ausreichend aus der inneren Logik der bestehenden ökonomischen Theoriesysteme erklärt werden kann oder ob die industriell produzierte Krise der Natur nicht zu axiomatischen und paradigmatischen Korrekturen sowohl im praktischen Umgang mit der Natur als auch in den entsprechenden theoretisch-wissenschaftlichen Erklärungsmodellen zwingt. Um auf das zu Anfang skizzierte Bild noch einmal einzugehen: Basieren die „Wolkenkratzer" der modernen Industriesysteme nicht auf dem Fundament eines ökonomischen Naturverständnisses des 18. Jahrhunderts, das für die Formen der Naturaneignung in der

Art jener Zeit, also für eine individualistische Produktion in sehr kleinem Maßstab, vielleicht ausgereicht haben mag und in diesem Rahmen die Natur als „konstant" annehmen durfte? Ist das riesige Gebäude der industriellen Produktionsweise nicht gleichsam auf einer Naturgrundlage errichtet, die ursprünglich lediglich für ein paar wohnliche Bürgerhäuser vorgesehen und durchdacht war? Ist die ökologische Krise mit allen ihren einzelnen Erscheinungen nicht Ausdruck und Beweis dafür, daß dieses einfache Naturfundament seinen übergroßen Industrieaufbau nicht mehr tragen kann und daher – um im Bild zu sprechen – entweder die Fundamente wesentlich verbessert werden sollten oder aber das Gebäude eingerissen werden muß, wenn ein Zusammenbruch des ganzen Systems verhindert werden soll? Ist es also nicht eine zentrale Aufgabe der Ökonomie, sich diesem Naturfundament aller Produktion und allen Lebens zuzuwenden und endlich eine axiomatische Korrektur zugunsten des Versuchs vorzunehmen, die Natur selbst in ihrer physischen Dimensionalität als eine tragende ökonomische Kategorie zu begreifen?

Wenn die ökologische Krise in ihrer ganzen Komplexheit tatsächlich als Resultat einer im historischen Verlauf der Industrialisierung bedenklich verlaufenen ökonomischen Unterwerfung der Natur angesehen wird, dann wäre damit eine tiefgreifende Kritik an den industriellen Produktionssystemen verbunden, die auf einem solchen falschen Naturverständnis beruhen. Dies gilt grundsätzlich sowohl für marktwirtschaftlich-kapitalistische als auch für planwirtschaftlich-sozialistische Systeme. Insbesondere würde eine axiomatische Korrektur im Verhältnis von Natur und Ökonomie praktisch sämtliche bestehenden Wertsysteme, Kriterien und Maßstäbe für Wachstum, Fortschritt, Wohlstand, Reichtum, Leistung, Produktivität etc. zur Diskussion und Disposition stellen müssen. Es wäre doch nur selbstverständlich, daß eine Ökonomie, die die physische Natur und ihren Reichtum verstehen will, dies nur beschränkt etwa in monetär-abstrakten Begriffen ausdrücken kann. Als Fortschritt würde dann nicht gelten können, was die Lebensbedingungen verschlechtert. Als Wachstum würde nicht anerkannt, was dem naturalen Wachstum und der Lebensfähigkeit der Menschen zuwiderläuft.

Auf der anderen Seite bedeutet die Kritik an diesen Begriffen keineswegs, daß es innerhalb einer naturorientierten Ökonomie etwa Wachstum, Wohlstand und Fortschritt nicht mehr geben könne. Ganz im Gegenteil: Gerade die Anerkennung physisch-naturaler Schranken und Bedingungen vermag erst eine qualitative Bestimmung von Wachstumszielen zu erzeugen, die in die Zukunft weisen. Demgegenüber muß ein von der Natur als unabhängig definiertes abstrakt-quantitatives Wachstum notwendigerweise in eine Sackgasse führen, weil es von einem bestimmten Punkt der Entwicklung an wegen seiner Schrankenlosigkeit die Naturschranken nicht wahrnehmen kann.

* * *

Eine ganze entscheidende Bedeutung für das Naturverständnis in der ökonomischen Theorie und Praxis hat die Frage des ökonomischen *Werts*. Zwangsläufig führt die Auseinandersetzung mit der physischen Natur zu einer Diskussion um den Wert. Der Philosoph Hegel hat recht mit seiner Behauptung: „Es wird vieles klar, wenn man die feste Bestimmung dessen hat, was der Wert ist"[3]. Allerdings wäre zu fragen, ob es überhaupt eine feste und allgemeingültige Bestimmung des ökonomischen Werts geben kann oder ob der Wert nicht auf einer jeweils historisch gewonnenen Übereinkunft innerhalb einer Gesellschaft beruht. Auch das ökonomische Wertproblem betrifft somit weniger die innere Logik eines Wirtschaftssystems als vielmehr seine Axiomatik. Die Suche nach einer absoluten und objektiven Bestimmung des Werts hat die Ökonomen möglicherweise in eine Sackgasse geraten lassen. Jede Gesellschaft entwickelt abhängig von ihren Natur- und Sozialverhältnissen ihre eigenen Wertkriterien und Maßstäbe. Objektive Werte können daher prinzipiell nur als gesellschaftliche Konventionen existieren. Mit dem Wandel der Gesellschaft und ihrer Strukturen ändert sich auch ihr jeweiliges Wertsystem. Dies gilt selbstverständlich auch für den *ökonomischen* Wert. In einer frühen Naturgesellschaft mögen die knappen Nahrungsmittel anders bewertet worden sein als Schmuck oder Statussymbole. Der Wert der Arbeit mag sich ebenfalls unterschieden haben, abhängig etwa vom Naturreichtum oder von der Kargheit des Bodens. Im überfruchtbaren Paradies hätte Arbeit kaum Wert gehabt. Wenn die notwendigen Lebensmittel dagegen hart erarbeitet werden müssen, wird die Arbeit unbedingt einen Wert annehmen.

Die wissenschaftliche Ökonomie hat es allerdings nicht mit frühen Naturgesellschaften zu tun gehabt, sondern von Beginn an mit einer sich allmählich industriell entwickelnden *Tauschgesellschaft*. Dies scheint für den ökonomischen Umgang mit der Natur sehr wichtig zu sein, weil dadurch die wissenschaftliche Ökonomie die Natur ex ante vom Standpunkt der Tauschökonomie betrachtet hat. Es ging also von Anfang an um den *Tauschwert* der Natur, d. h. um das Erkennen des Werts der Natur vom Gesichtspunkt der warenproduzierenden Gesellschaft aus. Die wissenschaftliche Ökonomie hat in ihrer bisherigen Tradition daher immer schon ein spezifisch geprägtes Verhältnis zur physischen Natur gehabt: Sie betrachtet den Wert der Natur vom Standpunkt des Tauschwerts aus. Damit ergeben sich aber einige wichtige Problemstellungen für das Verhältnis von Natur und Ökonomie:

– Der Begriff des ökonomischen Tauschwerts bildete sich allmählich über viele Jahrhunderte heraus und wurde dann zur zentralen Kategorie der bürgerlich-industriellen Wertbeziehungen. Eine unabdingbare Voraussetzung der Tauschwert-Ökonomie ist aber die Fähigkeit eines Produkts, eines Gegenstandes, einer Kraft oder einer Eigenschaft, überhaupt *Ware* zu sein und als solche getauscht zu werden. Nur als Ware kann etwas auch einen Tauschwert erhalten. Um Ware zu sein und einen Tauschwert zu haben, reicht es also nicht, lediglich irgendeinen Nutzen für ein Individuum zu haben, es muß auch die Fähigkeit der privaten Aneignung, des individuellen Eigentums und des intersubjektiven Tausches vorhanden sein. Dies stellt aber eine erste grundsätzliche Kollision zwischen

physischer Natur und Tauschwert dar. Die physische Natur kann nur beschränkt diesen von der Tauschwertrationalität geforderten Eigenschaften unterworfen werden. Damit steht aber auch fest, daß sich die Tauschwert-Ökonomie zur Produktion des gesellschaftlichen Werts einerseits der *gesamten* physischen Natur bedient, andererseits aber nur einen Teil dieser Natur mit ihrem Wertsystem begreifen kann. Ex definitione besteht also eine tiefe Spaltung zwischen der Totalität der physischen Natur und der Rationalität der Tauschwert-Ökonomie. Fehlt es daher der Tauschwert-Ökonomie überhaupt an der erforderlichen Kompatibilität? Ist ein rationales Verhältnis von Tauschwert und Natur definitorisch ausgeschlossen?

– Im Tauschwert wird das *quantitative* Verhältnis einer Ware zu einer anderen ausgedrückt. Es bedarf aber nicht nur eines gemeinsamen quantitativen Maßstabes, es müssen letztlich alle qualitativen Eigenschaften, die in den Waren enthalten sind, auf abstrakte Quantitäten reduziert werden. Jede Tauschwert-Ökonomie setzt daher unabdingbar voraus, daß qualitative Eigenschaften im Tausch einen quantitativ-abstrakten Wertausdruck finden können. Damit besteht aber ein weiterer Widerspruch zwischen Natur und Tauschwert. Obwohl in der physischen Natur selbstverständlich auch Quantitäten existieren, ist ihre Reduktion auf bloße Quantitäten mit dem Verlust von Naturqualitäten verbunden. Es ist das Wesen der physischen Natur, daß sie qualitativ-konkrete Eigenschaften besitzt. Jede Ökonomie, die einen „naturgemäßen" Umgang mit ihr erreichen möchte, muß dem Rechnung tragen, d. h., sie muß in ihren Entscheidungskriterien die Qualitäten der physischen Natur verstehen und berücksichtigen können. Sie darf diese Forderung auch nicht an die Naturwissenschaft oder an die Technikwissenschaft delegieren. Damit wird aber deutlich, daß im Gegensatz von Tauschwert und Natur der Widerspruch von quantifizierender Abstraktion und qualitativer Physis zum Ausdruck kommt. Kann eine Ökonomie, deren Rationalität ausschließlich auf einem abstrakten, unbegrenzten und sinnenlosen Wertbegriff beruht, einer physischen Natur gerecht werden, die auf qualitatives, konkretes und sinnliches Verständnis angewiesen ist?

– Das Tauschwert-Verständnis in der bürgerlich-industriellen Gesellschaft prägt in bestimmter Weise auch den Begriff der Gesellschaft selbst. Indem gesellschaftliche Handlungen wesentlich als Tauschakte abstrakter Werte verstanden werden, findet eine Spaltung von sozialer und naturaler Sphäre statt. Der Reichtum der Gesellschaft, ihre ökonomischen Ziele und die Dimensionen ihrer Entwicklung beruhen ebenfalls auf Abstraktionen. Quantitäten bestimmen über Erfolg und Mißerfolg, über Fortschritt und Rückschritt sowie über gute und schlechte Leistung. Die quantitativen ökonomischen Kriterien und Wertmaßstäbe verwehren den Zugang zu einer Bewertung der Gesellschaft in ihrer natural-physischen Struktur. Beispielsweise wird die „Qualität" der Gesellschaft im abstrakt-quantitativen Begriff des sozialen Wertprodukts gemessen, nicht dagegen in physisch-naturalen Kriterien wie Arbeitsvermögen, Gesundheit, Lebenserwartung, Kinderzahl, Zustand der städtischen und ländlichen Umwelt etc. Die Folge der

Dominanz der ökonomisch-abstrakten Wertkriterien in den warenproduzierenden Industriegesellschaften ist eine Denaturierung der Gesellschaft und eine Entsozialisierung ihrer physischen Natur. Die naturalen Elemente der Gesellschaft werden nicht mehr als soziale, ihre sozialen Elemente nicht mehr als natürliche anerkannt. Der Begriff des Sozialen wird prinzipiell entmaterialisiert. Als sozial gelten die intersubjektiven Beziehungen und Verhältnisse bzw. alle Tauschakte im weitesten Sinn. Natur gerät zu einem Begriff der bloßen Voraussetzung: als Naturbasis, Naturgrundlage, Natur als physisches Fundament der Gesellschaft. Es erscheint selbstverständlich, daß eine jahrzehnte- und jahrhundertelang andauernde Vorherrschaft abstrakt-quantitativer Wertkriterien in den Industriegesellschaften deren Sensibilität für physisch-naturale Vorgänge und Werte hat abstumpfen lassen. Wenn auf der anderen Seite dieselben Gesellschaften aber ihr abstraktes Wertwachstum nur erzielen, indem sie in bisher nicht bekannter Art und Weise die Physis der Gesellschaft umwälzen, dann erscheint ein Konflikt von Gesellschaft und Natur vorbestimmt. Die Bewußtlosigkeit um die Naturhaftigkeit auch der sozialen Prozesse wird dann nur durch die unvermeidlich eintretende „Krise der Natur" deutlich werden können. Es ist dies der Zeitpunkt, zu dem sich die konkrete und reale Natur gegen ihre abstrakte Wertbestimmung auflehnt und die Gesellschaft schlicht zwingen wird, die Trennung von Natur und Gesellschaft Schritt für Schritt aufzuheben.

– Der innere Zusammenhang der tauschwertbestimmten Gesellschaften wird durch den Tausch von Waren zwischen den einzelnen Individuen hergestellt. Die Subjekte der Tauschgesellschaft sind die einzelnen Individuen, die arbeitsteilig produzieren und die erzeugten Produkte auf dem Markt zu ihrem Wert verkaufen. Die Tauschgesellschaft ist daher wesentlich eine *Individualgesellschaft.*

Es erscheint als zweifelhaft, ob die physisch-materiellen Produktionsverhältnisse einer entwickelten Industriegesellschaft vernünftig im Rahmen einer Gesellschaftsform gesteuert und geregelt werden können, die im Kern auf der Interessenwahrnehmung der einzelnen Individuen oder auch sich individualistisch verhaltender Aggregate beruht. Soll die Individualgesellschaft rational und funktionsfähig sein, dann sollten sich konsequenterweise die wesentlichen innergesellschaftlichen Vorgänge individualisieren lassen können. Rationalität und Funktionsfähigkeit der Tauschgesellschaft sind letztlich davon abhängig, ob sich die wesentlichen Gesellschaftsprozesse auf marktfähige Individualhandlungen reduzieren lassen. In bezug auf die physische Natur erscheint diese Forderung als äußerst zweifelhaft, da das marktbestimmte Ordnungssystem versucht, komplexe Zusammenhänge zu zerstückeln und gemäß dem Einzelinteresse zu bewerten, während die physischen Natursysteme auf das genaue Gegenteil, nämlich auf ein Verständnis als komplexe Systeme, angewiesen sind. In einer gering entwickelten industriellen Marktwirtschaft kann der daraus resultierende Konflikt mit der Natur in Grenzen gehalten werden. Da aber die hochentwickelten industriellen Marktsysteme durch die Gestaltung ihrer Produktivkräfte die physische Natur der Gesellschaft global umformen, ist zu

bezweifeln, daß die marktbestimmte Individualgesellschaft ein ordnungs- und steuerungspolitisches Instrumentarium entwickeln kann, das den Eingriffen in die physisch-naturale Struktur der Gesellschaft gerecht wird. Weil sich die gesellschaftliche Physis gerade nicht auf individualisierte Marktprozesse zurückführen läßt, muß es letztlich zur ordnungspolitischen Kollision von Marktgesellschaft und physischer Existenz kommen.

– Der gerade genannte Aspekt gilt ganz besonders für die Entwicklung einer Gesellschaft in der *Zeitdimension*. Möglicherweise wird sich die Zeitdimension zum entscheidenden Konfliktherd zwischen marktwirtschaftlicher Industriegesellschaft und physischer Natur herausbilden. Die Gründe zu dieser Vermutung sind folgende: Der Markt kann die zeitliche Entwicklung einer Gesellschaft nur sehr bedingt miteinbeziehen und bewerten. Er kann es nur in dem Sinn, daß die Marktsubjekte vom gegenwärtigen Standpunkt aus eine Wertprognose der Marktgüter für die Zukunft ableisten. Daß dies lediglich eine sehr beschränkte marktmäßige Zukunftssicherung darstellt, dürfte offensichtlich sein. Beispielsweise können die späteren „Marktpartner", d. h. spätere Generationen, an diesem Handel überhaupt nicht teilnehmen. Der Markt bewertet die gesellschaftliche Zukunft vom warenförmigen Interesse der Lebenden aus. Ein Resultat daraus ist, daß technologische Neuerungen vom Markt nicht ausreichend auf die komplexen physisch-materiellen Wirkungen auf spätere Generationen geprüft werden. Das Marktsystem hat mit seinen auf den jeweils gegenwärtigen Zeitpunkt bezogenen Wertmaßstäben daher die Tendenz, den materiellen Naturreichtum einer Gesellschaft möglichst rasch zu verzehren, dagegen Belastungen, die den technischen Fortschritt begleiten, auf spätere Generationen abzuwälzen.

Es dürfte hiermit deutlich geworden sein, daß der Wertfrage bei der Bestimmung des Verhältnisses von Ökonomie und Natur eine ganz entscheidende Bedeutung zukommt. Die ganze Fragestellung läuft letztendlich darauf hinaus zu klären, ob ein abstrakt gefaßter ökonomischer Wert, wie ihn beispielsweise der Tauschwert darstellt, überhaupt zu einer vernünftigen Steuerung des physisch-materiellen Zustands einer industriell entwickelten Gesellschaft führen kann oder ob nicht die Spaltung von Wert und Natur aufgehoben werden muß. Die Konsequenzen eines solchen Schlusses wären allerdings, daß alle quantitativ-abstrakte Ökonomie zur Disposition gestellt und einer qualitativen Ökonomie, die die physische Natur der Gesellschaft zu verstehen in der Lage ist, ein wesentlicher Platz eingeräumt werden müßte.

* * *

Die Ausgangsthese dieses Buches ist, daß die wissenschaftliche Ökonomie von Beginn an die Trennung zur Natur in sich trug, sich die Auswirkungen dieser Trennung aber erst bei einem recht hohen Stand der Industrialisierung in vollem Umfang zeigen. Die ökologische Krise von heute wird daher als eine Erscheinung angesehen, deren wissenschaftliche Erklärung zurück zu den Anfän-

gen der ökonomischen Theorie führen muß. Dieser Gedanke bestimmt die Fragestellung und den Aufbau der vorliegenden Arbeit. Zunächst geht es darum, einen kurzen und manchmal etwas fragmentarischen Überblick über die ökonomische Beziehung von Arbeit und Natur vor der Industrialisierung zu geben. Dieser Überblick beginnt mit Aristoteles, weil bei ihm erstmals begrifflich die Trennung von Gebrauchswert und Tauschwert und somit jene von Natur und abstraktem Wert genannt wird, und endet mit William Petty, den eine beachtenswerte Auseinandersetzung um den ökonomischen Wert der Natur kennzeichnet. Den größten Raum aber nehmen die Untersuchungen zu John Locke, Adam Smith und David Ricardo ein, die jeder auf seine Art die Phase der ökonomischen Klassik prägen. Den Abschluß bildet eine Skizze zum ökonomischen Naturverständnis bei Karl Marx und in der marxistischen politischen Ökonomie. Es mag manchen verwundern, die marxistische Ökonomie hier so nahe bei der bürgerlichen Klassik zu finden. Es ist aber *erstens* unbestritten, daß Marx seine ökonomische Lehre in der Auseinandersetzung insbesondere mit Smith und Ricardo entwickelt hat. *Zweitens* erscheint es daher besonders interessant, zu fragen, ob und wie das bürgerliche ökonomische Naturbild auch in der marxistischen Theorie und Praxis einen Niederschlag gefunden hat.

Die wissenschaftliche Diskussion mit den hier behandelten „Klassikern" wird an manchen Stellen so geführt, als ob sie gewissermaßen mit am Tisch säßen, sich aber nicht ausreichend wehren könnten, weil sie die ihnen nachfolgende Geschichte ja nicht kennen. Auf keinen Fall soll der Eindruck entstehen, daß sie für eine falsche Beurteilung von Erscheinungen verantwortlich gemacht werden, die sie gar nicht gekannt haben konnten. Der Grund für eine „aktualisierte" Diskussion mit den Klassikern ist die Überzeugung, daß schon damals Weichenstellungen für das heute bestehende und praktisch wirksame ökonomische Naturverständnis vorgenommen wurden.

Ähnliches gilt für das Verständnis von Praxis und Theorie. Indem hier die klassische Theorie in den Vordergrund der Untersuchung gestellt wird, soll gefragt werden, ob die damalige theoretische Erklärung einer bestimmten Praxis zur Natur heute noch tragfähig ist oder nicht. Die Kritik an der Theorie enthält daher ganz zentral die Forderung nach einer anderen Praxis.

Noch ein Wort zum Naturbegriff, wie er in dieser Arbeit gebraucht wird. Natur wird im Sinne von *Physis* und im Gegensatz zu einem abstrakten Bewußtsein verstanden. Zur Natur zählt also auch die vom Menschen gestaltete Physis bzw. Materie und auch die Menschen selbst. Ein Naturbegriff, der allein die Natur außerhalb der Menschen und ihrer Handlungen zum Inhalt hätte, wäre völlig unbrauchbar, weil er eine Trennung, die hier gerade thematisiert werden soll, zur Voraussetzung nähme.

Der so verwendete Naturbegriff führt aber zu einer Schwierigkeit: In ihm stellt die menschliche Arbeit selbst eine Naturkraft dar. Dies richtet sich zwar nicht gegen die hier vertretene Auffassung, stellt aber doch die vorgenommene Trennung von Arbeit und Natur zur Diskussion. Die beschrittene pragmatische Lösung besteht darin, daß menschliche Natur und die dem Menschen äußere Natur zwar begrifflich voneinander unterschieden werden, aber doch ihr Zusammenhang als „Einheit der Natur" deutlich bleiben muß.

Der Gegensatz von sinnlich-konkreter Natur und abstraktem Wert durchzieht die gesamte Arbeit. Entsprechend finden weitere begriffliche Zuordnungen statt: Zur Sphäre der Natur gehören Begriffe wie Materie, Physis, Naturwert, Gebrauchswert, naturaler Wert, Produktivkraft, Sinnlichkeit, Konkretheit etc.; zur Sphäre des abstrakten Werts dagegen zählen die Begriffe Tauschwert, monetärer Wert, Wertprodukt, wertmäßige Produktivität, abstrakte Arbeit etc.

* * *

Den Leitgedanken zur „Natur in der ökonomischen Theorie" hat niemand schöner und überzeugender formuliert als Marx, wenn er sagt: „Vom Standpunkt einer höhern ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem andern Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen"[4]. Marx, der die wissenschaftlichen Geister gewöhnlich mehr auseinanderdividiert als vereint, hat mit diesen Worten den gemeinsamen moralischen Auftrag an die Industriegesellschaften noch so unterschiedlicher Gesellschaftsordnung genannt. Marx konnte nicht ahnen, wie aktuell und dramatisch dieser Appell einhundert Jahre nach seinem Tod angesichts der ökologischen Krise sein würde. Wer will bestreiten, daß die bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme, gemessen an diesem ökonomisch-ökologischen Postulat, das Stadium einer vernichtenden Naturunterwerfung noch nicht überwunden haben. Die bestehenden Industriesysteme haben sich bisher als schlechte Familienväter erwiesen. Um ihrer selbst willen werden sie die bisherige Haltung zur äußeren und zur eigenen Natur ändern müssen.

Prof.Dr. Lutz Wicke

Thesen zum Vortrag „Durch Umweltschutz zum neuen Wirtschaftswunder?“

1. Die Umwelt- und Wirtschaftspolitik ist heute vor ähnliche Probleme gestellt wie in den fünfziger Jahren, der Zeit des deutschen Wirtschaftswunders.

2. Trotz beachtlicher Erfolge und wichtiger Entscheidungen der jüngsten Vergangenheit haben wir bis heute die Umweltkrise nicht voll im Griff.

3. Verstärkter und effizienter Umweltschutz ist auch aus ökonomischen Gründen unbedingt erforderlich.

4. Die Umweltkrise existiert vor allem deshalb, weil Umweltschutz immer noch ganz überwiegend gegen das Eigeninteresse und nicht mit demn Eigeninteresse aller durchgesetzt werden soll.

5. Nur wenn das Eigeninteresse für den Umweltschutz aktiviert wird, können wir die Umwelt sanieren.

6. Damit kann gleichzeitig ein Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zum umweltfreundlichen Wirtschaftswachstum geleistet werden.

7. Unter der Voraussetzung einer konsequenten markt-orientierten Ausrichtung der Umweltpolitik ist die Sanierung der Umwelt und die Verbesserung der Arbeitsmarktlage möglich.

Der Untertitel des Buches von Brunowsky/ Wicke: "Der ÖKO-Plan - Durch Umweltschutz zum neuen Wirtschaftswunder" ist keineswegs nur ein Marketinginstrument, sondern eine prinzipiell realisierbare und anzustrebende programmatische Forderung!

zu These 5:

Die Bundesregierung hat den Konstruktionsfehler unserer Luftreinhalte- und vieler anderer umweltpolitischer Vorschriften vom Prinzip erkannt und möchte das Eigeninteresse für den Umweltschutz aktivieren. Deutlicher als ihre Vorgänger führt die jetzige Bundesregierung in der Regierungserklärung vom Mai 1983 aus: "Das eigene Interesse der Wirtschaft am Umweltschutz muß gestärkt werden. Umweltfeindliche

Produktionsverfahren dürfen sich nicht lohnen. Umweltfreundliches Verhalten muß sich auch wirtschaftlich auszahlen". Das heißt, die Bundesregierung will z.B. dazu kommen, daß intelligente, relativ kostengünstige Maßnahmen zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes `sich rechnen', Umweltschutz soll sich bezahlt machen! Nur dadurch - und das ist die These 5 - kann die Umweltkrise letztlich gemeistert werden.

Umweltschutz wird sich u.a. dann bezahlt machen, wenn ein Unternehmen

- durch den Verkauf von freiwilligen und zusätzlichen Emmissionsminderungen Erlöse erzielen,

- durch Umweltschutzmaßnahmen Umweltabgaben sparen, bessere Verkaufserfolge erreichen oder

- wirtschaftliche Risiken infolge denkbarer Schadensersatzleistungen vermeiden kann.

Umweltschutz wird dann für Konsumenten erstrebenswert sein, wenn sie bei umweltfreundlichem Verhalten Kosten sparen oder Nachteile vermeiden können.

Wenn dem so ist, dann wird das Gewinn- und Eigennutzstreben von Unternehmen und Konsumenten für und nicht wie bisher gegen den Umweltschutz wirken.

Dann ist es auch nicht mehr interessant, der Behörde zu erzählen, weshalb eine Umweltschutzmaßnahme angeblich oder tatsächlich aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht geht, sondern die Unternehmensleitung wird geradezu die Ingenieure anspornen, nach kostengünstigen Umweltschutzlösungen zu suchen! Dann kann auch jeder Betriebsingenieur der Geschäftsleitung vorrechnen, daß eine effiziente Umweltschutzmaßnahme dem Unternehmen höhere Erträge (gesparte Abgaben oder Einnahmen) bringt als Kosten. Dann werden die Belange des Umweltschutzes nicht mehr das lästige 5. Rad am Betriebswagen sein, sondern das sein, was sie angesichts der knappen Ressource "saubere Umwelt" - wie jedes knappe Gut - spätestens seit dem Bewußtwerden der Umweltkrise hätten sein müssen: Ein ganz normaler Kosten- und Ertragsfaktor in der betrieblichen Kalkulation! Mit der knappen und teuren Energie geht man spätestens seit der 1. Ölkrise 1972/73 sparsam um, mit der knappen Ressource Umwelt wird man dann genauso sparsam umgehen.

Aus ökologischer Sicht ist die o.g. Aussage der Regierungserklärung also zunächst und zuallererst die Forderung nach dem Einspannen der Haupttriebfeder des marktwirtschaftlichen Systems - dem Streben nach hohem Gewinn und hohem Konsumnutzen - für den Umweltschutz. Mit anderen Worten: Die Forderung nach mehr Markt im Umweltschutz ist gleichzusetzen mit der Zielsetzung der Verwirklichung von mehr Umweltschutz, den wir -

wie dargelegt - aus ökologischen wie auch aus ökonomischen Gründen unbedingt brauchen.

Zu These 6:

- Tempolimits für nichtentgiftete Alt- und Neufahrzeuge,
- Steuern auf Nitratdünger und Streusalz,
- Haftungsverschärfungen bei umweltgefährdender Produktion und umweltgefährdenden Produkten und
- Verkauf von freiwilligen zusätzlichen Emmissionsminderungen an andere

sind Beispiele solcher marktorientierter, das Eigeninteresse stimulierender umweltpolitischer Instrumente. Diese und sehr viele weitere Anregungen habe ich in dem Buch "Der ÖKO-Plan - Durch Umweltschutz zum neuen Wirtschaftswunder" zusammen mit meinem Koautor Brunowsky auf 70 Seiten in Form eines ziemlich konkretisierten Konzeptes für marktwirtschaftlichen Umweltschutz auf den Sektoren Luftreinhaltung, Gewässerschutz, Bodenschutz, Lärmbekämpfung und Energieeinsparung vorgelegt.

Dieser ÖKO-Plan enthält zusätzlich ein gezieltes Umweltförderungsprogramm mit erhöhten staatlichen Umweltausgaben, das das Gießkannenprinzip mancher diesbezüglicher Vorstellungen vermeidet. Die Kosten dieses Programms können sich durch Kosteneinsparungen, weniger Umweltschäden und geringere "Arbeitslosen-Kosten" zum Teil selbst finanzieren.

Durch diese Maßnahmen des ÖKO-Planes - Aktivierung des Eigeninteresses aller für den Umweltschutz und ein gezieltes Umweltförderungsprogramm - können - ich komme damit zu meiner 6. These - die per saldo ohnehin jetzt schon sehr positiven Arbeitsplatzwirkungen des Umweltschutzes noch wesentlich verstärkt werden. Dies stellt den zweiten Baustein für das als machbar prognostizierte neue, umweltfreundliche Wirtschaftswunder dar. Auf diesen Baustein werde ich hier nur kurz eingehen:

Zweifellos treten aus Umweltgründen bei einzelnen Betrieben Arbeitsplatzprobleme, ggf. auch Arbeitsplatzverluste auf. Die Schließung der Firma Boehringer in Hamburg und die verzögerte Inbetriebnahme des Kraftwerks Buschhaus ohne Rauchgasfilter sind zwei aktuelle Beispiele.

Per saldo aber ist der Umweltschutz keinesfalls ein Arbeitsplatz"killer", sondern sogar ein Arbeitsplatzgarant. Diesen Beweis hat - unfreiwilligerweise - der Bundesverband der Industrie in Form eines umweltpolitischen Eigentors durch eine beim Ifo-Institut in Auftrag gegebene Studie erbracht. Die aktualisierten Daten dieser Studie lauten: Inzwischen arbeiten insgesamt 440.000 Beschäftigte in der Umweltschutz- und Bauindustrie, bei Betrieben und Gebietskörperschaften, in der Umweltverwaltung, in der öffentlichen und privaten Entsorgung, im Altstoffhandel und in der Umweltforschung für den Umweltschutz!

Dagegen sind Arbeitsplatzverluste oder zeitweise Nichtbesetzungen, wenn auch im Einzelfall sehr schmerzlich, insgesamt eine sehr kleine Größe. Die "klassischen" Jobkiller-Argumente sind:

- Umweltbedingte Kostenerhöhungen und deshalb Betriebseinstellung von sogenannten Grenzbetrieben,
- umweltbedingter Konkurrenznachteil auf den Auslandsmärkten,
- Abwanderung von Betrieben ins Ausland wegen zu hoher Umweltschutzanforderungen und als wichtigster Punkt
- der umweltbedingte "Investitions"stau.

Die Quantifizierung dieser Effekte und der Vergleich mit den Umweltbeschäftigten beweisen, daß wir ohne Umweltschutz deutlich mehr Arbeitslose hätten!

Im übrigen: Wenn einige Betriebe, weil sie gefährliche Dreckschleudern sind und diese Betriebe außerdem die z.T. beträchtlichen Kosten der Umstellung auf umweltfreundlichere Produktionsweisen nicht tragen können (Beispiel Boehringer), ist das ein klassischer Fall der problematischen Auswirkungen des Struktur- und Präferenzwandels in der Volkswirtschaft. So wie heute Nylonstrumpfhosen Wollstrümpfen vorgezogen werden, so werden durch die umweltpolitischen Maßnahmen die gesteigerten Präferenzen der Bevölkerung nach dem Gut "bessere Umwelt" durchgesetzt. Auf dem Werft-, Bau-, Stahl-, Textil- und dem Fischereisektor erleben wir die Folgen des Strukturwandels. Auf dem Umweltsektor ist es nicht viel anders: Entweder die stark emittierenden Betriebe bzw. die Betriebe mit umweltunfreundlichen Produkten können dieses verstärkte Bedürfnis nach sauberer Umwelt in der Produktion und/ oder den Produkten verwirklichen, oder sie müssen durch andere, umweltfreundlichere Produktionsstätten ersetzt werden. Wenn an einem Standort die Kohle im Boden ausgeht oder wenn wegen Überfischung kaum noch Fische gefangen werden können oder der Bedarf nach Bauleistungen sehr stark zurückgeht, dann wird das als sehr bedauerlich, aber irgendwie unvermeidbar hingenommen. Wenn aber an einem Standort der Bevölkerung die "gute Luft" auszugehen droht, weil ein Betrieb seine Emissionen nicht senkt und deshalb stillgelegt werden muß, wird laut "Jobkiller Umweltschutz" gerufen.

Aber unabhängig davon: Wie bereits gesagt, gegenwärtig stehen 440.000 Umweltschutzarbeitsplätzen einige wenige Tausend aus Umweltschutzgründen verlorene, gefährdete oder zeitweise nicht besetzte Arbeitsplätze gegenüber! D.h.: Das Jobkiller-Umweltschutz-Argument ist ein altes Ammenmärchen!

Ich habe nachgewiesen, daß wir in den nächsten Jahren dringend mehr Umweltschutz benötigen. Diese ohnehin erforderlichen Umweltschutzmaßnahmen sollten auch aus ökonomischen Gründen unbedingt verstärkt in den direkt vor uns liegenden Jahren ergriffen werden: Denn mindestens bis Anfang 1990 werden wir aus demographischen Gründen - leider - noch mit einer recht hohen Arbeitslosigkeit leben müssen. Was liegt näher, als wenigstens einen Teil der Arbeitslosen durch sinnvolle

Umweltschutzmaßnahmen in Betrieben und durch Maßnahmen der öffentlichen Hand zu beschäftigen. Umweltschutz lohnt sich dann auch ökonomisch: Einerseits durch verringerte Umweltschäden - gegenwärtig insgesamt 3 - 5 % des Bruttosozialprodukts! - und durch geringere Steuerausfälle, andererseits durch eingesparte Arbeitslosenkosten (100.000 Arbeitslose weniger bedeuten Einsparungen von mehr als 2,5 Mrd. DM volkswirtschaftlicher Kosten!).

Durch diese Maßnahmen nach unserem ÖKO-Plan, die ich hier nicht im einzelnen aufzählen kann, können zu den bereits genannten 440.000 Umweltschutzbeschäftigten nochmals viele zehntausende hinzukommen: Allein ein forciertes, die Umwelt verbesserndes Energieeinsparungsprogramm würde - vor allem für den derzeit stark unterbeschäftigten Baubereich - über 100.000 Arbeitsplätze bringen. Durch Entstickung und Entschwefelung unserer Kraftwerke kommen ca. 44.000 hinzu. Durch alle anderen Einzelmaßnahmen unseres ÖKO-Plans - angefangen von den vielen durch marktwirtschaftliche Anreize ausgelösten betrieblichen Umweltschutzmaßnahmen, über verstärkte ABM-Maßnahmen auf dem Umwelt- und Naturschutzsektor, über Deponie-Altlastensanierung, Renaturierung von landwirtschaftlichen Flächen bis hin zu verstärktem Lärmschutz und Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs - um nur einige sinnvolle arbeitsplatzschaffende Umweltschutzmaßnahmen zu nennen - können nochmals bis zu 200.000 Arbeitsplätze hinzukommen.

Da sicher diese Aufgaben teilweise durch Arbeitnehmer durchgeführt werden, die schon jetzt für den Umweltschutz arbeiten, kann man vorsichtig schätzen, daß aufbauend auf den 440.000 vorhandenen Umweltschutzarbeitsplätzen insgesamt ca. 700.000 Arbeitsplätze möglich und sinnvoll wären. Damit wäre ein bedeutender Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit geleistet!

Prof.Dr. Erich Hödl

Thesen zum „ökonomischen Strukturwandel und qualitativen Wachstum"

Im Mittelpunkt der folgenden Überlegungen steht die These, daß letztlich der ökonomische Strukturwandel über die Realisierungschancen eines qualitativen Wachstums entscheidet. Ohne den fruchtbaren Beitrag der soziologischen und politologischen Analysen zu bestreiten wird daher behauptet, daß es der ökonomischen Theorie vorbehalten bleibt, eine Fundierung einer sozial-ökologischen Wachstumspolitik zu leisten. Somit wird gegenüber den Versuchen der Abdrängung der ökonomischen Theorie die Position vertreten, daß sie die relevanten Entwicklungsprozesse am besten analysieren (Vogt 1973) und die Kernprobleme des Strukturwandels formulieren kann. Die offensichtlichen Defizite der ökonomischen Theorie, aber auch ihre vielfach oberflächliche Interpretation erfordern allerdings eine Kritik "von innen heraus", die mit einer Ablehnung unreifer paradigmatischer Alternativen und voluntaristischer Forderungen zu verbinden ist, denen die Realität in Kernbereichen davonzulaufen droht.

I. DER UMWELTSCHUTZ FÜHRT WEDER BEI EINER ENTSORGENDEN, NOCH BEI EINER STÄRKER PRÄVENTIVEN AUSRICHTUNG ZU EINEM NEUEN WIRTSCHAFTSWUNDER

Die allgemeinen Probleme einer sozial-ökologischen Orientierung des Wirtschaftsprozesses sind im Rahmen der polit-ökonomischen Diskussion

Anfang der siebziger Jahre (z. B. Glagow 1972) bereits fundierter untersucht worden, als in den meisten Abhandlungen der Folgezeit, in der sich Partialanalysen und eine instrumentalistische Wendung durchgesetzt haben. Aufgrund der positiven ökonomischen Aspekte, vor allem der positiven Beschäftigungseffekte (Meißner/Hödl 1976 und 1978) und später infolge des günstigen Effektes für den technischen Fortschritt, wurde der Umweltschutz zum wirtschaftspolitischen Instrument. Wenngleich hier auch der Präventionsgedanke - primär als technologischer - eine Rolle spielt, so sind die weitergehenden Konzepte der "Versöhnung" von Ökologie und Ökonomie (z. B. Roth 1983) politisch weit weniger wirksam geworden. Vielmehr ist ausgehend von der Analyse von Wachstumsprogrammen (Meißner/Hödl 1983) die Instrumentalisierung des Umweltschutzes bis hin zu ganz großen Programmen vorangetrieben worden (Brunowsky/Wicke 1984, teils auch Memorandum). Offen bleibt nicht nur der erreichbare Beschäftigungseffekt von 500.000 Arbeitsplätze/Jahr, sondern vor allem die Wirkung auf die Branchen- und Wirtschaftsstruktur sowie die Unterbringung einer gleichzeitigen Arbeitszeitverkürzung für eine Vollbeschäftigung (Meißner/Zinn 1984).

Die Abspaltung des Umweltschutzes vom gesamtwirtschaftlichen Prozeß läßt vergessen, daß das Wirtschaftswunder ganz andere Ursachen hatte als partiell neue Produktionschancen. Der Gewinninflation in den 50er Jahren folgten Verteilungsspannungen in den 60er Jahren und seither eine Periode der Vermögenssicherung (Riese 1979), die sich infolge der Finanzmarktsituation nicht durch staatlich subventionierte Programme korrigieren läßt. Aus der Sicht der Langen Wellen spielt der umwelttechnische Fortschritt im Vergleich zu anderen Technologien (z. B. Mikroelektronik) eine geringe Rolle und ob die Rationalisierungsgewinne in den Umweltschutz fließen, ist angesichts der Weltmarktkonkurrenz immer unwahrscheinlicher geworden.

II. DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE GESELLSCHAFTSKRITIK HAT SICH WEITGEHEND VON DER ANALYSE DER ÖKONOMISCHEN ENTWICKLUNGSDYNAMIK ENTFERNT UND ZENTRIERT SICH UM ABSTRAKTE FORDERUNGEN, DEREN KONKRETE AUSWIRKUNGEN AUF DEN ÖKONOMISCHEN STRUKTURWANDEL NUR UNZUREICHEND ANALYSIERT WERDEN

Die Null-Wachstum-Forderung hat aufgrund der Einsicht, daß eine positive Profit- und Akkumulationsrate systemnotwendig ist, den strukturanalytischen Aspekten eines qualitativen Wachstums Platz gemacht. Die Analysen bleiben aber ohne Verbindung zu den ökonomisch bestimmten Allokations- und Akkumulationsprozessen und werden "von außen" an die Ökonomie als "materiellen Kern unserer Gesellschaft" (IÖW-Programmatik) herangetragen. So sind die ökologisch rationalen Ansätze (Boulding 1971, Uhlig 1978, Daly 1980) zwar geeignet, neue Werthaltungen zu unterstützen, doch wird nicht klar, welche Auswirkungen dies für den Wettbewerb und Strukturwandel hat. Eine anders gelagerte Art von "Gegenreligion" (Strasser/Traube 1981) stellen die Forderungen nach einer neuen Wirtschaftsauffassung bzw. -ethik (Amery, Fromm 1981) dar, unter die auch die von der historischen Schule inspirierten Überlegungen zu einem neuen Wirtschaftsstil (Schefold 1981) fallen.

Die Folgewirkungen und Durchsetzungsprobleme sind in den öko-sozialistischen Analysen insofern deutlicher geworden, als die selektive Wachstums- und Beschäftigungssteigerung (Eppler 1981) möglicherweise von keinen Angebotsimpulsen getragen wird. Auf diesen Aspekt geht die dualwirtschaftliche Analyse insofern gar nicht ein, als der ökologiefeindliche Erwebssektor seiner Dynamik überlassen werden soll (Gorz 1983). Unklarheit besteht aber auch im Hinblick auf die Frage, ob der Industrialismus (Strasser/Traube 1981) oder der Kapitalismus (SOST 1980) zu kritisieren sei.

Das Verdienst dieser Untersuchungen liegt zweifelsfrei in ihrem Beitrag, den Wirtschaftsprozeß anders als konventionell zu denken und neue Werthaltungen zu festigen. Betrachtet man die "ökonomische Maschine" (Schumpeter) von innen, so stellt sich das Problem, wo sich diese Werthaltungen artikulieren können. Nach der neoklassischen Theorie müßten sich die Präferenzen der Konsumenten und

Arbeiter derart verschieben, daß die "vikarischen" Unternehmen einen sozial- und ökologiekonformen Produktionsauftrag erhalten. Dieses unrealistische Bild wird im Keynesianismus insofern modifiziert, als die Investitionsautonomie der Unternehmen eingeführt wird, die in Depressionszeiten aber von den (internationalen) Finanzmärkten eingeschränkt wird. Markttheoretisch gesehen ergibt sich in jedem Falle eine Dominanz der Gütermärkte über die Arbeitsmärkte (GM(FM) → AM) und in Krisenzeiten eine Dominanz der Finanzmärkte über die Güter- und Arbeitsmärkte (FM → GM → AM). Die Chancen zur direkten oder über den Staat vermittelten Artikulation von neuen Werthaltungen stehen somit solange unter dem Regime der Finanzmärkte, als die Gütermärkte keinen Profit abwerfen, der den Geldzins übersteigt. Aber auch bei einer Dominanz der Gütermärkte hat die monetäre Profitdimension Vorrang vor den sozial-ökologischen Kriterien und der Staat bleibt gegenüber den Wettbewerbsprozessen weitgehend ohne Einfluß.

III. DIE KONVENTIONELLE UMWELTÖKONOMIE BESCHRÄNKT SICH AUF DIE ANALYSE DER STATISCHEN UND INTERTEMPORALEN ALLOKATIONSEFFIZIENZ MONETÄR BEWERTETER GÜTER UND STELLT KEINE VERBINDUNG ZWISCHEN DEN ALLOKATIONS- UND AKKUMULATIONSPROZESSEN HER

Während die klassische politische Ökonomie - u.a. methodisch bedingt - noch einen Zusammenhang von Allokation und Akkumulation herstellt, beschränkt sich die neoklassische Gleichgewichtstheorie auf die Untersuchung der Gütermarktallokation. Die Chancen für eine sozial- und ökologiekonforme Ausrichtung der Marktprozesse werden in zwei Richtungen maßlos überschätzt: Zum einen seien die souveränen Konsumenten in der Lage den Primärimpuls für eine sozial-ökologische Orientierung auszulösen und zum anderen würde der technische Fortschritt das gesamtwirtschaftliche Optimum sichern. Soweit Fehlleistungen durch externe Effekte (Pigou 1920, Kapp 1958) registriert werden, wird von deren Internalisierung die Wiederherstellung der Allokationseffizienz erwartet. Für den

Fall erschöpfbarer Ressourcen werden optimale Abbauregeln abgeleitet (Hotelling 1931), nach denen monopolistische Mengeneinschränkungen als Naturschutz verstanden werden (Solow).

Die makroökonomischen Versionen der Umweltökonomie thematisieren den stofflichen Aspekt des Wirtschaftskreislaufes in Form des Input-Output-, Materialbilanz- und Entropieansatzes. Die Hauptschwierigkeiten liegen bei den Untersuchungen der Wechselwirkungen von Natur und Ökonomie: Der Input-Output-Ansatz stellt die Produktion von Ungütern fest, der Materialbilanz-Analyse die Begrenztheit und Veränderbarkeit der Güter und Ressourcen und der Entropie-Ansatz (Faber, Niemes, Stephan 1983) die Endlichkeit der Energiepotentiale. Diese Versionen stellen nicht nur erhebliche empirische Anforderungen, sondern enthalten auch vorwiegend mechanische Anpassungshypothesen. Der mikroökonomische Anpassungsoptimismus und der makroökonomische Pessimismus hinsichtlich der Naturgrenzen geben zuwenig Anhaltspunkte für die Gestaltung eines qualitativen Wachstums, weil sie keine Verbindung zwischen der Allokation und der Akkumulation herstellen.

IV. IN DER ÖKONOMISCHEN STRUKTURTHEORIE SIND ERSTE ANSÄTZE ZUR SIMULTANEN ERKLÄRUNG VON WETTBEWERB UND WACHSTUM ENTWICKELT WORDEN, DIE AUF KLASSICH-KEYNESIANISCHER BZW. NEOKLASSISCHER GRUNDLAGE DEN PROZESS DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG TRANSPARENTER MACHEN UND ANKNÜPFUNGSPUNKTE FÜR EINE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE POLITIK AUFZEIGEN.

Eine theoretisch stringente Verbindung von Allokation und Akkumulation ist im Rahmen der Wirtschaftstheorie nicht möglich (Riese 1975). Der Dynamisierungsversuch des walrasianischen Gleichgewichtssystems bei Schumpeter und die Einführung der Multiplikatortheorie bei Keynes führten zur Theorie des funktionsfähigen Wettbewerbs (Clark 1966) bzw. zur Wachstumstheorie, die neuerdings strukturtheoretisch differenziert wird (Pasinetti 1981, Streißler 1983). Danach sind die institutionellen Faktoren und die

Angebots- und Nachfrageveränderungen für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend.

Anders als in der klassischen politischen Ökonomie mit ihrer Ausrichtung auf die objektiven Entwicklungsgesetze erhalten die subjektiven Präferenzänderungen ein größeres Gewicht. Neben der eher klassenbezogenen Analyse (z.B. Pasinetti 1981), in der die Lernfunktionen der Unternehmen die eindeutig primäre Rolle spielen, ermöglicht die keynesianische und neoklassische Perspektive eine weniger hierarchisch vorgeprägte Analyse der Institutionen und der Angebots-Nachfrage-Veränderungen und somit der Artikulationschancen für veränderten Werthaltungen.

Eine institutionelle Aufgliederung in Haushalte, Unternehmen, Finanzsphäre, Staat und Außenwirtschaft führt zur oben genannten Hierarchie der Märkte (GM(FM)→AM bzw. FM→GM→AM). Klar wird daraus, daß die Haushalte und der Staat zunächst keine Pilotfunktion bei der Realisierung eines qualitativen Wachstums übernehmen können. Daraus folgt weiter, daß veränderte Werthaltungen in den Haushalten und sozial-ökologische Programmatiken des Staates nur in dem Umfang wirksam werden können, als diese in den Finanz- und Gütermärkten unterzubringen sind. Gegenüber den klassentheoretischen Standpunkten ergeben sich also analytische Zugänge zu den Handlungsspielräumen für eine sozial-ökologische Politik.

Die Untersuchung der Nachfrageänderungen infolge von Präferenzverschiebungen kann anhand der Einkommenselastizitäten der Nachfrage (EEN) bei den makroökonomischen Aggregaten: Konsum, Investitionen, Staat und Außenhandel analysiert werden. Die EEN geben an, in welchem Umfang die jeweilige Güternachfrage bei einer Einkommenssteigerung um eine Einheit zunimmt (Engel-Kurven). Trotz aller absatzpolitischen Strategien müßten sich die Präferenzänderungen in stärker sozial-ökologischen Konsum-, Investitions-, Staats- und Außennachfragen niederschlagen

(z.B. partieller Konsumverzicht/Sättigung, Vorreiterrolle des Staates). Ein nachfragebedingt früheres Auslaufen der Produktzyklen bei ökologiefeindlichen Gütern und Dienstleistungen wird zweifellos stärker durch die oben skizzierte Gesellschaftskritik, als durch die konventionelle Umweltökonomie gefördert.

Die Veränderungen in den Angebotsbedingungen ergeben sich teils aus den Nachfrageverschiebungen, aber vor allem aus den Veränderungen der Kombination der wachstumstheoretischen Inputfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt. Spiegelbildlich zur Nutzenfunktion der Haushalte erscheint die Transformationsfunktion in den Unternehmen, die vom Niveau und der Richtung des technischen Fortschrittes abhängt und aus der die Chancen einer arbeitsintensiveren Produktion zur Beschäftigungserhöhung (Binswanger 1983, Jänicke 1984) ablesbar sind. Allerdings widerspricht der gegenwärtig laufende arbeitssparende technische Fortschritt einer solchen Politik, so daß erst eine branchenmäßige Disaggregation weitere Einsichten bringt. Die disaggregierten Kapitalkoeffizienten können - soweit die Verwendung der erzeugten Produkte keine konträren Wirkungen hat - aus der Sicht des Rohstoff- und Energieverbrauches Hinweise auf die Ökologieverträglichkeit von Branchen geben. Jedenfalls kann die These eines Anstiegs des technischen Fortschrittes mit der Kapitalintensität (Kaldor 1962) nicht umstandslos akzeptiert werden. Vielmehr wird eine Erhöhung des "Humankapitals" infolge kapitalsparender Tendenzen im technischen Fortschritt (z.B. Mikroelektronik) ein stärkeres Gewicht erhalten und zur ökologischen Entlastung beitragen. Auf sektoraler Ebene ist heute noch weitgehend unklar, ob sich ein relevanter Trend zum Dienstleistungssektor durchsetzen wird (Scharpf 1985) und ob davon sozial-ökologische Entlastungen zu erwarten sind (Verkehrssystem usw.).

V. DIE REALISIERUNG EINES QUALITATIVEN WACHSTUMS, DAS GEGENWÄRTIG MEHR VON DEN FINANZMÄRKTEN ALS VOM FLEXIBILITÄTSPOTENTIAL DER GÜTERMÄRKTE GEHEMMT WIRD, BEDARF DER UNTERNEHMENSTHEORETISCHEN MIKROFUNDIERUNG.

Die strukturtheoretische Skizze der Hemmnisse und Chancen eines veränderten Wachstums läßt erkennen, daß enge Berührungspunkte mit einem neuen Interventionismus (Jänicke 1984) und den umweltpolitischen Präventionsmaßnahmen (Binswanger, u.a. 1983) bestehen. Was in den meisten Analysen ausgeklammert bleibt, sind die in der Krise dominierenden Finanzmärkte, die angesichts des international zunehmenden Gleichlaufs in den Umweltpolitiken eine stärkere Schranke für ein neues Wachstum darstellen als die Konkurrenz auf den internationalen Gütermärkten. Das Flexibilitätspotential auf den Gütermärkten wird ohnedies in der Regel unterschätzt. So läßt sich heute nicht mehr nachweisen, daß große Unternehmen eine geringere Marktflexibilität aufweisen oder weniger innovativ sind als kleinere Unternehmen (Kamien/Schwartz 1982). Die potentielle Flexibilität auf den relevanten Märkten wird infolge der Finanzkraft bei den Großunternehmen (Albach 1981) nach einem verbesserten Realzins-Geldzins-Verhältnis noch stärker ausgespielt werden. So berechtigt die abstraktere Diskussion um ein qualitatives Wachstum auch bleiben wird, die Gefahr eines Überholtwerdens durch ein ziemlich konventionelles Wachstums seitens des ökonomischen Prozesses wird eher größer. Die vorrangigen Aufgaben sind daher die ökonomische Analyse der sozial-ökologischen Aspekte des Strukturwandels und des Unternehmerverhaltens.

Prof.Dr. Martin Jänicke

Umweltzerstörung und Staatsverschuldung – Irrwege und Auswege

Am Ende der achtziger Jahre werden die Bundesrepublik und mit ihr viele westliche Länder auf zwei Jahrzehnte eines Staatsversagens in der Umwelt- und Finanzpolitik zurückblicken. Auch 1989 wird es noch eine Milliardenlücke zwischen Ausgaben und Einnahmen geben. Und den Teillösungen des teuren Umweltschutzes werden neue oder verschärfte alte Umweltprobleme gegenüberstehen. Wir ruinieren die Umwelt und die Staatsfinanzen. Und beides hat viel miteinander zu tun. Das beginnt damit, daß eine ruinöse Ausbeutung der Staatsfinanzen ebenso zu Lasten künftiger Generationen geht wie die ruinöse Ausbeutung der Natur. Und beides ist die Folge ähnlicher Mechanismen. Ähnlich sind auch die Mechanismen des Staatsversagens in der Umwelt- und Finanzpolitik. Ähnlich sind speziell die Ursachen fehlender Vorausschau und Prävention. Und in beiden Fällen gibt es Nutznießer entsprechender staatlicher Interventionsverzichte, darunter die Öko-Industrie im einen Fall und der Bankensektor im anderen. Hier wie dort steht dem kurzfristigen Nutzen ein langfristiger Schaden gegenüber. Mein Thema sind die verpaßten Möglichkeiten und die vorhandenen Chancen, den Staatshaushalt mit einer ökologischen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu sanieren.

Ich werde zunächst die Ursachen der Verschuldung seit 197o im Detail darstellen. Dabei bietet sich das Bild eines Staates, der ökologisch fragwürdige und ökonomisch antiquierte Wirtschaftsformen erstaunlich eindeutig begünstigt und die Folgen wiederum mit teuren Reparaturmaßnahmen bedenkt. Über den Begriff der "tax expenditures" wird diese Mechanik auch auf der Einnahmenseite beleuchtet. Der vielfältigen Begünstigung von Ressourcenvergeudung und ökologischer wie gesundheitlicher Beeinträchtigung steht die massive Benachteiligung des Faktors Arbeit gegenüber.

Eine ökologisch orientierte Finanzpolitik hätte u.a. folgenden Maximen zu folgen:

- Abkehr von der Illusion der großen Zuwachsraten,
- Abkehr von der einseitigen Industrieförderung,
- Abkehr speziell von der steuerlichen Privilegierung des Auto- und Energiesektors,
- Abkehr von der einseitigen Steuer- und Abgabenbelastung des Faktors Arbeit,
- Abkehr vom internationalen Subventionswettlauf,
- kritische Überprüfung des gesamten Ausgabenverhaltens des Staates im Hinblick auf ökologisch und ökonomsich fragwürdige Großprojekte,
- Bevorzugte Förderung dezentraler und ökologisch angepaßter Ökonomien (Innovationsförderung),
- Dezentralisierung der Staatsfinanzen (Begünstigung der Kommunen),
- Internalisierung ökologischer Risiken und Schadenskosten durch Emissions-, Abfall- und Risikoabgaben.

Das Umsichgreifen ähnlicher Forderungen - bis in die CDU - sollte die zu überwindenden strukturellen Sklerosen nicht vergessen machen. Ein zweites "Wirtschaftswunder"durch eine ökologisch orientierte Fiskal- und Strukturpolitik ist zwar denkbar, aber wenig wahrscheinlich. Es ist vor allem nicht wünschenswert. Einmal würde ein neuer Überfluß das Niveau der Umweltbeeinträchtigungen - ungeachtet relativer Verbesserungen - absolut wieder anheben. Zum anderen sollte endlich dazu übergegangen werden, bestehende Probleme nicht mit den alten Wachstumsillusionen, sondern mit strukturellen und institutionellen Innovationen zu beantworten.

ANHANG 1: WACHSTUMSILLUSIONEN....

ZENTRALSTAATLICHE MITTELFRISTIGE FINANZPLANUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER USA: SOLL UND IST WIRTSCHAFTLICHER ECKWERTE

Planungszeitraum	Reales Wirtschafts-wachstum (% BSP)		Arbeitslosenquote (%)	
	Soll	Ist	Soll	Ist
a) Bundesrepublik Deutschland				
1976 - 8o	4,5	3,5	3,o	4,2
1977 - 81	4,5	2,4	3,5	4,4
1978 - 82	4,o	1,6	4,o	5,o
1979 - 83	4,o	1,2	-	5,9
198o - 84	3,o	o,9	-	7,o
1981 - 85	2,o-2,5	1,o	-	
1982 - 86	2-3	-	-	-
b) USA				
1979 - 83	3,8	1,3	5,3	8,o
1985 - 89	4,o	-	-	-

Quellen: DIW-Wochenbericht 5o/1983, Economic Impact 2/1979, eigene Berechnungen nach OECD-Daten. 1985: vorläfige Ang.

ANHANG 2: BEGÜNSTIGTE STEUERFORMEN.
ZUR DYNAMIK VON STEUEREINNAHMEN IN DER
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND 197o - 1984

Steuertyp	197o (=1oo)	1984	Relativer Einnahmeverlust 1984 (Mrd. DM)
Steuern insgesamt	1oo	269	
Tabaksteuer	1oo	221	- 3,2
Mineralölsteuer	1oo	2o9	- 6,9
Branntweinabgaben	1oo	19o	- 1,8
Kraftfahrzeugsteuer	1oo	19o	- 3,o
Veranlagte Einkommenssteuer	1oo	165	- 16,7
Vermögenssteuer	1oo	156	- 3,2
Straßengüterverkehrssteuer	1oo	o[xx)]	- 1,2
Dagegen Lohnsteuer:	1oo	389	(+ 42,o)

x) Errechnet als Abweichung v.d. Gesamtentwicklung seit 197o.

xx) abgeschafft.

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, laufende Jahrgänge. Eigene Berechnungen.

ANHANG 3: BEGÜNSTIGTE SUBVENTIONSNEHMER. ÜBERPROPORTIONAL STEIGENDE SUBVENTIONEN x) 1970 UND 1982 (Mrd. DM):

Sektor	1970	1992
Verkehr		
- Schienenverkehr	3,6	9,4
- Straßenverkehr	o,4	1,o
Bau/Wohnen (incl. Steine/Erden)	2,9	8,9
Energie (incl. Mineralölverarb.)	1,4	6,2
Eisenschaffende Industrie, Maschinen- u. Schiffsbau	o,7	1,9
Chemie-Industrie	o,3	o,9
Tabak- und Getränkeindustr.	o,2	o,7
Luft- und Raumfahrt	o,2	o,5
Subventionen insgesamt x)	21,1	46,1

x) Finanzhilfen des Bundes, der Bundesanstalt für Arbeit, des ERP-Sondervermögens, der EG; Steuervergünstigungen der Gebietskörperschaften.

Quelle: Eig. Berechnungen nach DIW-Daten.

Arbeitsgruppe 1

Probleme der Wachstumsmessung und Ansätze zur ökologischen und sozialen Wohlfahrtsermittlung

Koordination:
Dr. Christian Leipert, Eberhard Seifert, Dr. Carlo Jaeger-Weise

In dieser Arbeitsgruppe sollen drei miteinander verbundene Problemzusammenhänge des `wirtschaftlichen Fortschritts' behandelt werden:

1. Ausgehend von der seit Jahren vorgetragenen und erwiesenen Kritik am Konzept des Bruttosozialprodukts in seiner Eigenschaft als Wohlstandsmaß und Erfolgsindikator der Wirtschaftspolitik werden alternative Vorschläge zu einer gesellschafts- und ökologisch orientierten Berichterstattung/ Rechnungslegung (sowohl auf einzelwirtschaftlicher/ betrieblicher, als auch gesellschaftlicher/ makroökonomischer Ebene) vorgestellt und auf ihre bisherige Leistungsfähigkeit hin erörtert.

2. Darüber hinausgehend wird die Entstehung und Begründung dieses BSP-Meßkonzeptes theoriegeschichtlich verortet, um zu zeigen, daß es seine relative Gültigkeit und Berechtigung nur im Rahmen der beschäftigungspolitischen Option einer keynesianisch inspirierten Wirtschaftspolitik in einer historischen Phase erhielt, in der Umwelt- und Ressourcenfragen noch keine Rolle spielten.
Damit werden Möglichkeiten, vor allem aber die theoretisch angelegten Grenzen dieses `Wohlstandsmaßes' in Erinnerung gerufen: Nicht als Selbstzweck, sondern um deutlich zu machen, in welch starkem Maße Instrumente von ihrem vorgängigen theoretischen Rahmen geprägt sind. Zugleich kann damit zurückgefragt werden an die neueren alternativen Meßkonzepte, welche theoretische Orientierung ihnen zu Grunde liegt und inwiefern sie insbesondere eine vertretbare ökologische Fundierung haben.
Die im Folgenden abgedruckten Beiträge von Leipert und Hauchler können als Einstieg in die Thematik der Punkte 1 und 2 gelesen werden.

3. Mit dieser ausdrücklichen Herausstellung des theoretischen Hintergrundes von Meßkonzepten wird einer Gefahr begegnet, in ökologischer Hinsicht zu kurzschlüssig und vorschnell instrumentell zu werden.
Darüber hinaus eröffnet gerade die Aufnahme der Debatte des Theoriehintergrunds die Chance, nunmehr ausdrücklich über die Werte und Ziele der in der Perspektive der Theorie verfolgten Wirtschaftspolitiken zu diskutieren. `Fortschritt' als bloßes Wachstum der monetär bewerteten Güter- und Dienstesteröme muß sich so angesichts der sozialen, ökonomischen und ökologischen Kontraproduktivitäten des Systems erneut grundlegend legitimieren. Diese Debatte wird neuerdings unter dem Stichwort des Wertewandels und im ökonomischen Bereich unter dem Stichwort `Wirtschaftsethik' geführt.

An diese erneute Infragestellung der früh-neuzeitlichen politisch-philosophischen Begründung und Legitimierung eines selbststeuernden Regulationssystems der Wirtschaft ist anzuknüpfen, um an der darin enthaltenen Freiheits-Idee kritisch festhaltend die Versprechungen der Moderne für ein gutes Leben erneut in die traditionelle Rede über Ethik und Wirtschaft einzubringen.
Der Beitrag von Seifert ist den in diesem Punkt angeschnittenen Fragen zuzuordnen.

aus: Die Mitarbeit. Zeitschrift
zur Gesellschafts- und
Kulturpolitik, 33. Jg., Heft 2

Für ein neues Konzept zur Bilanzierung von Kosten und Nutzen der industriegesellschaftlichen Produktionsweise

Von Christian Leipert, Berlin

Für einen Übergang des gegenwärtigen umweltfeindlichen Industriesystems zu einer ökologischen Wirtschaft sprechen nicht nur ökologische und soziale Gründe, sondern auch wirtschaftliche Argumente. Die heutige Bilanzierungspraxis der wirtschaftlichen Ergebnisse einer Volkswirtschaft, in deren Mittelpunkt die Ermittlung des Bruttosozialprodukts steht, verdeckt vollkommen, daß die heute vorherrschende Wirtschaftsform nicht nur unökologisch und sozial destruktiv, sondern auch zunehmend unwirtschaftlich ist.

I. Defizite des herrschenden Wachstumskonzeptes aus ökologischer Sicht

Das in der Wirtschaftswissenschaft und in der Wirtschaftspolitik weiter dominierende Wachstumskonzept, das auf der Bruttosozialproduktrechnung aufbaut, ist zwischen 1930 und 1950 entwickelt worden, als die Einbindung der Wirtschaft in die ökologischen Kreisläufe überhaupt noch kein gesellschaftliches und wissenschaftliches Problem war. Aus heutiger Sicht liegen die zentralen Defizite des etablierten Wachstumskonzeptes und damit der Sozialproduktrechnung in drei Bereichen.

Wirtschaftswachstum wird in den Grenzen des Güter- und Einkommenskreislaufes bestimmt. Damit bleiben die Auswirkungen des ökonomischen Wachstumsprozesses auf den ökologischen Stoffkreislauf ausgeblendet. Weder die Entnahmen aus der Natur (Energie, Rohstoffe, Wasser, Luft und Boden) noch die aus dem Produktions- und Konsumprozeß in die Umwelt emittierten Abfall- und Schadstoffe werden in ökonomischen Bilanzen und Rechnungslegungssystemen erfaßt. Eine Erweiterung des ökonomischen Kreislaufbegriffs im Sinne einer Einbeziehung der stofflichen Beziehungen mit der Natur ist heute aber dringend geboten.

Wirtschaftswachstum ist definiert als Zunahme einer „Stromgröße" – nämlich des Bruttosozialprodukts. In den letzten Jahrzehnten sind zunehmend Stromgrößen zu Erfolgsindikatoren der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik geworden; z. B. „Je höher die Zuwachsraten des Sozialprodukts und der Einkommen, umso größer der Erfolg für Politik und Volkswirtschaft." Die Identifizierung von Stromgrößenwachstum mit Wohlstandssteigerung ging soweit, daß Höhe und Wachstum des Energie- und Rohstoffverbrauchs pro Kopf der Bevölkerung in der Entwicklungsländerforschung und in internationalen Organisationen in den 50er- und 60er Jahren zu hochbewerteten Entwicklungs- und Wohlstandsindikatoren aufstiegen, was heute kaum mehr vorstellbar erscheint. Die „Bestands"-Vergessenheit des Denkens war total. Ausgeblendet aus dem damaligen Wirtschafts- und Entwicklungsdenken blieben die Auswirkungen des exponentiellen Wachstums der Stromgrößen (Produktion, Konsum, Rohstoff- und Energieverbrauch, Schadstoffabgaben) auf die Qualität und den Umfang der Bestandsgrößen (Natur und Menschen), von denen letztlich die Entwicklung der Stromgrößen langfristig abhängt. Wird man sich der begrenzten Verfügbarkeit und der immer schwierigeren Mobilisierbarkeit von mineralischen Rohstoffen und fossilen Energiequellen sowie der begrenzten Belastbarkeit der Umwelt und von Menschen bewußt, so wird die ökonomische Zielfunktion in einem beständeorientierten

Denken geradezu umgekehrt. Nicht maximaler Durchsatz von Energie und Rohstoffen durch das Produktions- und Konsumsystem ist ein Erfolg. Erfolgreich ist ein Wirtschaften vielmehr, wenn das kulturell erwünschte Lebensniveau mit einem Minimum an mineralischen, energetischen und Umwelt-Ressourcen erreicht wird. [1]

Und schließlich ist das herrschende Wachstumskonzept einschichtig. Im Bruttosozialprodukt werden alle monetären ökonomischen Aktivitäten aufaddiert – unabhängig davon, welche Funktion diese Aktivitäten erfüllen und welchen Stellenwert sie im Gesamtzusammenhang von Produktion und Konsum haben. Die Summierung aller monetären ökonomischen Aktivitäten im Bruttosozialprodukt ist zweifellos sinnvoll für die Konjunkturpolitik, die Informationen über Höhe und Entwicklung der Produktion, der Einkommensverteilung und -verwendung benötigt – unabhängig von ihrem Beitrag zur Lebensqualität der Menschen. Für eine Bewertung des Beitrages der gesamtwirtschaftlichen Produktion zur Lebensqualität der Bevölkerung (incl. der Umweltqualität) reicht das einschichtige Konzept des Bruttosozialprodukts nicht mehr aus. Es sind darin zunehmend mehr Ausgaben enthalten, die *als solche* nicht positiv zu bewerten sind, sondern die ihren Nutzen *allein* aus der Kompensation eines Schadens ziehen, der zuvor vom Wirtschaftsprozeß erzeugt worden ist.

Fazit: Die Reduktion des ökonomischen Denkens auf *rein* ökonomische Zusammenhänge ist heute obsolet geworden. Aufgrund des massiven und teilweise irreversiblen Charakters der Einwirkungen des hoch konzentrierten und hoch risikoreichen Industriesystems auf Bereiche außerhalb des Wirtschaftsprozesses müssen die komplexen Interaktionen zwischen Produktion, Mensch, Gesellschaft und Natur explizit in das ökonomische Denken einbezogen werden. Benötigt wird vielschichtiges, systemisches und vernetztes Denken, das den Folgewirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten über mehrere Bereiche und deren Rückkopplungen auf das ökonomische System vorausschauend nachgeht und sie in den ökonomischen Entscheidungskalkül miteinbezieht. Dann würde der systemische Zusammenhang, der zwischen verschiedensten ökonomischen Aktivitäten – teilweise über mehrere Zwischenstationen – besteht, erkannt werden, der die Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des Gesamtprojekts der industriegesellschaftlichen Wirtschaftsweise im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts begründet und die Abkehr vom herrschenden ökonomischen Wachstumskonzept zwingend erscheinen läßt.

II. Widerstände gegen eine Abkehr vom herrschenden Wachstumskonzept

In diesem Beitrag sollen Grundzüge eines Konzepts zur Neubilanzierung von Kosten und Nutzen der industriegesellschaftlichen Produktion vorgestellt werden. Die Dringlichkeit ergibt sich aus dem Umstand, daß erhebliche Teile der im Bruttosozialprodukt erfaßten jährlichen Ergebnisse des volkswirtschaftlichen Produktionsprozesses nicht positive Erträge im Sinne eines Mehrs an Lebens- und Umweltqualität darstellen, sondern als zusätzliche (Folge-)Kosten von Produktion und Konsum, die der gesamten Volkswirtschaft aufgeladen werden, zu betrachten sind. Gegenwärtig ist eine versteckte Subventionierung risikoreicher, umweltschädlicher und zentralisierender Großtechnologien gegenüber umwelt- und energiesparenden, menschlich angepaßten Technologien festzustellen. Eine Neubilanzierung von Kosten und Erträgen in einem gesamtgesellschaftlich-gesamtsystemaren Kontext soll Kostenehrlichkeit zwischen alternativ zur Verfügung stehenden oder entwickelbaren Technologien bzw. Produktions- und Konsumweisen herstellen.

Angesichts der eklatanten Defizite des herrschenden Wachstumskonzepts für eine qualitative Bewertung und Steuerung des Wirtschaftsprozesses ist es erstaunlich, daß in der Wissenschaft, in der Politik und in der Gesellschaft so hartnäckig daran festgehalten wird. Es erscheint deshalb sinnvoll, nach den Gründen hierfür zu fragen – schon um die Einflußmöglichkeiten eines alternativen Bilanzierungskonzepts einigermaßen realistisch abschätzen zu können.

1. Die Idee der „unsichtbaren Hand"

Das mangelnde Interesse an einer qualitativen Gewichtung der Produktion bzw. an den gesamtsystemaren – partiell kontraproduktive Prozesse indizierenden – Zusammenhängen zwischen Ökonomie, Mensch, Gesellschaft und Natur liegt nicht zuletzt in tiefliegenden Interessenkonstellationen, Denkstrukturen und Lebenssituationen begründet.

Ansetzen müßte man schon bei der klassischen Vorstellung des Liberalismus, derzufolge die Verfolgung des individuellen Eigennutzstrebens in einer privat dezentral organisierten Marktwirtschaft hinter dem Rücken des einzelnen – gewissermaßen durch das Wirken der unsichtbaren Hand des Marktmechanismus – zum höchstmöglichen kollektiven Wohl für die gesamte Gesellschaft führt. Wie wir seit langem wissen, müssen hierfür eine Reihe von speziellen Voraussetzungen erfüllt sein, die in der Realität nicht vorliegen. So zerschneidet vor allem das Vorhandensein von sog. „Externalitäten" das logische Band zwischen individuellem Handeln und kollektiver Wohlfahrt. Unbeschadet dessen hat die Vorstellung vom segensreichen Wirken der unsichtbaren Hand eine erstaunliche Überlebenskraft bewiesen. Ihre Bedeutung hat sie heute vor allem in der Legitimation unseres Wirtschaftssystems als „effizient", „wohlfahrtssteigernd" und „konsumentenfreundlich". Damit ist sie allerdings keine Aussage über die Realität mehr, sondern eine Ideologie im Dienste herrschender Wirtschaftsinteressen. Dies tut jedoch der Wirkung dieses „ehernen marktwirtschaftlichen Grundsatzes" im Denken der Gesellschaft deshalb keinen Abbruch, solange der ideologische Charakter weiten Teilen der Bevölkerung nicht bewußt ist.

2. Produktion schafft Gewinne: der Tauschwertfetisch

Die ungeschieden positive Bewertung aller monetären ökonomischen Aktivitäten am Markt – wie sie im Bruttosozialprodukt vorgenommen wird – hat zweifellos etwas mit der Bedeutung von Tauschwerten in einer Erwerbswirtschaft zu tun. Unter kapitalistischen Verwertungsbedingungen stehen alle Unternehmen unter dem Zwang, eine maximal verkaufbare Produktion zu erzeugen. D.h., das ganze Interesse der Unternehmen ist auf die Verwertbarkeit produzierter Güter und Dienstleistungen gerichtet. Die Absetzbarkeit und damit der Beitrag zur Kapitalverwertung und Gewinnsicherung ist das entscheidende Produktionskriterium und nicht die inhaltliche Sinnhaftigkeit (der Gebrauchswert): Der Tauschwert wird zum Fetisch. Die Produktion eines Gutes ist allein schon durch seinen Tauschwertcharakter legitimiert.

3. Wachstum schafft Arbeitsplätze: der Beschäftigungsfetisch

In unserer Gesellschaft, die sich ihrer kapitalistischen Verfassung nicht gerne vergewissert, äußert sich dieser „nackte" Tauschwertfetisch i. d. R. nicht krass, sondern angesichts des

1 Vgl. zu diesem bestandsorientierten Denken BOULDING (1966) und DALY (1979).

hohen moralischen Ranges der Erwerbsarbeit häufig „verkleidet" als Beschäftigungsfetisch. Angesichts des (bisherigen) Zusammenhangs zwischen (Tauschwert-) Produktion und Beschäftigung und der Bedeutung eines bezahlten Arbeitsplatzes für die Existenzsicherung des größten Teils der Bevölkerung kann über die Herausstellung des Arbeitsplatzinteresses gleichzeitig das gewinnwirtschaftliche Interesse mitverfolgt werden. Die Erfahrung gerade der letzten Jahre seit dem schweren Wirtschaftseinbruch im Jahre 1974 zeigt, daß allein die Tatsache, daß eine Maßnahme Arbeitsplätze schafft, ein so starkes Argument ist, daß nicht mehr lange überlegt wird, ob damit überhaupt gesamtgesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze geschaffen werden.

Auch der Umweltschutz wird in unserer Gesellschaft, der die Erwerbsarbeit knapp geworden ist, häufig damit gerechtfertigt, daß hierdurch mehrere 100 000 Arbeitsplätze geschaffen worden seien. Ob durch eine umweltfreundlichere Wirtschafts-, Technologie- und Raumstruktur u. U. die notwendig werdenden Umweltschutzmaßnahmen reduziert werden könnten, wird dabei gar nicht gefragt. In einer Gesellschaft, in der Erwerbsarbeit einerseits zur „Religion" und andererseits aufgrund kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen knapp und unsicher geworden ist, ist eine Diskussion über bei besseren (weniger aufwendigen) Wirtschafts- und Siedlungsstrukturen vermeidbare Erwerbsarbeit schwierig zu führen. Und trotzdem: Wäre es nicht besser für Wohlstand und Lebensqualität, wenn man eine Wirtschafts-, Produkt- und Regionalstruktur anstreben würde, die weniger unproduktive Umwege, weniger *„defensive"* Ausgaben der Schadensregulierung für ihre Funktionsweise benötigt und damit insgesamt weniger Erwerbsarbeit erfordert, so daß alle weniger Erwerbsarbeit leisten müßten und insgesamt mehr Zeit für eigenbestimmte Aktivitäten hätten?

Diese Vision ist ernsthaft nur diskutierbar und schließlich auch realisierbar unter der Voraussetzung, daß die verbleibende Arbeit auf alle Erwerbspersonen gerecht verteilt wird. Solange es hohe Arbeitslosigkeit in einer kapitalistischen Gesellschaft und keine alternativen Existenzsicherungsmöglichkeiten gibt, bleibt die Beschäftigung ein Fetisch – mit allen negativen Konsequenzen auf die inhaltlichen Maßstäbe, die man an Arbeitsplätze anlegt.

III. Ökologische, soziale und ökonomische Folgekosten des industriegesellschaftlichen Wirtschaftsprozesses

Bei der Arbeit für ein neues Bilanzierungskonzept kann man an die berühmte Arbeit von K. William Kapp über die sozialen Kosten der Marktwirtschaft anknüpfen [2]. Leider ist diese Arbeit von Kapp von der herrschenden Denkrichtung in der Nationalökonomie nicht wirklich zur Kenntnis genommen worden. Das ist insofern verständlich, als der Sozialkostenansatz von Kapp ein grundsätzliches in Frage stellen zentraler Begriffe der Volkswirtschaftslehre wie Kosten, Ertrag, Produktion, Produktivität und Reichtum bedeutete. Auf der anderen Seite hat die Nationalökonomie die Chance verpaßt, ihre Theorie den veränderten Bedingungen von Wirtschaft, Technologie, Gesellschaft und Natur anzupassen. Kapp's Grundidee war, daß wirtschaftliches Handeln auf eine Kostenrechnung gegründet werden müsse, die neben den privaten Kosten auch die externalisierten sozialen Kosten wirtschaftlicher Aktivitäten enthält. Nur auf der Basis einer in diesem Sinne gesamtgesellschaftlichen Kostenrechnung könnte wieder eine Übereinstimmung zwischen einzelwirtschaftlichem Handeln und gesellschaftlichen (incl. ökologischen) Interessen wiederhergestellt werden. Kapp war sich im klaren, daß darüber, was soziale Kosten sind, gesellschaftlich entschieden wird und daß von daher Reichweite und Inhalte des Sozialkostenbegriffs im Zeitablauf Veränderungen unterliegen.

2 Kapp (1979).

Ein umfassendes Konzept ökologischer, sozialer und ökonomischer Folgekosten des Wirtschaftsprozesses muß (mindestens) vier Kategorien umfassen:

(a) „defensive" ökonomische Aktivitäten
(b) Folgebelastungen der Volkswirtschaft durch zusätzliche Einkommens-, Renten- und Krankengeldzahlungen der Versicherungsträger
(c) Produktions-, Einkommens- und Vermögensverluste und schließlich
(d) reale Schädigungen der menschlichen Gesundheit, der Tier- und Pflanzenwelt, der ökologischen Systeme im weitesten Sinne, von Bauten, Produktionsanlagen und Materialien, Kunstwerken etc.

Von diesen vier Kategorien von Folgekosten sind die *ersten drei* im Prinzip ökonomisch bewertbar. Das hohe Ausmaß von Umweltschäden, die zunehmende Risikoträchtigkeit der Technologien und die räumliche Zentralisierung der Produktion haben eine Fülle ökonomischer Folgeaktivitäten hervorgerufen, die im Sozialprodukt positiv verbucht werden, obwohl sie lediglich die Funktion erfüllen, produktionsbedingte Verschlechterungen der Lebens-, Arbeits- und Umweltbedingungen zu kompensieren. Ich nenne derartige Ausgaben „defensive Ausgaben", weil sie einen ausschließlich defensiven Zweck zur Abwehr von Folgeschäden und -belastungen des Industriesystems bzw. vor einer weiteren Verschlimmerung dieser Folgeschäden verfolgen. Vieles spricht dafür, daß diese Ausgaben aufgrund der zunehmenden Problemträchtigkeit und Risikopotentiale des Industriesystems absolut und relativ als Anteil am Sozialprodukt ansteigen. Ihre richtige Interpretation als zusätzliche Kosten des Produktions- und Konsumprozesses verändert die Erfolgsbilanz des Projekts Industriegesellschaft in den 70er und frühen 80er Jahren drastisch. Hier besteht die Aufgabe ihrer Definition, ihrer Operationalisierung und schließlich ihrer empirischen Identifizierung in den einzelnen Aggregaten des Bruttosozialprodukts. Ich gehe später noch darauf ein.

Bei der *zweiten* Kategorie handelt es sich einerseits um Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall und Krankengeldzahlungen für jene, die im Gefolge ökologischer Schäden und/oder gesundheitsschädigender Arbeitsbedingungen erkrankt sind bzw. einen Unfall erlitten haben, und andererseits um Zahlungen der Renten-, Unfall- und Invaliditätsversicherungen an jene, die aufgrund von Unfällen, arbeitsbedingten Erkrankungen und gesundheitsschädlichen Umwelteinwirkungen vorzeitig aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden sind. Eine quantitative Abschätzung von Umfang und zeitlicher Entwicklung dieser Zahlungen ist im Prinzip möglich. Sie sind in den entsprechenden Ausgabeposten der Sozial- und Krankenversicherungsträger enthalten.

Im *dritten* Bereich – den Produktions-, Einkommens- und Vermögensverlusten geht es um

– Einkommensverluste aufgrund umwelt- und arbeitsbedingter Erkrankungen

- Produktionsverluste aufgrund von umwelt- und arbeitsbedingten Erkrankungen, Unfällen, vorzeitigen Verrentungen und vorzeitigen Todesfällen
- Produktions- und Einkommensverluste aufgrund von Umweltschäden, z. B. in der Fischerei-, Forst- und Landwirtschaft und im Fremdenverkehrsgewerbe sowie um
- Vermögensverluste aufgrund von Umweltschäden, z. B. in der Forst- und Fischereiwirtschaft, durch Schädigungen von Gebäuden, Produktionsanlagen, Brücken, Masten etc., durch Gebäude- und Bodenwertverluste in stark verschmutzten Gebieten.

Da hier Anknüpfungspunkte zu Marktprozessen existieren, sind auch in diesem Bereich ökonomische Bewertungen möglich; allerdings sind diese ungleich schwieriger als bei den zuvor genannten Kategorien.

Der *vierte* Bereich umfaßt sämtliche realen Schädigungen und Erschwernisse, soweit sie von den ersten drei Kategorien noch nicht abgedeckt sind. Es handelt sich um jene ökologischen und sozialen Folgekosten, die *nicht* durch entsprechende konterkarierende Aktivitäten beseitigt bzw. vermieden worden sind. Diese dürfen bei einer Bilanzierung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgekosten des industrialistischen Wirtschaftsprozesses auf keinen Fall außer Ansatz bleiben. Bedenkt man beispielsweise, wie spät und mit welch unzureichenden Mitteln der Kampf gegen Umweltverschmutzung, ungesteuertes Städtewachstum und Umlandzersiedlung aufgenommen worden ist und daß wirkungsvollere Maßnahmen meist erst dann ergriffen wurden, nachdem schwerste Schädigungen offenkundig geworden waren, so spricht vieles dafür, daß dieser Kategorie in einer Gesamtbilanzierung entscheidende Bedeutung zukommt (letzteres Beispiel: die ökologische Dimension der Waldschäden). Heute liegt eine Fülle von Einzelergebnissen zu Kategorien ökologischer und sozialer Schadenspositionen vor. Ihnen fehlt jedoch eine Einbindung in ein umfassenderes Projekt einer systematischen Bilanzierung der realen Schadenseffekte industriegesellschaftlicher Produktion und Konsumtion.

IV. Kategorien „defensiver Ausgaben"

Abschließend möchte ich mich ausschließlich mit der [3] Sozialkostenkategorie der defensiven Ausgaben beschäftigen. Sie erhält ihre besondere Bedeutung im Zusammenhang mit der Kritik am Bruttosozialprodukt und dem theoretischen und empirischen Nachweis kontraproduktiver Wachstums- und Strukturbildungsprozesse hinter der „Nebelwand" von als Erfolg gepriesenen globalen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts. Umfang und Zuwachsraten defensiver Ausgaben werden zu Indikatoren für die Unwirtschaftlichkeit des gesamten Systems der (umweltfeindlichen und räumlich zentralisierten) industriegesellschaftlichen Produktionsweise.

Ursache des starken Anstiegs defensiver Ausgaben sind vor allem zwei miteinander eng verwobene Entwicklungen in der Evolution der Industriegesellschaft: (1) der allgemeine Prozeß des Wirtschaftswachstums und (2) der gleichzeitig ablaufende Prozeß der räumlichen Zentralisierung und betriebsgrößenspezifischen Konzentration der Produktion in einer sich verstädternden Gesellschaft.

Die Entstehung von Umweltschäden war die zwangsläufige Folge eines kräftigen und langandauernden Wachstumsprozesses in einer ökonomischen Welt, in der die Nutzung begrenzter Naturpotentiale nahezu kostenlos war bzw. als solches angesehen wurde. Ausgaben zum Umweltschutz und zur Kompensation von Schadenswirkungen von Umweltbelastungen sind ein Teil des ökonomischen Preises, der seit Anfang der 70er Jahre für den exzessiven Umweltverbrauch der Wirtschaft eingefordert wird (vgl. das Kategorienschema defensiver Ausgaben).

3 Vgl. hierzu auch Leipert (1984a) und (1984b).

Schema: Kategorien defensiver Ausgaben

I. *Folgekosten des allgemeinen Produktions- und Konsumwachstums*

A. Umweltschutzausgaben

1. Umweltschutzinvestitionen
1 a) Produzierendes Gewerbe
1 b) Staat

2. laufende Betriebskosten des Umweltschutzes
2 a) Produzierendes Gewerbe
2 b) Staat

3. Ausgaben für Forschung und Entwicklung

B. Ausgaben zur Kompensation von Schadenswirkungen von Umweltbelastungen

1. Vorzeitig notwendig werdende Reparaturen
1 a) an Wohn- und Betriebsgebäuden für Fassaden- und Fensteranstriche, für Dachrinnen, etc.
1 b) an Produktionsanlagen
1 c) an Autobahn- und Eisenbahnbrücken, an Fahrleitungs- und Hochspannungsmasten
1 d) an Baudenkmälern und Kunstwerken

2. Zusätzlicher Reinigungsaufwand (Fenster-, Textil- und Autoreinigung etc.)

3. Zusatzaufwendungen aufgrund von Vegetationsschäden (Mehrausgaben für Düngung, Aufforstung, etc.)

4. Folgekosten von Gesundheitsschäden

II. *Folgekosten der räumlichen Konzentration und Zentralisierung der Produktion*

A. Arbeitswegekosten

1. Ausgaben für Kraftfahrzeugnutzung und -kauf und/oder andere Verkehrsmittel

2. Folgekosten von Autounfällen auf dem Arbeitsweg

B. Mehrausgaben für Mieten, Wohnungsnutzung und Bodenerwerb

C. Mehrausgaben für innere Sicherheit (staatlich und privat)

III. *Wachsende Risikoträchtigkeit des Industriesystems*

A. Ausgaben aufgrund steigender Kriminalität in Ballungsgebieten

B. Ausgaben im Bereich Katastrophenschutz, technische Sicherheit und Risikominderung

Ökonomische Folgebelastungen der räumlichen Konzentration der Produktion äußern sich darin, daß die Erreichung von Einkommens-, Konsum- und Produktionszielen in städtischen Agglomerationen immer aufwendiger wird. Die Realisierung von Einkommenszielen wird teurer durch rasch wachsende Ausgabenbelastungen für immer längere Arbeitswege von immer mehr Menschen, die in das Umland von Verdichtungsgebieten ziehen (müssen). Sie wird aufwendiger auch für diejenigen, die in den Kerngebieten der Ballungszentren bleiben, aufgrund knappheitsbedingt rasch steigender Mieten, Wohnkosten und Bodenpreisen. Der mikroökonomisch gesteuerte Prozeß der Spezialisierung, des Betriebs- und Technologiegrößenwachstums und der räumlichen Konzentration bringt einen wachsenden Kommunikations-, Koordinations- und Regulierungsbedarf mit sich, der durch überproportional schnell wachsende Bürokratien befriedigt wird.

Zwei Bereiche von „Problemvermarktungen" hängen sehr eng mit dem Sicherheitsbedürfnis, für dessen Erfüllung im komplizierter und risikoreicher werdenden Industriesystem immer mehr ausgegeben wird, zusammen. [4] Ein wesentlicher Teil des starken Wachstums des Versicherungswesens kann darauf zurückgeführt werden. Weil Diebstahl und Einbrüche zunehmen, weil die Transportrisiken und die Risiken industrieller Großanlagen zunehmen, wächst auch der Umsatz dieser Branche. Ähnliches gilt für den Katastrophenschutz und den Bereich der technischen Sicherheit und Risikominderung: Gefährliche und gefährdete Großtechnologien erhöhen die Nachfrage nach Schutzeinrichtungen von der technischen und polizeilichen Sicherheit bis zum Versicherungs- und Katastrophenschutz.

Es ist gegenwärtig wohl noch verfrüht, einen Gesamtindikator defensiver Ausgaben in der Industriegesellschaft zu bilden. Hierfür sind sowohl die theoretischen und methodischen Konzepte als auch die empirischen Grundlagen noch nicht genügend ausgereift. Die Bildung eines derartigen Gesamtindikators ist zwar wissenschaftlich und politisch wichtig. Aus politischer Sicht ist freilich schon die Kenntnis von Einzelfaktoren von Bedeutung, da diese Anknüpfungspunkt von strukturellen Maßnahmen zur Überflüssigmachung „aufgezwungener" defensiver Ausgaben sind.

V. Wirtschaftspolitische Konsequenzen

Welche wirtschaftspolitischen Konsequenzen ergeben sich nun aus der Neubilanzierung des Sozialprodukts in sog. „autonome" und „defensive" Ausgaben?
Defensive Ausgaben sind Ballastausgaben des Industriesystems, die dem Wachstum der Produktion und dem räumlichen und technologischen Größenwachstum geschuldet sind. Es sind wachstums- und größenbedingt aufgezwungene, d.h. „eigentlich" unerwünschte Ausgaben. Über Art, Umfang und eventuelles Wachstum autonomer Ausgaben muß (sollte) auf der Basis individueller Präferenzen gesellschaftspolitisch entschieden werden. Aus der Dichotomie von autonomen und defensiven Ausgaben folgt lediglich, daß entsprechende wirtschaftliche Aktivitäten unter der Restriktion stehen sollten, daß die sozialen, ökologischen und ökonomischen Folgekosten nicht weiter ansteigen bzw. – besser noch – gleichzeitig eine Senkung jener Folgekosten des Wirtschaftsprozesses erreicht wird.

Ein wirtschaftspolitisches Programm zum Abbau defensiver Ausgaben und anderer Folgebelastungen des Produktionsprozesses müßte zwei grundlegende Ziele verfolgen:

4 Vgl. hierzu Jänicke (1980).

1. Herstellung einer umweltfreundlichen Produktions-, Technologie- und Produktstruktur sowie
2. räumliche Dekonzentration der Produktions- und Siedlungsstruktur.

Umweltpolitisches Nahziel muß die Verhinderung der Abwälzung von negativen ökologischen Folgewirkungen seitens der Unternehmen auf unbeteiligte Dritte sein. Hierfür sprechen sowohl verteilungs- als auch allokationspolitische Gründe – d. h. gemäß dem Verursacherprinzip sollen die Produzenten mit sämtlichen von ihnen verursachten Kosten belastet werden. Eine strikte Politik der Verhinderung von Umweltschäden würde eine Verminderung der Sozialkostenkategorien b - d mit sich bringen, u. U. aber kurzfristig zu einem Anstieg der gesamten defensiven Ausgaben führen. Zur Abwehr noch schwererer Gefährdungen des Ökosystems müssen kurzfristig auch vermehrt nachgeschaltete Umweltschutzanlagen (z. B. Entschwefelungsanlagen) eingesetzt werden, da eine umweltfreundliche Transformation der Technologien und der Produkte Zeit erfordert. Mittel- und langfristig muß dort der Schwerpunkt liegen. Dies wird zur Folge haben, daß von vornherein immer weniger Umweltschadstoffe vom Produktionssystem abgegeben werden, ohne daß nachgeschaltete Anlagen am Ende des Produktionsprozesses zur Schadstoffrückhaltung eingesetzt werden müssen (Prävention).

Eine stärker dezentralisierte und in den Ballungsregionen besser verdichtete Verteilung von Produktion, Siedlungen und anderen Einrichtungen würde eine Reihe positiver Auswirkungen auf die Belastungen durch defensive Ausgaben haben. Eine Raumordnungspolitik der kurzen Wege wird das Ausmaß der aufgezwungenen „Mobilität" stark reduzieren, die Länge der Arbeitswege würde abnehmen, die Zahl der Pendler zurückgehen. Der Kauf eines Autos würde dann für immer mehr Menschen nicht mehr erzwungen, sondern wieder zur Frage der freien Willensentscheidung werden. Eine Entzerrung des Boden- und Wohnungsmarktes wird die knappheitsbedingten Mehrbelastungen bei Mietern und Baukosten absinken lassen. Im staatlichen Bereich werden voraussichtlich Entlastungen bei den Ausgaben für Infrastruktur und für innere Sicherheit zu verzeichnen sein.

Literatur:

Boulding, K. E. (1966): The Economics of the Coming Spaceship Earth, in: H. Jarrett (ed.), Environmental Quality in a Growing Economy, Baltimore, S. 3 - 14.

Daly, H. (1979): Entropy, Growth, and Political Economy, in: V. K. Smith (ed.), Scarcity and Growth Reconsidered, Baltimore 1979, S. 67 - 94.

Jänicke, M. (1980): Zur Theorie des Staatsversagens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage der Wochenzeitung „Das Parlament", 5.4.1980.

Kapp, K. W. (1979): Soziale Kosten der Marktwirtschaft, Frankfurt /M.

Leipert, C. (1984a): Bruttosozialprodukt, defensive Ausgaben und Nettowohlfahrtsmessung. Zur Ermittlung eines von Wachstumskosten bereinigten Konsumindikators, in: Zeitschrift für Umweltpolitik, H. 1, i. E.

Leipert, C. (1984b): Ökologische und soziale Folgekosten der Produktion. Zum Problem der zunehmenden Unwirtschaftlichkeit der industriegesellschaftlichen Produktionsweise, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage der Wochenzeitung „Das Parlament", 12. Mai 1984.

Ingomar Hauchler

Vom Wohlstand zur Wohlfahrt

„Es ist möglich, den Preis von allem
und den Wert von nichts zu kennen."

Oscar Wilde

I. Umrisse einer neuen gesellschaftlichen Wertrechnung

Die Ökonomie als Wissenschaft und Politik baut auf dem Begriff des „Wertes" auf. In dem Bestreben sich der Exaktheit der Naturwissenschaften anzunähern und den Wert meßbar zu machen, hat sich die Wirtschaftswissenschaft auf den Preis (und als allgemeinen Preis das Geld) als alleinigen Maßstab des Wertes verständigt. In die herrschenden Modelle finden deshalb nur jene Werte Eingang, die monetär quantifizierbar sind. Dieser Reduktionismus führte zum Ausschluß aller Werte, die keinen Preis haben, und zur Berücksichtigung von Preisen, denen kein Wert entspricht. Diese Methode hat den Vorteil, modelltheoretisch und politisch praktikabel zu sein, schränkt jedoch den Geltungsbereich und die Problemlösungsfähigkeit der Ökonomie drastisch ein. Der Ausschluß qualitativer Unterscheidungen macht die herrschende Ökonomie unfähig, die ökologischen, psychischen und sozialen Bedingungen, Probleme und Folgen wirtschaftlicher Aktivität zu verstehen und zu steuern.

Kenneth Boulding sagt, daß die Vernachlässigung der qualitativen Werte zugunsten wissenschaftlicher Exaktheit Generationen von Wirtschaftswissenschaftlern „in eine Sackgasse geführt hat, wobei die Hauptprobleme unseres Zeitalters fast total vernachlässigt werden". Die Ergebnisse sind verheerend. Naturzerstörung, Verlust nicht regenerierbarer Ressourcen, Massenarbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit, zunehmende physische und psychische Erkrankungen und Zerrüttung sozialer Beziehungen während und trotz steigenden Wachstums sind Beweis genug: die Ökonomen haben ihre Aufgabe nicht gelöst.

Das Bruttosozialprodukt als Summe aller in Geld gemessenen Güter und Dienstleistungen die innerhalb einer bestimmten Periode auf dem Markt umgesetzt werden, ist bis heute Leitbegriff zur Beurteilung und Steuerung der wirtschaftlichen Aktivität. Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftspolitiker, Angebotstheoretiker und Keynesianer, Rechts wie Links orientieren sich daran, obwohl sie wissen, daß das Bruttosozialprodukt ein verfälschender und viel zu enger Maßstab gesellschaftlicher Wohlfahrt ist. Sie verschließen die Augen davor, daß rationale Kalküle, die auf irrigen Annahmen beruhen, einem Blindflug gleichen, bei dem die Instrumente in der Luft zwar tadellos funktionieren, aber falsche Leitsignale vom Boden her zum Absturz führen können.

II. Das Bruttosozialprodukt – ein falsches Leitsignal

Das Bruttosozialprodukt ist ein falsches Leitsignal wirtschaftlicher Aktivität. Darauf ist in zahllosen Veröffentlichungen hingewiesen worden. Wissenschaftler, Regierungsstellen und internationale Institutionen haben Vorschläge gemacht, um die herkömmliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu korrigieren und zu ergänzen. Die Kritik umfaßt im wesentlichen folgende Punkte:

a) Das Bruttosozialprodukt (BSP) ist ein aggregierter monetärer Wert, der nichts über Qualität und Nutzen wirtschaftlicher Aktivität aussagt. Es summiert lediglich abstrakte Tauschwerte.

b) Das BSP berücksichtigt nur jene wirtschaftliche Aktivität, die gegen Geld ausgetauscht wird. Alle Leistungen, die ohne Entgelt, also etwa in Haushaltungen, erbracht werden, fallen unter den Tisch.

c) Das BSP bucht Leistungen, die nicht zu zusätzlichem Konsum oder Vermögensbeständen, sondern lediglich zur Erhaltung

von Beständen führen (Vorsorge- und Reparaturleistungen), als Wertzuwachs. Tatsächlich müßten sie neutralisiert oder gar negativ verbucht werden, weil dabei Ressourcen eingesetzt werden, die keinerlei Wohlstandseffekt haben.

d) Das BSP vernachlässigt alle Wertminderungen, die durch zusätzliche Produktion und Produkte verursacht werden, aber weder in die Preise Eingang finden noch zu direkten kompensatorischen Marktleistungen führen (externe Kosten).

e) Das BSP an sich sagt nichts über den Grad der aktuellen Bedarfsdeckung aus. Ein steigendes BSP kann bei überproportionalem Anstieg der Investitionsquote zu sinkendem Gegenwartskonsum führen, ohne daß garantiert wäre, daß die Investitionen später zu entsprechend erhöhtem Konsum führen.

f) Das BSP mißt wirtschaftliche Aktivität ohne Rücksicht auf die Einkommensverteilung. Ein steigendes BSP kann bei sinkender Einkommensegalität zu sinkender durchschnittlicher Bedürfnisbefriedigung führen und umgekehrt.

III. Für einen mehrdimensionalen Begriff der Wohlfahrt

Die Kritik am BSP als zentraler Zielkategorie der Wirtschaftspolitik (und Hauptstütze politischer Legitimation) muß zu einer fundamentalen Änderung der *gesellschaftlichen Wertrechnung* führen. Der Weg dahin führt von einer eindimensionalen Definition des Wohlstands zu einem mehrdimensionalen Begriff der Wohlfahrt. Das bedeutet: statt einseitiger Fixierung auf Zuwachs- (Strömungs-) größen – Berücksichtigung von Zuwachs- *und* Bestandsgrößen; statt Beschränkung auf monetarisierte Werte – zusätzliche Berücksichtigung anderer quantitativer und qualitativer Wertindikatoren; statt Reduktion auf Tauschwerte – zusätzliche Einschätzung von Gebrauchswerten.

Der Reduktionismus der herkömmlichen Ökonomie auf Quantität, Geld, Markt und kurzfristigen Zuwachs, der einen schönen, aber falschen Schein wissenschaftlicher Objektivität und politischer Sachzwänge erzeugt, muß aufgebrochen werden. Nur durch Qualifizierung, Konkretisierung, Gebrauchswertorientierung und Bewertung auch nicht im Markt erbrachter Leistung wie ökologischer und gesellschaftlicher Potentiale kann die Ökonomie an einen umfassenden Begriff der Wohlfahrt und an demokratische Willensbildung gebunden werden.

IV. Ein umfassendes System gesellschaftlicher Wertrechnung

Im folgenden wird der Versuch gemacht, ausgehend von verschiedenen Ansätzen zur Korrektur und Ergänzung der herkömmlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ein umfassendes System *gesellschaftlicher Wertrechnung* zu entwerfen (Schema).

Danach umfaßt die gesellschaftliche Wertrechnung drei Einzelrechnungen, die voneinander abhängige, jedoch nicht kommensurable und deshalb im politischen Dialog auszuhandelnde strategische Zielgrößen wirtschaftlicher Aktivität bestimmen.

Die *Leistungsrechnung* ermittelt den *Netto-Konsum* als monetäre Zielgröße des *Lebensstandards.* Die *Indikatorenrechnung* ermittelt *objektive Daten* und *subjektive Einschätzungen,* die in Abwägung zueinander einen politisch zu bewertenden Maßstab gesellschaftlicher und individueller *Lebensqualität* liefern. Lebensstandard und Lebensqualität bestimmen die *aktuelle Wohlfahrt.* Die *Vermögensrechnung* mißt das *ökologische* und das *gesellschaftliche Kapital* als Potentiale zukünftigen Lebensstandards und zukünftiger Lebensqualität – also Voraussetzung *potentieller Wohlfahrt* und Zukunftssicherung.

Die Optimierung wirtschaftlicher Aktivität hinsichtlich Konsum-, Investitions- und Sparquote, privater und öffentlicher Leistung, des absoluten und relativen Einsatzes von Arbeit, Kapital und natürlichen Ressourcen sowie der Steuerung des technischen Fortschritts zielt auf die Steigerung des Lebensstandards unter Beachtung strikter Mindestbedingungen im Bereich der Lebensqualität und des ökologischen und gesellschaftlichen Potentials. Die Mindestbedingungen von Lebensqualität und Potentialen sind im politischen Dialog periodisch immer neu zu definieren. Untergren-

ze der ökologischen und gesellschaftlichen Potentiale ist die Erhaltung und in einigen Bereichen die Wiederherstellung dauerhafter natürlicher Lebensgrundlagen. Die Untergrenze des gesellschaftlichen (produzierten) Kapitals hängt von gesellschaftlichen Entscheidungen ab – unter anderem über den technischen Fortschritt und die Präferenzen hinsichtlich gegenwärtigem und künftigem Konsum.

V. Die Leistungsrechnung

Die *Leistungsrechnung* umfaßt alle in einer Periode erstellten Güter und Dienstleistungen und bewertet sie monetär zu Faktorkosten (Inputs). Sie umfaßt die *Marktleistungen,* die *öffentlichen Leistungen* und die *persönlichen Leistungen,* die außerhalb des Marktes für private und gesellschaftliche Zwecke erbracht werden.

Die Bewertung orientiert sich an vergleichbaren Marktleistungen. Die Summe von Marktleistungen, öffentlichen Leistungen und persönlichen Leistungen ergibt die *gesellschaftliche Brutto-Leistung* einer Periode. Diese sagt nichts über den gesellschaftlichen Nutzen. Sie erfaßt lediglich das Niveau des Gesamteinsatzes von Produktionsfaktoren.

Ein Teil entfällt auf Investitionen zur Erhaltung des ökologischen und gesellschaftlichen Kapitals, liefert also keinen zusätzlichen Nutzen. Der andere Teil, die *Netto-Leistung,* entfällt auf *Neuinvestition* und *Konsum.* Diese Investitionen führen zur Erhöhung des ökologischen wie des gesellschaftlichen Kapitals materieller und immaterieller Natur.

Es könnte sich zeigen, daß unter den gegebenen Bedingungen steigender Entsorgungs- und Erhaltungsleistungen die gesellschaftliche Nettoleistung sinkt, auch wenn (unter sonst gleichen Bedingungen) das herkömmlich definierte BSP noch steigt.

Um den aktuellen Lebensstandard zu ermitteln, muß der Konsumwert korrigiert werden. Davon abzuziehen sind die darin enthaltenen Marketingkosten, die nicht ausschließlich der physischen Distribution und Lagerhaltung dienen. Diese setzen den Gütern und Dienstleistungen ja keinen originären Wert hinzu. Dieser Abzug würde angesichts tendenziell steigender Marketingkosten zeigen, daß auch bei Anstieg des Brutto-Konsumwertes der (reale) Netto-Konsum sinken kann.

VI. Die Vermögensrechnung

Die *Vermögensrechnung* quantifiziert alle in einer Gesellschaft vorhandenen Bestände an ökologischem und gesellschaftlichem Kapital. Zum ökologischen Kapital gehören Menge bzw. Qualität aller natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser, Luft, Wald, Raum, Landschaft, Tier- und Pflanzenwelt, Energiequellen und Mineralien. Diese Bestände sind nicht kommensurabel, also je spezifisch zu messen. Es sind Standards im Hinblick auf Umweltqualität und Regenerationsfähigkeit des ökologischen Systems zu fixieren.

Zum gesellschaftlichen Kapital gehören materielle und immaterielle Bestände. Das materielle Kapital besteht aus privaten und öffentlichen Elementen wie Infrastruktur, Versorgungssystem, Produktionsmittel. Das immaterielle Kapital umfaßt bleibende Kulturwerte, physische und psychische Gesundheit, theoretisches und technisches Wissen, Bildungs- und Kommunikationsstand. Ein Teil des gesellschaftlichen Kapitals kann monetär erfaßt und summiert, ein anderer Teil nur pro Einzelfaktor bestimmt werden. Das gesellschaftlich erwünschte Niveau ist politisch zu entscheiden.

VII. Die Indikatorenrechnung

Die *Indikatorenrechnung* ermittelt die Lebensqualität in Gestalt der Outputs ökonomischer Leistungserstellung und ökologischer und gesellschaftlicher Potentiale. Sie bedient sich dabei sowohl *objektiver* wie *subjektiver Indikatoren.* Dies geschieht mit Hilfe von Erhebungen über ökologische und gesellschaftliche Verhältnisse bzw. über Einschätzungen subjektiven Befindens.

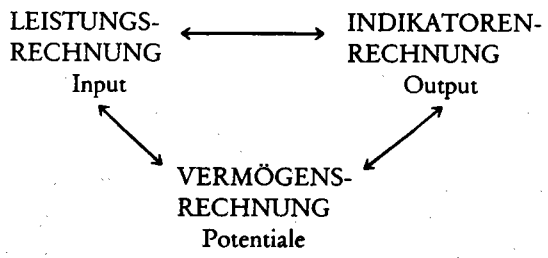
Das Maß Partizipation etwa kann sowohl aufgrund der Zahl

der mitbestimmten Betriebe und der betroffenen Arbeitnehmer als auch aufgrund persönlicher Einschätzungen der Arbeitnehmer bewertet werden. Ähnliches gilt für Kriterien wie Gesundheit, individuelle Entwicklung, Bildung, Beschäftigung, Freizeit, Einkommen, Vermögen, Umweltqualität und soziale Beziehungen. Die Veränderung objektiver gesellschaftlicher und ökologischer Indikatoren braucht nicht in die gleiche Richtung zu weisen wie die Änderung subjektiven Befindens.

Die Indikatorenrechnung vermittelt ein multidimensionales Bild der *Lebensqualität.* Es muß hinsichtlich der Entwicklung der einzelnen Indikatoren politisch beurteilt und zur Steuerung der ökonomischen Leistung und der ökologischen und gesellschaftlichen Potentiale herangezogen werden. Auch hier sind Mindeststandards zu fixieren.

VIII. Die Fetische einer materialistischen Kultur entlarven

Das hier vorgestellte Schema ist ein vorläufiger und sehr grober Entwurf einer neuen gesellschaftlichen Wertrechnung. Die einzelnen Komponenten und Zusammenhänge zwischen ihnen müssen näher bestimmt und analysiert werden. Dazu müssen vorliegende Studien und Modelle etwa des japanischen Planungsamtes und der OECD herangezogen und vertieft werden. Insbesondere sind die Interdependenzen zwischen Leistungsrechnung (Inputs), Vermögensrechnung (Potentiale) und Indikatorenrechnung (Outputs) systematisch zu analysieren.



aus: Hauff, V. / Müller, M. (Hrsg.): Umweltpolitik am Scheideweg: Die Industriegesellschaft zwischen Selbstzerstörung und Aussteigermentalität, München 1985

Die Entwicklung einer solchen gesellschaftlichen Wertrechnung, die das Bruttosozialprodukt als zentrale Leitkategorie ablöst, ist mit erheblichen theoretischen und empirischen Problemen verbunden. Sie sind jedoch grundsätzlich lösbar. Schwieriger zu überwinden sind die politischen und ideologischen Widerstände gegen ein solches Konzept. Sie wurzeln in spezifischen Interessenlagen.

Für die herkömmliche Wirtschaftswissenschaft würde die Ablösung des BSP durch ein komplexes, mehrdimensionales Wertsystem die Rechenhaftigkeit, Allgemeinheit, scheinbare Eindeutigkeit und „Eleganz" ihrer reduktionistischen Modelle zerstören. Das ist unbequem, desillusionierend und führt zu dem Offenbarungseid, daß die herrschende Theorie am Ende ihres Lateins ist. Nur wenige sind so ehrlich wie Milton Friedmann, der bereits 1972 sagte: „Ich glaube, wir Wirtschaftswissenschaftler haben in den vergangenen Jahren viel Schaden angerichtet . . ., indem wir mehr versprachen, als wir halten konnten." Oder der amerikanische Finanzminister Michael Blumenthal, der 1978 erklärte: „Ich bin wirklich der Ansicht, daß die Wirtschaftswissenschaftler heute vor einer Bankrotterklärung stehen."

Die Wirtschaftspolitiker halten – oft wider bessere Einsicht – am BSP fest, weil es für sie eine zentrale Basis politischer Legitimation geworden ist. Mit ihm lassen sich immer noch Wachstumsraten errechnen und Wohlstandsillusionen erhalten – auch wenn die Umwelt zerstört wird, die Arbeitslosigkeit steigt, die sozialen Beziehungen brüchig werden und die phyische und psychische Verarmung wächst. Diesen politischen Offenbarungseid möchte kein Politiker und keine große Partei leisten.

Die Ideologen der reinen Marktlehre sind auf das BSP festgelegt, weil damit das gesellschaftliche Denken in rein kommerzielle Bahnen gelenkt wird. Die Entthronung des BSP durch eine umfassende gesellschaftliche Wertrechnung würde starke Zweifel daran aufkommen lassen, daß wir in der besten aller möglichen Welten leben.

Den Sinn solcher Begriffe wie Wohlfahrt, Wohlstand, Wert und Nutzen zu überdenken und neu zu bestimmen, ist eine Aufgabe, die man nicht allein den Ökonomen überlassen darf. Statt der herkömmlichen wirtschaftlichen Prognosen, Eckwerte und Berichte brauchen wir eine gesellschaftliche Berichterstattung, die das BSP und die darauf aufgebauten Begriffe von Wohlstand, Arbeits- und Kapitalproduktivität, Leistung und Erfolg ablöst und als Fetische einer völlig materialistisch gewordenen Kultur entlarvt – einer Kultur, die dabei ist, sich selbst den Boden unter den Füßen wegzuziehen.

Vieldimensionalität realökonomischer Gestaltungsprobleme – ein Ansatz zur Überwindung der geldorientierten Erwerbskunst?*

Eberhard Seifert

aus: Schanz, G. (Hrsg.):
Betriebswirtschafslehre und Nationalökonomie. Wissenschaftstheoretische Standortbestimmungen und Perspektiven, Wiesbaden 1984

> "... den Reichtum sieht man ja häufig in einer Menge Geld, weil es die Erwerbskunst und der Handel mit diesem zu tun hat. Manchmal aber scheint es dann wieder, als sei das Geld bloß ein eingebildeter Wert und lediglich Sache von Gesetz und Brauch, von Natur aber gar nichts. Denn wenn diejenigen, die sich seiner bedienen, es ändern, ist es auf einmal nichts mehr wert, man kann es dann zu keinem der notwendigen Dinge mehr brauchen, und obwohl reich an Geld, wird man dann Mangel an der notwendigen Nahrung haben. Ein solcher Reichtum ist aber doch sinnwidrig, in dessen Besitz man Hungers sterben kann, wie man von jenem Midas erzählt, dem infolge seiner unersättlichen Habgier alles, was man ihm an Speisen vorsetzte, durch seine Berührung zu Gold wurde. Man sucht daher den Reichtum und den Gelderwerb zu unterscheiden, und zwar mit Recht."

1. Der Autor möchte zu dem Problem der Wirtschaftswissenschaften (daher entfällt für ihn von vornherein die Disziplin-Trennung in Einzel- oder Betriebswirtschaft und Nationalökonomie, wenngleich er von der BWL herkommend, dort sein theoriegeschichtliches Material findet), einen seines Erachtens neuen Lösungsvorschlag oder zumindest den Grundsansatz dazu vorstellen: was denn der Gegenstand dieser Disziplin der Ökonomie sei und wie man ihn wissenschaftlich zu behandeln habe.

Im Bewußtsein der Max Weberschen Verbotstafeln, nicht 'normativ' bestimmen zu dürfen, was denn dieser Gegenstand sein solle, beschränkt sich der Autor auf die bloße Frage (und meint offensichtlich, damit die Verbote eingehalten zu haben, was jedoch für seinen Neuansatz nicht zutrifft - wie zu zeigen sein wird), ob die Theorie die sich in der Realität aufdrängenden Fragen und Probleme wenigstens hinreichend und adäquat behandelt = 'abbildet'? (was natürlich von vornherein zumindest theoretisch einschließt, daß es noch weitere, vielleicht sogar wichtigere Probleme geben könnte, die sich aber nicht so deutlich - wem eigentlich? - aufdrängen).

Seine theoriegeschichtliche 'tour d'horizon' zur jüngeren Lehre von der Betriebswirtschaft jedenfalls scheint ihm Berechtigung hierzu zu verleihen, denn auch diese habe entgegen den verschiedenen theoretischen Kontroversen (auf die er kurz Bezug nimmt) doch stets nur die 'normative Kraft des Faktischen' befolgt und lediglich "jene Probleme aufgegriffen und bearbeitet, die im Zuge der Realitätsentwicklung sich als aktuell gestaltungsrelevant" erwiesen hätten.

Geldorientierung und Führungsorientierung seien die entscheidenden Merkmale der BWL-Geschichte; die traditionellen - das in Wirklichkeit sehr viel weitere Erfahrungsobjekt reduzierenden - Erkenntnisperspektiven.

Demgegenüber aber zeitige die Realität heute (erst?) derartige lebensbedrohliche Symptome, die den der 'Gesundheit des wirtschaftlichen Körpers' verpflichteten Ökonomen nötigen, zu heilen; zu diagnostizieren und zu pflegen, indem er der Vieldimensionalität des ökonomischen Gegenstandes durch entsprechend erweiterte Erkenntnisperspektiven gerecht werden müsse.

---

* Korreferat zu Jürgen Freimann "Geldökonomie und Realökonomie", in diesem Band.

Entgegen der bisherigen Theoriebildung - die sowohl durch Subordination der Realität stofflicher Produktionsstrukturen unter die Geldökonomie, als auch durch ihre Gleichgültigkeit gegenüber der Realökonomie charakterisierbar sei - solle die stoffliche Struktur der Realökonomie durch die 4-Dimensionen (soziale, technische, produkturale, ökologische) eingefangen werden und diese Vieldimensionalität der realökonomischen Gestaltungsprobleme theoretisch wie praktisch hinter dem Geldschleier hervorgeholt werden, um sie für die theoretische Abbildung und praktische Gestaltung nutzbar zu machen.

Wie dies geschehen könne, darüber gibt der Autor eingestandenermaßen selbst hinsichtlich der von ihm hierfür als notwendig erachteten theoretischen, empirischen und instrumentellen Analyse in drei Sätzen nur so allgemeine Auskunft, daß man daraus die beanspruchte Überlegenheit des Neuansatzes schwerlich herauslesen kann. Man ist also schon von daher auf den zugrunde liegenden gedanklichen Ansatz selbst zurückverwiesen, was ohnehin in den Rahmen dieser Veranstaltung der Sektion Wissenschaftstheorie besser paßt, als Erörterungen betriebswirtschaftlicher Verfahrenstechniken oder Instrumente.

2. Die vom Autor aufgeworfene Frage nach der (In-)Adäquatheit geldlicher = monetärer Abbildungen der 'realen Prozesse', die der Sicherstellung unseres Lebensunterhaltes und der Lebens-Mittel dienen sollen, ist eine alte Frage.

Nicht nur steht die Kritik des Geldes und des bloßen Gelderwerbes (im Gegensatz zu einer naturalen Güterproduktion) ebenfalls mit an der Wiege der modernen Ökonomie: die frühen französischen utopischen Sozialisten wollten das Geld ebenso abschaffen wie Marx, der ihnen gegenüber lediglich versuchte nachzuweisen, daß sie (und in England J. Owen) dies nicht radikal genug überlegt hätten und er deshalb für die Abschaffung des kapitalistischen Systems überhaupt plädierte, um den kapitalistischen Zirkel von Geld-Ware-Mehrgeld (im Gegensatz zum einfachen Warentausch nach der Formel Ware-Geld-Ware) zu durchbrechen, um ökonomische Gerechtigkeit realisieren zu können (Seifert 1982).

Die Frage ist daher auch in der Folge weltgeschichtlicher Ereignisse im Namen des Marxismus sowohl theoretisch kontrovers diskutiert als auch praktisch angegangen worden; die nationalökonomischen Debatten um die 'collectivist economic planing' (Hayek 1975), an denen illustre Wissenschaftler wie K. Polanyi, Max Weber und F. Hayek teilnahmen, haben einen reichen Argumentationsschatz für und wider die - Webersch gesprochen - höchste Form materieller Rationalität: die geldliche Verrechnung gezeitigt. Hierauf geht der Autor nicht ein.

Die Frage führt aber darüber hinaus noch weiter zurück und zwar mitten hinein in antikes Denken (welches bis weit über das Mittelalter hinaus in die Neuzeit lebendig geblieben war), also in jene 'geologischen Schichten, aus denen sich unser Bewußtsein aufbaut', wie es der Philosoph Georg Picht einmal gesagt hatte.

Aristoteles, dessen Schrift 'Politik' (I, 9) das o.a. Zitat entnommen ist, hatte bereits den Unterschied einer naturgemäßen (= gesunden) Erwerbskunst der Ökonomik gegenüber der verwerflichen Chrematistik = dem geldlichen Erwerb um des Erwerbs willens, so grundlegend debattiert, daß seine Vorstellungen die Richtschnur der abendländischen Ökonomik bis weit über das Mittelalter hinaus (Zins- und Wucherdebatten, Frage des gerechten Preises) blieben (Salin 1967).

Erst J. Locke (1632 - 1704) unternahm in der Neuzeit erstmals den Versuch, Eigentum in Form des Gelderwerbs theoretisch zu rechtfertigen, da nur somit die 'things of short duration', die leicht verderblichen Früchte unseres individuellen Arbeitsvermögens, über den Tag hinaus bewahrt und somit aufgehäuft werden könnten (Brandt 1972).

Zu unrecht beruft sich daher die gängige dogmengeschichtliche

Lehrauffassung auf ihre vermeintlichen - wenngleich aus der Fortschrittsperspektive dann immer nur als unterentwickelt geltenden - 'Vorläufer' seit der Antike: denn nicht die aristotelisch geprägte alteuropäische Ökonomik (Brunner 1952) naturgemäßen Wirtschaftens in Autarkie mit dem Ziel des guten Lebens (eudämonie; Aubenque 1978), sondern wenn überhaupt, dann die Chrematistik wäre als 'Vorläufer' der modernen Gelderwerbskunst anzusehen.

Begrifflich haben die von J.J. Rousseau aus seiner Schrift 'De l'economie politique' (1755) herrührenden Selbst- und Mißverständnisse über den Ursprung des Wortes 'Ökonomie' das ihre dazu beigetragen, um die moderne Illusion von progressiver Kontinuität neuzeitlichen wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts zur und gegenüber der Antike zu nähren: die Ableitung des Namens der Disziplin aus den beiden Bestandteilen 'oikos' und 'nomos'.

Dabei ist nicht so sehr das 'oikos' = Haus strittig (wenngleich angemessene Rekonstruktionen des antiken oikos-Verständnisses keineswegs hinlänglich vorliegen oder gar Allgemeingut ökonomischen Wissens darstellen, wie die Pionierarbeit von Wagner 1969 zeigt), sondern die Herleitung von nomos. Mit nomos geht von vornherein die Vorstellung einher, es handele sich um gesetzförmige, also auf Wissenschaft hin entworfene Aussagen.

Demgegenüber haben aber eingehendere Studien (wie die von Wagner oder bspw. Singer 1958) einen divergierenden Ursprung und Bedeutungsgehalt nachgewiesen, auf den der Philosoph Picht (1980, vermutlich ohne deren Kenntnis) ebenfalls hinwies:

> "Die erste Voraussetzung für die Erhaltung des Menschen ist aber seine Ökonomie, die nur im Rahmen einer politischen Ordnung möglich ist. Was unter "Ökonomie" verstanden wird, sagt das Wort selbst: "Nemein" heißt Zuteilen, Oikos ist die Hausgemeinschaft; Oikonomia ist jene vorsorgende Hausverwaltung, die jedem zuteilt, was er zu arbeiten hat, und was ihn innerhalb des Rahmens der Erhaltung der Hausgemeinschaft im Ganzen für die Befriedigung seiner Bedürfnisse zukommt. (Ökonomie ist also nicht die Wissenschaft von der Wirtschaft, sondern das geregelte Wirtschaften selbst.)" (Picht 1980, 147).

3. Diese nur anzudeutende Auffassung über das alteuropäische Verständnis von Ökonomie widerspricht natürlich dem gesamten modernen (Selbst-)Verständnis der wissenschaftlichen Disziplin der Ökonomie und es fragt sich daher, was diese - zudem gegen die herrschende Dogmentheorie gerichtete - Sehweise hier bezwecken soll? Sie möchte in kaum zulässiger Verkürzung[1] auf eine erst wieder einsetzende Reflektion über den mangelnden 'Natur'-Bezug neuzeitlichen ökonomischen Raisonements aufmerksam machen (Binswanger 1979, Zinn 1980, Picht 1979, Rudolph 1979) und dafür plädieren, das Problem von Geld- und Realökonomie gerade im Hinblick auf das dem Autor so wichtige Natur = Gesundheitsproblem in anderer Weise, in einem gänzlich anderen framework zu entwickeln, der sehr weit abzuweichen scheint von dem, was der Autor vorträgt.

Insofern stellen die vorliegenden Bemerkungen zum Referat kein Korreferat im Sinne einer immanenten Problematisierung[2] dar, sondern vielmehr die Konfrontation mit einem anderen Ansatz über das gleiche Problem, denn hinsichtlich des in Frage stehenden Zieles: der Gesundheit des wirtschaftlichen Körpers besteht wohl Einigkeit mit dem Autor.

Die Explizierung eines solchen alternativen Ansatzes ist aber nicht nur aus Gründen des begrenzten Umfangs für Korreferate schwierig, sondern in erster Linie von der Sache her! Fraglos hat die o.a. Besinnung auf die 'Blindheit der ökonomischen Theorie gegenüber der Natur und ihre Bedeutung im Wirtschaftsprozeß' (Binswanger 1979) kaum erst begonnen und die von Ökonomen in ökonomie-theoretischer Absicht (und nicht nur in dogmengeschichtlicher) unternommenen Versuche der Wiederaneignung antiken, besonders aristotelischen Denkens stekken bestenfalls in allerersten Anfängen (Koslowsky 1979).

Daher kann noch wenig darüber gesagt werden, wieweit zwischen der aristotelischen oikonomia-Lehre mit der in ihr enthaltenen fundamentalen Kritik an jeglicher Geld- und Marktökonomie (Lewis 1978) und der heute vornehmlich mit ökologischen Akzenten vorgetragenen Kritik am modernen Industriekapitalismus andererseits, strukturgleiche Dimensionen eines lebenserhaltenden/ -förderlichen Wirtschaftens thematisiert werden; wieweit im Bestand der alteuropäischen Ökonomik immer schon (neben ihren zeitbedingten Sonderheiten) Angaben über Erhaltungsbedingungen jedweden 'naturgemäßen', (dieser Begriff beinhaltet gleichsam die in der neueren Debatte mit aufgenommenen Orientierungen der Stofflichkeit oder der Realökonomie) Wirtschaftens enthalten sein könnten.

4. Um diese grundlegende Frage jedenfalls scheint es mir letztlich auch dem Autor zu gehen, wenngleich er sie so nicht benennt (in Unkenntnis dieser zumindest von früheren Betriebswirten (Löffelholz 1935) mit einbezogenen Tradition?) oder nicht benennen möchte. Allerdings reklamierte schon sein Vorschlag zur Herstellung der Gesundheit des wirtschaftlichen Körpers in der Wortwahl die 'physis' - Bezogenheit der abendländischen Tradition und, wenn er überhaupt etwas Neues gegenüber verwandten neueren Denkansätzen zur Kritik einer kapital- oder geldorientierten Betriebswirtschaftslehre[3] enthält, so doch wohl die Betonung dieser Dimension innerhalb eines Ansatzes, der nicht, wie bisher zumeist, von 'Interessen', sondern von einer sogenannten stofflichen Struktur der Realökonomie auszugehen und gegenüber den früheren kritischen Ansätzen ihren Zusammenhang mit der ökologischen Dimension zu betonen sucht. Die Frage ist aber, ob mit der sogenannten Vieldimensionalisierung etwas in die gewünschte Richtung erreicht ist?

Zunächst muß natürlich ernüchternd festgehalten werden, daß der Versuch, die Weberschen Verbotstafeln der Normativität zu umgehen, nicht einhaltbar blieb! Geldorientierung und Führungsorientierung hatte ja nicht irgendeine objektive Realität der Betriebswirtschaftslehre aufgedrängt, sondern gesellschaftliche und soziale Konstellationen taten dies - und tun dies noch! Früher wie heute gab und gibt es objektive Probleme (Arbeitsschutz, Produktqualität und auch immer schon Naturschutz), die sich im monetären Abbildungsmechanismus nicht haben geltend machen können. Soweit wir in den westlichen Industrienationen immer noch in einem, wie die Anglosachsen unverbrämter sagen, 'capitalism' leben, müssen Ansprüche an dieses ökonomische System, sofern sie mehr enthalten als die kritisierte Geld- und Führungsorientierung, notwendig von 'außen' kommen, also gesetzt, gewünscht, d.h. letztlich normativ sein.

Der Autor vermutet selbst, daß seine Vieldimensionalität mit der herrschenden betriebswirtschaftlichen Realität konfligieren und daß sie kaum praxisrelevant sein wird, weil sie sich eben nicht 'im Zuge der Realitätsentwicklung als gestaltungsrelevant' erweist. Aber davon abgesehen handelt es sich bei dem Vorschlag des Autors ohnehin vorläufig nur um den gedanklichen Ansatz und nicht etwa schon um ein ausdifferenziertes oder gar praxisfähiges Instrumentarium - das sagt er selber; doch selbst auf dieser Ebene ist nicht einsichtig, ob Vieldimensionalisierung der geeignete Weg wäre, die Geldorientierung zu überwinden oder ob nicht ein anderer 'modus operandi' zu entwickeln und vorzuschlagen wäre. An anderer Stelle habe ich versucht, einen Freimann-ähnlichen Ansatz zu einer 'mehrwertigen' Ökonomie im Lichte der grundsätzlichen Marxschen Kritik der Geld- und Verwertungsökonomie (Seifert 1983, 135) zu diskutieren und möchte wegen der strukturgleichen Argumentationsweise darauf verweisen. In den vom Autor benannten 'Erweiterungsansätzen' ist (bisher wenigstens) unentfaltet geblieben, ob damit einer Gelddominanz begegnet werden kann oder ob nicht gerade umgekehrt nunmehr auch bisher nicht 'verrechnete' qualitative Dimensionen in den gleichmacherischen Geldkalkül inkorporiert würden. Mir jedenfalls leuchtet nach wie vor auf der theoretischen Ebene eher eine 'alternative' ökonomische Rationalitätsform zur Ersetzung des obsoleten Modus geldlicher Verrechnungen von Wohlfahrt ein. Die mannigfaltigen Kritiken am Maßstab des

Bruttosozialprodukts zu Wohlfahrtsmessungen haben hinreichend das Paradoxon demonstrieren können, wie das geldlich gesteuerte Industriesystem auch noch von seinen Mißständen profitiert (Leipert 1975, Jäger 1980). Zwar sind die bisher vorgestellten Alternativen theoretisch lediglich in Grundzügen elaboriert worden (Seifert 1982, Castoriadis 1981) und ihre praktische Geltendmachung setzte nichts geringeres als die Überwindung des Kapitalismus selbst voraus. Doch dies ist nicht der Punkt. Der Vorteil einer vieldimensionalen Ökonomie à la Freimann liegt vorläufig jedenfalls nicht in ihrer größeren Praxisrelevanz - auch sie ist unter status quo-Bedingungen eine unrealisierbare Theorieproduktion.

Festzuhalten bleibt mit dem Autor allemal, daß sich insbesondere die ökologische Frage mehr und mehr der Verrechnung entzieht (im Unterschied zu den arbeitsbedingten Gesundheitsschädigungen beispielsweise der Industriearbeiter, die scheinbar mit Geldzulagen abgegolten werden können, läßt sich die Natur von noch so teuer gemachten Schadstoffen immer weniger überlisten, sondern 'zeigt' allmählich die lebensbedrohenden Folgen) und somit die ökonomischen Debatten über den vermeintlichen Gegensatz von Ökonomie und (außerökonomischer) Ökologie genötigt werden, Werturteile zu treffen und damit ihre vorübergehend als Emanzipation gefeierte Abstinenz von Fragen der Politik und Ethik verlieren. Das alteuropäische untrennbare Trivum von ethik, politik und ökonomik kommt so wieder ins Blickfeld und darüber vielleicht auch die angedeuteten alteuropäisch-griechischen Vorstellungen über naturgemäßes Wirtschaften (Picht 1980), an deren ausgearbeiteten Denkrahmen anzuknüpfen vermutlich sehr fruchtbar sein könnte, um weiteren Fortschritt ohne Maß (Löw u.a. 1981) zu verhüten. Die Geschichte lehrt zwar, daß man nicht einfach schlichtweg früheres übernehmen kann, aber es scheint mir zutreffend zu sein, wenn Picht formulierte, daß das Mindeste, was man von uns im Kontext des beginnenden Weltgesprächs über die neue internationale Arbeitsteilung und den Sinn von Wirtschaften verlangen kann, sei, daß wir uns wieder in die Lage versetzen, von unseren eigenen Voraussetzungen Rechenschaft abzulegen. Bemühungen des Verfassers in dieser Richtung jedenfalls haben ihm gezeigt, daß insbesondere antik-aristotelisches Denken in vielen Fragen erheblich vorangeschrittener war in der Explikation und Strukturierung des Problems von 'Real- und Geldökonomie', als dies heute normalerweise noch gewußt wird.

Aus dieser (wie angedeutet, erst noch weiter zu rekonstruierenden) Perspektive - die gleichfalls ein Forschungsprogramm über den Gegenstand der Ökonomie beschreibt - erscheinen die neuzeitlichen 'Fortschritte' der wissenschaftlichen Ökonomie vielmehr und eher als progressive 'Naturvergessenheit ökonomischer Theorien'[4] und lassen es aussichtsreich erscheinen, gerade hinsichtlich 'stofflicher', 'gebrauchswertartiger' oder 'ökologischer' Wirtschaftslehren zuvorderst die alteuropäischen Strukturüberlegungen hierzu systematisch zu rekonstruieren.

Anmerkungen

1) Der Verf. ist sich der Crux bewußt, selbst kaum mehr als 'namedropping' betreiben, anstatt hier die Zusammenhänge entfalten zu können; wenn er sich dennoch zu dieser Form des Korreferats entschloß, so in der Hoffnung, daß der zunächst vermutlich befremdende Gedankengang die theoretische Neugierde des Lesers weckt, die ausgewählte Literatur (die hier nicht explizierte Überlegungen abdecken soll) ihm ähnlich weiterhelfen wie dem Verfasser und nicht zuletzt, daß sich hieraus womöglich fortführende Kommunikationen ergeben könnten.

2) Die schriftliche Vorlage zur Tagung war mehr dieser Art und kann bei Interesse beim Verf. nachgefragt werden; angesichts des hier für Korreferate eingeräumten Platzes schien es mir aber nach Gesprächen mit einer Reihe von Kollegen, denen an dieser Stelle gedankt ist, sinnvoller, das, worauf ich aus war und wozu das Hauptreferat gleichsam willkommener Anlaß war, expliziter in den Vordergrund zu stellen.

3) Ohne die Unterschiede zwischen den hier im einzelnen nicht zu diskutierenden arbeits- und interessenorientierten Einzelwirtschaftslehre-Ansätzen (Koubek 1980), den gebrauchswertorientierten oder ökologieorientierten (vgl. Stoll und Pfriem in diesem Band) verwischen zu wollen, ist die geldkritische Sicht das sie einigende Moment.

4) Unter diesem Titel hält der Verf. seit einigen Semestern Seminare am FB Wirtschaftswissenschaften der Universität Wuppertal ab und beabsichtigt, hierzu demnächst einige (Zwischen-)Ergebnisse dieser 'archäologischen' Bemühungen zu veröffentlichen.

Literaturverzeichnis

Aubenque, P. (1978), Die Kohärenz der aristotelischen Eudaimonia-Lehre, in: Bien, G. (Hrsg.), Die Frage nach dem Glück, Stuttgart-Bad Cannstatt.

Binswanger, H.C. (1979), Natur und Wirtschaft - Die Blindheit der ökonomischen Theorie gegenüber der Natur und ihrer Bedeutung im Wirtschaftsprozeß, in: Meyer-Abich (Hrsg.), Frieden mit der Natur, Basel-Wien.

Brandt, R. (1972), Zu Lockes Lehre vom Privateigentum, in: Kant-Studien, 63. Jahrg. 1972, S. 426 ff.

Brunner, O. (1952), Alteuropäische Ökonomik, in: Zeitschrift für Nationalökonomie.

Castoriadis, C. (1981), Wert, Gleichheit, Gerechtigkeit, Politik. Von Marx zu Aristoteles und von Aristoteles zu uns, in: ders., Durchs Labyrinth, Seele, Vernunft, Gesellschaft, Frankfurt.

von Hayek, F.A. (Hrsg.) (1975), Collectivist economic planing - Critical studies on the possibilities of socialism, reprint Cliffton.

Jaeger, C. (1980), Ökonomie als Perversion, Bern-Frankfurt.

Koslowsky, P. (1979), Haus und Geld. Zur aristotelischen Unterscheidung von Politik, Ökonomik und Crematistik, in: Philosophisches Jahrbuch, 86. Jahrg., Freiburg-München, S. 60 ff.

Koubek, N. (1980), Brauchen wir eine neue Betriebswirtschaftslehre? Kritik aus gewerkschaftlicher Sicht und Elemente einer Alternative, in: Koubek u.a., Betriebswirtschaftliche Probleme der Mitbestimmung, Köln.

Leipert, C. (1975), Unzulänglichkeiten des Sozialprodukts in seiner Eigenschaft als Wohlstandsmaß, Tübingen.

Lewis, T.J. (1978), Acquisition and anxiety: Aristotle's case against the market, in: The Canadian Journal of Economics, No. 1/1978.

Löffelholz, J. (1935), Geschichte der Betriebswirtschaft und der Betriebswirtschaftslehre, Altertum - Mittelalter - Neuzeit bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts, Stuttgart.

Löw, R. u.a. (1981), Fortschritt ohne Maß? Eine Ortsbestimmung der wissenschaftlich-technischen Zivilisation. Civitas-Resultate, München.

Picht, G. (1979), Ist Humanökologie möglich?, in: Eisenbart, C. (Hrsg.), Humanökologie und Frieden, Stuttgart, S. 14 - 123.

Picht, G. (1980), Zum philosophischen Begriff der Ethik, in: ders., Hier und jetzt: Philosophieren nach Auschwitz und Hiroshima, Stuttgart, S. 137 ff.

Rudolph, E. (1979), Entfremdung der Natur. Die praktische Naturwahrnehmung bei Marx im Kontext der neuzeitlichen Philosophie, in: Eisenbart, C., Humanökologie und Frieden, Stuttgart, S. 319 ff.

Salin, E. (1967), Politische Ökonomie - Geschichte der wirtschaftspolitischen Ideen von Platon bis zur Gegenwart, Tübingen-Zürich.

Seifert, E. (1982), Ökonomie der Zeit - Als alternative ökonomische Theorie einer freien Gesellschaft (Arbeitspapiere des FB 6 der Gesamthochschule Wuppertal Nr. 60/1982).

Seifert, E. (1983), Die rätekommunistische Tradition von Ökonomie der Zeit, in: Prokla, Zeitschrift für Politische Ökonomie und sozialistische Politik Nr. 51, Juni 1983, S. 118 ff.

Singer, K. (1958), Oikonomia: An inquiry into beginnings of economic thought and language, in: Kyklos 11/1958, S. 29 ff.

Wagner, F. (1969), Das Bild der frühen Ökonomik, Salzburg-München.

Zinn, K.G. (1980), Die Kategorien produktiv und unproduktiv in der Ökonomie, in: Beilage zur Zeitschrift Das Parlament D 17/April 1980.

Dieser Kurzbeitrag entsprang einer Replik auf den Versuch von Jürgen Freimann (im gleichen Buch), Möglichkeiten aufzuzeigen, wie der dominanten Geldorientierung der Wirtschaftswissenschaften durch Operationalisierung qualitativer Ansprüche an Arbeit und Ökologie begegnet werden könnte und somit ihre Geltendmachung im Verrechnungskalkül der Ökonomie sicherzustellen sei. Dagegen opponierte Seifert implizit, indem er diesem Lösungsversuch gegenüber an die Genese des neuzeitlichen Ökonomieverständnisses erinnert und den darin sich vollziehenden Bruch mit dem alteuropäischen Trivum von Ethik, Politik und Ökonomie aufweist.
Insofern diente diese Replik vor allem dazu, überhaupt wieder erst jenes Gesamtfeld des Thematisierungszusammenhangs anzusprechen, in dem es traditionell möglich war, über Werte und Ziele zu verhandeln.
Der Beitrag kann somit als ein Weg gelesen werden, den neueren Debatten über ‚Wirtschaftspolitik' oder ‚Fortschritt' einen in der Tradition gründenden Zugang zu ermöglichen.

Arbeitsgruppe 2

Strukturwandel und ökologische Innovationen

Koordination:
Ruggero Schleicher, Prof.Dr. Johannes Berger, Prof.Dr. Martin Jänicke

Inhaltlich schließt diese Arbeitsgruppe eng an die Themenstellung der Vorträge vom Samstagvormittag an. Allgemeiner und grundsätzlicher sollen hier im wesentlichen die drei von einander nicht zu trennenden Fragen diskutiert werden:

* welche strukturellen Entwicklungsmöglichkeiten hat die Gesellschaft angesichts der ökologischen Krise?
* welche von ihnen wünschen wir?
* welches sind die treibenden Kräfte dafür?

Da werden sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe durchaus nicht einig sein, und es gibt sehr verschiedene Weisen, sich dem Problem zu nähern.

Stichworte zu den Themenbereichen der Diskussion sind:

* Ökologische Modernisierung oder Entindustrialisierung?
* Die Rolle der Technik
* Formen und Verteilung von Arbeit und Einkommen
* Die Bedeutung des Wertewandels
* Welche Rolle soll das abstrakt durch Geld vermittelte Wirtschaften in unserer Gesellschaft spielen?
* Aufhebung des Antagonismus zwischen Mensch und übriger Natur?
* Organisation und Macht

Fünf Kurzreferate sollen die Diskussion einleiten. Fritz Vilmar spricht über systematische Arbeitszeitverkürzung als Voraussetzung für eine nicht wachstumsfixierte Ökonomie. Johannes Berger stellt dann grundsätzlicher die Frage, ob der gesellschaftliche Fortschritt an die Expansion von Beschäftigungsverhältnissen gebunden ist. Joseph Huber skizziert seine Vorstellungen von einer ökologischen Modernisierung durch neue Technologien. Dem stellt Otto Ullrich sein Plädoyer für eine lebensweltorientierte Technikentwicklung durch Entindustrialisierung gegenüber. Ruggero Schleicher schließlich deutet an, wie mit den Konzepten der Selbstorganisation brauchbare Ansatzpunkte und Kriterien für neue Organisationsformen und Techniken entwickelt werden können, die auf Konvivialität anstatt auf Beherrschung ausgerichtet sind.

Die folgenden Texte von Martin Jänicke, Joseph Huber, Otto Ullrich, Fritz Vilmar und Johannes Berger sollen zur Vorbereitung der Diskussion verschiedene Ansätze dokumentieren.

Martin Jänicke

Superindustrialismus und Postindustrialismus – Langzeitperspektiven von Umweltbelastung und Umweltschutz

aus: Jänicke, M. / Simonis, U. E. / Weigmann, G. (Hrsg.): Wissen für die Umwelt, Berlin 1985

I. Einleitung

Umweltprobleme der entwickelten Industriegesellschaften hat man lange ignoriert. Heute werden sie stärker zur Kenntnis genommen. Umweltschutzmaßnahmen sind oft die Folge – sogar solche, die sich des Vorzugs rühmen dürfen, Arbeitsplätze zu schaffen. Das klingt plausibel.

Aber viel plausibler, als es wirklich ist.

Denn unsere Umweltprobleme entstammen einer bestimmten Produktionsweise. Und der Bau von Klär- und Filteranlagen, von Abfallverbrennungssystemen und Schallschutzwänden entspricht genau dieser Produktionsweise: der des entwickelten Industriesystems, für das ich im folgenden den Begriff des superindustriellen Systems verwende. Dieses ist also nicht nur durch spezifische Umweltprobleme charakterisiert, sondern auch durch seinen industrialisierten Umweltschutz. Und auch der hat schwere Nachteile.

Ein Nachteil des „superindustriellen" Umweltschutzes ist es, daß er teuer ist. Er belastet Unternehmungen oder auch den Staat mit hohen Investitions- und Betriebskosten. Und weil er so teuer ist, stößt er auch auf starke Widerstände.

Ein größerer Nachteil des industrialisierten Umweltschutzes ist seine relative Unwirksamkeit. Mehr noch: Ein großer Teil der herkömmlichen Umweltschutzmaßnahmen schafft neue Umweltprobleme, ganz so, wie sie der alten Produktionsweise entsprechen.

So schaffen Kläranlagen das Problem des Klärschlamms, der dann mit zusätzlicher Luftbelastung verbrannt wird. Sie schaffen auch Geruchsbelästigungen. Und sie verbrauchen erhebliche Flächen. Abfallverbrennungsanlagen wiederum gehören heute mit ihren Dioxin-Ausstößen zu den übelsten Luftverschmutzern. Andere Abfälle von Umweltschutzanlagen landen in den Meeren und erhöhen deren Verschmutzungsgrad. Manche Umweltschutzanlagen gleichen Chemiefabriken. Und auch ihre Umweltprobleme sind ähnlich. Rauchgasentschwefelungsanlagen sind dafür ein Beispiel.

Mir geht es vor allem um den folgenden Nachteil des industrialisierten Umweltschutzes: Er ist gewissermaßen der „letzte Schrei" einer ökologisch wie auch ökonomisch krisenträchtigen Produktionsweise. Und er lenkt ab von den umweltpolitischen Möglichkeiten einer besseren Produktionsweise: der des *Nach- oder Postindustrialismus*.

Ich werde im folgenden zeigen, daß solch „nachindustrielle" Entwicklungen in den letzten zehn Jahren bereits in erstaunlichem Maße Platz gegriffen haben. Ich werde weiterhin zeigen, daß auch die Umweltschutzeffekte dieser Entwicklung beträchtlich und kaum geringer waren als die des industrialisierten Umweltschutzes. Das Bemerkenswerte hieran ist, daß diese Umweltschutzeffekte überwiegend nicht das Resultat einer langfristigen Umweltschutzpolitik waren. Sie sind vielmehr vor allem Folgen der Rohstoffpreisentwicklung seit Beginn der siebziger Jahre. Diese hat Tendenzen des ressourcenschonenden Wirtschaftens begünstigt. Und weil dies so ist, muß die Umwelt- und Wirtschaftspolitik in aller Form auf diese Fährte gelenkt werden. Denn inzwischen sind die Rohstoffpreise eher gesunken. Es bedarf folglich einer anderen Instanz, die diese Art Umweltschutz bewirkt – beispielsweise durch eine Verteuerung des Rohstoffverbrauchs mit Hilfe von Rohstoffsteuern.

Ich schicke vorweg, daß die folgende Argumentation sich nicht gegen industrielle Umweltschutzmaßnahmen herkömmlicher Art richtet, dort wo sie heute unumgänglich geworden sind. Mir geht es um den langfristigen Wandel der Produktionsweise bzw. der

herrschenden Form des Wirtschaftens. Diese Argumentation ist im übrigen strikt systemimmanent und schließt weitergehende Zielvorstellungen keineswegs aus.

II. Zwei Grundtendenzen

Es gibt zwei Grundtendenzen der Entwicklung der Industrieländer, deren Nebeneinander und Gegeneinander in den siebziger und achtziger Jahren augenfällig ist: die Grundtendenz des *Postindustrialismus* und die des *Superindustrialismus*. Die Frage, welche dieser Tendenzen letztlich dominant sein wird, ist die prognostische und strukturpolitische Grundfrage der Industriegesellschaften.

Dies ist auch eine Frage der verfügbaren Theorien. Den westlichen Sozialwissenschaften ermangelt es ja spürbar an einer gesamtgesellschaftlichen Theorie, die die grundlegenden Entwicklungsmechanismen der Gegenwart so zur Sprache bringt, daß aus ihr eine Orientierung für die nähere Zukunft zu gewinnen wäre.

Zu Beginn der siebziger Jahre hatten hier marxistische Theorien des „Spätkapitalismus" eine erhebliche Bedeutung. Sie benannten Krisentendenzen des ökonomischen Systems, des Verhältnisses von Kapital und Arbeit und des „legitimatorischen Systems". Die Theoretiker der Legitimationskrise des Spätkapitalismus (Mandel, Offe, Habermas etc.) erkannten zwar so wichtige Tendenzen wie den Wertwandel, die wachsende Akzeptanzproblematik und die Zunahme von Konflikten außerhalb des Erwerbsektors. Insgesamt aber wurden entscheidende Störfaktoren vernachlässigt, die erst die Diskussion über die „Grenzen des Wachstums" zur Sprache brachte. Für die aktuellen Rohstoff- und Umweltkrisen boten diese Theorien keine zureichende Erklärungsbasis.

Ebenfalls zu Beginn der siebziger Jahre wurde die bisher letzte größere bürgerliche Gesellschaftstheorie der entwickelten Industriegesellschaften vorgelegt: die Theorie der „nachindustriellen Gesellschaft". Diese hat Daniel Bell durch fünf Eigenschaften gekennzeichnet:

1. den „Übergang von einer güterproduzierenden zu einer Dienstleistungswirtschaft";
2. den „Vorrang einer Klasse professionalisierter und technisch qualifizierter Berufe";
3. „die Zentralität theoretischen Wissens als Quelle von Innovationen und Ausgangspunkt der gesellschaftlich-politischen Programmatik;"
4. „Zukunftsorientierung: die Steuerung des technischen Fortschritts und die Bewertung der Technologie;"
5. „die Schaffung einer neuen ‚intellektuellen Technologie'."[2]

Zehn Jahre später, im Zeichen der Diskussionen um Innovation und Strukturwandel, sind diese fünf Merkmale wieder sehr aktuell geworden. Dennoch wies auch die Theorie Bells erhebliche Mängel auf: Neben der Illusion einer vernunftstiftenden Rolle der technokratischen Intelligenz enthielt sie eine unangebrachte Entwarnung an der gesellschaftlichen Problemfront. Ihre Betonung der ständigen Zunahme von Freizeit, Bildung und „tertiären" Beschäftigungsformen verlängerte zwar erkennbare statistische Zeitreihen, ignorierte aber die Probleme der eigentlichen Industrieproduktion und deren neue Dimension.

Herman Kahn, seit 1967 Anhänger des Konzepts des Postindustrialismus, schlug denn auch 1979 einen Gegenbegriff vor: den der „superindustriellen Gesellschaft".[3] Diese im letzten Quartal dieses Jahrhunderts vorherrschende Gesellschaftsformation ist nach Kahn vor allem durch *zwei Merkmale* gekennzeichnet:

Erstens ist sie, wegen der Größendimensionen ihrer Unternehmungen und der Risiken ihrer Technologie, „*problemträchtig*" (problem-prone; verwiesen wird unter anderem auf Harrisburg).

Zweitens zeichnet sie sich aus durch das Ausmaß der entstehenden „*Externalitäten*", insbesondere der externen Kosten.

Kahn spricht vom „Entstehen einer weltweiten superindustriellen Wirtschaft, in der die Projekte so riesig geworden sind, daß die externen oder unbeabsichtigten Effekte ... wichtiger werden können als die primären (oder beabsichtigten) Produkte. Wird der Einfluß der superindustriellen Wirtschaft auf die soziale und

physische Umwelt nicht unter Kontrolle gehalten, so wird er alles durchdringen und vielleicht zerstören."[4]

Was immer sonst gegen Herman Kahn spricht, seine Einschränkung des Konzepts der nachindustriellen Gesellschaft hat Gründe.

Superindustrialismus ist letztlich die extreme Steigerung industriekapitalistischer Entwicklungstendenzen:

- der *Zentralisierung* von Kapital und Entscheidungen,
- der *Expansion* in Form von Massenproduktion für immer größere Märkte,
- der *Arbeitsteilung* und Spezialisierung,
- der *Rationalisierung* und nicht zuletzt
- der *Externalisierung* und
- der *Ausbeutung*.

Superindustrialismus ist die Steigerung dieser Entwicklungstendenzen bis zum Endpunkt einer fundamentalen Strukturkrise: und sie trifft den Privat- wie den Staatskapitalismus in seinem industriellen Kern. Krisentheoretisch wird der Superindustrialismus seit Anfang der siebziger Jahre auffällig durch eine Akkumulation von Störungen: Rohstoffkrisen, Umweltkrisen, Beschäftigungskrisen, Finanzkrisen, Strukturkrisen, Akzeptanz- und Legitimationskrisen.

Eine gute Krisentheorie ist immer auch eine Zyklentheorie. Und deshalb empfehle ich, von Superindustrialismus nicht erst in seiner Krisenphase zu sprechen. Er ist ja doch das Produkt des Nachkriegsbooms und der Branchen, die ihn getragen haben (von der Stahl-, Chemie- oder Autoindustrie bis zur Energie- oder Bauwirtschaft). Dieser langfristige Zyklus im Sinne der Kondratieffschen „langen Wellen" erreichte in den sechziger Jahren seinen Höhepunkt und geriet in den siebziger Jahren in seine Abschwungphase, die im derzeitigen Tief der genannten multiplen Krisen endete.

Superindustrialismus ist eine Produktionsweise des Industriekapitalismus, die durch eine Reihe neuer Merkmale gekennzeichnet ist: Neu ist die Größenordnung der superindustriellen Unternehmungen. Neu ist das Eigengewicht ihres Weltmarktes. Diesen gibt es zwar schon lange. Aber früher wurde er von einzelnen Nationen beherrscht, heute beherrscht er die Politik der Nationalstaaten, und zwar aller. Neu ist die Größendimension der Planungen und Projekte. Neu ist das Ausmaß der industriellen Großrisiken. Sie haben nicht nur im Rüstungssektor eine neue Qualität. Bei den atomaren und chemischen Abfällen oder den Klimaauswirkungen reichen sie bis in ferne Generationen.

Überhaupt ist wohl noch nie in der Geschichte so exzessiv auf Kosten künftiger Generationen produziert worden. Auch die Ausbeutung hat neue Formen angenommen. Ihre ruinösen Seiten (Ausnutzung bis zur Erschöpfung) sind heute bei der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft mitunter eingeschränkt, was für die Ausbeutung der Natur weniger gilt. Ein neues Ausbeutungsfeld sind die Staatsfinanzen und die künftigen Generationen. Historisch einmalig sind auch die Raten des Wirtschaftswachstums, die der Superindustrialismus in seiner Aufschwungphase erzielte. Historisch einmalig sind aber auch die Wachstumsgrenzen, auf die er damit stieß. Entsprechend umfassend ist nun die Krise.

Krisen sind aber immer auch Zeiten eines erhöhten Veränderungsdrucks. Sie sind offene Situationen mit der ambivalenten Entwicklungsmöglichkeit nach vorn oder zurück. In aller Regel ist die über die Krise hinausweisende Entwicklungsmöglichkeit bereits im Tief erkennbar.

Meine These hierzu lautet: diese Entwicklungsmöglichkeit ist die des *Postindustrialismus*. Er ist keine neue Idealgesellschaft, keine Alternative zum Kapitalismus, aber immerhin eine Alternative zur superindustriellen Produktionsweise und ihren Problemen. Alternative meint dabei nicht: die völlige Ersetzung der einen durch die andere Produktionsweise. Die neue Produktionsweise tritt vielmehr hinzu und wird der älteren gegenüber strukturbestimmend (wie seinerzeit die Industrie im Verhältnis zur Landwirtschaft). Im günstigen Fall würde sie die „harten" Industrieformen auch absolut zurückdrängen. Dies jedenfalls ist historisch zur objektiven Möglichkeit geworden. Und auf diese Möglichkeit

sollte man umwelt- und strukturpolitisch setzen. Soweit die These. Zu ihrer Begründung möchte ich den Gegensatz von Super- und Postindustrialismus noch einmal idealtypisch pointieren. Ich gehe dabei über die von Bell und Kahn angeführten Merkmale hinaus.

Zwei historische Produktionsweisen

Superindustrialismus	Postindustrialismus
höchstes Stadium des traditionellen, nicht erneuerbare Rohstoffe in Schadstoffe und Abfälle umwandelnden *Industrialismus*	*Übergewicht der immateriellen Produktion* von Informationen und Dienstleistungen
1. *Quantitatives Wachstum*; „High volume"; langfristige Wachstumsgrenzen (diseconomy of scale)	1. *Qualitatives Wachstum*; „High value"; „Wachstum der Grenzen"; Ressourcenökonomie
2. Starke *Zentralisierung* von Kapital und Macht durch Industrien des Nachkriegszyklus; Tendenz zu kapitalintensiven Großprojekten	2. Starke Bedeutung neuer Klein- und Mittelbetriebe; wissensintensive Produktion; *mehr Dezentralität*
3. Wachsende *Rigidität* („Panzersyndrom")	3. *Innovation*; Flexibilität („Fahrradsyndrom")
4. Übergewicht des *Weltmarktes* und der *Supermächte*	4. Stärkere Bedeutung *regionaler Strukturen*
5. Starke *externe Problem-Effekte*, Umwelt- und Unfallrisiken; große Abfallmengen	5. *Angepaßtere Produktions*strukturen; umweltfreundlichere Technologien und Wirtschaftsformen; geringere Abfallmengen
6. Wachsende *Entsorgungssektoren* von Industrie und Staat „leben" von Problemen des Industrialismus; Tendenz zur Symptombekämpfung	6. Mehr *Vorsorge*

Den Superindustrialismus kennzeichnen vielfältige *Wachstumsgrenzen*, auf die der Postindustrialismus nicht oder erst sehr viel später stößt.

Dies beginnt bei der *Ressourcenbasis*. Der traditionelle Industrialismus ist mit nicht erneuerbaren Rohstoffen wie Kohle, Öl oder Erzen groß geworden. Entgegen früheren Annahmen des „Club of Rome" sind diese Rohstoffe zwar nicht so bald erschöpft. Aber ihre Gewinnung verteuert sich, je mehr sie verbraucht werden. Auch der steigende Wasserverbrauch unterliegt diesem Gesetz überproportional steigender Ressourcenkosten. Die Vorteile der industriellen Massenproduktion – geringere Kosten bei großen Mengen – schlagen bei endlichen Ressourcen tendenziell in ihr Gegenteil um. Selbst in der Landwirtschaft führt die forcierte Ressourcenausbeute zu überproportional steigenden Kosten. Grenzen des quantitativen Wachstums sind auch bei der Ressource Bauland erkennbar, deren Preis in Ballungsgebieten rasch steigt, weil sie erkennbar knapp ist.

Der Postindustrialismus dagegen hat bereits dadurch geringere Rohstoffprobleme, daß er vor allem Informationen und Dienstleistungen – immateriell – produziert. Aber auch im einzelnen Produkt sind relativ weniger Rohstoffe und mehr Informationen enthalten. Ihr Volumen nimmt ab, aber ihr Wert steigt. Den Postindustrialismus kennzeichnen also die wissensintensiven Produkte. Zugleich treibt er einen hohen Forschungsaufwand für die Wegrationalisierung des Verbrauchs nicht erneuerbarer Rohstoffe. Den natürlichen Rohstoffen und den erneuerbaren Energien (Wind oder Sonne) verleiht er dagegen eine größere Bedeutung.

Die Grenzen des quantitativen Wachstums lassen sich durch eine Typologie der Rohstoffe verdeutlichen. Im Grunde gibt es nur drei Typen von Rohstoffen:[5]

1. *Nichtregenerierbare Rohstoffe* wie Erze, Kohle, Öl. Auf sie hat sich der Industrialismus zunehmend konzentriert. Ihre Verarbeitung erlangt im Superindustrialismus ihr Maximum. Die Umwelt- und Ressourcenproblematik entsteht vorwiegend bei diesem Rohstofftypus.

2. *Regenerierbare Rohstoffe und Energien*, von den Naturprodukten bis zur Sonnenenergie. Sie haben in der vor- *und* nachindustriellen Entwicklung starke Bedeutung, sind unerschöpflich im eigenen Lande vorhanden und weitgehend umweltfreundlich.
3. *Informationen*. Dieser unbegrenzte, immaterielle Rohstoff ist allen Verarbeitungs- und Veredlungsstufen der Massenproduktion zugänglich. Seine Probleme liegen nicht mehr im Umweltbereich, sondern in der Qualität der Informationen: Die kommende „Informationsgesellschaft" könnte zur Desinformationsgesellschaft werden, wenn die alten kommerziellen Superstrukturen unangefochten den Ton angeben.

Neben den betrieblichen Kostengrenzen stößt der Superindustrialismus auch auf *fiskalische Kostengrenzen*. Die wachsende Ohnmacht des Staates gegenüber der Industrie hat zu einer gewaltigen Ausbeutung der öffentlichen Budgets geführt. Die Abwälzung von Problemkosten und die Sozialisierung von Nachfrage und Verlusten sind geradezu ein Routinevorgang geworden. Das Ergebnis ist eine gewaltige Staatsverschuldung, die die gesamten achtziger Jahre über anhalten wird. Auch hier wird eine Erfolgsbedingung des industriellen Aufschwungs am Ende zu einem Wachstumshindernis.

Dies gilt aber auch für die *Machtstruktur* des Superindustrialismus selbst. Industrielle Macht ist – wie alle Macht – das Privileg, nicht innovativ sein zu müssen und einem geringen Akzeptanzdruck zu unterliegen. Das nenne ich das Panzersyndrom. Ein Panzerfahrer kann, aber er muß nicht intelligent sein; er kann auch Widerstände in der Umgebung vernachlässigen, weil sie sich niederwalzen lassen. Ganz anders der Radfahrer. Verhält er sich blind, unintelligent und unflexibel, so scheitert er am nächstbesten Hindernis. Irgendwann gerät aber auch der Panzer an ein Großhindernis. Oder ihm geht der Treibstoff aus – Probleme, die für den Radfahrer kaum bestehen.[6]

Und dies ist die Situation des entwickelten Industriesystems in seiner Krisenphase. Aus dem Panzersyndrom ergibt sich ein zunehmendes Innovationsdilemma, vor allem im Hinblick auf die Rohstoffbasis, mit der der Industrialismus groß geworden ist. Desgleichen ergibt sich ein wachsendes Akzeptanzproblem: Widerstände gegen Rücksichtslosigkeiten und externe Effekte nehmen zu, nachdem diese eine kritische Qualität erreicht haben. Sie äußern sich in einem Wertewandel, der zuallererst gegen die Produktionsmechanik des Superindustrialismus gerichtet ist.

Ich will das Problem der Wachstumsgrenzen des herkömmlichen Industrialismus nicht weiter vertiefen. Anschaulich wird dessen Anpassungsproblematik in einer amtlichen Verlautbarung aus Japan beschrieben – ein Land, das sich dem Innovations- und Akzeptanzproblem des alten Industrialismus relativ frühzeitig gestellt hat:

> „Bis gegen Ende der sechziger Jahre erlebte die japanische Wirtschaft ein hohes Wachstum ... Zu verdanken waren die außergewöhnlichen Wachstumsraten einer rapiden Expansion der ganzen Weltwirtschaft, einem ausreichenden Angebot von preiswerten Rohmaterialien und von Energie aus Übersee, einer aus dem Ausland übernommenen Technologie und der Entstehung von Märkten des Massenkonsums, auf denen vornehmlich langlebige Konsumgüter angeboten wurden. In den siebziger Jahren jedoch kam es zunehmend zu Schwierigkeiten in der Versorgung mit Rohmaterialien und Energie. Der Handel lief nicht mehr so reibungslos wie ehedem. Die Umwelt und die Bedingungen, die so günstig für die hohen Wachstumsraten der japanischen Wirtschaft gewesen waren, änderten sich ... Die Bedürfnisse gingen weniger in Richtung auf eine materielle Befriedigung aller Wünsche. Sie zielten eher auf eine bessere Qualität des Lebens. Das Dienstleistungsgewerbe gewann an Bedeutung und die Strukturen der Industrie nahmen eine andere Gestalt an. Im Vergleich zu den materiellen Rohstoffen hat die Information an Gewicht zugenommen."[7]

III. Die postindustrielle und die postmaterielle Tendenz

Problemträchtigkeit und Krisenträchtigkeit des Superindustrialismus haben eine Doppeltendenz zur Folge: Sie erzeugen postindustrielle Entwicklungstendenzen in der Wirtschaft und postmate-

rielle Wertvorstellungen in der Gesellschaft (mit alternativen Tendenzen in der Politik als Folge).

Die *postmaterielle Tendenz* ist ein Wertewandel vor allem in Richtung auf Werte der Lebensqualität. Materieller Güterkonsum und industriegesellschaftliche Normen (Leistung, Hierarchie etc.) erfahren demgegenüber eine starke Relativierung. Vielerorts verdichtet sich die postmaterielle Tendenz zu einer alternativen Opposition gegen die Problemfolgen des Superindustrialismus.

Die *postindustrielle Tendenz* geht dagegen zunächst weitgehend der herrschenden Entwicklung konform. Sie besteht im überproportionalen Wachstum des „tertiären Sektors" jenseits von Landwirtschaft und Industrie. Und dieser „Dienstleistungssektor" erfüllt zunächst einmal entscheidende Funktionen für die großen Industrien. Dies gilt für den Bereich Banken und Versicherungen ebenso wie für Bildung und Forschung oder Handel und Transport. Es gilt vor allem für den Entsorgungssektor. Dieser lebt von den Problemen der industriellen Entwicklung und kuriert ihre Symptome.

Und dennoch gibt es wesentliche Zusammenhänge zwischen der postmateriell-alternativen und der postindustriellen Tendenz. Zunächst einmal ist der „Dienstleistungssektor" weitgehend die soziale Basis dieser neuen Strömung. Andere Zusammenhänge sollen sogleich erörtert werden. Zunächst aber ist die politisierte Radikalform des Postmaterialismus: die alternative Tendenz zu charakterisieren.

Diese *Alternativtendenz* hat sich in Ländern wie Japan, Schweden oder den USA innerhalb des bestehenden Parteiensystems entwickelt. In der Bundesrepublik, Holland, Dänemark oder Italien hat sie eigenständige Parteien hervorgebracht, die außerhalb des etablierten Parteiensystems tätig wurden. Sie ist selbst in Ländern wie Ungarn, Polen oder der DDR als politische Oppositionsströmung vorhanden.

Die alternative Tendenz ist die typische Oppositionsströmung im Krisenstadium des Superindustrialismus. Sie ist die politische Negation seiner spezifischen Problemträchtigkeit, seiner Gigantomanie, seiner „Tonnenideologie", seiner Naturzerstörungen, seiner bis in ferne Generationen reichenden Risiken und Beeinträchtigungen, seiner krisenhaften Produktivitäts- und Destruktivitätssteigerungen.

Sie ist zugleich die spezifische Opposition gegen den versagenden Staat, der nicht vorsorglich interveniert, sondern mit wachstumspolitischem Eifer nachträglich repariert. Die Alternativopposition ist ganz wesentlich das Produkt der Erfahrung, daß das politische System der entwickelten Industriegesellschaften lebensnotwendige Schutzfunktionen unzulänglich erfüllt und überlebensnotwendige Steuerungsleistungen unzulänglich erbringt. Sie ist auch Ausdruck einer eklatanten Reform- und Innovationsunfähigkeit der entwickelten Industriegesellschaften.

Die alternative Tendenz ist in vieler Hinsicht „Fundamentalopposition". Und dennoch lassen sich viele ihrer Ziele der postindustriellen Tendenz zuordnen und verstärken diese. Was also ist die *postindustrielle Entwicklungstendenz*? Sie besteht in folgender Hinsicht:

- als Zunahme von Dienstleistungen für die Industrie und ihre Produkte (Banken, Handel und Versicherungen, Werbung, Leasing, Reparatur etc.)[8].
- *als Zunahme von Entsorgungsleistungen* im Hinblick auf die Problemeffekte des Industrialismus.[9]

aber auch:

- als Zunahme potentiell innovativer *Vorleistungen für die Industrie* (Forschung, Entwicklung, Information, Organisation, Qualifikation),
- als zunehmende Nachfrage nach nichtmateriellen Produkten und Leistungen,
- und als Zunahme von Dienstleistungen als Folge der veränderten Altersstruktur (vor allem im Sozialwesen).

Im Grunde spiegelt sich im Wachstum des tertiären Sektors also dreierlei:

(a) eine *veränderte Nachfrage*, (b) die Zunahme letztlich *parasitärer Funktionen* im Hinblick auf die traditionellen Industrien und

(c) die Zunahme potentiell *innovativer Funktionen* im Hinblick auf die Industrie und die Wirtschaft insgesamt (also auch den Dienstleistungssektor selbst).

Hierbei besteht zwischen den parasitären und den innovativen Funktionen der folgende Zusammenhang: Sind vor allem die *entsorgenden Dienstleistungen* Ausdruck der spezifischen Krisenhaftigkeit des Superindustrialismus, so bieten die *innovativen Dienstleistungen* Problemlösungen. Sie sind es denn auch, die Tendenzen einer qualitativen, ressourcenschonenden, „intelligenteren" Wirtschaftsentwicklung bisher begünstigt haben.

Die innovativen Dienstleistungen und die Tendenz zu immateriellen Produkten wie Erholung, Lebensqualität, Information, Kommunikation entsprechen grundsätzlich – wenn auch *keineswegs* im Detail – dem alternativen Denken. Hier hat sich ein latentes Bündnis ergeben, ohne das viele Echowirkungen der Alternativbewegung in der technokratischen Oligarchie unverständlich wären.

Wenn hier vom Postindustrialismus die Rede ist, dann im Sinne dieser breiten und heterogenen Tendenz. Sie entspricht in wesentlichen Punkten dem, was Daniel Bell hierunter verstand. Er übersah zwar das Problem der parasitären Dienstleistungen. Daß aber die Zunahme innovativer Dienstleistungen die Qualität auch der Industrie verändern könnte, ist eine wichtige Annahme gewesen. Der Übergang zu angepaßteren Technologien z. B. setzt eine Forcierung des technischen Fortschritts, also die Entwicklung tertiärer Funktionen, voraus. In diesem entscheidenden Punkt deckt sich die alternative und die nachindustrielle Tendenz.

IV. Empirische Trends zum Postindustrialismus – wie dauerhaft sind sie?

Mit der Zukunft ist es meist so: Es ändert sich weniger, als man erwartet. Aber es hat sich bereits mehr verändert, als man denkt. Und auch die Zukunft des Nachindustrialismus hat bereits stärker begonnen, als mancher glaubt. Die Frage ist eher: Wie weit geht der Trend und wie dauerhaft ist er?

Was also hat sich geändert? Die Antwort ist ein Hinweis auf vier empirische Tendenzen:

1. Der Wandel hin zu *postmateriellen Werten* der Lebensqualität. Er hat sich durch die siebziger Jahre hindurch vollzogen und erweist sich auch heute als so gewichtig, daß man ihm nicht nur in Parteiprogrammen, sondern selbst in Wirtschaftsprognosen Rechnung trägt.[10]
2. Gewichtiger ist der Trend hin zu den *Dienstleistungen* (einschließlich der Informationsdienstleistungen). In den letzten zwanzig Jahren sind in den westlichen Industrieländern 72 Millionen Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich entstanden. Fast 70 Prozent aller Amerikaner sind dort beschäftigt[11] und erwirtschaften einen ähnlich großen Teil des BSP.[12] Fast alle neuen Arbeitsplätze entstehen dort, während die Arbeitslosigkeit ganz überwiegend in den alten Schornsteinindustrien entsteht. Der Dienstleistungssektor schafft aber nicht nur Arbeitsplätze. Er ist nach 1973 auch zum Träger des Wirtschaftswachstums geworden. Dienstleistungen werden auch in wachsendem Umfang exportiert – nicht zuletzt übrigens von den „Schwellenländern" (die zu einseitig als „newly *industrialized* countries" bezeichnet werden).[13] Der Mythos, daß nur die Industrie Wohlstand schafft, ist sehr rasch verblaßt.
3. Es sind nicht nur die Dienstleistungsunternehmen, die Beschäftigung ersetzen, welche im Industriebereich verloren geht. Es sind auch ganz überwiegend *Klein- und Mittelbetriebe*, in denen Arbeitsplätze ersetzt werden, die die großen Industrien systematisch wegrationalisieren. (Ein Teil dieser Betriebe sind Alternativbetriebe mit bestimmten ökologischen Ansprüchen.)[14] Während in den USA 1981 und 1982 die Unternehmen mit über 500 Beschäftigten ihre Belegschaft reduzierten, hatten die Unternehmen mit weniger Beschäftigten einen Zuwachs. Am größten war dieser im Bereich der Kleinunternehmen. Die Mittel- und Kleinunternehmen sind es auch ganz überwiegend, von denen die technischen Innovationen ausgehen.[15] Hier kommen die Vorteile des Fahrradsyndroms zum Tragen. (Dies hat

sich übrigens auch in Ungarn ergeben – mit Dezentralisierungs-Tendenzen als Folge.)

4. Die *Industrie* selbst unterliegt einem *Wandel* a) hin zu einer wachsenden Beanspruchung des Dienstleistungssektors und b) hin zu wissensintensiven, ressourcensparenden Produkten und Verfahren; hinzu kommt c) ein gewisser interner Dezentralisierungsdruck.

Der industrielle Wandel ist der wichtigste und bedarf einer näheren Erörterung.

Die folgende Abbildung 1 zeigt den Strukturwandel seit der ersten Ölkrise 1973 für die Bundesrepublik Deutschland:

- Seit 1973 hat sich das Wirtschaftswachstum verlangsamt, weil das industrielle Wachstum in die Krise geriet.
- Das dennoch erzielte Wirtschaftswachstum wurde vom Dienstleistungssektor bewerkstelligt.

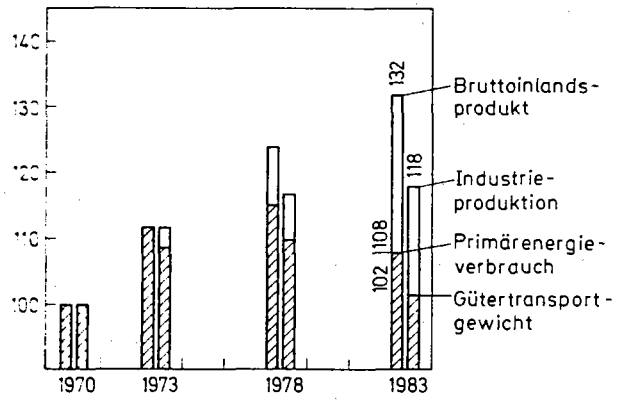


Abb. 1 Wirtschaftlicher Strukturwandel der Bundesrepublik seit 1973 (1970 = 100)

Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, laufende Jahrgänge.

- Das erzielte industrielle Wachstum wurde mit weniger Rohstoffen und Energie erzeugt. Der Verbrauch wichtiger Rohstoffe ging absolut zurück.
- Sichtbarer Ausdruck dieser „qualitativen" Entwicklung ist die Tatsache, daß auch das Gewicht der transportierten Güter 1983 unter dem Niveau von 1973 lag.

Die zusätzlich verkauften Industrieprodukte hatten also einen höheren Wert bei verringertem Rohstoffanteil. Und dieser zusätzliche „qualitative" Wertanteil besteht in immateriellen Produktionsanteilen in Form von Informationen und Dienstleistungen.

Wie folgender Vergleich mit anderen Ländern zeigt, ist der tertiäre Sektor in der Bundesrepublik relativ klein (Abb. 2). Und auch das Wachstum seines Anteils ist anderswo eher größer gewesen. Dennoch ist der Wandel auch in der „überindustrialisierten" Bundesrepublik nicht zu übersehen. (Mit „Naturstoffsektor" werden in dieser Darstellung alle Wirtschaftszweige bezeichnet, die natürliche Rohstoffe erzeugen oder verarbeiten.)

Was dieser Wandel für den Umweltschutz bedeutet, zeigt Abbildung 3. Sie zeigt für Japan, daß auch stärkste Anstrengungen im entsorgenden Umweltschutz (zumindest bei der Luftreinhaltung) nicht die Wirkungen erzielt haben, die auf Rohstoffeinsparung und Strukturwandel zurückgehen. Besonders eindrucksvoll ist dieser Unterschied bei der Schwefeldioxid-Bekämpfung: Immerhin 1362 teure Rauchgasentschwefelungslagen im Jahr 1981[16] haben nicht so viel bewirkt wie der kostenlose Umweltschutz durch Spartechnologien und Strukturwandel.

Entscheidend ist die Ökonomie der Sache: Während der superindustrielle, nachträglich bewerkstelligte Umweltschutz teuer und vergleichsweise ineffektiv ist, verbessert der postindustrielle Umweltschutz durch Ressourcenökonomie und Strukturwandel zugleich Ökologie und Ökonomie.

Was nun hat diesen in der Tendenz umweltfreundlichen Strukturwandel weg vom extensiven Rohstoffverbrauch bewirkt? In Japan war es vorwiegend eine langfristig orientierte Industriestrukturpolitik, die konsensual von Staat und Industrie konzipiert wird. In

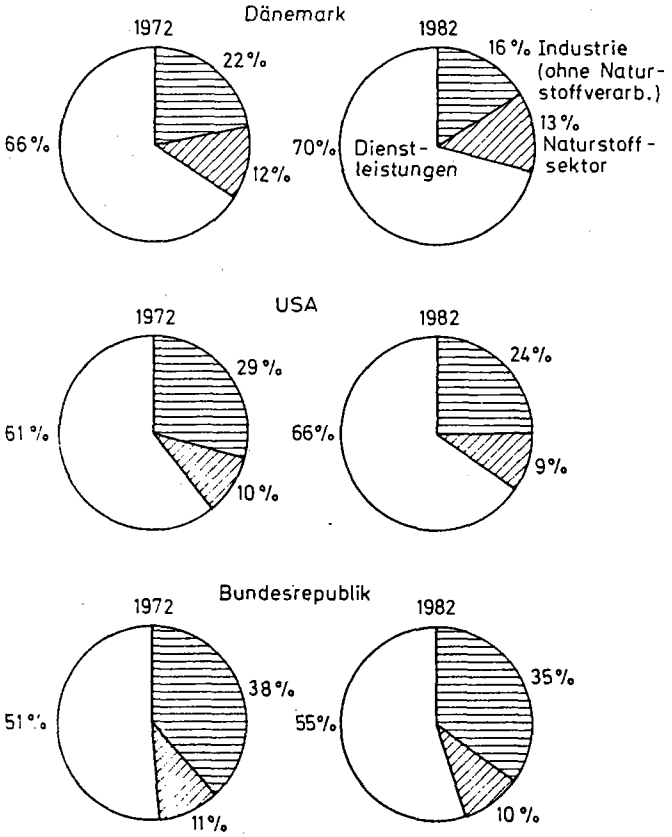


Abb. 2 Anteile von Wirtschaftszweigen am Bruttoinlandsprodukt unter Berücksichtigung von Rohstofftypen (1975er Preise):
Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Prognos Euro-Report 1984. Basel 1983.

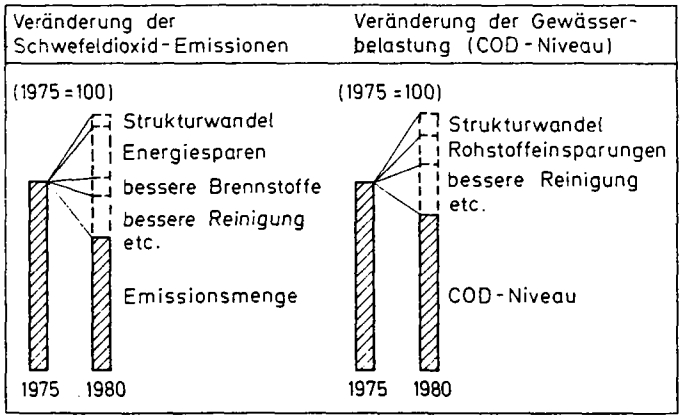


Abb. 3 Reduzierung der Schwefeldioxid-Emissionen und des COD-Niveaus in Japan, 1975–1980:
Quelle: Quality of the Environment in Japan 1982, Tokio 1983, S. 52f.

Ländern wie der Bundesrepublik war dieser Strukturwandel dagegen vorwiegend das Ergebnis einer schweren Strukturkrise, die die alten Industrieregionen und -branchen mehr oder weniger unvorbereitet traf.

Man kann die Frage nach dem Urheber des Strukturwandels aber auch so beantworten: Nicht die Politik, sondern die Entwicklung der Rohstoffpreise am Weltmarkt hat diesen Wandel vorrangig erwirkt. Abbildung 4 zeigt den starken Anstieg der Rohstoffpreise zu Beginn der siebziger Jahre und den folgenden, noch stärkeren Anstieg der Ölpreise seit 1973. Sie zeigt auch, daß diese Entwicklung in den achtziger Jahren zunächst einmal zum Stillstand gekommen ist. Teilweise sind die Rohstoffpreise sogar wieder zurückgegangen.

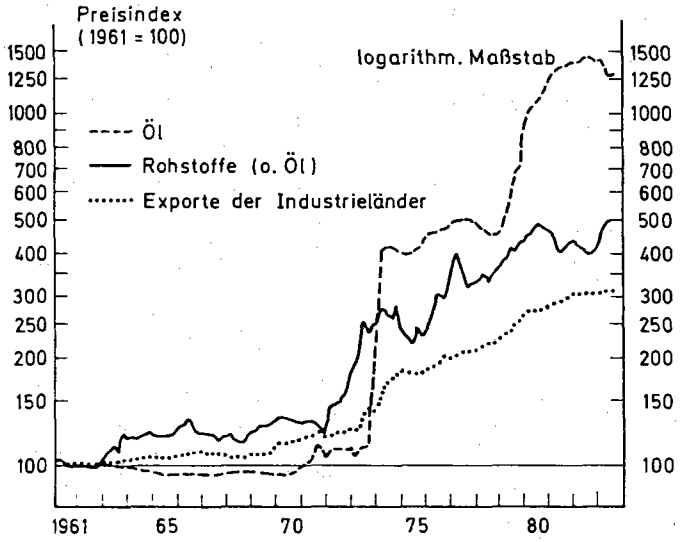


Abb. 4 Internationale Preisentwicklung 1961–1983
Quelle: Ministry of Finance: The 1984 Medium Term Survey of the Swedish Economy, Stockholm 1984, 82.

V. Schlußfolgerungen

Der letzte Punkt führt zu meinem umweltpolitischen Hauptanliegen in der Frage des wirtschaftlichen Strukturwandels:

1. Wenn es bisher vor allem die Rohstoffpreise waren, die den Strukturwandel in Richtung auf ressourcenschonende und damit umweltfreundlichere Produktionsweisen bewirkten, muß dieser Wandel in Zukunft künstlich gesichert werden, falls die Rohstoffpreise diese Wirkung nicht mehr haben. Wenn die Preise der Rohstoffe stagnieren oder gar sinken, sollten diese besteuert werden. Eine Rohstoffsteuer ist vor allem dann sinnvoll, wenn zugleich die Arbeit geringer besteuert wird. Wenn durch Steuern der Rohstoffverbrauch teurer und die Arbeit billiger wird, erhalten auch die Rationalisierungsinvestitionen der Unternehmen eine andere Tendenz: Es werden eher Rohstoffe eingespart als Beschäftigte. Dies ist zugleich die billigste Form des Umweltschutzes und darüber hinaus ein starker Stimulus für den technischen Fortschritt.

2. Es geht mir zweitens nicht um die Idealisierung des bisherigen krisenhaften Strukturwandels. Seine ökologischen Effekte waren bisher ebenso unzulänglich wie die des entsorgenden Umweltschutzes. Das Waldsterben haben hierzulande beide nicht verhindert. Es geht um das Aufzeigen von objektiven Möglichkeiten einer Produktionsweise, die auf den herkömmlichen entsorgenden Umweltschutz weitgehend verzichten kann und zugleich ein Plus an Wirtschaftlichkeit erzielt. Dies auf dem Wege über *ökologisch angepaßtere Produkte, Verfahren und Rohstoffe*. Es geht auch darum, diese objektive Möglichkeit strukturpolitisch und umweltpolitisch zu forcieren. Vor allem aber geht es darum, den Trend zum Postindustrialismus zu stabilisieren. Denn es ist alles anders als gesichert, daß es nicht zu einem Rückschlag kommt, z. B. über eine forcierte Rüstungspolitik oder über regelrechte Strategien der Reindustrialisierung. Denkbar ist auch ein paralleles Wachstum von post- und superindustriellen Ökonomien. Ökologisch interessant ist aber der Postindustrialismus nur, wenn er die harten Industrien wirklich *zurückdrängt*. Und dies ist Angelegenheit einer gezielten Strukturpolitik.

3. Meine dritte Schlußfolgerung betrifft das Wirtschaftswachstum. Der Kapitalismus ist eine Ökonomie, die ohne Wachstum in die Krise gerät. Wer ihn nicht abzuschaffen vermag, muß dem Rechnung tragen. Qualitative Wachstumsformen könnten ein vergleichsweise kleineres Übel sein. Wer die Wachstumsfrage somit nicht zu einem Dogma macht, muß sich dennoch gegen den Mythos der hohen Wachstumsraten wenden. Er entstammt der Boom-Phase des Superindustrialismus mit Wachstumsraten, die in der Geschichte des Kapitalismus einmalig waren. Mit diesem Super-Wachstum wurden damals Probleme der Arbeitslosigkeit oder der Staatsfinanzen eingedämmt. Nach allen mittelfristigen Prognosen ist aber mit dem „großen Wachstum" nicht mehr zu rechnen. Es ist vor allem nicht wünschenswert, weil es die ökolo-

gisch positiven Seiten des langsamen Strukturwandels hin zum Postindustrialismus leicht überwuchern könnte (da steigende Einkommen z.B. verstärkt in die Bauwirtschaft oder Rüstungswirtschaft fließen würden). Es geht heute um institutionelle Reformen, die es verhindern, daß ein geringes Wirtschaftswachstum zur Krise für viele wird. Dies muß möglich sein, denn der Zuwachs ist ja absolut noch immer beträchtlich. Und das auf einem Niveau, von dem der größere Teil der Welt nur träumt.

4. Meine vierte Schlußfolgerung ist das Plädoyer für eine Doppelstrategie der Ökologiebewegung im Hinblick auf die sich abzeichnende „Informationalisierung". Das Wachstum einer Informationsökonomie ist zwar ökologisch unbedenklich, ja es könnte den gewünschten Niedergang der „Schornsteinindustrien" kompensieren (entgegen verbreiteten Befürchtungen entsteht hier per Saldo Beschäftigung). Aber was dort auf uns zukommt, ist eine Tendenz zur *Desinformationsgesellschaft* nach dem Weltbild der kommerziellen Anbieter auf diesen neuen Märkten. Die Ökologiebewegung kann nur auf eine Informationsentwicklung setzen, die zumindest *auch* ein Mehr an bürgernahen Nachrichten und Selbstverständigungen, an wissenschaftlicher Aufklärung und Prognostik und an sinnvollen Qualifikationsmöglichkeiten bietet. Es geht um nichts Geringeres als um die Durchsetzung politisch und gesellschaftlich akzeptabler Formen der „Informationalisierung" wie des Postindustrialismus insgesamt. Nur dann kann dieser Weg als Alternative zu den ökologisch unangepaßteren Produktionsweisen des Superindustrialismus gewertet werden.

Anmerkungen

1 Vgl. *Mandel*, Ernest: Der Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1972. *Offe*, Claus: Spätkapitalismus – Versuch einer Begriffsbestimmung, in: Ders.: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt/M. 1972. *Habermas*, Jürgen: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt/M. 1973.

2 *Bell*, Daniel: Die nachindustrielle Gesellschaft, Frankfurt/M. – New York 1975 (Original 1973). Den Begriff der „postindustriellen Gesellschaft" hat Bell bereits 1966 geprägt: *Bell*, D.: The Reforming of General Education, New York 1966, S. 301 ff. Vgl. *Touraine*, Alain: Die postindustrielle Gesellschaft, Frankfurt/M. 1972 (Original 1969). Siehe auch: *Kern*, Lucian (Hg.): Probleme der postindustriellen Gesellschaft, Köln 1976. *Gershuny*, J.I./*Miles*, I.: The New Service Economy, London 1983. *Offe*, Claus: „Arbeitsgesellschaft": Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt/M. – New York 1984. Als erster Vorläufer der Postindustrialismusthese wird Colin Clark (The Conditions of Economic Progress, London 1940) angesehen.

3 *Kahn*, Herman: Die Zukunft der Welt (1980–2000), Wien – München – Zürich – New York 1980 (Original 1979). Vgl. *Kahn*, Herman/*Wiener*, Anthony J.: Ihr werdet es erleben, Reinbek 1971 (Original 1967), S. 40 f. und 174 ff.

4 *Kahn*, Herman: Die Zukunft der Welt, a.a.O., S. 267.

5 *Jänicke*, Martin: Umweltpolitische Prävention als ökologische Modernisierung und Strukturpolitik, Wissenschaftszentrum Berlin 1984 (IIUG discussion papers 84–1), S. 25.

6 *Jänicke*, Martin: Langfristige Wachstumsperspektiven der westlichen Industrieländer, in: Ders. (Hg.): Vor uns die goldenen neunziger Jahre? München 1985, S. 24.

7 Informationalisierung in Japan, in: Neues aus Japan Nr. 295, November Dezember 1984, S. 2 (hg. von der Japanischen Botschaft in Bonn).

8 Vgl. *Gershuny*/*Miles*, a.a.O.

9 *Jänicke*, Martin: Wie das Industriesystem von seinen Mißständen profitiert, Opladen 1979.

10 Vgl. *Jänicke*, Martin (Hg.): Vor uns die goldenen neunziger Jahre? a.a.O., pass.

11 The Employment Outlook: Where are the Jobs in Today's Labour Market? OECD-Observer Nr. 130, 1984, S. 6 et pass.

12 High-Technology Occupations Lead Growth in Services Employment, Business America, Sept. 3, 1984. Nach dieser Quelle weisen die stark expandierenden Dienstleistungsberufe im Durchschnitt auch überproportional hohe Einkommen auf – entgegen manchen Vermutungen (etwa von André Gorz) über die neue Armut im Dienstleistungsbereich.

13 Welthandel: Empfindlich gestört, Wirtschaftswoche v. 22.6.1984. *Petersen*, Hans J. et al.: Der internationale Handel mit Dienstleistungen aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland – Entwicklung, Handel, Politik, Berlin – München 1984.

14 *Grottian*, Peter/*Kück*, Marlene: Modell Berlin: 10000 neue Arbeitsplätze im Selbsthilfe- und Alternativbereich, in: *Bolle*, Michael/*Grottian*, Peter (Hg.): Arbeit schaffen – jetzt! Reinbek 1983.

15 USA: Boom der Service-Gründungen, Wirtschaftswoche v. 8.6.1984. Vgl. den Beitrag von Prof. Birch (MIT) in der Wirtschaftswoche v. 16.3.1984 (Dynamik der Kleinen).

16 Environment Agency: Quality of the Environment in Japan 1983, Tokio 1984, S. 175.

Umwelt- und sozialverträgliche Wirtschaftsentwicklung

aus: Huber, Joseph:
Die Regenbogengesellschaft,
Frankfurt 1985

Ökologische Modernisierung durch neue Technologien

Wenn man auch geteilter Meinung darüber sein wird, worin eine gute Wirtschaftspolitik besteht, so bleibt doch wahr, daß die Wirtschaftsentwicklung zum A und O jeder Sozialpolitik gehört. Das wirtschaftlich fast alles entscheidende Kernstück des ökosozialen Umbaus besteht in einer *ökologischen Modernisierung der Produktions- und Konsumkreisläufe durch neue und intelligentere Technologien.* Zu diesen neuen Technologien gehören u. a. die Mikroelektronik/Telekommunikation und ihre Anwendungen in Fabrik, Büro und Heim; bessere Energie- und Umweltschutztechnologien; Solartechnik; Gentechnik, Biotechnologie und biotechnologische Landwirtschaft.
Ob die Atomtechnologie ebenfalls zu diesen neuen Technologien gehört, ist fraglich. Sie kommt wissenschaftlich-technisch aus einer gleichen Generation wie etwa die serielle Entwicklung des Automobils, die Fernsehtechnik oder die Kunstfaserchemie. Die mit der »Reife« dieser Technologien nunmehr zu Ende gehende Epoche sollte ja einmal das Atomzeitalter werden. Statt dessen wurde es dann ein Automobilzeitalter, Plastikzeitalter und Ölzeitalter. Die ökologische Immer-noch-nicht-Beherrschung der Atomtechnologie (Entsorgungsfrage) wie auch wirtschaftlich problematische Kosten-Nutzen-Verhältnisse lassen die Atomtechnik zunehmend als ein fehlentwickeltes Projekt der nunmehr zu Ende gehenden Epoche erscheinen[1]. Die Atomtechnologie einseitig bevorzugt zu haben, rächt sich heute u. a. auch durch schwerwiegende Versäumnisse und Rückständigkeiten bei der Entwicklung der o. g. neuen Technologien.
Als das Schrittmacher- und Schlüsselprojekt der nächsten langen Welle hat sich inzwischen die Massencomputerisierung und Telematisierung der Gesellschaft herausgestellt. Die Massencomputerisierung und Telematisierung (wie auch einmal die Biotechnologie) sind jedoch selbst nur Mittel zu einem technologisch und historisch noch viel grundlegenderen und weitergehenden Projekt: dem Projekt der ökologischen Modernisierung des Industriesystems. Diese Modernisierung voranzutreiben, ist dringend und schnellstens erforderlich. Denn die heute gebräuchlichen Technologien sind ökologisch gesehen noch primitive Technologien. Vom Standpunkt des Umweltschutzes aus betrachtet – das heißt im Hinblick erstens auf Materialaufwand, zweitens Energienutzung und drittens Verschmutzung von Böden, Wässern und Luft –, sind sie teuer und wenig wirksam. Im Vergleich zu Verbrauchsraten, Energiewirkungsgraden und Verschmutzungen in der natürlichen Bio-Wirtschaft sind sie weder produktiv noch effektiv, sondern meist destruktiv und dreckig.
Jede Verzögerung bei der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien bedeutet, biologische Gesundheit und ökologisches Systemgleichgewicht weiter anzugreifen. Jede Beschleunigung dagegen bringt diesbezüglich Pluspunkte. Ökologie kann nicht neben der Industrie, nicht ohne sie und schon gar nicht gegen sie verwirklicht werden. Die Industrie ihrerseits hat nur *eine* Wahl: sich ökologisch anzupassen. Handhaben genau dafür bieten eben neue Technologien, sofern sie rohstoff- und energiesparend und nicht mehr oder doch erheblich weniger umweltverschmutzend sind. Es gibt keinen anderen, zumindest keinen nicht-katastrophischen und nicht-geschichtsrückfälligen Weg zur Lösung der ökologischen Probleme, als die breitgefächerte Entfaltung von neuen Technologien.
Nichts und niemand kann aus seiner Geschichte aussteigen. Mit jedem Entwicklungsschritt legt sich ein System in seiner Identität mehr fest und verliert ehemals möglich gewesene Optionen. Die Entwicklung eines Systems kann beschrieben werden als ein Prozeß der *Tatsachenakkumulation* (um nicht von einer Sachzwangakkumulation zu sprechen) und einer entsprechenden *Potentialreduktion.* Dies gilt nicht nur für ein geschlossenes Kunstsystem wie z. B. das Schachspiel, sondern auch für alle lebenden Organismen und wirklichen Organisationen, die offen sind, d. h. sich im Austausch mit ihrer Umwelt entfalten. Nur in frühen Entwicklungsphasen hat man verschiedenste gegensätzliche Optionen offen, oder zumindest die Illusion davon. Sich in den westlichen Industrieländern am Ende des 20. Jahrhunderts Fragen zu stellen wie die, ob man den Staat, den Markt, das Geld oder die industrielle Produktion abschaffen soll, ist ebenso anregend und andrerseits doch müßig wie die Frage, ob ich nicht besser ein orientalischer Derwisch geworden oder lieber als ein Indianer zur Welt gekommen wäre.
Eine Versorgung der Bevölkerung, angesichts der mittlerweile

fast überall hohen Bevölkerungsdichte, ist ohne Maschinen, ohne umfassende Transportsysteme, ohne Elektrifizierung usw. nicht, genauer gesagt: nicht mehr möglich. Die Landwirtschaft z. B. hat nicht mehr die Wahl, zu früheren Formen der Umweltverträglichkeit zurückzukehren, denn eine Dreifelderwirtschaft oder ähnliches ist nicht produktiv genug, um Hunderte Millionen von Menschen zu ernähren. Ein biologischer bzw. biotechnologischer Landbau darf hinter die chemisch-monokulturelle Landwirtschaft nicht zurückfallen, sondern muß über diese hinausgehen, indem er bei gleicher oder sogar noch höherer Produktivität zu neuen Formen der Umweltverträglichkeit findet. Ebenso haben wir heute nicht mehr die freie Wahl, mit oder ohne Strom zu leben, sondern allenfalls die Wahl, mit oder ohne *Atom*strom, was allerdings neue Technologien im Bereich des Energiesparens, der Photovoltaik, der Photosynthese oder ähnlichem voraussetzt.

Genauso haben wir nicht mehr die Wahl, ohne Transportsysteme zu leben, die weite Entfernungen umspannen und deshalb teilweise mit hohen Geschwindigkeiten operieren. Jedoch kann man die Proportionen zwischen Wasser- und Luftverkehr, oder zwischen Schienen- und Straßenverkehr ändern. Man kann dies aber wiederum nur innerhalb gewisser Grenzen, denn die Automobilisierung samt ihrer Infrastruktur von Fabriken, Straßen, Qualifikationen usw. hat Tatsachen geschaffen, die für unabsehbare Zeit ebenso irreversibel sein werden wie z. B. die Verstädterung. Die Optionen, die hier allerdings auch noch bestehen, sind z. B. das Langzeitauto, der städtische Niedriggeschwindigkeitsverkehr, das Elektro- oder mit Wasserstoff getriebene Auto bzw. überhaupt Autos, die möglicherweise aus ganz anderen Materialien gebaut werden und mit anderen Antriebsarten und Energieträgern operieren. Auch wäre es sehr sinnvoll, den vollautomatischen Autoverkehr zu entwickeln, bei dem die Benutzer ihr Fahrziel in den Autocomputer tippen können und das Auto sie dann vermittels eines elektronischen Leitsystems völlig selbsttätig dorthin fährt. Das würde einem viel unnötigen Stress ersparen und optimale Geschwindigkeiten und einen optimalen Verkehrsfluß garantieren – ein Gewinn für Mensch und Umwelt.

Die Mikroelektronik ist ein besonders eindrückliches Beispiel dafür, daß ein ökologisch sauberes Wachstum vorstellbar und auch machbar ist. Das Material der Mikroelektronik ist auf absehbare Zeit Silicium, ein faktisch unerschöpflicher mineralischer Rohstoff. Sie ist klein, leicht und schnell, d. h. sie stellt wenig Materie dar, braucht wenig Raum und Energie, und ist dabei ökonomisch doch äußerst hochwertig. In einem nur einige Quadratmeter messenden Lagerraum für elektronische Geräte steckt ein größeres Vermögen als in den meisten riesigen Lagerhallen für Umschlagsgüter. In ihren Anwendungen hilft die Mikroelektronik Material und Energie sparen und Umweltschäden reduzieren (z. B. durch elektronische Meß- und Regeltechnik). Ihre photochemische Herstellung selbst ist, trotz einiger gefährlicher aber zu kontrollierender Chemikalien, die dabei im Spiel sind, nur in geringem Maße umweltbelastend. Wer meint, in einer florierenden Wirtschaft müßten die Schornsteine rauchen, hat die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt.

Zu diesen Zeichen der Zeit gehört auch, daß der nachträglich entsorgende Umweltschutz – z. B. durch Filter, Schallschutzdämme, Kläranlagen, Deponien u. ä. – mehr und mehr einer präventiven Technologie Platz machen wird. Der heutige Gegensatz zwischen Ökologie und Industriesystem wird durch die nachträgliche Umweltreparatur gerade *nicht* aufgehoben. Man kann sogar sagen, je mehr Schornsteine, Filter, Kläranlagen usw., um so größer ist die Kluft zwischen Ökologie und Industriesystem. Verringert wird diese Kluft dagegen durch Technologien, die hohen Material- und Energieverschleiß und hohe Luft-, Wasser- und Bodenbelastung von vornherein zu vermeiden suchen. Man kann sie deshalb Vermeidungstechnik oder Präventivtechnik nennen. Man kann auch von Ökotechnik in einem sehr umfassenden Sinn sprechen. Insofern sie Umweltprobleme nicht länger auf andere und auf später abschiebt (sie externalisiert), kann man auch von einer internalisierten oder *integrierten Ökotechnologie* sprechen. Es handelt sich dabei nicht um einen neuen abgesonderten Sektor für sich, sondern um eine umfassende Querschnittsbranche: die Produkte und Produktionsprozesse in jedem Sektor, quer durch alle Abteilungen und Produktionslinien, werden im Sinne einer vollintegrierten Ökotechnologie modernisiert[2].

Qualitatives Wachstum und selektive Wachstumspolitik

Die sozialpolitische Bedeutung der ökologischen Modernisierung liegt in zweierlei. Zum einen sinkt die Beschädigung der natürlichen und sozialen Umwelt. Damit sinken auch die umwelt-, sozial- und insbesondere gesundheitspolitischen Interventionser-

fordernisse und ihre Kosten. Zum anderen wird mit der Senkung dieser defensiven Kosten ein neues, ein qualitatives Wachstum gefördert[3]. Dieses Wachstum entsteht nicht dadurch, daß der Ausstoß maximiert wird, sondern indem bei einer gegebenen Produktion der Einsatz und die Schadensfolgen minimiert werden. Die chemische und Papierindustrie brauchen z. B. weniger Frischwasser und hinterlassen weniger Abwasser, die Aluminiumindustrie braucht weniger Strom, die Autos weniger Blech und Benzin usw. Dadurch wird den Teufelskreisen des Wachstums der technologische Boden entzogen. Der Regen hört auf, saurer Regen zu sein, und wird wieder sauberer Regen. Wirtschaftswachstum hört auf, ein verhängnisvoller Vorgang zu sein. Damit hört das Wirtschaftswachstum zugleich auf, eine verhängnisvolle Grundlage staatlichen Handelns zu sein. Die Abschöpfung von sekundären Einkommen durch Stimulierung des Wachstums der Primäreinkommen wird weniger problematisch.

Aus der Perspektive einer ökologischen Modernisierung hört Umweltpolitik genau wie Gesundheitspolitik auf, Feuerwehrpolitik zu sein. Sie verschmelzen in einer *präventiven Umwelt- und Gesundheitspolitik*. Praktisch besteht diese im wesentlichen in nichts anderem als einer *selektiven Technologie- und Wachstumspolitik*. Eine solche präventive Umwelt- und Gesundheitspolitik in Form einer selektiven Technologie- und Wachstumspolitik würde allerdings voraussetzen, das Gestrüpp der Subventionen besser zu durchforsten und das Halbdunkel der oligopolistischen Preisbildung besser zu durchleuchten. Gerade die großen Forschungs- und Entwicklungsträger sind heute, komplizierter als früher, in alten *und* neuen Industrien engagiert. Da wie dort haben sie einen gewissen politischen Spielraum, Preise festzusetzen. Die ökonomischen Supermächte – d. h. die Konzerne und die staatlichen Interventionsinstanzen – verzerren so auf vielfältige Weise die Signalfunktion der Preise und die Lenkungsfunktion des Marktes. Die Unwirtschaftlichkeit alter, insbesondere unökologischer Sektoren wird vertuscht; die Wirtschaftlichkeit neuer, insbesondere umweltverträglicher Industriekomplexe bleibt verdeckt. Ökologische Neuerungen werden damit künstlich verzögert.

Dies ist allerdings nicht nur ein Plädoyer für einen freien Markt, als vielmehr auch ein Plädoyer für einen sozialen und ökologischen Markt. Gefordert ist eine präzise gesamtwirtschaftliche Bewertung einzelwirtschaftlicher Aktivitäten. Dazu braucht es bessere Bewertungsmaßstäbe als nur den der heutigen Bilanzen und des Bruttosozialproduktes. Solche neuen Maßstäbe müßten zweierlei leisten: sie müßten produktive von defensiven Aufwendungen unterscheiden; sie müßten externalisierte Kosten internalisieren, jedenfalls doch intern zurechenbar machen[4]. Dann wird sich auch für die Sozio-Wirtschaft zeigen, was die Bio-Wirtschaft ständig vorexerziert: wirtschaftlich ist nur, was ökologisch ist; was ökologisch ist, ist auch wirtschaftlich. Dies ist die Grundlage einer soliden Wirtschaftspolitik.

Geht man von dieser soliden Grundlage aus, ist damit zugleich eine Vorentscheidung getroffen über die *Prioritäten* einer selektiven Wachstumspolitik. Diese Prioritätenfrage verdient noch viel mehr öffentliche Beachtung. Während er 60er und 70er Jahre verschwendete man den Löwenanteil der öffentlichen (und auch einen beträchtlichen Anteil privater) Forschungs- und Entwicklungsmittel in der Atomindustrie. Nachdem man diesen Fehler nun zunehmend einzusehen scheint, besteht die große Gefahr, ihn auf dem Gebiet der Telematisierung (Stichwort Verkabelung) in ähnlicher Weise zu wiederholen. *Daß* die Infrastruktur für die Telekommunikation im Sinne einer ökologischen Modernisierung ausgebaut werden muß, steht nicht in Frage. Aber der Auf- und Ausbau solcher Infrastrukturen (Schienennetz, Wasserwegenetz, Stromnetz, Gas- und Wasserleitungsnetz, Autobahnnetz, Telefonnetz) ist immer ein Werk für mehrere Generationen. Tut man zu schnell zu viel des Guten, schafft man Überkapazitäten, die heute niemand so recht brauchen kann, und die morgen, wenn sie vermutlich einmal gebraucht werden, technologisch veraltet sein werden (siehe die Problematik um Glasfaser- statt Kupferkabel; um Satelliten statt Kabel überhaupt).

Gerade für die Bundesrepublik und Westeuropa wäre eine einseitige Priorität auf der Computerisierung und Telematisierung – verstärkt durch die Modeangst, von Amerikanern und Japanern »abgehängt« zu werden – ein falscher Weg. Im Sinne vorhandener Fundamente wie auch im Sinne einer vorteilhaften Eingliederung in die Weltwirtschaft dürfte folgende Priorität die richtigere sein: bessere und innovative Energie- und Ökotechnologien (längerfristig auch Biotechnologien) sollen Vorrang haben. Denn das Energie- und Umweltproblem ist und bleibt ein globales Problem. Intelligenten Energie-, Umweltschutz- und Biotechnologien bleibt deshalb weltweit eine wachsende Nachfrage gewiß, und zwar auf unabsehbar lange Zeit. Wer ökologisch saubere Produkte und Produktionsverfahren anzubieten hat, sichert sich und der Allgemeinheit eine Zukunft. Im In- und Ausland verbessert

ein qualitatives Wachstum auf der Grundlage von sauberen und intelligenten Technologien die Umweltqualität wie die Lebensqualität. Computerisierung und Telematisierung, sozusagen als Hilfsmittel, werden diese Priorität vorteilhaft unterstützen. Aus sozialökologischer Sicht hat die Computerisierung und Telematisierung der Gesellschaft ihren Sinn und ihre Berechtigung, insofern und soweit sie der Ökologisierung von Produktion und Konsum und der Humanisierung und Demokratisierung des Systems dient.

Hinzu kommt folgendes. In einem entfalteten Industriesystem besteht, bildhaft gesprochen, der technologisch-institutionelle Entwicklungsbaum nicht mehr aus wenigen Ästen die große Sprünge machen, sondern eher aus vielen Ästen, die relativ kleinere Entwicklungen treiben (wobei diese relativ kleineren heute absolut größer sein können als früher die großen). Das gilt technologisch: es sind nicht mehr einzelne Industrien die treiben (wie vor 50 Jahren zum Beipiel die Automobilindustrie), sondern ganze Industriekomplexe wie der Energiekomplex, Umweltkomplex, ABC-Komplex (agrarisch-biologisch-chemischer Komplex) oder der elektronische Komplex. Auch wenn man Prioritäten setzt, muß man doch alle diese Komplexe mehr oder minder entfalten. Das gilt auch wirtschaftlich: ein solcher Komplex allein genügt nicht, um ein nachhaltiges Wachstum zu schaffen.

Darüber hinaus stellen die westlichen Industrieländer im internationalen Gefüge eine Art »gehobene Mittelschicht« dar. Was in diesen Ländern heute und in Zukunft immer gefragter wird, ist nicht mehr der billige Ramsch, das massenhaft verschleuderte Einheitsprodukt, sondern relativ teure Qualitätsangebote, sozusagen die individuelle und fallspezifische Sonderfertigung. Mehr Lebensqualität und mehr Umweltqualität heißt auch: statt immer mehr Konsum von Dingen, die immer billiger werden, relativ weniger Konsum von relativ teuren, qualitativ hochwertigen Dingen und Diensten. Gute Qualität hat ihren Preis. Durch die höheren Preise für die besseren Qualitäten wird mit gleich vielen oder sogar weniger Angeboten mehr Kaufkraft absorbiert. Deshalb ist umweltverträgliches Wachstum ebenso möglich wie erwünscht. Was der Massenkonsum von Volkswagen und Pettycoats für die Vergangenheit war, wird die Nachfrage aufgrund von und nach mehr Lebensqualität für die künftige Wirtschaftsentwicklung sein.

Die Rolle von Staat und Bürgerschaft bei der Ökologisierung von Produktion und Konsum

Die bisherigen Ausführungen sollten nicht dahingehend mißverstanden werden, es sei schon alles in Ordnung und man brauche sich weiters keine Sorgen zu machen. Das Waldsterben ist nur das öffentlichkeitswirksamste von sehr vielen Beispielen dafür, wie groß die ökologischen Gefahren auf absehbare Zeit tatsächlich bleiben. Wir befinden uns hier in einem Wettlauf mit der Zeit. Es ist offen, ob wir ihn gewinnen oder verlieren. Sagen kann man nur so viel, daß neue intelligentere Technologien Wege eröffnen und Mittel an die Hand geben, die es *ermöglichen,* diesen Wettlauf zu gewinnen.

Erschwerend wirkt, daß die eigentlichen Zugpferde in diesem Wettlauf – die Unternehmen, die Konzerne der Großindustrie, die Banken und die Regierungen – sich allzu häufig noch wie lahme Esel bewegen. Sie tun dies nicht, weil sie nicht anders könnten, sondern weil sie aufgrund von Kapital- und Karrierebindungen in alten Industrien vorläufig noch nicht anders wollen. Es gibt noch zu viele Budgets in Markt und Staat, die an alte destruktive Investitionen und pseudo-prosperierende Branchen gebunden sind. Da diese Branchen und ihr Geldfluß groß und die davon Erwerbsabhängigen viele geworden sind, können diese langfristig »Todgeweihten« einer sozialökologischen Veränderung lange Zeit eigennützigen und im Einzelfall manchmal geradezu gemeingefährlichen Widerstand leisten.

Aber auch lernfaul veraltete Weltanschauungen und ideologische Bretter vor dem Kopf spielen eine Rolle. Die heutigen Entscheidungsträger, jene Eliten, deren Wort ein Machtwort ist, haben in den 40er und 50er Jahren studiert. Nicht, daß sie seither nichts mehr dazugelernt hätten. Aber zu dieser Zeit haben sie sich ihr grundlegendes Weltbild geschaffen. Man hatte damals alle möglichen Sorgen, und oft auch alltäglich handgreiflichere, als wir sie heute haben. Bloß über das Elend in der Dritten Welt, die ökologische Krise und den atomaren Weltuntergang machte sich noch niemand Gedanken. Für transnationale Realitäten (der vielbeschworenen Weltmarktkonkurrenz zum Trotz) und für den ökologischen Preis der Wohlstandsgesellschaft hat die ältere Führungsgeneration mehrheitlich nach wie vor nur wenig bis kein Verständnis. Es wird indes weitere 15 bis 30 Jahre dauern, ehe jene jüngeren Generationen, denen global-geopolitisches und

ökologisches Denken selbstverständlich ist, in die entscheidenden Positionen nachgerückt sein werden.
Das Bewußtsein der heute wieder rigider gewordenen Eliten ist inzwischen deutlich hinter die allgemeine Willensbildung zurückgefallen. In den letzten zehn Jahren haben sich geradezu erdrutschartige Verschiebungen im Meinungsgefüge der Bevölkerung ergeben, u. a. auch zugunsten einer ökologischen Investitionsbereitschaft. Die allgemeine Bürgermeinung verlangt heute nicht nach noch mehr Autostraßen wie noch vor zehn Jahren, sondern nach mehr Umwelt- und Gesundheitsschutz. War früher nur eine Minderheit bereit, auch Opfer für den Umweltschutz zu erbringen, so sind es heute 75% der Befragten[5]. Die Zahlungsbereitschaft der Allgemeinheit in Deutschland wie auch in den Vereinigten Staaten und Großbritannien ist mit Abstand am höchsten für neue Energietechniken, für Umweltschutz und bessere Wohnungen, und zwar in dieser Reihenfolge[6]. Die Konsumenten wären heute durchaus bereit, ein paar Pfennige mehr für die Kilowattstunde Strom zu bezahlen, käme dieser dafür aus sauberen Kraftwerken.
Sicherlich sind Meinungen leicht dahingesagt. Die Stunde der Wahrheit kommt erst beim Kassieren. Erfahrungen wie die, daß die autofahrende Bevölkerung auf Smogalarm nicht reagiert, müssen einen eher skeptisch stimmen. Aber zweifellos setzt sich hier normativ-moralisch ein neues Muster durch, dem sich Politik und Wirtschaft auf Dauer nicht entziehen können. Ökologische und soziale Gesinnung sind im Zuge des Übergangs zum ökosozialen Umbau bereits zu einer so mächtigen allgemeinen Norm geworden, wie es eine vaterländische Gesinnung im Übergang zur ursprünglichen industriellen Revolution gewesen ist. Werte, Normen, Moral, leitende Menschenbilder u. ä. für Erklärungen heranzuziehen, gilt unter dem Verdikt materialistischer Philosophien als »idealistisch« oder »psychologistisch«. Nur ist der »Materialismus«, der solches sagt, selbst nichts weiter als ein Reflex jener revolutionären Verdrehungen der ökonomischen Aufbauzeit, die im Zuge des ökosozialen Umbaus selbst wieder aufgehoben werden.
Ein typisches Merkmal und eine notwendige Voraussetzung illegitimer Herrschaft ist ein fehlendes Unrechtsbewußtsein. Sobald ein solches sich unter den Herrschaftsträgern selbst verbreitet, kann diese Herrschaft auf Dauer nicht gehalten werden. Gegen die Entstehung solch neuen Rechtsbewußtseins mobilisieren die Betroffenen Widerstand – ein Widerstand, der selbst Ausdruck und Beweis für die gesellschaftliche Priorität der Psycho-Logik ist. Auch und gerade der Begriff der politisch-ökonomischen Interessen ist letztlich eine psychologisch-physiologische Kategorie. Jede Wirtschafts- und Sozialwissenschaft muß letztlich imstande sein – oder dies ihrem Ansatz nach zulassen oder wenigstens offenlassen –, die Markt-Logik, Kapital-Logik und Staats-Raison auf menschliche Psycho- und Physio-Logik zurückzuführen. Nicht umgekehrt. Denn das System erwächst aus der Lebenswelt wie diese aus der Biosphäre. Eine Disziplin, die dieses sozialökologische Kriterium nicht erfüllt, ist keine moderne Wissenschaft, sondern eine Art Preis-, Markt- und Machttheologie. Ohne neuzeitliche Philosophien und ohne das utilitaristische Menschenbild des homo oeconomicus wäre kein Kapitalismus und kein ökonomischer Aufbau möglich gewesen. Genauso wird es ohne moderne Öko-Philosophien und das Leitbild des homo oecologicus keine dauerhafte ökosoziale Entwicklung geben können.
Gewiß, Bewußtseinswandel ist nur der Anfang und danach nur die bleibende Grundlage, auf der das eigentliche ökosoziale Gehäuse erst noch zu bauen bleibt. Es gibt sicherlich schon viele, die im Bewußtsein weiter sind, als sie Taten folgen lassen können. Gerade größere Unternehmen sind durch ihre Investitionen und Planungen relativ langfristig festgelegt. Auch ist es nicht so, daß sämtliche Projekte der ökologischen Modernisierung nur darauf warteten, aus der Schublade gezogen zu werden. Tatsächlich muß noch sehr viel in Forschung und Entwicklung investiert werden, ehe die Umstellungen gesamtwirtschaftlich bahnbrechende Ausmaße annehmen können. In Horizonten von ein, zwei und mehr Jahrzehnten muß man hierbei schon denken.
Um so mehr wiegt, daß die ökologische Modernisierung der Industrie in der unrühmlichen Regel, von der es nur wenige rühmliche Ausnahmen gibt, nicht aus ganz freien Stücken erfolgt. Sie muß gegen Widerstände und Trägheit durchgesetzt werden. Man führe sich beispielsweise einmal vor Augen, daß die Aufwendungen für nachträgliche Umweltsanierungen, Gesundheitsschäden und urbanisierungsbedingte Mehrkosten heute bereits bei einem Fünftel bis einem Viertel des Bruttosozialproduktes liegen[7]. Aus einer Zusammenstellung des Umweltbundesamtes geht nun hervor, daß in den USA und der Bundesrepublik der Anteil dieser defensiven Umweltaufwendungen gegenüber innovativen Investitionen seit nunmehr zehn Jahren unverändert bei 75–80% liegen geblieben ist. Nur in Japan hat er sich geringfügig verbessert[8]. Kann man sich dies noch anders erklären als aus einem eklatanten

Mangel an Bewußtsein oder einem ebenso eklatanten Mangel an Ingeniosität? In beiden Fällen handelt es sich um schlechte Nachrichten. Die Wirtschaft wird den ökosozialen Umbau aus eigenen Stücken so wenig bewerkstelligen, wie sie aus eigenen Stücken zum Aufbau des alten Sozialstaats unfähig gewesen ist. Es bedarf deshalb einer ständigen politischen Nachhilfe von seiten des Staates und, günstigenfalls, auch der Verbände. Diese selbst können um so wirkungsvoller handeln, je mehr eine aktive und starke Basis von Bürgerinitiativen den Prozeß in Gang hält.

Unter der heutigen Unternehmerschaft begegnet einem der Schumpetersche Pionier – die Figur des ideen- und risikofreudigen, tatkräftigen, brillanten und mitreißenden Unternehmers – leider nur selten. In der Großindustrie zumal ist das Kapital mit Bürokratismus und Machtverhalten verbunden. Unsere »liberalen« Wirtschaftswunderkapitäne sind stockkonservativ geworden. Ihr Verhalten ist häufig lernfaul und unwillig. Im Lamentieren sind sie mittlerweile ebenso geübt, wie sie überzeugende Leistungen vermissen lassen, was sie mit Vorliebe anderen nachrufen, um über ihre eigenen Unterlassungssünden und Fehlleistungen hinwegzuspielen. Ein Gegengewicht zu den großindustriellen Bürokratien vermögen – paradox genug – nur öffentliche Bürokratien, vor allem aber öffentliche Bürgerbewegungen zu bilden. Die wichtigste Rolle der Bürgerinitiativen besteht darin, den bürokratischen Eliten in Staat und Unternehmen Feuer unter dem Sitz zu machen.

Gerade die Ökologiebewegung quer durch alle Lager verbindet sich heute mit den neuen, intelligenteren Industrieabteilungen zu einer Regenbogenkoalition zugunsten des Projektes einer ökologischen Modernisierung. Diese Koalition besteht nicht ideologisch und im Bewußtsein, aber faktisch. Auch wenn die grüne Bewegung ursprünglich überwiegend aus industrie- und technikfeindlichen Motiven angetreten ist, so wirkt der politische Druck, den sie erzeugt, nicht in Richtung Abbau oder Ausstieg aus der Industriegesellschaft, sondern in Richtung ihres ökosozialen Umbaus. Die grüne Bewegung quer durch alle Lager ist, frei nach Mephisto im »Faust«, dem Industriesystem eine Kraft, die ihm nicht unbedingt was Gutes will, aber doch was Gutes schafft.

Ökologische Ordnungspolitik

Eine breite und machtvolle Bürgerbasis im Rücken – oder im Nacken, ganz wie man das erlebt –, kann die öffentliche Politik ein beträchtliches Arsenal an Maßnahmen einsetzen, um mehrheitlich erwünschte Entwicklungen zu fördern und mehrheitlich unerwünschte zu behindern. Diese Maßnahmen müssen angewendet werden, denn ohne eine »harte« Umwelt-Ordnungspolitik werden auf dem »sanften« Weg nur wenige mit der gebotenen Konsequenz vorankommen. Unter anderem kommt hierbei folgendes in Betracht:

- neue Prioritäten in der Forschungs- und Entwicklungspolitik zugunsten von ökologisch integrierten Präventivtechnologien.
- Einrichtung eines öffentlichen »Sondervermögens Arbeit und Umwelt«, um beispielhaft Projekte in diese Richtung zu fördern[9].
- Abbau der Subventionierung von unrentablen und unökologischen Altindustrien; sie durch die »Peitsche« einer prohibitiven Auflagen- und Preispolitik auf ökologischen Modernisierungstrab bringen.
- Statt dessen förderndes »Zuckerbrot« für neue Zukunftsindustrien durch entsprechende Steuerregelungen, öffentliche Kreditgarantien o. ä.
- Strengere Umweltauflagen. Diese sollten weniger strafrechtlich angelegt sein als mehr preispolitisch, nämlich in Form von höheren Abgaben (z. B. progressive Abwasser-, Schadstoff-, Lärmabgaben, noch höhere Mineralölsteuer, Verpackungssteuer, Waldpfennig, Umweltabgabe und anderes)[10].

Letzteres weist bereits auf jenen Weg, der langfristig am erfolgversprechendsten sein dürfte. Dieser Weg besteht, ergänzend zur »Verrechtlichung«, in der »Verpreisung« der Umweltpolitik. Zwar behaupten Manager und Unternehmer immer, daß sie ohnedies nichts anderes täten, als an möglichst viel, also etwa auch an Rohstoffen und Energie, zu sparen. Aber wirklich erfinderisch werden sie erst in der Not eines echten Preisdrucks. Die beste Umwelt-Ordnungspolitik besteht darin, Umweltfaktoren ordentlich teuer zu machen. Für Rohstoff- und Energieverbrauch sowie für Umweltbelastung müssen saftige Preise winken. Das motiviert Unternehmer und Ingenieure am meisten zu fortschrittsfreudigen Innovationen.

Hohe Preise motivieren im übrigen genauso die konsumkapitalistischen privaten Haushalte zu einem vernünftigeren Konsumver-

halten. Auch der kleine Mann ist ein großer Umweltverschmutzer und nachweislich ein noch größerer Material- und Energieverschwender. Die privaten Haushalte bedürfen genauso einer ökologischen Modernisierung wie Staat und Unternehmen[11]. Höhere konsumbezogene Steuern, höhere Wasserpreise, doppelt so hohe Müllabfuhrgebühren usw. hätten auch für den privaten Haushalt zweifellos segensreiche Folgen.
Falls man nicht möchte, daß die hohen Umweltpreise der öffentlichen Hand zufließen, sondern in Privathand bleiben, wäre auch an einen freien Handel mit staatlich emitierten und begrenzten Umweltrechten zu denken[12]. Wie man Grundstücke per m^2 zur Bebauung oder Bewirtschaftung erwirbt, so würde der Staat zu einem bestimmten Ausgangspreis begrenzte Abwasser- oder Luftverschmutzungsrechte bewilligen. Einmal ausgehändigt, könnten diese bei im weiteren freier Preisbildung frei ihre Besitzer wechseln. So wäre zum einen garantiert, daß das politisch definierte Maß an zulässiger Umweltbelastung nicht überschritten wird, zum anderen aber, daß die Umweltpreise marktwirtschaftliche Knappheitspreise und nicht politische Opportunitätspreise sind.
Die meisten Rohstoffe, Energien und Umweltmedien waren bisher in der Regel nie »knapp«. Deshalb gab es, wenn überhaupt, nur sehr ungenau definierte Nutzungsrechte an ihnen. Dies hat sich nun grundlegend geändert. Die ökologische Krise ist teilweise gerade dadurch bedingt, daß klare Eigentumsrechte und realistische Verbraucherpreise insbesondere an den Umweltmedien fehlen. Es ist also erforderlich, Umweltrechte klarer zu definieren und zuzuteilen bzw. zu erwerben. Dies ist einer der wenigen, wirklich wichtigen Beiträge des Neoliberalismus zu einer ökologischen Wirtschaft. Es führt bei der Ökologisierung der Wirtschaft nicht weiter, auf einem romantisch-konservativen Standpunkt zu beharren. Insoweit die »Sozio-Wirtschaft« in die »Bio-Wirtschaft« hineinwirkt, insoweit muß der Ökologisierung der Ökonomie auch eine Ökonomisierung der Ökologie entsprechen. Die sinnvolle Alternative besteht nicht darin, die längst von uns berührte Natur wieder unberührt zu lassen, sondern sich ihrem Haushalt selbst haushälterisch einzufügen.
Wie immer die umweltpolitischen Rechts- und Preisregelungen letztlich ausfallen werden: gegen starke Konzerne und Wirtschaftsverbände hilft nur ein starker Staat, der mit starken Umweltpreisen winkt. Dabei werden die Unternehmer – unter Hinweis auf die Umweltgaunereien in anderen Staaten, die dadurch ihren Unternehmen kurzsichtige Kosten- und Wettbewerbsvorteile zu verschaffen suchen – immer wieder versuchen, abzuwinken.

Sozialverträglichkeit durch Humanisierung, Demokratisierung und Flexibilisierung der Arbeit

Was die ökologische Modernisierung für die Umweltverträglichkeit bedeutet, das bedeuten die Humanisierung, Demokratisierung und Flexibilisierung der Arbeit für die Sozialverträglichkeit. Nun haben gerade auf diesem Gebiet Reformen nur Konjunktur, wenn die Wirtschaft Konjunktur hat. Solange Arbeitslosigkeit ein brennendes Problem darstellt, wird hier nicht allzuviel vorangehen, außer vielleicht, daß die »Humanisierung durch Rationalisierung« voranschreitet.
Obwohl nicht alle sie begrüßen, stellt die »Humanisierung durch Rationalisierung« eine im Prinzip begrüßenswerte Entwicklung dar. Man kann nicht kritisieren, daß Arbeiterinnen und Arbeiter zu Anhängseln der Maschinerie herabgewürdigt werden, und zugleich kritisieren, daß diese Herabwürdigung z. B. durch Automation aufgehoben wird. Körperliche Schwerstarbeiten, hochgradig einseitige, repetitive, monotone Arbeiten, besonders am Fließband, sind und bleiben entmenschlichtes Stückwerk. Entmenschlicht, weil die beteiligten Menschen nichts anderes tun, als die Lücken eines noch unvollkommenen maschinellen Prozesses auszubüßen. Dies betrifft heute noch, je nach Sparte, zwischen 10–25% der Erwerbstätigen. Sinnvollerweise wurde dem in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr das Konzept der Humanisierung des Arbeitslebens entgegengesetzt. Daran ist festzuhalten, und auch daran – trotz Arbeitslosigkeit –, daß die beste Humanisierung derartiger Arbeiten darin besteht, sie abzuschaffen. Die Lücken der technologischen Prozesse gehören geschlossen, damit niemand mehr als Maschinenstück, als Lückenbüßer eines unfertigen Technosystems herzuhalten braucht. An diese Front gehören Roboter und Computer, keine Menschen.
Wo Menschen bleiben, wird das Humanisierungskonzept auf eine neue Stufe zu heben sein. Bisher ging es vor allem darum, am Arbeitsplatz für Licht, Heizung und weniger Lärm zu sorgen, krankmachende Arbeitsplätze gesünder oder gefährliche Arbeitsplätze sicherer zu machen. Darüber hinaus wird es nun immer mehr darum gehen, die Arbeitsanforderungen ganzheitlicher und ausge-

wogener zu gestalten, wie dies schon in den Konzepten des job-enrichment oder job-enlargement angelegt gewesen ist. Diese Konzepte sind jedoch in den 70er Jahren stecken geblieben. Dies dürfte u. a. daran liegen, daß sich unsere »Ökologie der Arbeit« noch immer am Vorbild der vorindustriellen Handwerkstätigkeiten orientiert. Über Modelle einer *industriellen* Ökologie der Arbeit, aus denen hervorginge, was eine ausgewogene und ganzheitliche Tätigkeit in der industriellen Erwerbswelt charakterisiert, verfügen wir tatsächlich noch nicht.[13] Es ist deshalb erforderlich, Modelle einer ganzheitlichen Arbeitsplatzbeschreibung und die Ansätze zu *Sozialbilanzen* qualitativ fortzuentwickeln[14].

Otto Ullrich

Modernisierung oder Entindustrialisierung?
Überlegungen zur Technologiepolitik

Den Schlüssel zur Bewältigung der gegenwärtigen Probleme sehen viele in einer richtigen Gestaltung und Entwicklung von Technologien. Auch grün-alternative Politik kann sich diesem Sog kaum entziehen. Dem mächtigen Ansturm neuer Techniken möchte man zumindest in Teilbereichen mit einer konstruktiven Haltung begegnen können. Die Furcht ist verständlich, daß bloßes technologiekritisches Heulen die Karawane des technischen Fortschritts ungerührt vorbeiziehen läßt. Gefragt sind Techniken, die kurzfristig problementlastend wirken, die aber gleichzeitig verträglich sind mit längerfristig angestrebten gesellschaftspolitischen Zielen. Welche Techniken das sind, das hängt jedoch ab von der Problemwahrnehmung und Krisenbeschreibung, von den langfristig gesetzten Zielen und von den jeweiligen Annahmen und Theorien über Entstehung und Veränderungsmöglichkeit der als problematisch angesehenen Situation.
Die divergierenden Vorschläge zur "Krisenbewältigung" beruhen somit auf recht unterschiedlichen Voraussetzungen über Krisenbeschreibungen, Zielsetzungen und Zusammenhangstheorien. In der politischen Auseinandersetzung werden diese Voraussetzungen selten offengelegt.

Machtorientierte und lebensweltorientierte Krisenbeschreibungen

In der Krisenbeschreibung können zwei Pole gegenübergestellt werden: der machtorientierte, systembezogene und der lebensweltorientierte, personenbezogene. Von Machtzentren aus gesehen, werden Krisen wahrgenommen als Veränderungen des Machtgefüges. Die Indikatoren hierfür sind entsprechend hoch aggregierte quantitative Kategorien, die Auskunft geben über "Truppenstärke" und "Kampfkraft" der konkurrierenden Lager und über die räumlichen und zeitlichen Kontrollmöglichkeiten. Die Sprache der machtorientierten Krisenbeschreibung ist abstrakt und durchsetzt mit Kampfmetaphern.
In den Industriegesellschaften gehört die kulturell entbundene und verselbständigte ökonomische Sphäre zu den machtorientierten, auf Kampf, Eroberung und Ausbeutung ausgerichteten Institutionen. Markteroberung, Ausschaltung der Konkurrenz, Expansion und machtförmige abstrakte Maßzahlen, die Auskunft geben über den Erfolg der Ausbeutung und den Zuwachs an "Gewinnen" sind dominante Orientierungen wirtschaftlichen Denkens und Handelns. (1) Die Regierungen der Industrieländer haben sich weitgehend mit ihren kampfstärksten Industrien identifiziert, da sie einerseits "nationale Größe" hauptsächlich interpretieren als wirtschaftlich-technologische Macht und da sie andererseits zur Sicherung der staatlichen Macht nach außen und innen, für die Reparatur der durch die industrielle Produktion angerichteten Schäden und für die Schaffung von Massenloyalität die wachsenden Steuereinnahmen einer wachsenden Wirtschaft benötigen. Soziales Aufbegehren wegen mangelnder Mitbestimmung oder wegen Verteilungskonflikten konnte bislang befriedet werden durch Vergabe von Anteilen am Zuwachs der Beute, die auf Kosten anderer, der Natur, der Dritten Welt und zukünftiger Generationen gemacht wurde.
Krisenindikatoren der machtorientierten Ökonomie sind abstrakte und hoch aggregierte Größen wie sinkendes Wirtschaftswachstum, nachlassende Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten, fehlende technische Innovationen zur Eroberung neuer Märkte oder nicht ausreichende Investitionen in "Zukunftstechnologien". Arbeitslosigkeit und Umweltbelastungen sind im machtorientierten Kontext nur mögliche indirekte Krisenindikatoren, soweit hier ein Überschreiten von Zumutbarkeitsgrenzen zum politischen Problem wird.
Diese Zusammenhänge sind oft beschrieben worden. Mich interessiert hier der beunruhigende Sachverhalt, daß ein Denken und Handeln, daß sich selbst als links und sozialistisch versteht, das historisch angetreten war gegen Ausbeutung und für Emanzipation, sich weitgehend mit den Rahmenbedingungen einer imperialistischen Industriepolitik identifiziert, eine auf Kampf und Eroberung ausgerichtete machtorientierte Ökonomie für unabdingbar hält. Am deutlichsten läßt sich das am Stichwort "Modernisierung" illustrieren.
Der gegenwärtig am lautesten vernehmbare Schlachtruf zur "Krisenbewältigung" ist der Ruf nach Modernisierung. In Frank-

reich ist Modernisierung geradezu ein Zauberwort, das die sozialistische Regierung, linke Theoretiker und wissenschaftlich-technische Intelligenz gleichermaßen in den Bann schlägt. Auch die italienische Linke setzt mehrheitlich auf eine Politik der Modernisierung. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Begeisterung für die Modernisierung zwar gebrochener, aber für die meisten Sozialdemokraten ist die "Modernisierung der Volkswirtschaft" ganz zweifelsfrei das anzustrebende Erfolgskonzept, für die neuerdings technologiefixierten Christdemokraten und Wirtschaftsliberalen sowieso.
Das Konzept der Modernisierung der Volkswirtschaft gehört eindeutig zur machtorientierten Ausrichtung der Ökonomie. Das wesentlichste Ziel ist, die heimische Wirtschaft kampffähiger zu machen im internationalen Wettstreit um Marktanteile. Johannes Rau, SPD-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, spricht das Axiom der auch von ihm verfolgten Modernisierungspolitik deutlich aus: "Die westlichen Industrienationen, allen voran die Vereinigten Staaten und Japan, befinden sich in einem Technologiewettlauf, der teilweise Züge eines 'ökonomischen Wettrüstens' trägt. Diesem Wettlauf um neue Exportmärkte und Beschäftigungsmöglichkeiten kann sich kein Land entziehen." (3)
Ökonomisches Wettrüsten und technologisches Hochrüsten - nach innen selbstverständlich sozial abgefedert -, sind die Ecksteine des wirtschaftsimperialistischen Szenarios, das der Parteisekretär Glotz ganz ungeniert der westdeutschen Linken als einziges mehrheitsfähiges Modell anpreist. Die "Hegemonie" und Regierungsübernahme der Linken sei nicht anders zu erreichen. Geht man davon aus, daß "Regieren" immer bedeuten muß, die bisherige Linie des ökonomischen und technologischen Imperialismus fortzusetzen, dann sind die Folgerungen von Glotz konsequent, und dann ist auch Mitterand konsequent, "sozialistische Politik" so zu realisieren, wie er es gegenwärtig tut.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört darum, eine Politik zu formulieren und in die Tat umzusetzen, die die Kampfkonfigurationen des Denkens und Handelns durchbricht, die aus der scheinbaren Zwangsläufigkeit des Wettrennens im gegenseitigen ökonomischen, technischen und militärischen Hochrüsten herausführt zu solidarischeren Verhaltensweisen.

Ökologische Modernisierung

Ein Teil der SPD hat den von Martin Jänicke geprägten Begriff der "ökologischen Modernisierung" aufgegriffen, und auch Gewerkschaftsfunktionäre verwenden ihn neuerdings häufiger. Durch den Zusatz "ökologisch" soll der abstrakte, machtorientierte, auf Eroberung und Ausbeutung angelegte Begriff der Modernisierung eine qualitative, lebensweltbezogene Orientierung bekommen. Wenigstens die Natur soll nicht mehr so stark ausgebeutet werden wie bisher, weil der Raubbau an ihr mittlerweile dramatisch auf den industriellen Menschen selbst zurückwirkt.
In diesem Zusammenhang muß man sich daran erinnern, daß zum Wesen der Moderne, der neuzeitlich europäischen Zivilisation, der Versuch gehört, das Beutemotiv zu institutionalisieren. Das Ziel, mit einem schnellen Zugriff und geringem Einsatz an eigener Zeit und Mühe eine möglichst hohe "Ausbeute" zu erlangen, wurde in keiner anderen Kultur so umfassend organisatorisch-technisch ausformuliert. Beutekriege, staatlich geduldete Seeräuberei, Silberbergwerke und Fernhandel waren Vorläufer der Institutionalisierung des Beutemotivs. Im Imperialismus und der industriellen Produktionsweise wurde das Beutemotiv schließlich so perfekt organisiert und verwissenschaftlicht, daß der räuberische Charakter des Unternehmens Industriesystem für die Beteiligten verdeckt wurde. Diese glaubten sich nur noch um die gerechte Verteilung einer ständig wachsenden Beute streiten zu müssen.
Die ökologische Modernisierung kann als ein Schritt betrachtet werden, auf einen Teil der Beute zu verzichten, ohne die Räuberei selbst aufzugeben. Damit will ich nicht sagen, daß dieser Schritt nicht wichtig sei. Aber man wird sehr genau prüfen müssen, ob unter Beibehaltung des Systems des schnellen Zugriffs und Beutemachens es möglich sein wird, wenigstens die ökologischen Verwüstungen des Industriesystems zu bannen. Kann man eine Produktions- und Konsumtionsweise, die mit suchtartiger Dynamik angelegt ist auf Naturausbeutung und Naturunterwerfung mit technischen Mitteln ökologisch versöhnen, ohne gleichzeitig die zerstörende Dynamik zu brechen?
Die Möglichkeiten und Probleme einer ökologischen Modernisierung sind von Martin Jänicke ausführlich beschrieben worden. (12) Auffallend ist, daß bis jetzt der von den Industrieländern betriebene Umweltschutz im wesentlichen eine Reparatur- und Symptombekämpfung nach folgendem Muster ist: Nachdem starke

Schädigungen in der Natur festgestellt worden sind, die das politische System aufgrund der Bürgerproteste nicht mehr ignorieren kann, wird nach verursachenden Schadstoffen geforscht. Sind einige gefunden, werden vom Gesetzgeber Emissions-Grenzwerte erlassen, die sich bis jetzt mehr an gegenwärtig technisch Machbarem und ökonomisch Vertretbarem orientieren als an ökologisch Zuträglichem. Sodann werden "End-of-the-pipe Technologien" zur Reduktion des ins Blickfeld geratenen Schadstoffs entwickelt, die mit großzügig gewährten Übergangsfristen auf die vorhandenen umweltschädigenden Techniken aufgesetzt werden. Die bekanntesten Beispiele sind Kläranlagen, Rauchgasreinigungsanlagen und Abgaskatalysatoren.
Diese Art von Umweltschutz mit additiven Technologien trifft auf eine vergleichsweise günstige Akzeptanz, da er einigermaßen gut in das Industriesystem integrierbar ist. Er verletzt nicht unmittelbar den Wachstumsimperativ der Gesellschaft. Industrien können an den aufgesetzten Technologien verdienen, Wissenschaftler haben etwas zu forschen, staatliche Bürokratien etwas zu verwalten und zu kontrollieren, und alles zusammen schafft neue Arbeitsplätze, was die Gewerkschaften zufriedenstellt. Auf diesem Hintergrund konnte die trügerische Formel Nahrung finden, daß Ökologie und Ökonomie sich nicht ausschließen würden. Politiker können mit dem Programm der ökologischen Modernisierung für die beiden wichtigsten Themen, Arbeitsplätze und Umwelt, ihre Problemlösungskompetenz herausstellen, und da sie für eine Umverteilung der entstehenden Kosten sorgen, schlucken auch die punktuell betroffenen Konsumenten diesen Umweltschutz, zumal er das Gewissen beruhigt.

Wollte man wirklich eine Produktions- und Lebensweise anstreben, die nicht die natürliche Lebensgrundlage zerstört, müßten sehr viel radikalere Umorientierungen erfolgen. Zwei wichtige Stichworte wären: Reduktion des Niveaus des durch das Sozialsystem geschleusten Materialflusses und Veränderung der "Rohstoffbasis".
Auf dem jetzigen Niveau der Material- und Energieflüsse in den Industriegesellschaften läßt sich kein langfristig naturverträgliches Produktionssystem organisieren. Die abstrakten Indikatoren, die bislang Wohlstand signalisieren sollten, in Wirklichkeit aber Indikatoren der Zerstörung geworden sind, wie Wirtschaftswachstum, Energieeinsatz, motorisiertes Verkehrsaufkommen, Wachsen der Konsumgüternachfrage und auch wissenschaftlich-technische Innovationen, die in ihren Auswirkungen nicht überprüft worden sind, diese Indikatoren könnten nun eine Orientierung geben, ob man sich auf dem Wege der erforderlichen industriell-ökonomischen Abrüstung befindet. Ein Schrumpfprozeß in diesen Dimensionen wäre unter ökologischen Gesichtspunkten als Fortschritt zu betrachten.
In diesem Zusammenhang müßte eine gerade von traditionellen Linken häufig geäußerte Ausgangsbedingung in ihren Konsequenzen sorgsamer überprüft werden. Eine eingängige Forderung lautet: Das in den Industriegesellschaften historisch erreichte Niveau der Bedürfnisbefriedigung durch Waren- und Dienstleistungskonsum müsse erhalten bleiben.

Oft wird phantasielos unterstellt, die einzige Alternative zu diesem "erkämpften Lebensstandard" sei die Askese oder die Flucht zurück auf die Bäume. Ein Gegenbild zur quantitativen Knappheitsökonomie des leibfeindlichen Industriesystems wäre jedoch eine qualitative "Ökonomie der Fülle" (Lewis Mumford), eine Erfüllung der Sinneslust, die dem Industriemenschen durch die industriekulturelle Arbeitsethik weitgehend ausgetrieben wurde genauso wie etwa das gesellige Feiern von Festen.
Auf der Basis des eingeübten und selbstverständlich gewordenen warenintensiven Konsumismus, des Körper und Verantwortung ausschaltenden Knopfdruckkomforts, des schnellen Zugriffs auf hohe Material- und Energieflüsse, ist weder eine ökologische noch eine humane Gesellschaft aufzubauen. In der Beibehaltung dieser "Ausgangsbedingung" sehe ich ein weiteres Element der imperialistisch-ausbeutenden Logik im traditionell linken Denken, das zwar beispielsweise von Herbert Marcuse kritisiert wurde, aber erst jetzt durch den grünen Diskurs eine breitere Problematisierung erfährt.
Das Stichwort "Veränderung der Rohstoffbasis" hat im Konzept der ökologischen Modernisierung zwei sehr verschiedene Akzente. Der Warenfluß der kapitalistischen Wirtschaft hat einen materiell-stofflichen und einen immateriellen Teil. Man kann Geschäfte machen mit dem Verkauf von materiellen Gütern und mit dem Verkauf von Diensten an Personen. Dienstleistungen sind in der direkten Wirkung ökologisch vergleichsweise unproblematisch, da die Involvierung von materiellen Stoffen in der Regel nicht sehr groß ist. Da der Warencharakter der Gesellschaft mit Lohnarbeit und warenorientierter Bedürfnisbefriedigung vom Konzept

der ökologischen Modernisierung nicht in Frage gestellt wird, werden zur Ökologisierung des Warenflusses zwei ergänzende Vorschläge gemacht: einerseits die materielle Rohstoffbasis auf ökologisch verträgliche Stoffe umzustellen, andererseits aber den materiellen Teil der Produktion zurückzudrängen durch einen "Strukturwandel" in Richtung einer Dienstleistungsgesellschaft.

Der erste Vorschlag beinhaltet den ökologischen Umbau der materiellen Produktion. Für eine langfristig ökologisch verträgliche Produktion dürften nur Stoffe verwendet werden, von denen man sicher weiß, daß sie in allen Umwandlungsstufen und Verkopplungen mit anderen Stoffen vom Ökosystem als verträgliches Baumaterial wieder aufgenommen werden. Sicher weiß man dies nur von natürlichen Stoffen, die am Evolutionsprozeß der Erde teilgenommen haben. (17) Der ökologische Umbau der Produktion bedeutete einen weitgehenden Abbau der auf der Basis der chlorierten Kohlenwasserstoffe synthetisierenden Chemieindustrie (18) und den Aufbau einer Naturstoffchemie auf einem erheblich niedrigeren Materialflußniveau. Beides wird in einem Modernisierungskontext kaum zu verwirklichen sein und eine Entindustrialisierung notwendig machen.
Voreilig werden in der Euphorie um die sogenannten neuen Technologien biotechnische und gentechnische Verfahren als ökologisch verträgliche Rohstoffumstellungen angepriesen. Dem ist mit großer Skepsis zu begegnen. Vor allem im gentechnischen Bereich deuten sich Gefährdungen an, die die Bedrohungen durch die Kohlenwasserstoffchemie weit in den Schatten stellen.
Der zweite Vorschlag, die Umstellung des Warenflusses in Richtung des "Rohstoffs Information" hat von der abstrakten, machtorientierten Ebene aus gesehen verlockende Plausibilität. Euphemistisch wird die ökologisch verträgliche "Informationsgesellschaft" angekündigt, die "telematische Gesellschaft", die "mikroelektronische Zivilisation der Zukunft" (Glotz). Man stellt sich vor, den unersättlichen Konsumismus des industriellen Menschen auf den Kauf von elektronischen Geräten und den Konsum von Bewegtbildern und Daten umlenken und ausweiten zu können.

Nur die Konsumenten wollen noch nicht so recht. Sie zeigen in der Mehrzahl nur geringes Interesse an der neuen Medienwelt. Aber in einem System, das die Verbreitungsdynamik auf der Angebotsseite institutionalisiert hat, ist das kein Hinderungsgrund. Über ein staatliches Nachfragemanagement und einen administrativen Zwangskonsum (19) im Rahmen der modernisierenden Strukturpolitik läßt sich die elektronische Informatisierung auch unabhängig von der Endverbrauchernachfrage vorantreiben.
Der abstrakt-oberflächliche und technikfixierte Blick glaubt in diesen Möglichkeiten eine neue "lange Welle" des "sauberen" Wachstums begrüßen zu können, eine Chance für ein ökologisch orientiertes Industriesystem. Von der personalen, lebensweltorientierten Seite aus betrachtet ergibt sich hier jedoch eine Fülle von Problemen, die hier nur angedeutet werden können und insgesamt noch gründlicher erforscht werden müßten:

- Die mengenmäßige Verschiebung vom materiell industriellen Produktionssektor auf den immateriell industriellen Dienstleistungssektor mag zwar ökologisch einige Vorteile bieten, vom lebensweltorientierten Standpunkt aus gesehen wäre diese Entwicklung aber alles andere als begrüßenswert. (20) Die Ausdehnung des Dienstleistungssektors durch die Monetarisierung informeller Bezüge und durch staatliches Versorgungshandeln führte zu weiterer Ersetzung menschlicher Bande durch ökonomische Tauschakte und zur weiteren Entmündigung der Subjekte durch Experten und Bürokratien. (21)
- Die elktronische Informatisierung der Gesellschaft hat, nach allem, was bis jetzt erkennbar ist, erhebliche negative Auswirkungen auf die lebensweltliche Situation der Menschen.
- Die Umstellung auf den 'Rohstoff Information" könnte nur bis zu einem gewissen Grade erfolgen, da Informationen nicht nähren, wärmen, kleiden oder behausen können. Der materiell-stoffliche Umgang mit der Natur wird immer der weit wichtigere bleiben. Untersucht werden müßten darum die indirekten ökologischen Auswirkungen der elektronischen Informatisierung. Das ausbeutende Naturverhältnis des industriellen Menschen bliebe ja bestehen. Es würde höchstens in der mikroelektronischen Feinabstimmung etwas effizienter werden. Das suchtartige Konsumverhalten wird durch die elektronische Informatisierung gezielt unterstützt und vielleicht sogar verstärkt.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Veränderung der "Rohstoffbasis" nur dann eine weniger naturzerstörende Wirkung hätte, wenn sie folgendes einschließen würde: einen ökologischen Umbau der chemischen Industrie und des Energiesektors, eine industriell-ökonomische Abrüstung des hohen Energie- und Materialdurchsatzes durch die Gesellschaft und ein Durchbrechen der erdumwälzenden und erdzerstörenden Dynamik der industriellen Produktion und Konsumtion. Das Konzept der ökologischen Modernisierung hat die zerstörende Dynamik der Modernisierung nicht begriffen und verfehlt so selbst das ökologische Thema.

Lebensweltorientierte Technikentwicklung durch Entindustrialisierung

Vielleicht könnte man für folgende Ziele, die miteinander verbunden sind, zwischen Linken, Grünen und Wertkonservativen einen Konsens finden:

- Das logisch oberste Ziel wäre, die Überlebensbedingungen zu sichern. Die Verwüstungen der Erde und die globale Bedrohung durch die industrielle Produktion und einen möglichen atomaren Krieg müßten nachhaltig gebannt werden.
- Der Friede mit den Menschen müßte weit rückhaltloser gesucht werden als bisher. Dazu müßten Kampfkonfigurationen jeder Art aufgegeben werden, auch die machtorientierte imperiale Industriepolitik, der wissenschaftlich-technologische Kolonialismus, das ökonomisch-technische Wettrüsten. Solidarität und Anfreundung mit anderen, nicht Kampf und Sucht nach Überlegenheit müßte das Grundmuster des politischen Handelns werden.
- Die Menschen und Natur zerstörende Dynamik des Produktivismus und Konsumismus müßte abgelöst werden durch eine menschen- und naturgerechte Produktions- und Lebensweise. Oder mit den Worten von Oskar Lafontaine: "Gegenwärtig gilt es, das an Leben und Menschlichkeit zurückzugewinnen, was der zwanghafte Produktionswahn zerstört hat. Unser Ziel kann es heute nicht mehr sein, ... die Waren- und Güterproduktion zu steigern. Unser Ziel muß es sein, dem Leben und der Menschlichkeit wieder Raum zu schaffen." (22)
- Die Produktions- und Lebensweise sollte selbstbestimmbar und nicht abhängig sein von übergeordneten Systeminteressen und Experten. Das Leben und Arbeiten sollte in allen Phasen eine Selbstverwirklichung ermöglichen.
- Ausgangspunkt für politisches Handeln sollten Krisenindikatoren auf der personalen, lebensweltlichen Ebene sein und nicht die machtorientierten, abstrakten auf der Systemebene. Und eine Verbesserung der lebensweltlichen Situation sollte direkt angestrebt werden und nicht indirekt über die primär machtorientierten Zielgrößen, da die Hoffnung auf ihre indirekten Wirkungen, auf die lebensweltlich günstigen "Abfallprodukte", trügerisch ist und die Anstrengungen fehlleitet.
- Schließlich müßte als gleichberechtigtes Ziel ein Frieden mit der Natur angestrebt werden. Wir sollten erkennen, daß wir ein Teil der Natur sind und kein Recht haben, die natürliche Mitwelt

rücksichtslos für unsere Zwecke auszubeuten und zu zerstören. "Menschen, Tiere, Pflanzen und die Elemente sind naturgeschichtlich verwandt und bilden eine Rechtsgemeinschaft der Natur."(23) Anzustreben wäre, wie Meyer-Abich vorschlägt, die Ausweitung des bürgerlichen Rechtsstaats zur Rechtsgemeinschaft der Natur.

Die entscheidende These ist, daß diese Ziele sehr wahrscheinlich nicht erreichbar sind ohne eine radikalere Abkehr von der Grundrationalität der Industriekultur, ohne einen kulturellen Paradigmenwechsel. Eine umfassende Zusammenhangsanalyse kann meiner Einschätzung nach vor Augen führen, daß die Entfaltungsdynamik der Rationalität der Moderne, die vor etwa dreihundert Jahren begann, uns in eine Sackgassensituation gebracht hat. Ein Weitermachen in der grundsätzlich gleichen Richtung mit nur leichten Korrekturen ist ein "Kurs auf den Eisberg".(24) Weder ein mikroelektronischer superindustrieller Durchbruch nach vorne noch eine ökologische Modernisierung oder andere Reparaturunternehmungen bieten eine Chance, uns vor weiteren ökologischen und gesellschaftlichen Katastrophen zu bewahren. Eine Chance zur Sicherung der Überlebensbedingungen, zum Frieden mit den Menschen und zum Frieden mit der Natur und erst recht zum "guten Leben" wird erst gegeben sein durch eine "Umkehr zum Leben" (Lafontaine). "Notwendig" ist eine Vergesellschaftungsweise, die die Dominanz der zentralmachtorientierten Vergesellschaftung des Industriesystems durchbricht.
Und erst auf dem Hintergrund einer neuen Vergesellschaftungsweise, einem neuen Modell des Produzierens und Lebens, kann sinnvoll von alternativen, ökologisch und sozial verträglichen, von lebensweltorientierten Technikentwicklungen gesprochen werden. Dieser lange Umweg ist nötig, weil mit der "Umkehr zum Leben" auch ein grundsätzlich anderes Technikverständnis verbunden ist. Im Selbstverständnis der Moderne, in der die wissenschaftlich-technische und die ökonomische Rationalität nicht mehr eingebunden sind in einen normativ-kulturellen Zusammenhang, sondern sich verselbständigen konnten zur systemdefinierenden Logik, ist es folgerichtig, von Technologien und ökonomischen Erfordernissen auszugehen. In diesem Selbstverständnis ist es aberwitzig, sich Technologien zu widersetzen, die von den wissenschaftlich-technischen Gemeinden erbrütet werden und die nach ihren Rationalitätskriterien, die zugleich zu denen der Gesellschaft gemacht wurden, fortschrittlich sind. Bestenfalls wird nach einem nachträglichen Gestaltungsspielraum gefragt, nach Möglichkeiten der nachträglichen sozialen und ökologischen Abfederung, nach Technikfolgenabschätzungen bereits vorhandener Technologien. Eine nachmoderne Vergesellschaftungsweise hätte ein vollkommen anderes Verhältnis zur Ökonomie, Wissenschaft und Technik. Ausgangspunkt für technische Entwicklungen wären die lebensweltorientierten Ziele. Technische Hilfsmittel zur Erleichterung und Veredelung menschlicher Ziele würden maßgeschneidert in den normativ-kulturellen Kontext eingepaßt werden. In der Moderne konnte die wissenschaftlich-technische Entwicklung die gesellschaftlich-kulturelle Entwicklung bestimmen. Eine nachmoderne Vergesellschaftungsweise kehrte dieses Verhältnis wieder um.
Daß wir uns möglicherweise in einer paradigmatischen Umbruchphase befinden, in einer historischen Verzweigungssituation, wird inzwischen häufiger in Erwägung gezogen. Uneinigkeit besteht in der Einschätzung über die erforderliche Tiefe der Umorientierung. Große Schwierigkeit bereitet vielen beispielsweise der Gedanke, daß zu der Umorientierung auch eine radikale Kritik der modernen Naturwissenschaft gehört. (25) Auch der Begriff der Industrie ist so eng in unser Weltbild verflochten, daß es Schwierigkeiten bereitet, ihn grundsätzlicher zu problematisieren. Selbst in der Alternativ-Szene wurde die beruhigende Formel, daß es keine Alternative zur Industriegesellschaft geben würde, nur Alternativen in ihr, dankbar aufgenommen.
Ein Grund für das Festhalten an "Industriegesellschaft" und "industrieller Produktionsweise" als Ausgangsbedingung für alle weiteren Überlegungen liegt in einer zu oberflächlichen Begriffsassoziation zu "industriell". Wenn man beispielsweise arbeitsteiliges Produzieren mit Maschinen schon als wesentliches Merkmal von industriell auffaßt, ist es verständlich, daß beim Stichwort "Entindustrialisierung" gleich Assoziationen in Richtung Askese und Faustkeil aufkommen.
Der Charakter der industriellen Produktionsweise definiert sich jedoch durch ein umfangreiches systemintegrierendes Bündel von sich ständig verstärkenden gesellschaftlichen Prinzipien. Einige von ihnen sind:
- Eine hohe intraproduktbezogene, also innerhalb eines Produkts verlaufende Arbeitsteilung und eine damit verbundene "fachidioti-

sierende" berufliche Spezialisierung.
- Eine Trennung zwischen leitender und ausführender Arbeit. Zur Effizienzsteigerung wird die Kopfarbeit von Tätigkeiten abgetrennt und in planende zentrale Büros verlagert.
- Eine Enteignung der industriellen Produzenten von ihren Werkzeugen, Produkten, selbstbestimmbaren Zeitrhythmen und Fertigkeiten.
- Eine Verwissenschaftlichung der Produktion mit der Folge einer Polarisierung zwischen wenigen maschinenherstellenden Experten und Arbeitern als Anhängsel von Maschinen.
- Ein Ersetzen lebendiger Arbeit durch tote Arbeit, also menschlicher Tätigkeiten durch Maschinen. Ein Wesensmerkmal von Modernität besteht im ständigen Verschieben des Mengenverhältnisses von belebt zu unbelebt.
- Die äußere und innere Natur des Menschen wird als auszuschaltende Störgröße eingestuft. Der naturunabhängige, kontinuierlich fortlaufende, reibungslose Prozeß ist das Ideal der Industrie.
- Hohe Arbeitsteilung, hoher Sachenanteil, hohe Verwissenschaftlichung und das Ideal der reibungslosen Kontinuität führen zu der großen Produktionsmaschine, die die Nachfrage nicht abwarten kann. Industrielle Produktion ist eine angebotsorganisierte Produktionsweise.
- Eine hohe räumliche gesellschaftliche Arbeitsteilung. Sie ist ein Ideal der Moderne und ein Systemerfordernis der Produktionsweise, die die Nachfrage nicht abwarten kann. Die große Produktionsmaschine benötigt die großräumige Vermarktung, die imperiale räumliche Ausdehnung.
- Eine Bevorzugung der Ferne auf Kosten der Nähe, eine großräumige Vernetzung mit korrespondierender Erodierung der Nahräume.
- Eine Organisation, die die großräumig verteilten, unselbständigen Tätigkeiten wieder integriert. Industrialisierung und Bürokratisierung gehören notwendig zusammen.
- Eine industriekulturelle Arbeitsethik. In einem unsäglich leidvollen historischen Prozeß wurde ein Produzententypus hergestellt, dem es selbstverständlich wurde, unabhängig von seinen unmittelbaren Bedürfnissen zu arbeiten und der Verhaltensweisen verinnerlichte, die der verwissenschaftlichten Maschinenrationalität entsprechen.
- Eine vom Produktionsprozeß abgetrennte langjährige Verschulung mit einem hohen zeitlichen Anteil zur Einübung formaler Erfordernisse des Industriesystems wie Disziplin, Unterordnung, unselbständiges, eigeninteressenfreies und zeitreglementiertes Arbeiten und unsolidarisches Konkurrenzverhalten als frühzeitiges Training für den allgemeinen Wettlauf ohne Sieger.
- Eine radikale Trennung von Produzieren und Konsumieren, von Arbeiten und Leben. Gearbeitet wird an der Herstellung von Produkten, die einen nichts angehen, konsumiert werden Produkte, über deren Herstellungsweise man nichts weiß. Die Befriedigung von Bedürfnissen erfolgt durch die Veräußerung der Arbeitskraft auf einen hochproduktiven Lohnplatz und den Kauf von Waren.
- Normierung, Universalisierung, Standardisierung der Produkte, der Räume, der Zeit, des Verhaltens, der Sprache, des Geschmacks sind Funktionserfordernisse der industriellen Produktionsweise.
- Schließlich muß in dieser noch sehr unvollständigen Aufzählung der Merkmale des Industriesystems die permanente, im Tempo sich steigernde entgrenzende Dynamik der erwähnten Prozesse hervorgehoben werden, das Fehlen jeglicher "eingebauter" Selbstbeschränkungen. Die charakterisierenden Momente des Industriesystems wirken ständig verstärkend auf das System zurück, der positive Feedback führt zur selbstzerstörenden Sucht. "Suchtverhalten charakterisiert auf die eine oder andere Weise jeden Aspekt der Industriegesellschaft, bis hinein in das Leben ihrer individuellen Glieder." (26)

Wirft man nun einen Blick auf die Liste der lebensweltorientierten Krisenindikatoren, wo Arbeitstempo, allgemeine Zeithetze, Qualifikationsverlust, Monotonie, Kontrolle und Überwachung, Selbstwertverlust und psychische Belastungen, Ohnmacht, soziale Isolierung und Mitweltverlust, Unwirtlichkeit der Lebenswelt, Naturverlust und suchtartige Betäubungen genannt waren, so können unmittelbare Verknüpfungen zwischen diesen Verlusten und Schädigungen und den Systemerfordernissen einer industriellen Produktionsweise aufgezeigt werden. Um die lebensweltorientierten Ziele nach Friedfertigkeit mit den Menschen und der Natur, nach Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung erreichen zu können, wird in all den charakteristischen Dimensionen des Industriesystems eine Zurücknahme erfolgen müssen. Zurückgenommen werden müßten die Arbeitsteilung, die Verplanung der Arbeit, die Expertenabhängigkeit, die Vergegenständlichung, die Begradigung der Natur, die Größe der Einrichtungen und ihre Raumbemächtigung, die industriekulturelle Arbeitsethik, die Verschulung, die Nor-

mierung, das wahnsinnige Tempo der technischen Innovationen usw. Das entspräche insgesamt einer Zurücknahme der Industrialisierung, einer Entindustrialisierung.
Eine Analogie kann hier vielleicht Mißverständnissen vorbeugen. Entschwefelung der Rauchgase bedeutet die Zurückhaltung des Schwefelausstoßes auf ein umweltverträgliches Maß. Entindustrialisierung bedeutet - neben einigen grundsätzlichen "Umkehrungen" wie die vom Kampf und Beutemachen zur Solidarität und gegenseitigen Hilfe - zum großen Teil die Zurücknahme schädigender Prinzipien des Industriesystems auf ein menschen- und naturverträgliches Maß. Die Arbeitsteilung, die Vergegenständlichung der Arbeit usw. werden als soziale Erfindungen beibehalten werden, aber in einem quantitativ sehr veränderten Ausmaß, was gleichzeitig einen qualitativen Umschlag bedeuten würde. Die auf Expansion drängenden sozialen Prinzipien würden in ihrer zerstörenden Wirkung begrenzt durch die Einbettung in einen normativ-kulturellen Kontext, der eine neue Vergesellschaftungsweise kennzeichnete. Industriegesellschaft wäre dann wohl nicht mehr der zutreffende Begriff.
An einem wichtigen Merkmal des Industriesystems sollen abschließend ein Beispiel für die "Umkehr" eines industriellen Prinzips, Momente der neuen Vergesellschaftungsweise, praxisorientierte Beispiele und einige damit zusammenhängende Probleme skizziert werden.
Für Marx war ein Charakteristikum der industriellen Produktionsweise, für die Große Industrie, die Tatsache, daß sie ihre Nachfrage nicht abwarten kann. Er fragt, was hielt früher "die Produktion in richtigen oder beinahe richtigen Proportionen?" (27) Es läge daran, daß die "Nachfrage, welche das Angebot beherrschte, ihm vorausging; die Produktion folgte Schritt für Schritt der Konsumtion." Das ändert sich mit der Industrie, denn "schon durch die Instrumente, über welche sie verfügt, gezwungen, in beständig größerem Maße zu produzieren, kann die Großindustrie nicht die Nachfrage abwarten. Die Produktion geht der Konsumtion voraus, das Angebot erzwingt die Nachfrage." Wenn man nun die richtigen Proportionen durch individuellen Austausch mit den "Produktionsmitteln unserer Zeit" haben wollte, dann sei man "Reaktionär und Utopist in einem". Marx plädiert für die Beibehaltung des Fortschritts, der industriellen Produktivkräfte und für den Verzicht auf individuellen Austausch und richtige Proportionen. Die Hoffnung von Marx war, daß dieser Fortschritt, der mit der Produktion die Nachfrage gleich mitproduziert, irgendwie gut ausgehen wird. Leider hat sich diese Hoffnung, die theoretisch auch gar nicht zu begründen war, nicht erfüllt. Ein großer Teil der heutigen Probleme wird durch die Produktionsweise erzeugt, die ihre Nachfrage nicht abwarten kann.
Für die lebenswichtigen Produkte müßte heute die Produktion wenigstens wieder in "beinahe richtige Proportionen" gebracht werden. Für den überwiegenden Teil der Lebensmittel, also der Nahrung, Kleidung und Behausung, müßte die Nachfrage wieder der Produktion vorausgehen. Das erfordert kleinere Produktionseinheiten als heute und eine kontinuierliche Abstimmung zwischen Produzenten und Konsumenten. Diese auf kurzen Wegen rückgekoppelte Kooperation ermöglicht ein teilweise personelles Überschneiden von Produzenten und Konsumenten. In dieser Produktionsweise könnten die Menschen einen beträchtlichen Anteil ihrer Arbeitskraft direkt zur Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse einsetzen anstatt ihn auf dem Arbeitsmarkt verkaufen zu müssen. Regional orientierte Unterhaltswirtschaft, self-reliance, Nahraumorientierung gegenüber Exportorientierung sind hier die wichtigen Leitgedanken einer Produktionsweise, die die Nachfrage abwartet. Die lange Debatte um Markt und Plan hat die wichtige Dimension der räumlichen Größe außer acht gelassen und so zu Scheinalternativen geführt. Eine großräumige und raumausgreifende Produktions- und Konsumtionsweise läßt sich weder durch Markt, Plan oder Mischformen aus beiden Prinzipien sozial und ökologisch verträglich gestalten. In der kleinräumigen und raumbegrenzenden Orientierung lassen sich die nachgeordneten Organisationsprinzipien Markt und Plan dagegen pragmatisch durchmischen.

erscheint in:
(Hrsg.) Projektgruppe Grüner
Morgentau: Perspektiven ökologischer Wirtschaftspolitik. Ansätze zur Kultivierung ökonomischen Neulands,
Frankfurt – New York 1986

Strategien der Arbeitszeitverkürzung

Eine zukünftige Politik des verminderten bzw. selektiven Wachstums muß einer Strategie konsequenter Arbeitszeitverkürzung Priorität einräumen. Dies ist eine unabdingbare arbeitsmarktpolitische Forderung, die zugleich dem Wunsch der meisten Arbeitenden nach mehr Freizeit entspricht. So entschieden sich 1977 bei einer EG-Meinungsumfrage, vor die Entscheidung gestellt, ob sie lieber mehr Lohn oder mehr Freizeit erhalten wollten, 55 % für mehr Freizeit und nur 35 % der Befragten für mehr Lohn. Die gewünschte Arbeitszeit liegt bei erwerbstätigen Männern bei durchschnittlich 36,9 Stunden in der Woche und bei erwerbstätigen Frauen bei 22,2 Stunden.

Um in der Bundesrepublik zwei bis drei Millionen Arbeitssuchende (wieder) zu beschäftigen, sind fünf Teilstrategien gleichzeitig zu verwirklichen:

- Allgemeine Arbeitszeitverkürzung (30-Stunden-Woche, Urlaubsverlängerung),
- rigorose Beschränkung der Überstunden,
- freiwillige Teilzeitarbeit,
- Senkung der Lebensarbeitszeit (flexible Altersgrenze, stufenweiser Ausstieg aus dem Berufsleben durch Tarifrente),
- aktive Arbeitsmarktpolitik (Förderung von Kurzarbeit, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Weiterbildung u.ä.).

Ein auf fünf bis zehn Jahre angelegtes Programm, das diese Teilstrategien der Arbeitszeitverkürzung realisiert, erspart etwa 2,8 - 4,4 Millionen Menschen die Arbeitslosigkeit:

Einführung der 35-Stunden-Woche	schafft ca. 1,2 - 1,5 Mio.	neue Arbeitsplätze
Abbau der Überstunden	ca. 0,3 - 0,8 Mio.	
Ausweitung der freiwilligen Teilzeitarbeit (incl. Job-Sharing)	ca. 0,5 - 1,0 Mio.	
Herabsetzung der Altersgrenze	ca. 0,5 Mio.	
Ausbau der Schul- und Weiterbildung	ca. 0,1 - 0,4 Mio.	
Ausbau aktiver Arbeitsmarktpolitik durch Ausgleichszahlungen bei Kurzarbeit	ca. 0,2 Mio.	
Insgesamt können verschiedene Teilstrategien der Arbeitszeitverkürzung in fünf bis zehn Jahren schaffen oder deren Abbau verhindern.	ca. 2,8 - 4,4 Mio.	neue Arbeitsplätze

Schrittweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf die 30-Stunden-Woche: Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zeitigt die stärksten Arbeitsmarkteffekte - eine Stunde weniger Arbeit schafft rein rechnerisch 500.000-600.000 neue Arbeitsplätze. Nach den Erfahrungen der sechziger Jahre und diversen Untersuchungen werden ca. 50 % dieser rechnerischen Größe durch Produktivitätssteigerungen (Abbau von „Vorhaltekapazitäten" und Intensivierung der Arbeit) sowie Überstunden kompensiert, so daß ein realer Beschäftigungseffekt von 250.000 bis 300.000 Arbeitsplätzen pro gesenkter Arbeitsstunde durchaus realistisch ist. Bei einer raschen Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden wäre also ein Beschäftigungseffekt von 1,25-1,5 Millionen realisierbar, eine Größenordnung, mit der kein staatliches Beschäftigungsprogramm mithalten kann. Doch darf die sukzessive Einführung der 35-Stunden-Woche nicht ein Fixpunkt, sondern nur Etappenziel sein. Längerfristig kann nur die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf sechs Stunden als Strategie gegen steigende Arbeitslosigkeit ein ausreichendes Gegengewicht bilden. Dazu bedarf es der gemeinsamen Anstrengungen der Tarifpartner, aber auch des Staates.

Solidarische Einkommenspolitik: Die Synthese von Stabilisierung der Reallöhne und Arbeitszeitverkürzung zum Zweck der Arbeitsplatzsicherung und -beschaffung muß das Fundament einer neuen Tarifpolitik bilden. Mit Recht fordert die Grundwerte-Kommission der SPD „die Abkehr von einer Tarifpolitik der prozentualen Einkommenssteigerungen, durch die bekanntlich die Kluft zwischen den gut und schlecht Verdienenden immer größer wird. Statt dessen soll eine Tarifpolitik der Sockel- und Fixbeträge betrieben werden, durch die sich allmählich eine (durch keinerlei Leistungsprinzip mehr zu rechtfertigende) Scherenbildung in der Einkommenshierarchie abbaut. Insbesondere in der vor uns liegenden Wirtschaftsentwicklung mit voraussichtlich sehr geringen Wachstumsraten gewinnt eine Einkommenspolitik der festen Sockelbeträge zentrale gesellschaftliche Bedeutung, da die Situation des unteren, an der Armutsgrenze existierenden Drittels der Einkommensbezieher nicht länger durch die Hoffnung auf ständige allgemeine Steigerung der Realeinkommen erträglich gemacht werden kann" (Eppler 1984, S. 134).

Solange die gleichzeitigen Produktivitätssteigerungen (jährlich drei bis fünf Prozent) den „vollen Lohnausgleich" nicht erreichbar machen, ist unbedingt eine egalitäre Einkommenspolitik zur Geltung zu bringen: Anstelle einer prozentualen Einkommenspolitik der Gewerkschaf-

ten ist eine Tarifpolitik der Einkommensumverteilung auf Kosten des hochverdienenden Drittels der Einkommensbezieher (die 3.000 DM netto und mehr verdienen) durchzusetzen. Durch eine Politik der Fixbeträge müssen die Gutverdienenden relativ „benachteiligt" werden zugunsten derer, die immer noch (oft weit) unter 2.000 DM verdienen. Wenn z.B. für alle ein Fixbetrag von 200 DM tariflich ausgehandelt wird, so bedeutet dies für Arbeitende, die 2.000 DM verdienen, eine Einkommenssteigerung um 10 % (so daß voller Lohnausgleich auch bei einer Arbeitszeitverkürzung um vier Stunden noch gegeben ist!), während Höherverdienende bestenfalls noch den Inflationsausgleich erhalten. Dies fördert im übrigen auch eine wirtschaftlich sinnvolle Kaufkraftentwicklung auf Kosten der Einkommensgruppen, die durch z.T. hohe Einkommensüberschüsse wesentlich zum Verschwendungskonsum beitragen oder aber Sparquoten erbringen, die volkswirtschaftlich irrational (weil bei langsamerem Wirtschaftswachstum nicht mehr sinnvoll investiv verwendbar) sind.

Begrenzung der Überstunden: Vorrangige Aufgabe des Gesetzgebers muß eine grundlegende Novellierung der Arbeitszeitordnung sein, da die gültige Arbeitszeitordnung von einer 48-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit plus einer möglichen Mehrarbeit von 12 Stunden ausgeht. Hierbei verdient die Forderung nach Beschränkung der Überstunden besondere Beachtung angesichts der gesellschaftspolitisch unerträglichen Situation, daß die Gesamtzahl der Überstunden in unserer Wirtschaft, die oft eine starke Überbeanspruchung für die Betroffenen darstellen, einem Arbeitskräftepotential von 0,8 - 1 Million Menschen entspricht, während gleichzeitig über zwei Millionen arbeitslos sind. Überstunden sollten zukünftig ab einer bestimmten Größenordnung nicht nur der Zustimmung des Betriebsrates, sondern auch der des Arbeitsamtes bedürfen und grundsätzlich innerhalb eines Kalenderjahres durch Freischichten bzw. zusätzlichen Urlaub „abzufeiern" sein.

Ausweitung der freiwilligen Teilzeitarbeit: Bereits heute nehmen 15 % der Beschäftigten (über 90 % davon Frauen) einen Teilzeitarbeitsplatz ein (in Schweden gibt es bereits 25 % Teilzeitbeschäftigte). Es besteht aber ein erheblicher unbefriedigter Bedarf an Teilzeitarbeitsplätzen: In Umfragen wird von 50 - 70 % der derzeit vollbeschäftigten Frauen sowie auch von 20 - 30 % der derzeit vollbeschäftigten Männer der Wunsch artikuliert, kürzer zu arbeiten. Daß Teilzeitarbeit derzeit oft schlechter bezahlt, nur im Unternehmerinteresse organisiert und daher vielfältig diskriminiert wird, ist kein Grund, ihre große wirtschaftsdemokratische Bedeutung zu leugnen: Nicht nur können durch maximale Förderung freiwilliger Teilzeitarbeit mindestens 500.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden; das Recht, kürzer zu arbeiten, entspricht auch dem Wertwandel einer großen Minderheit und lockert die totale Abhängigkeit der persönlichen Lebensgestaltung von der fremdbestimmten Arbeitsorganisation. (2)

Tarifrente: Nach den Vorschlägen von Ehrenberg (SPD) und der Gewerkschaft NGG soll in Zukunft die „Tarifrente" eingeführt werden. Älteren Arbeitnehmern (ab 58 Jahren) soll angeboten werden, vorzeitig aus dem Erwerbsleben auszuscheiden. Dabei sollen 68-75 % der bisherigen Bezüge (einschl. Sozialversicherung) weiter gezahlt werden. Finanziert werden soll das Programm zu 50 % als Übergangsgeld von der Bundesanstalt für Arbeit (sofern für die Ausscheidenden neue Arbeitnehmer eingestellt werden) und zu 50 % aus einem Tariffonds (Lohnverzicht).

Da bis zu 80 % der älteren Arbeitenden lieber früher aus dem Arbeitsstreß ausscheiden wollen und dadurch zugleich ca. 500.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden können, ist ein für die große Mehrheit sozial tragbares Konzept der Vorruhestandsregelung eine dringend erforderliche Teilstrategie. Allerdings sollte durch einen stufenweisen Übergang ins Rentenalter dafür gesorgt werden, die älteren Arbeitnehmer nicht dem berüchtigten „Rentenschock" auszuliefern (3).

Insgesamt ist das wirtschaftsdemokratische Prinzip systematischer Anpassung der Arbeitszeit an die gesellschaftlich notwendige Arbeit nur realisierbar durch einen Sozialkontrakt aller betroffenen gesellschaftlichen Interessengruppen mit dem Ziel, durch gemeinsame, koordinierte Aktivität die nachgefragte Arbeit auf alle Arbeitswilligen derart flexibel zu verteilen, daß nahezu alle einen Arbeitsplatz finden können. Die kollektiven Akteure: Gewerkschaften, Regierungen, Unternehmer(verbände) und die Gesamtheit der Arbeitenden müssen zusammenwirken.

Aktive Arbeitsmarktpolitik: Nach den Beispielen Schwedens und Österreichs muß die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesrepublik drastisch ausgebaut werden. Hier sind vor allem Fort- und Weiterbildungsangebote, eine wesentlich verstärkte Hilfe bei Kurzarbeitergeldern sowie ABM-Programme zu befürworten, da sie gesamtwirtschaftlich weniger soziale Kosten verursachen als die Arbeitslosen. 300.000 bis 400.000 Arbeitsplätze sind - nach den Erfahrungen in Schweden - durch aktive Arbeitsmarktpolitik zu schaffen oder zu erhalten.

aus: (Hrsg.) Scherer, K. J. / Vilmar, F.: Ökosozialismus? Rot-grüne Bündnispolitik, Berlin 1985

Vilmar, Fritz: Eine gemeinsame Aktion für Arbeitszeitverkürzung, in: Kutsch / Vilmar (Hrsg.): Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung? Wiesbaden 1982, S. 27-73

erscheint demnächst in
einer Aufsatzsammlung bei
Wagenbach / Berlin

Johannes Berger

AN DEN GRENZEN DER LOHNARBEIT. IST DER GESELLSCHAFTLICHE FORTSCHRITT AN BESCHÄFTIGUNGSVERHÄLTNISSE GEBUNDEN?

... Im Prinzip gibt es zwei konträre Wege, Arbeitslosigkeit abzubauen oder zu beseitigen: der eine Weg besteht darin, sogenannte Arbeitslösungen anzustreben, d.h. Strategien zu entwerfen, die alle Arbeitswilligen wieder in Beschäftigungsverhältnisse bringen. Gestritten wird gegenwärtig darüber, in welcher Form dies zu geschehen hat. Welche Strategie eingeschlagen werden soll, hängt ja von der Analyse der Ursachen ab; nimmt man - wie das konservative Lager - an, daß Arbeitslosigkeit primär durch steigende Lohn(neben)kosten verursacht ist, dann wird man alles tun, um wieder ein Verhältnis von Löhnen und Preisen zu etablieren, bei denen die Unternehmen gewinnbringend produzieren können. Geht man dagegen davon aus, daß eine mangelnde oder gesamtwirtschaftliche Nachfrage in erster Linie für die Arbeitslosigkeit verantwortlich ist, dann wird man zu Nachfrage ankurbelnden Maßnahmen greifen - das ist der Kern aller sozialdemokratischen Beschäftigungsprogramme.

Beide Maßnahmen - Reallohnsenkung und Nachfragesteigerung - zielen auf Wirtschaftswachstum. Wirtschaftswachstum ist der Inbegriff der "Eingliederungsstrategien". Die beide hierunter fallenden gegnerischen Positionen bejahen das Wachstum und verfolgen als Ziel die Eingliederung - sie unterscheiden sich nur an der Frage, ob sie die "Wirtschaft" im Prinzip von selbst für fähig halten, dieses Ziel zu erreichen - dann muß sie nur von politischen Hemmnissen entlastet werden - oder ob sie die "Wirtschaft" für zu instabil und unfähig halten, dieses Ziel zu erreichen, und daher für eine politische Stabilisierung eintreten.

Den "Arbeitslösungen" prinzipiell entgegengesetzt ist eine wirtschaftspolitische Strategie, die sogenannte Nicht(erwerbs)-arbeitslösungen anzielt, deren Ziel es also nicht ist, möglichst viele Erwerbsgelegenheiten zu schaffen. Während arbeitszentrierte Strategien mit einem doppelten Problem konfrontiert sind - dem Problem der Steuerung der Wirtschaft auf einen Vollbeschäftigungspfad und dem Problem der negativen Folgen des Wachstums, also auf der ungeheuren Zerstörung der Natur einerseits und der Auflösung von überkommenen Mentalitäten und Lebensformen andererseits - sind "Nicht-Arbeits-Lösungen" ebenfalls mit einem doppelten Problem konfrontiert: dem Problem der Vermehrung der Armut und der Zwangsbewirtschaftung der Arbeitskräfte. Die Frage ist ja, ob der Verzicht auf die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten (in der Regel um den Preis der Naturzerstörung und der Bedrohung kultureller Identitäten) nicht die Verarmung breiter Schichten in Kauf nimmt, und ob er nicht eine Zwangsverwaltung der Arbeitsgelegenheiten erforderlich macht. Während der Angriffspunkt von "Arbeits-

lösungen" die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes ist und sie die Massenarbeitslosigkeit durch Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskräften bekämpfen wollen, setzen die Nicht-Arbeitslösungen auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes ein. Arbeitslösungen universalisieren den Arbeitsmarkt als Allokationsprinzip, Nicht-Arbeitslösungen relativieren ihn, indem sie "arbeitsmarktexterne Lebenschancen" (Vobruba) zu fördern trachten. Auch arbeitszeitpolitische Maßnahmen wie die Reduktion der Arbeitszeit pro Individuum "manipulieren" die Angebotsseite des Arbeitsmarktes. Werden sie mit der Forderung nach "vollem Lohnausgleich" verbunden, dann beeinträchtigen sie die angestrebte Umverteilung der Arbeit durch die mögliche Reduktion der Nachfrage nach Arbeitskräften. Ohne vollen Lohnausgleich werfen sie die Frage der Kompensation von Einkommensverlusten auf. Daher muß m.E. Arbeitszeitverkürzung in den Kontext der Förderung arbeitsmarktexterner Lebenschancen gerückt werden.

Es gibt im Prinzip nur diese beiden konträren Möglichkeiten, auf die Krise der Arbeitsgesellschaft politisch zu reagieren. In der "offiziellen" Diskussion taucht die hier unter "Nicht-Arbeitslösungen" skizzierte Alternative entweder gar nicht oder allenfalls nur dann auf, wenn diskutiert wird, ob über Arbeitszeitverkürzung Arbeitslosigkeit abgebaut werden kann. Daß in der Theorie Arbeits- und Nichtarbeitslösungen einen scharfen Gegensatz bilden, muß nicht unbedingt heißen, die Politik hätte zwischen einem "entweder-oder" zu wählen. Für die Politik sind "sowohl-als-auch"-Verhaltensweisen immer rationaler als "entweder-oder"-Verhaltensweisen.

Da aus der wissenschaftlichen und politischen Debatte "Nichtarbeitslösungen" weit weniger bekannt sind als "Arbeitslösungen", konzentriere ich mich im folgenden auf eine Skizze von Möglichkeiten, "Nichtarbeitslösungen" anzustreben. Darunter fallen meiner Meinung nach vier Maßnahmen: erstens die Gründung von Alternativbetrieben, zweitens die Förderung der Eigenarbeit, drittens die Senkung des Geldbedarfs und viertens die Abkoppelung der Lebensführung vom Arbeitsmarkt durch Gewährung eines garantierten Grundeinkommens.

Gründung von Alternativbetrieben. In der Nachkriegszeit hat abhängige Erwerbsarbeit sich ausgedehnt, während die Selbständigkeit immer mehr zurückgedrängt worden ist. Die Umkehrung dieses Trends ist daher immer eine "Alternative zur Lohnarbeit". Selbständigkeit war die gesellschaftspolitische Leitidee des Bürgertums. Wer selbständig wirtschaftet, ist erwerbstätig wie die abhängig Beschäftigten auch und jede Zunahme der Selbständigkeit vermehrt zugleich das Bruttosozialprodukt (unter sonst gleichen Bedingungen). Insofern ist die Selbständigkeit zwar eine Alternative zur Lohnarbeit, aber keine Alternative zur Erwerbsarbeit. Im strengen Sinne sind dies auch nicht Versuche, alternative Formen des Wirtschaftens aufzubauen, da die Produkte der alternativen Ökonomie sich gegen Geld tauschen und die Mitglieder alternativer Betriebe von den Erträgen aus dem Verkauf ihrer Leistungen und Güter leben wollen und müssen.

Dennoch gibt es tiefgreifende Unterschiede zwischen herkömmlicher Selbständigkeit und alternativer Ökonomie, wenn auch die Motive, sich in der einen oder anderen Form selbständig zu machen ("Unabhängigkeit", "Arbeiten ohne Chef") sich zum Teil überschneiden mögen. Alternative Betriebe sind Selbständigen-Kollektive. Im Unterschied zu einem herkömmlichen Betrieb, dessen prinzipielle Organisationsform darin besteht, daß zwei Sozialkategorien in ihm zusammengeschlossen sind, "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer", haben alle Mitglieder eines alternativen Betriebs den gleichen Status. Die Grundfigur der Lohnarbeit ist aufgehoben, d.h. in alternativen Betrieben existiert keine Personengruppe, die ihre Arbeitskraft an einen Anwender verkauft mit dem Versprechen, sich für regelmäßige Geldzahlungen, genannt Lohn, dem Kommando des Anwenders zu fügen.

Auf dieser Arbeitsbereitschaft und der Willigkeit, sich dem Kommando des Anwenders zu fügen, beruht ja die Funktionsfähigkeit nicht nur kapitalistischer Betriebe, sondern auch z.B. der Staatsverwaltung. Wer immer Lohnarbeit anwendet, muß darauf setzen können, daß es keinen ernstzunehmenden Widerstand gibt, wenn von den abhängig Beschäftigten die Ausübung der vertraglich vereinbarten Tätigkeiten auch konkret verlangt wird. Das Alternative der alternativen Ökonomie liegt genau darin, daß diese Grundfigur der Lohnarbeit aufgehoben ist, obwohl mehrere Personen in alternativen Betrieben zusammenarbeiten. Das Gehalt, das die Mitglieder ausgezahlt bekommen, fällt nicht unter die Kategorie Kosten, wie in herkömmlichen Betrieben, sondern bildet einen Teil des Überschusses, der nach Abzug aller Kosten übrigbleibt. Alle übrigen, auf die Unternehmensverfassung alternativer Betriebe bezogenen Merkmale folgen von selbst aus der Aufhebung der Lohnarbeit: Selbstverwaltung, Enthierarchisierung, Ämterrotation und Aufhebung der individuellen Eigentumsrechte am Betriebskapital. Das "neutralisierte Kapital" ist unmittelbar im Eigentum des Kollektivs. So nötig das für selbstverwaltete Betriebe auch sein mag, es wirkt sich faktisch als Entwicklungsschranke für diese Betriebsform aus. Wer steckt schon sein Kapital in einen Betrieb und gibt gleichzeitig die daraus folgenden Rechte - sei es der Verfügung, sei es wenigstens des Anspruchs auf Zinsen - auf?

Quantitativ sind alternative Betriebe, jedenfalls wenn man das Bruttosozialprodukt zum Maßstab nimmt, unbedeutend. Vielleicht 0,1% des Sozialprodukts werden in alternativen Betrieben erwirtschaftet. Ein von mir geleitetes Forschungsprojekt hat etwa 35 alternative Betriebe im strengen Sinne des Wortes in ganz Ost-Westfalen gezählt; allein in Bielefeld gibt es etwa viermal soviel Friseurgeschäfte als Alternativbetriebe in Ost-Westfalen zusammen. Die Bedeutung der alternativen Betriebe liegt aber nicht in ihrer quantitativen Anzahl, sondern in ihrem Experimentcharakter und in dem kulturellen Bruch mit den herkömmlichen Formen des Arbeitens und Lebens, den ihre Mitglieder vollziehen.

Förderung der Eigenarbeit. Gewöhnlich wird eine Wirtschaftspolitik zur Stärkung des informellen Sektors auf eine Förderung der Eigenarbeit (bei gleichzeitiger Zurückdrängung der Erwerbs-

arbeit) reduziert. Die Eigenarbeit dient dann als Kompensation für entgangenes Erwerbseinkommen. Aber Eigenarbeit geht nicht darin auf, mehr schlechter als rechter Ersatz für Erwerbsarbeit und in ihr erzielte Geldeinkommen zu sein. Sie dient nicht nur zur Subsistenzsicherung; man macht Eigenarbeit auch, weil es erstens in vielen Fällen schlicht rationaler ist, Güter und Leistungen in Eigenproduktion herzustellen bzw. zu erbringen als über den Markt zu beziehen und zweitens, weil Eigenarbeit ganz offensichtlich Befriedigung verschafft.

Wird das Programm der Förderung von Eigenarbeit aus dem Kontext der Arbeitszeitverkürzung herausgelöst, dann wird der zentrale Ansatz zu einer Politik der Stärkung des informellen Sektors gründlich mißverstanden. Nur im Zusammenhang mit der Umverteilung knapper Arbeitsgelegenheiten und damit der Senkung der Zutrittsschwelle zum "formellen Sektor" läßt sich eine Politik der Eigenarbeit gegen auf der Hand liegende Einwände verteidigen.

Eigenarbeit gibt es in drei Formen: Haushaltswirtschaft, Selbstversorgungswirtschaft (Subsistenzproduktion) und kollektive Selbsthilfe in kleinen Gruppen. Bekanntester und wichtigster Zweig der Eigenarbeit ist die Hausarbeit. Gegen eine Rückverlagerung von Tätigkeiten aus der Erwerbsphäre in das Haus als Reaktion auf die Verknappung von Arbeitsgelegenheiten gibt es schwerwiegende Einwände: eine solche Rückverlagerung bedeute (a) die weitere Hausfrauisierung der Hausarbeit, also eine Zementierung der geschlechtlichen Arbeitsteilung, die die Erwerbsarbeit zur Domäne der Männer und die Hausarbeit zur Domäne der Frauen macht; (b) Hausarbeit bedeute Vereinzelung. Wer im Haus arbeitet, ist in das Haus eingesperrt, während die berufliche Arbeit durch den Kontakt mit Arbeitskollegen geprägt ist. (c) Die Hausarbeit habe keine freien Kapazitäten zur Verfügung, sie sei bereits überlastet. Wenn es eine Krise der Erwerbsarbeit geben soll, dann auch eine der Eigenarbeit, da die Arbeitsleistung der durchschnittlichen Hausfrau bereits voll ausgelastet ist, vor allem mit Erziehungs- und Pflegeleistungen (für Alte).

Es ließe sich nun lange darüber diskutieren, wie zutreffend alle drei Einwände sind. Empirische Informationen über den Status quo der Hausarbeit sind in jedem Falle dienlicher als der Austausch von Vorurteilen. Für die Zwecke dieses Aufsatzes ist es aber nicht unabdingbar, erst einmal empirisch zu prüfen, wie ausgelastet die Hausarbeit ist, da eine Politik der Stärkung des informellen Sektors ja gar nicht zusammenfällt mit der schlichten Rückverlagerung von Tätigkeiten ins Haus. Wie die Aufgabe der Reform der betrieblichen Arbeit, so gibt es auch die Aufgabe der Reform der Hausarbeit. Ein Minimalprogramm dazu müßte für den Haushalt erst einmal die sachlichen und zeitlichen Ressourcen bereitstellen, die ihm die Erledigung von Aufgaben in Eigenregie zumutbar machen. Eine Dreizimmerwohnung ist nicht der geeignete Ort etwa für die Betreuung von Alten. Die Frage ist, ob es z.B. zwischen den Polen "Altenheim" und einer Wohnform, die ganz auf die Erwerbstätigen und ihre Konsumentenrolle zugeschnitten ist, mögliche Alternativen gibt.

Bereits aus den zwanziger Jahren datieren Reformbestrebungen von Architekten, für den "Eigenarbeiter" geeignete Häuser zu entwerfen, die mehr sind als eine Zufluchtsstätte nach Verlassen von Fabrik und Büro. Es leuchtet unmittelbar ein, daß solche Häuser z.B. einen unmittelbaren Zugang zum Garten besitzen müßten.

Wichtigster Programmpunkt für die Stärkung der Eigenarbeit aber ist und bleibt die Arbeitszeitverkürzung. Verbunden mit einer Flexibilisierung der Arbeitszeit, bildet sie die Grundvoraussetzung für einen temporalen Dualismus, der die Optionen für jeden Mann und jede Frau, an beiden Hälften der Arbeit teilzunehmen, erhöht. Der ideale Eigenarbeiter ist ja gar nicht, wer aus dem Erwerbsleben herausgefallen ist, sondern wer - zu allerdings reduzierten Zeiten - an ihm teilnimmt, da Eigenarbeit ja Verfügung über Geld voraussetzt und Betriebe auch der Ort sind, an dem das Wissen über Eigenarbeit getauscht wird.

Senkung des Geldbedarfs. Sie darf nicht verwechselt werden mit der Senkung des Lebensstandards durch Minderung der verfügbaren Einkommen pro Person. Ziel der gewerkschaftlichen Politik ist es, daß die Einkommen mit den steigenden Lebenshaltungskosten Schritt halten. Aber es ist nicht einzusehen, warum der einzige Ansatzpunkt zur "Hebung der Lage der arbeitenden Klassen" das Lohnniveau sein sollte. Der gleiche Effekt kann auch durch Kostensenkungen erreicht werden. Worum es geht, läßt sich am Beispiel des Energieverbrauchs gut verdeutlichen. Eine Minderung des Energieverbrauchs bedeutet mitnichten eine Senkung des Lebensstandards, nicht einmal dann, wenn anstelle der Aufheizung einer Wohnung auf 24 o die Senkung der Temperatur und die Benutzung eines Pullovers die Alternative sind. Konsumgewohnheiten sind genauso ein Feld der Politik wie Produktionsgewohnheiten. Aus der energiepolitischen Diskussion ist deutlich geworden, daß Sparen eine Ressource ist zur Erhaltung der Lebensqualität und keine Reaktion auf Verarmung. Ebenso ist aus dieser Diskussion deutlich geworden, daß die eingeschliffenen Konsumstrukturen eine zentrale Quelle der Verschwendung knapper Ressourcen sind; deshalb ist Konsumpolitik genauso wichtig wie Produktionspolitik. Den Konsum für unverrückbar und nur die Produktion für veränderbar zu halten, steht in direktem Widerspruch zu Zielen wie z.B. dem Abbau der Weltmarktorientierung und der Minderung der Umweltverschmutzung. Wer diese Ziele ernsthaft verfolgt, muß die Rolle des Konsums z.B. für die Umweltverschmutzung und die Weltmarktorientierung zur Kenntnis nehmen. Eine Wirtschaftsweise ist eben nicht nur eine Produktionsweise, sondern auch eine Konsumtionsweise. Daher muß sich eine Wirtschaftspolitik, die Reformpolitik sein will, an die Aufgabe einer Rationalisierung von Konsummustern wagen.

Garantiertes Grundeinkommen. Jedem Mann und jeder Frau ein Bürgerrecht auf ein monatliches Grundeinkommen zu garantieren, unabhängig von der Ausübung einer Erwerbstätigkeit und auch unabhängig von Einkünften aus Vermögen, ist für kapitalistische Wirtschaftssysteme gewiß eine "systemfremde" Idee. Ökonomisch gesehen üben die Arbeitnehmer ja eine Doppelrolle aus: sie kommen an Geld durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft. Löhne sind an Leistungen geknüpft. Sodann sollen sie das Geld wieder aus-

geben, das sie gerade eingenommen haben. Sparen der Arbeitnehmer ist mit Ausnahme des Konsumsparens ein systemwidriges Verhalten. Die Wirtschaft wird dadurch in Gang gehalten, daß die Mehrzahl ausgibt, was sie einnimmt. Und man nimmt nur dann etwas ein, wenn man selbst etwas anzubieten hat. Für die überwältigende Mehrheit der Erwerbstätigen (die nur eine Minderheit der Bevölkerung ist) ist das, was sie anzubieten hat, um an Geld zu kommen, die Ware Arbeitskraft. Würde ein Mindesteinkommen jedem (erwachsenen) Bürger des Landes garantiert, dann würde dieser konstitutive Zusammenhang von Arbeiten und Einkommen aufgebrochen.

Das existierende System der sozialen Sicherung ist erwerbsarbeitszentriert; seine Leistungen sind geknüpft an Einzahlungen in das soziale Sicherungssystem während der aktiven Zeit und an eine prinzipielle Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Erwerbsarbeit, solange man zum Erwerbspersonenpotential zählt. Ein garantiertes Grundeinkommen würde an die Stelle der heute versicherungsförmig organisierten Versorgungssysteme für das Alter, bei Arbeitslosigkeit und bei Arbeitsunfällen treten. Voraussetzung für die Einführung wäre die Fiskalisierung der sozialen Sicherheit, also die Bezahlung aller Sozialleistungen aus dem Steueraufkommen und nicht, wie heute üblich, zum überwiegenden Teil "parafiskalisch", also durch Sozialabgaben und nur ersatzweise aus Steuern.

Die soziale Utopie, die hinter der Idee eines Grundeinkommens steht, ist, "den Bann zu brechen, den der Arbeitsmarkt über die Lebensgeschichte aller Erwerbsfähigen verhängt" (Habermas). Mit ihrer Realisierung wären arbeitsmarktferne Existenzformen gesellschaftlich aufgewertet und würden zu einer realistischen Option.

So "revolutionär" für die bestehende Form der sozialen Sicherung ein Grundeinkommen ist, so zahlreich sind die Einwände gegen es, die ich nicht verschweigen möchte: (a) da ein Grundeinkommen sozialpolitisch alle Bürger gleich behandelt, benachteiligt es die Armen und bevorzugt im Effekt die Reichen, jedenfalls im Vergleich zur bestehenden, wenigstens moderat umverteilenden Sozialpolitik; (b) weil ein Grundeinkommen den Kern der Sozialpolitik auf eine Maßnahme reduziert, ist es gerade in Krisenzeiten auch leichter manipulierbar als ein vielfältig differenziertes System von Ansprüchen; (c) zu wenige sind an einer Grundsicherung interessiert, da zu viele verlieren würden - z.B. alle, die heute höhere Ansprüche haben als ein einheitliches Grundeinkommen garantieren würde; (d) das Kernproblem der Auszahlung einer "Sozialdividende" an alle besteht darin, einen für die Erwerbstätigen noch tragbaren Steuersatz mit einem subsistenzsichernden Niveau des Grundeinkommens zu kombinieren. Entweder ist das Grundeinkommen so hoch, daß die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft beeinträchtigt wird und gleichzeitig die Anreize, eine Arbeit aufzunehmen, wegfallen, oder es ist so niedrig, daß es seine Funktion, eine arbeitsmarktunabhängige Existenz zu ermöglichen, nicht erfüllt. Für die Wirtschaft der Bundesrepublik auch nur halbwegs realistische Vorschläge für die Höhe der monatlichen Zahlungen liegen bei höchstens 800,- DM; (e) ein garantiertes

Mindesteinkommen befördert die Spaltung der Gesellschaft in solche, die entweder arbeiten wollen oder müssen und die Gruppe derer, die arbeitsmarktferne Lebensformen wählen.

Aus der Schilderung der vier Ansatzpunkte, Nicht-Arbeits-lösungen zu verfolgen, ist deutlich geworden, daß solche Strategien nicht nur umstritten, sondern auch in sich problematisch sind: vorausgesetzt, sie ließen sich politisch durchsetzen, erfüllen sie überhaupt die ihnen zugesprochenen Funktionen und sind sie dem bestehenden Zustand vorzuziehen? Die Alternative zur bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Ordnung wird üblicherweise unter dem Titel "Sozialismus" diskutiert. In einer sozialistischen Gesellschaft wäre nach der orthodoxen Auffassung das Privateigentum abgeschafft, Märkte würden jedenfalls für Produktionsmittel nicht mehr existieren und das Profitprinzip wäre beseitigt. Auch eine solche Gesellschaftsordnung läßt sich sowohl daraufhin untersuchen, ob sie funktioniert, als auch daraufhin, ob sie "besser" ist. Was die Funktionsfähigkeit wie die Wünschbarkeit angeht, sind die Einwände gegen das "klassische" sozialistische Programm schlagend. Im Mittelpunkt eines solchen Programms steht die Abschaffung der "Marktwirtschaft" (auch das ist neben der konservativen Idee der Entfaltung der Marktwirtschaft und der sozialdemokratischen Idee der Zügelung ihrer Eigendynamik eine mögliche Reaktion auf das Versagen des Arbeitsmarktes) durch Verstaatlichung des Produktionsmittelbestandes mit der Folge, daß die pretiale Lenkung der Wirtschaft durch zentrale Planung ersetzt wird.

Wenn man auf den Linien weiter denkt, die ich unter "Nicht-Arbeitslösungen" skizziert habe, werden andere Gesichtspunkte relevant: nicht die Abschaffung von Märkten, sondern die Lockerung der Bindung der individuellen Existenz an den Arbeitsmarkt; nicht die Aufhebung des Privateigentums und damit der Selbständigkeit, sondern die Förderung einer Vielfalt von Wirtschaftsformen; nicht die Beseitigung von Gewinnen, sondern das Ende der Naturzerstörung.

Aber hängt das eine nicht mit dem anderen zusammen? Ist die ökologische Krise nicht der direkte Ausfluß der "Profitlogik"? Ich meine nicht. Natur wird so lange durch Wirtschaften vernichtet, als eine Differenz zwischen privaten und gesellschaftlichen Kosten einerseits, privaten und gesellschaftlichen Erträgen andererseits aufrechterhalten wird; in diesen Differenzen und nicht an der zwischen Kosten und Erträgen liegt die Ursache der Naturzerstörung, soweit sie von der privaten Wirtschaft ausgeht (und nicht von der öffentlichen Wirtschaft und den Konsumenten). So gesehen würde das wirtschaftspolitische Reformprogramm lauten: Einebnung der genannten Differenzen durch Vervollständigung der Kostenrechnung. Solange Natur ein freies Gut ist, ist es ja ökonomisch nur rational, sie zu verbrauchen. Eine Gesellschaft ohne Naturzerstörung ist nicht eine Gesellschaft ohne Märkte, sondern eine Gesellschaft, in der Märkte als Instrument eines pfleglichen Umgangs mit der Natur benutzt werden.

Arbeitsgruppe 3

Ökologische Pfade alter und neuer Unternehmen

Koordination:
Dr. Eckart Hildebrandt, Prof.Dr. Eberhard Schmidt, Dr. Marlene Kück

Diese Arbeitsgruppe wird sich intensiver mit der Frage auseinandersetzen, wer in unserer Gesellschaft der Träger einer ökologischen Umorientierung sein können und werden. Der Anstoß zur neueren ökologischen Kritik industrieller Produktion und Versorgung kam ohne Zweifel von den sogenannten neuen sozialen Bewegungen.
Proteste gegen die Risiken der Atomenergienutzung, gegen die Lagerung industrieller Abfallstoffe, gegen die Schadstoffemissionen und dadurch inzwischen signifikant verursachte Schädigungen an Gesundheit, Wasser, Boden und Luft haben einen allgemeinen Umdenkungsprozeß eingeleitet.
Ein entscheidendes Merkmal dieser zumeist dezentralen und auf ein Thema konzentrierten Umweltinitiativen bestand darin, daß sie sich außerhalb der etablierten Politikinstanzen entwickelten. Ihre Aufgabe war, sich einmal als eigenständige und originäre Bewegungen zu stabilisieren, zum anderen auf die traditionellen Akteure in Politik, Gewerkschaften und Betrieben einzuwirken. Dieser Prozeß, d.h. die Bewußtmachung der Notwendigkeit einer ökologischen Umorientierung, ist inzwischen so weit fortgeschritten, daß ökologische Ziele als zusätzliches und eigenständiges Gestaltungsziel anerkannt sind. Große Differenzen und wenig Klarheit besteht nun in der Frage, welche Rolle die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure bei einer ökologischen Umorientierung spielen wollen und können.

In der Arbeitsgruppe soll anhand analytischer und programmatischer Gesichtspunkte diskutiert werden, welche relevanten Entwicklungen und Perspektiven sich bei folgenden Akteuren andeuten:

a. bei den einzelnen Wirtschaftsunternehmen. Hier lassen sich
   - mit großen Unterschieden zwischen den einzelnen Branchen
   - Trends zu neuen Unternehmensphilosophien bezüglich der Stellung des Unternehmens in der Gesellschaft, der Sortimentspolitik (ökologische Diversifikation), der Ressourcennutzung und auch des Umgangs mit den Beschäftigten (sogenannte neue Unternehmenskultur) erkennen.
   Hierbei ist nach dem Gewicht und der Reichweite entsprechender Maßnahmen vor dem Hintergrund unternehmerischer Rentabilitätskalküle zu fragen.

b. Die Diskussion um die Rolle der privaten Unternehmen schwankt zwischen Marktautonomie einerseits und der Notwendigkeit staatlicher Subventionierung/ Auflagenpolitik andererseits.

   Besonders in Regionen, die von Firmenzusammenbrüchen, Arbeitslosigkeit und Umweltskandalen überdurchschnittlich betroffen sind, beginnt sich eine neue Regionalpolitik abzuzeichnen, die Industriestrukturen und die Weiterentwicklung der Infrastruktur neu konzipiert. Auf der anderen Seite hat sich in fast allen Regionen der Trend verallgemeinert, einen technologischen Wachstumsschub zu organisieren und zu finanzieren, dem Ökologieverträglichkeit mehr oder weniger konsequent aufgesattelt wird.

   Hier soll gefragt werden, wie die Anteile staatlicher und privatwirtschaftlicher Politik verteilt sind, welcher Politiktyp im Vordergrund steht (Prävention, Kuration; Art der Intervention) und welcher Unternehmenstyp gefördert wird.

c. Als dritte Kraft haben die Gewerkschaften das Thema Ökologie verstärkt in ihr Programm aufgenommen. Sie stehen dabei vor der massiven Schwierigkeit, ökologischen Umbau und Arbeitsplatzinteressen zu vereinbaren sowie ihre historisch gewachsene Konzentration auf den Betrieb und die Arbeitsverhältnisse zu verändern.
Die Frage richtet sich darauf, in welcher Weise traditionelle Gewerkschaftspolitiken selbst umgebaut sowie um neue Handlungsfelder, z.B. Verbaucherpolitik erweitert werden müssen.

d. Die neuen sozialen Bewegungen haben sich langsam ihre eigenen Produzenten und Konsumenten geschaffen. Der sogenannte Alternativsektor verfügt inzwischen über ein große Anzahl von Produktions- und Dienstleistungsbetrieben, in denen u.a. ökologische Verträglichkeit und soziale Nützlichkeit der Produkte/ Dienstleistungen zum generellen Selbstverständnis gehören.
Hier wäre generell zu fragen, welche Rolle diesem Sektor beim ökologischen Umbau der Gesamtwirtschaft zukommen kann (eigenständiger Sektor, Integration, Anstoßfunktion und Nische).
Konkret ist zu fragen, wie weit sich dieser Anspruch angesichts der Marktverhältnisse realisiert. Damit wird auch die Frage nach neuen Formen der Konsumentenorganisation und der Beziehung Produzent/ Konsument aufgeworfen.

Nach dem Gliederungsprinzip dieser Arbeitsgruppe wurden die folgenden Texte als Themeneinstieg ausgewählt; für den Bereich Alternativsektor und ökologische Umorientierung haben wir verblüffenderweise keinen entsprechenden Text gefunden.

Bonner Forum der *Wirtschaftswoche*: Umweltschutz zwischen Utopie und Marktwirtschaft?

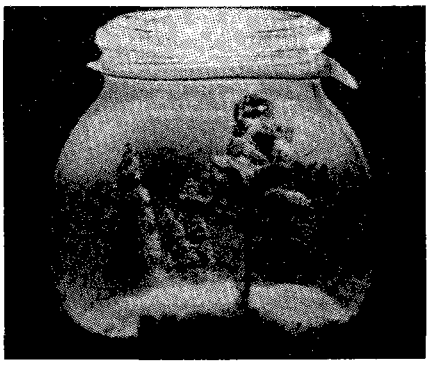
UNTERNEHMER UND UMWELTSCHUTZ (III)

Die Umwelt ist zu retten

Das Bonner Forum hat gezeigt: Unternehmer und Umweltschutzverbände müssen viel mehr als bisher ins Gespräch miteinander kommen. Im letzten Teil seiner Serie untersucht *Wirtschaftswoche*-Redakteur Ralf-Dieter Brunowsky den politischen Handlungsbedarf.

Sie hatten sich viel zu sagen: Unternehmer und Umweltschützer. Nachdem Professor Elisabeth Noelle-Neumann eingangs die große Bereitschaft der Bevölkerung, „sich auf dieses Jahrhundertproblem konstruktiv, optimistisch einzustellen", geschildert hatte, war es Klaus Günther, Vorsitzender des Bundesverbandes Junger Unternehmer, der auf die „neue Unternehmergeneration" verwies, die nicht nur bereit sei, „die Herausforderungen anzunehmen", sondern bereits „längst mit der Lösung der Probleme im Umweltschutz begonnen" habe. In drei Paarungen beharkten sich dann vor der Podiumsdiskussion: Dr. Herbert Gassert, Vorstandsvorsitzender von BBC Mannheim, und Dr. Klaus Traube, Leiter der Projektgruppe Energie und Gesellschaft an der Freien Universität Berlin (siehe Kasten Seite 100). Claus-Michael Andreas, mittelständischer Unternehmer und Leiter des Arbeitskreises Ökologie im BJU, gegen Jo Leinen, Sprecher des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) (siehe Kasten Seite 104). Und schließlich Dr. Otto Koch, Vorstandsmitglied der Bayer AG, Leverkusen, und Professor Frederic Vester, Geschäftsführer der Studiengruppe „Biologie und Umwelt, gleichzeitig Lehrstuhlinhaber für Interdependenz von technischem und sozialem Wandel an der Bundeswehrhochschule München (sie Kasten Seite 108).

Das einhellige Fazit der Diskussion: Wir brauchen integrierte Lösungen im Umweltschutz. Professor Wolfram Engels, Herausgeber der „Wirtschaftswoche", konstatierte das Entstehen einer „neuen Umweltmoral", die eine ungeheuere Chance für eine wirksame Umweltpolitik biete, die freilich auch effizient sein müsse. Die Umfragen des Bundesverbandes Junger Unternehmer und des Instituts für Demoskopie Allensbach enthalten für die Definition des politischen Handlungsbedarfs eine Menge Hinweise:



☐ Die Bevölkerung verlangt angesichts enormer Betroffenheit über die Umweltprobleme weitere Gesetze und konsequente Weiterverfolgung des Umweltschutzes.

☐ Unternehmen und Bevölkerung sind sich einig, daß Umweltschutz stärker belohnt werden muß.

☐ Der internationale Umweltschutz muß wesentlich entschiedener vorangetrieben werden.

☐ Gegen die Gleichgültigkeit der Bürger in bezug auf das eigene Umweltverhalten wurde zu wenig unternommen.

☐ Die Markttransparenz für Unternehmen und Konsumenten ist bei Umweltschutzprodukten völlig unterentwickelt. Werbung und Informationsarbeit bedürfen einer intensiven und grundlegenden Revision.

Die Podiumsdiskussion auf dem Bonner Forum der *Wirtschaftswoche* hat deutlich gezeigt, daß keiner der Diskus-

sionsteilnehmer die Notwendigkeit staatlicher Vorgaben bezweifelt. Zwar hat es niemand so scharf ausgedrückt wie Jo Leinen: „Was wir für neue Entwicklungen brauchen, sind harte Vorschriften und harte Standards." Aber auch Bayer-Vorstandsmitglied Otto Koch meint: „Es ist ganz klar, daß die Rahmenbedingungen für den Umweltschutz selbstverständlich durch den Staat gesetzt werden müssen." Die bereits im zweiten Teil der *Wirtschaftswoche*-Serie zitierte Umfrage des Ifo-Institutes (siehe Tabelle Seite 97) belegt denn auch, daß Gesetze die entscheidenden Nachfragefaktoren für die Unternehmen der Umweltschutzindustrie sind.

Das entscheidende Manko, das die, bezogen auf die Zahl der Gesetze, ansonsten weltweit recht fortschrittliche deutsche Umweltpolitik nach wie vor aufweist, ist die Unsicherheit über die Ziele. Jeder angehende Betriebswirt lernt ziemlich am Anfang seines Studiums die Reihenfolge: Ziel, Prioritäten, Mittel, Kontrolle.

Die umweltpolitische Diskussion der Bundesrepublik zeichnet sich vor allem durch eines aus: Über die Ziele wird nicht gestritten, weil man keine klaren Vorstellungen davon hat.

Prioritäten sind tabu, weil, wie Jo Leinen auf dem Bonner Forum meinte, „ich nicht sagen kann, ob mir das Verbot eines krebserzeugenden Produktes lieber ist als die Mehrwegflasche".

Eine Kontrolle ist nicht möglich, jedenfalls dann, wenn sie dazu dienen soll, Ergebnisse mit den gesetzten Zielen zu vergleichen.

Und so mündet das Ganze in einen ideologisch geprägten Streit über die Instrumente.

Vor der Diskussion verschiedener Instrumente, die dem Wunsch nach mehr „Belohnung" im Umweltschutz entsprechen und ökologische Erfolge bringen, müssen die Ziele viel gründlicher diskutiert werden. Sie sind vor dem Hintergrund des ökologischen Bedarfs umfassend zu definieren. Dazu sind Teilziele mit jeweiligen Prioritäten notwendig, die sich aus dem zur Verfügung stehenden Finanzvolumen ergeben.

Erst auf dieser Grundlage kann die Wirksamkeit verschiedener Instrumente, die Wirksamkeit der jetzigen Umweltpolitik eingeschlossen, miteinander verglichen werden. Erst dann ist auch, beispielsweise in Form eines jährlichen Umweltberichts, eine Effizienzkontrolle re-

„Geld wird nicht dadurch geschaffen, daß der Staat es verteilt, sondern dadurch, daß es jemand erarbeitet."

Herbert Gassert

gierungsintern, aber auch durch die Öffentlichkeit möglich. Ein umfassender Versuch, ein derartiges Programm zu formulieren, ist mit dem Buch „Der Ökoplan – Durch Umwelt-Schutz zum neuen Wirtschaftswunder" (Piper-Verlag) unternommen worden.

Man muß wohl zwei Zielrichtungen unterscheiden: das Ziel, die Umwelt von den Sünden der Vergangenheit zu sanieren, und das generelle Ziel einer dynamischen Vorsorgepolitik, die dafür sorgt, daß die Umweltbelastungen laufend vermindert werden. Bei beiden Zielen kommt es darauf an, wie Claus-Michael Andreas formuliert, „daß die Verbesserung der Umweltqualität erstens schnell, zweitens effizient und drittens volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich auf dem kostengünstigsten Weg erreicht wird".

Die Sanierung der Umweltschäden, soviel ist klar, kann nicht von heute auf morgen erreicht werden. Bayer-Vorstandsmitglied Koch hat deshalb recht mit seiner Bemerkung: „Ich bin mit dem Ziel völlig einig, nur möchte ich eine Zeitvorgabe, ein Tempo haben."

„Wie soll man davon ausgehen, daß sich die Sache ohne markante Zeichen des Staates regelt?"

Klaus Traube

Eine Zielvorgabe muß sagen, in welchem Zeitraum wieviel Prozent der Luftverschmutzung zu beseitigen sind. Oder bis wann die Gewässergüte flächendeckend einen bestimmten Wert erreicht haben muß.

Das ist nur mit Hilfe einer umfassenden Bestandsaufnahme möglich, bei der die Bundesrepublik in Luftbelastungsregionen aufgeteilt wird, die Quellen für die jeweilige Luftverschmutzung identifiziert werden und die Möglichkeiten abgeschätzt werden, die einzelnen Verursacher zur Verminderung ihrer Emissionen innerhalb eines bestimmten Zeitraums anzuregen.

Zu dieser Bestandsaufnahme gehört selbstverständlich auch eine Schadensbilanz. Dabei muß in bestimmten Bereichen das Tempo der Sanierungsmaßnahmen größer sein als das Tempo der Schadenszunahmen, wenn umweltpolitischer Fortschritt erreicht werden soll. Die dramatische Ausweitung des Waldsterbens wird sicher nicht mit Maßnahmen zu bekämpfen sein, die in zehn Jahren wirksam werden (siehe Autoabgase).

Was man unter Prioritäten zu verstehen hat, macht ein einfaches Beispiel deutlich: Wenn einerseits in den Kühlturm eines Völklinger Kraftwerks investiert worden ist, um ihn besonders geräuscharm arbeiten zu lassen, andererseits von der Arbeitsbehörde eine Lärmschutzmauer verlangt wird, obwohl der Lärm von Autos und Eisenbahnen in unmittelbarer Umgebung viel lauter ist, kann von Prioritäten keine Rede sein. Der zuständige Betriebsleiter nach dem Bau der Lärmschutzmauer: „Wir sind der einzige Kühlturm, der gegen Verkehrslärm geschützt ist."

Um den Lärm des Kühlturms überhaupt messen zu können, mußte die Stadt für die Meßdauer Schienen und

Unternehmer: Gesetze gefragt

Beurteilung der Bestimmungsfaktoren zur Nachfrageentwicklung bis 1985 durch die Anbieter auf dem Umweltschutz-Markt[1])

Nachfragedeterminanten[2])	Häufigkeit der Nennungen[3]) (absolut)	(in Prozent)	Rangziffer
Umweltschutz-Gesetzgebung	217	54,9	1
Konjunkturelle Inlandssituation	187	47,3	2
Vollzug von Auflagen	183	46,3	3
Finanzsituation der öffentlichen Hand	171	43,3	4
Umweltbewußtsein der Unternehmer	97	24,6	5
Staatliche Finanzhilfen für kommunale Umweltinvestitionen	94	23,8	6
Staatliche Finanzhilfen für private Umweltinvestitionen	85	21,5	7
Abwasserabgabe	79	20,0	8
Konjunkturelle Auslandssituation	76	19,2	9
Umweltschutz-Politik anderer Staaten	54	13,7	10
Umweltbewußtsein der privaten Haushalte	21	5,3	11
Sonstige	8	2,0	12

[1]) Basisjahr 1982; [2]) Mehrfachnennungen – allerdings wurden die maximal zulässigen drei Nennungen häufig von den Berichtsfirmen überschritten; [3]) 1272 Nennungen bei n = 395
Quelle: Ifo

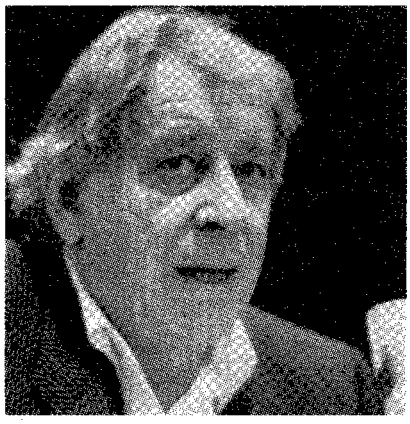
Streitfrage Energie

Argumente von **Herbert Gassert,** Vorstandsvorsitzender der BBC, Baden:

1. Die ewigen Angriffe gegen die Kernkraftwerke haben die Bauzeiten verlängert und entsprechend die Kosten erhöht. Trotzdem können sie immer noch preiswert sein.
2. Jede Art der fossilen Verbrennung produziert Schadstoffe. Kernenergie ist, bezogen auf die Probleme der Luft, umweltfreundlich.
3. Bei der Fernwärme haben sich die Grenzen des Marktes gezeigt. Wer Fernwärme will, muß den Anschlußzwang verordnen und dem Bürger das Geld dafür direkt aus dem Portemonnaie nehmen. Ich kenne nur ganz wenige Fernwärmeversorgungsunternehmen, die behaupten, das Ganze gehe null zu null. Ansonsten wird subventioniert.
4. Natürlich hat die Kraft-Wärme-Koppelung einen besseren Ausnutzungsgrad der Energie. Die Industrie hat kein Aufhebens davon gemacht, daß sie zwischen 1950 und 1970 den Wirkungsgrad thermischer Kraftwerke verdoppelt hat, den Einsatz der Primärenergie halbierte und entsprechend die Emissionen reduzierte. Klar muß aber auch sein: Das Geld wird nicht dadurch geschaffen, daß der Staat es verteilt, sondern dadurch, daß man es erarbeitet. Nur: Wenn die Unternehmer die Mehrkosten am Markt weitergeben wollen, steht in der Zeitung: Schon wieder fünf Prozent Preissteigerung, und niemand fragt, woher das kommt.
5. Die Frage heißt nicht, Kernenergie ja oder nein, sondern Versorgung mit Energie in dieser Republik. Deshalb hat man sich darauf geeinigt, die Energieversorgung zu diversifizieren. Ein Teil Kohlekraftwerke, ein Teil Kernenergie.

Argumente von **Klaus Traube,** Leiter der Projektgruppe Energie und Gesellschaft an der Freien Universität Berlin:

1. Für die Kosten von zwei bis drei Kernkraftwerken hätte man sämtliche deutschen Kraftwerke entschwefeln und entsticken können.
2. Wenn man Strom durch Kraft-Wärme-Koppelung erzeugt, dann produziert man in der Summe mit Kohle oder Gas weniger Schadstoffe als Kernkraftwerke. Stromerzeugung durch Kernenergie emittiert zwar kein Kohlendioxid, aber dafür müssen die Häuser extra beheizt werden.
3. Fernwärme bringt auf der Stromseite günstigere Kosten als jedes Großkraftwerk. Wo Fernwärme angeboten wird, hat sie bisher immer Abnehmer gefunden. Was nicht läuft, sind institutionelle Hindernisse: Das Gebaren bei der Preis-, Strom- und Kartellaufsicht. Teilweise liegt es auch am Management von Stadtwerken, das sich zu sehr daran gewöhnt hat, den notwendigen Strom von großen Verbundunternehmen abzunehmen.
4. Wenn man sich daran erinnert, mit welcher Vehemenz von der Elektrizitätswirtschaft behauptet worden ist, die Großfeuerungsanlagen-Verordnung wäre der Ruin für große, energieintensive Teile der deutschen Volkswirtschaft, wie soll man dann vertrauensvoll davon ausgehen, daß sich die Sache ohne markante Zeichen des Staates regeln wird?
5. Wir haben einen Überhang an Kraftwerkskapazität. Wenn wir weiter Kernkraftwerke bauten, würde das den zu verzinsenden Kapitalstock entsprechend erhöhen, der die Stromerzeugungskosten im wesentlichen bestimmt. Und das ist das, was derzeit passiert.



Straßenverkehr stillegen. Es geht also nicht darum, ob mehr für den Bodenschutz oder mehr für den Lärm getan wird, sondern allein darum, innerhalb der umweltpolitischen Teilziele Prioritäten zu setzen.

Dieses Beispiel zeigt auch, wie die bisherige Umweltpolitik in der Praxis aussieht: Die Behörden orientieren sich nicht an den tatsächlichen Umwelteffekten, sondern am Stand der Technik. Und der sieht eben einen Lärmschutzwall vor. Im zweiten Teil der Serie sind die obskuren Wirkungen dieser Generalklausel bereits hinreichend beschrieben worden. Unternehmen, die mehr tun, als der Gesetzgeber verlangt, laufen Gefahr, ganz anders als erwünscht „belohnt" zu werden, weil sie den Stand der Technik weiterentwickelt haben.

„Als Unternehmer fühle ich mich wie Jo Leinen als Umweltschützer. Wir haben das gleiche Ziel."

Claus-Michael Andreas

Wenn aber eine dynamische Umweltvorsorge mit laufender Verminderung der Umweltbelastungen erreicht werden soll, muß sich Umweltschutz ganz anders lohnen. Für diese zweite Zielrichtung – neben der Sanierung von Umweltschäden – kommen folgende Anreizaspekte in Frage:

☐ Kosteneinsparung durch betriebsinterne Rationalisierung,
☐ verlängerte Abschreibungsmöglichkeiten alter Anlagen durch innerbetriebliche Kompensationslösungen,
☐ Kostenverhinderung durch Einsparung von Schadstoffabgaben,
☐ Verkaufserlöse für die über den gesetzlich geforderten Grenzwert hinaus geleistete Umweltverbesserung,
☐ zinsgünstige Kredite oder Zuschüsse für besonders fortschrittliche Anlagen.

Bereits im ersten Teil der Serie konnte gezeigt werden, daß auch die bisherige Umweltpolitik bei vielen Unternehmen zu einem überraschenden Ergebnis geführt hat: Durch systematisches Überdenken der Produktionsprozesse können neue Verfahren und Abläufe entwickelt werden, die aus dem Kostenfaktor Umweltschutz betriebswirtschaftlich sogar einen Ertragsfaktor machen.

Knapp 30 Prozent berichteten in der Umfrage des BJU, mit Umweltschutzmaßnahmen „dauerhaft Kosten eingespart zu haben". Frederic Vester hat während der Podiumsdiskussion auf den entscheidenden Punkt hingewiesen: „Produkte kommen und gehen, Funktio-

nen bleiben." Aber damit allein ist das mögliche Kosteneinsparungspotential noch nicht ausgeschöpft. Umweltschutz ist auch gesamtwirtschaftlich zu teuer organisiert.

Die gleiche Umweltauflage verursacht bekanntlich für jedes Unternehmen andere Kosten. Amerikanische Untersuchungen haben Unterschiede zwischen 100 und 10 000 Dollar je Vermeidung einer Schadstoffeinheit errechnet, je nachdem, wo die Umweltinvestition vorgenommen wird.

Den Unternehmen muß deshalb die Möglichkeit gegeben werden, innerhalb eines Anlagenkomplexes oder eines Industriegebietes den kostengünstigsten Weg zu wählen, um die Gesamtemission zu vermindern – zum Beispiel durch Stillegung einer alten Anlage, Neubau

„In der Natur haben wir eine freie Marktwirtschaft mit kleinen selbstregulierenden Einheiten."

Frederic Vester

einer besonders emissionsarmen Anlage und dafür im Gegenzug die befristete Erlaubnis, eine andere Altanlage weiterlaufen zu lassen, wenn sich dadurch die Gesamtemission um den vorgegebenen Zielwert vermindert.

Immerhin können sich laut BJU-Umfrage 28 Prozent der Unternehmen vorstellen, unter solchen Bedingungen die geforderten Auflagen kostengünstiger realisiert zu haben.

Eine andere, derzeit vor allem von den Sozialdemokraten reklamierte Möglichkeit: Abgaben auf Schadstoffe. Immerhin halten ja laut BJU-Umfrage 65 Prozent der Unternehmen solche Abgaben durchaus für „diskussionswürdig".

Zu unterscheiden ist freilich zwischen zwei Formen von Abgaben: Die eine Form, beispielsweise der von Nordrhein-Westfalen geforderte „Waldpfennig", dient als Finanzierungsinstrument für die Verteilung von umweltpolitisch für notwendig erachteten Ausgaben. Die andere, beispielsweise die Abwasserabgabe, ist das umweltökonomische Anreiz-Instrument, um das es hier geht. Sie hat den Sinn, sich selbst überflüssig zu machen, dann nämlich, wenn das Emissionsziel erreicht ist.

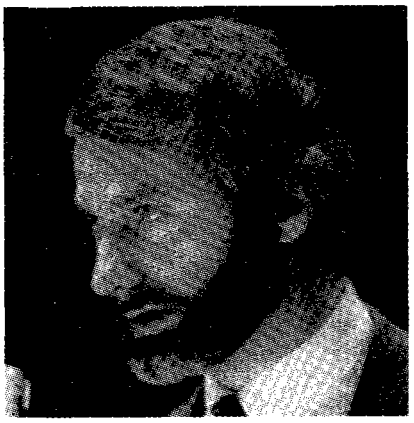
Für sich gesehen ist das Einsparen der Abgabe durchaus ein innovativer Impuls, wie das Abwasserabgabengesetz gezeigt hat, weil die Einsparung der Abgabe wie eine Belohnung wirkt.

Freilich müssen zwei Probleme gesehen werden:

Streitfrage Instrumente

Argumente von **Claus-Michael Andreas,** Leiter des Arbeitskreises Ökologie im BJU:

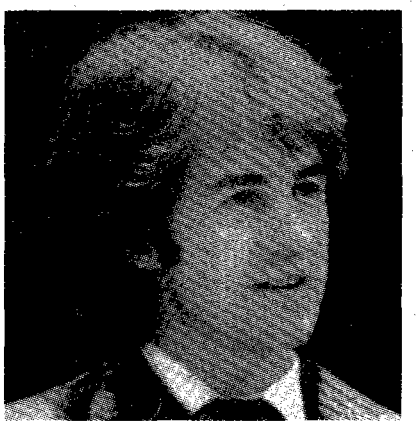
1. Als Unternehmer fühle ich mich ebenso wie Jo Leinen als Umweltschützer. Wir verfolgen im Umweltschutz das gleiche Ziel: eine schnelle und effiziente Verbesserung der Umwelt.
2. Die Frage ist, ob Umweltschutzverbände den Versuch unterstützen, marktwirtschaftliche Instrumente im Umweltschutz zu erreichen, wenn man ihnen nachweist, daß die gemeinsam erwünschten Ergebnisse damit schneller und effizienter erreicht würden.
3. Wir fordern nur, daß in den Fällen, in denen mehr Marktwirtschaft eingeführt werden kann, diese dann auch durchgesetzt wird.
4. Auch die Abgabe ist ein Instrument, das Druck ausübt und die externen Kosten der Umweltnutzung internalisiert. Nur: Die Abgabe muß politisch



festgesetzt werden – ohne daß man weiß, ob es der richtige Preis ist und welche Emissionsmenge herauskommt.
5. Generelle Auflagen bedeuten, daß jeder das gleiche tun muß. Bei gleichem Umwelteffekt sind aber die Kosten von Unternehmen zu Unternehmen unterschiedlich. Ohne einen Marktpreis wird nicht der kostengünstigste Weg gefunden.
6. Das, was jetzt passiert, ist doch eine Umweltverhinderungspolitik: Jede Gruppe der Bevölkerung schlägt eine andere Lösung vor, und niemand will von seiner Lösung heruntergehen. Man sollte mal wie bei der Papstwahl Vertreter aller wichtigen Gruppen in einen abgeschlossenen Raum setzen und sie erst dann herauslassen, wenn oben das kleine weiße Wölkchen herauskommt. Dann erst ist vielleicht eine wirklich integrierte Lösung da.

Argumente von **Jo Leinen,** Sprecher des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU):

1. Das Feindbild, das uns zehn Jahre lang begleitet hat – Umweltschützer gegen Unternehmer und umgekehrt –, ist in der Tat falsch gewesen.
2. Wir erkennen, daß auch aus wirtschaftlichen Gründen Ökologie und Ökonomie nicht voneinander zu trennen sind, weil die Kosten, die durch Umweltzerstörung entstehen, irgend jemand bezahlen muß.
3. Marktwirtschaftliche Umweltgestaltung darf nicht in Gegensatz zu dem gestellt werden, was der Staat immer noch tun muß. Es gibt viele Beispiele, bei denen sich eben zeigt, daß die Vernunft der Marktwirtschaft so weit wiederum auch nicht gediehen ist.
4. Es gibt eine marktwirtschaftliche Lösung, die ich sehr befürworte, und das sind Abgaben. Sie sind die unbüro-



kratischste, die direkteste und die effektivste marktwirtschaftliche Lösung, weil wir wissen, daß sich über den Preis letztendlich das Martkgeschehen steuern läßt, siehe Abwasserabgabengesetz.
5. Für neue Entwicklungen brauchen wir harte Vorschriften und harte Standards. Darum kommen wir nicht herum. Da ist auch alles Gerede über Markt und die originäre Vernunft nicht sehr weiterführend.
6. Wir sollten die Diskussion generell anlegen und uns das, was hier als ökologische Modernisierung bezeichnet worden ist, als gemeinsames Projekt aller tragenden Kräfte des Landes vornehmen.

☐ Hier wird der künstliche Preis für die Umweltverschmutzung politisch festgelegt – und nicht vom Markt. Die Wirkung, also verbleibende Emissionen, ist in ihrer Höhe nicht vorhersehbar.
☐ Die Vielzahl von Schadstoffen, die zum Beispiel mit dem Abwasserabgabengesetz erfaßt und demnächst noch erweitert werden, macht es besonders schwierig, ökonomisch und ökologisch richtig wirkende Preise festzusetzen.

„Für neue Entwicklungen brauchen wir harte Vorschriften und harte Standards."

Jo Leinen

Damit sind ständige Diskussionen über Umfang der einbezogenen Schadstoffe und die jeweilige Höhe der Abgabe programmiert, ohne daß das gesetzte Emissionsziel garantiert werden kann.

Es bleibt immerhin ein gewichtiger Vorteil: Die Direkteinleiter (Großunternehmen und Kommunen) wurden bei der Abwasserabgabe zunächst einmal gezwungen zu rechnen. Dabei ergaben sich vielfach neue technische Möglichkeiten, die vorher gar nicht in Erwägung gezogen worden waren.

Freilich waren auch hier Prioritäten angebracht gewesen: Inzwischen stellt sich nämlich heraus, daß der Klärschlamm vieler Kläranlagen schwermetallhaltig ist und kaum, wie früher gedacht, als landwirtschaftlicher Dünger verwendet werden kann.

Nun muß der Klärschlamm – ebenfalls problematisch – vielfach auf Deponien gebracht werden, wenn keine Anreize für die sogenannten Indirekteinleiter geschaffen werden. Das sind jene Unternehmen, die ihre Abwässer in die kommunalen Kläranlagen liefern und von der Abwasserabgabe nicht erfaßt sind.

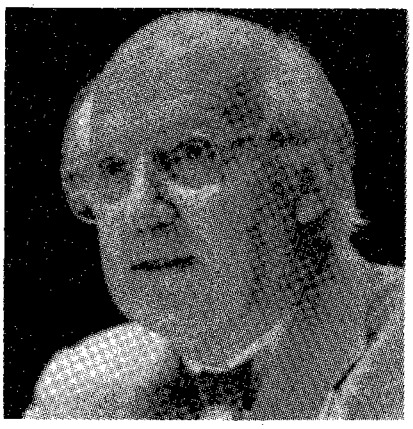
Dennoch: Bedenkt man, daß es fast acht Jahre gedauert hat, bis die Abgaben-Idee 1976 beim Abwasser gesetzlich in Kraft trat, dann sollte man dieses Instrument im Wasserbereich ausbauen, statt eine langjährige Diskussion über andere, möglicherweise sinnvollere Instrumente zu Lasten der Umwelt zu riskieren.

Auch für manche anderen Umweltbereiche, beispielsweise den Lärmschutz, kommen Abgabenmodelle in Betracht. Dann nämlich, wenn es sich nur um einen Schadstoff handelt (in diesem Fall den Lärm), die Zahl der Verursacher über das Flaschenhalsprinzip (zum Beispiel viele Autos, wenige Hersteller)

Streitfrage Wachstum

Argumente von **Otto Koch,** Vorstandsmitglied der Bayer AG, Leverkusen:

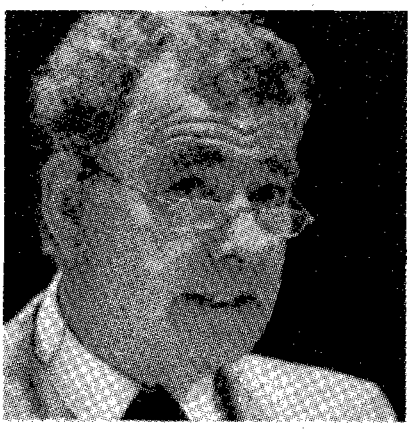
1. Utopische Forderungen helfen uns nicht weiter. Nur klar gesetzte Prioritäten und harte Arbeit können uns Erfolg im Umweltschutz bringen.
2. Umweltschutz haben wir bereits praktiziert, bevor sich Politik und Umweltschützer dafür interessiert haben.
3. Umweltschutz ist für uns Grundlage wirtschaftlichen Wachstums. Ohne Wachstum der Volkswirtschaft werden wir die Arbeitslosen in Zukunft nicht beschäftigen können.
4. In Zukunft wird es noch besser gelingen, Umweltschutz und wirtschaftliches Wachstum zu entkoppeln. Wir haben in den letzten zehn Jahren erhebliche Fortschritte im Umweltschutz erzielt. Wir werden in zehn Jahren für die Probleme von heute auch die notwendigen Technologien entwickelt haben, um sie dann mit



Aussicht auf Erfolg auch lösen zu können.
5. Wir müssen uns einen Zeitraum vorgeben, der unsere Arbeitsplätze nicht gegenüber anderen Regionen der Welt in Gefahr bringt. Die Zeitvorgabe muß dem Arbeitsplatzfaktor Rechnung tragen. Die Umweltschutzverbände sollten zur Harmonisierung der Umweltauflagen in Europa beitragen.
6. Der Vorwurf mangelnder Flexibilität ist ungerechtfertigt. Wir machen heute die Hälfte unseres Umsatzes mit Produkten, die in den letzten zehn Jahren entwickelt worden sind. Und diese Produkte werden so entwickelt, daß sie möglichst wenig Schadstoffe bei der Herstellung freisetzen und damit die Umwelt nicht beeinträchtigen.

Argumente von Prof. **Frederic Vester,** Leiter der Studiengruppe „Biologie und Umwelt" und Lehrstuhlinhaber für „Interdependenz von technischem und sozialem Wandel" an der Bundeswehrhochschule München:

1. Utopisch ist vor allem die Forderung nach permanentem Wachstum.
2. Die Industrie wird ohne eine andere Wirtschaftsweise nicht mit den Umweltschäden fertig werden.
3. In einer Volkswirtschaft kann auch ohne permanentes Wachstum gewirtschaftet werden. In der Natur haben wir die freie Marktwirtschaft mit kleinen, selbstregulierenden Einheiten ohne eine Zentrale, die bestimmt, was geschehen muß. Aber sie arbeiten klug, mit der Natur und nicht gegen sie. Deshalb gibt es dort Gleichgewichte ohne permanentes Wachstum.
4. Was der Industrie fehlt, ist das Denken in Zusammenhängen. Dazu



gehört vor allem die Loslösung vom Produkt. Produkte kommen und gehen, die Funktionen bleiben, wie das Beispiel Asbestindustrie gezeigt hat.
5. Die Japaner haben uns vorgemacht, daß man auch im Export am Ball bleiben kann, wenn man den Umweltschutz offensiv angeht. Aber dazu braucht man Flexibilität, und die fehlt häufig in Großunternehmen.
6. Nicht Gewinnmaximierung, sondern Wachstum muß oberstes Ziel sein, die Sicherung der Überlebensfähigkeit. Es gibt bereits Managementtheorien mit ganzheitlichen Frühwarnsystemen, die angewendet werden können. Wer die Natur beherrschen will, muß ihr gehorchen. Deshalb muß den Grundregeln von überlebensfähigen Systemen gehorcht werden, wie es einige erfolgreiche Unternehmen inzwischen praktizieren.

überschaubar ist und die Abgabenhöhe aufgrund bekannter, bereits erprobter Techniken (zum Beispiel eingekapselte, schallgedämpfte Motoren) relativ einfach zu ermitteln ist.

Diesen Vorschlag macht beispielsweise der wissenschaftliche Direktor im Umweltbundesamt, Lutz Wicke, seit einigen Jahren. Hier würde nach dem Prioritätsgrundsatz mancher Lärmschutzwall überflüssig werden, wenn mit einer Verkehrslärmabgabe die Emissionsquelle selbst in Angriff genommen wird.

Den Unterschied von Abgaben und der dritten Belohnungskategorie, Umweltzertifikaten, hat *Wirtschaftswoche*-Herausgeber Wolfram Engels auf dem Bonner Forum mit wenigen Sätzen so umrissen: „Bei der Zertifikatslösung wird eine bestimmte Emissionsmenge festgelegt, die nicht überschritten werden darf. Diese kann gehandelt werden. Der Preis für die Emission bildet sich am Markt. Bei der Abgabenlösung wird ein bestimmter Preis festgestellt, und anschließend ergibt sich zu diesem Preis ein bestimmtes Emissionsvolumen."

Damit wird deutlich, daß Zertifikatslösungen den Vorteil haben, daß die gewünschten Umweltverbesserungswerte ziemlich genau vorgegeben werden können und gleichzeitig die Suche nach kostengünstigen Lösungen über den Markt gefördert wird.

Das theoretische Konzept sieht vor, innerhalb eines bestimmten Industriekomplexes oder einer zu definierenden Region Bescheinigungen über die gegenwärtig genehmigte Emissionsmenge auszugeben. Diese Zertifikate werden jährlich um den Betrag abgewertet, der erforderlich ist, um ein vorgegebenes Gesamtemissionsziel zu erreichen.

Wenn beispielsweise die Gesamtemissionen innerhalb von fünf Jahren um 50 Prozent vermindert werden sollen, verlieren die Zertifikate jährlich zehn Prozent an Wert. Die Unternehmen müssen also dafür sorgen, entweder jährlich zehn Prozent weniger zu emittieren oder sich Zertifikate zu kaufen, um die gleiche Emissionsmenge beibehalten zu können.

Da Umweltschutzmaßnahmen in der Regel nicht scheibchenweise vorgenommen werden, sondern eine größere Investition auch für mehrere Jahre „Ruhe" schaffen soll, wird es Unternehmen geben, die beispielsweise im ersten Jahr ihre Emissionen schon um 50 Prozent vermindern. Sie können dann ihre Zertifikate an andere Unternehmen, die noch für eine größere Umrüstung „ansparen", verkaufen und damit einen Teil ihrer eigenen Investitionen finanzieren.

Dieses Modell wird von der Bundesregierung und vielen sogenannten Praktikern mit allzu leichter Hand verworfen. Die wichtigsten Begründungen, die beispielsweise im dritten Immissionsschutzbericht der Bundesregierung (April 1984) geliefert werden:

☐ Zertifikate berücksichtigen lokale Effekte in der Nachbarschaft nicht.

☐ Für die Ableitung der zu bestimmenden Gesamtemissionsmenge liegen keine Daten über die tatsächlichen Emissionswerte vor.

„Nur klar gesetzte Prioritäten und harte Arbeit können uns Erfolg im Umweltschutz bringen."

Otto Koch

☐ Die Zuteilung von Emissionsrechten aufgrund der jetzigen Emissionsmenge benachteiligt diejenigen Unternehmen, die bereits jetzt viel für den Umweltschutz getan haben, und gibt denjenigen Unternehmen die rückständig sind die meisten Rechte.

Diese und weitere Argumente sind durchaus ernst zu nehmen. Freilich zeigt sich hier der Grundfehler der ganzen Instrumentendiskussion: Ein Vergleich mit der gegenwärtigen Praxis wird gar nicht erst erwogen. Nur drei Gegenargumente:

☐ Die in der gegenwärtigen Praxis immer wieder gewährten Ausnahmen von eigentlich notwendigen nachträglichen Anordnungen haben die lokale Belastung der Nachbarschaft ebenso außer acht gelassen. Unterschlagen wird auch, daß sich kein Unternehmen leisten kann, laufend Umweltzertifikate hinzuzukaufen. Vielmehr wird es das nur in der Ansparphase tun und bei der späteren Umrüstung zusehen, daß es selbst Zertifikate verkaufen kann.

☐ Das Bekenntnis, daß keine umfassenden Daten über die tatsächlichen Emissionsmengen verfügbar sind, läßt eher erschaudern: Auf welcher Grundlage werden denn eigentlich Auflagen erteilt? Dieses Argument zeigt lediglich, daß automatisierte Meßtechniken energisch vorangetrieben werden müssen, dann entfällt auch der angeblich drohende zusätzliche Verwaltungsaufwand.

☐ Am ehesten leuchtet noch das letzte Argument ein. Aber auch hier sind Zertifikate nicht schlechter als Umweltauflagen nach der gegenwärtigen Praxis. Der wesentliche Unterschied ist nur: Im einen Fall gibt es ein kontrollierbares Emissionsziel, im anderen nicht.

Zertifikate setzen einen gemeinsamen Startpunkt. Auflagen provozieren Ausnahmegenehmigungen, die nicht nach Wettbewerbsgesichtspunkten verteilt werden, sondern nach der jeweiligen Durchsetzungskraft von Vollzugsbehörden. Eine Zertifikatsregelung kann nur ohne Ausnahmen funktionieren. Das bedeutet nicht mehr, sondern weniger Verwaltungsaufwand. Solche Modelle sind in den USA erprobt. Das Pauschalargument, man könne die Verhältnisse in den USA nicht auf die Bundesrepublik übertragen, muß erst noch bewiesen werden. Der BJU-Vorsitzende Klaus Günther: „Hier fordern wir von der Ministerialbürokratie und den Behörden mehr Phantasie."

Angefangen werden könnte beispielsweise mit Zertifikaten für Sondermüll der Industrie: Hier werden schon jetzt im Begleitscheinverfahren Produzenten und Mengen genauestens erfaßt. Warum wagt man in diesem besonders drängenden Problembereich keinen Versuch? Den Handel könnten die Abfallbörsen der Industrie- und Handelskammern organisieren.

Die Beispiele zeigen, daß es eine Fülle von Möglichkeiten gibt, Anreize für mehr Umweltschutz zu finden, die das Eigeninteresse der Unternehmen stärker als bisher mobilisieren. Dazu gehört natürlich auch die Möglichkeit, zinsgünstige Kredite und Zuschüsse an Unternehmen zu gewähren.

So werden bereits jetzt Steuervergünstigungen für Umweltschutzinvestitionen gewährt, und verbilligte Kredite stehen ebenfalls zur Verfügung (zum Beispiel Sonderprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau). Nur: Die Steuervergünstigung des Paragraphen 7d Einkommensteuergesetz achtet nicht auf den Umwelteffekt irgendeiner betrieblichen Maßnahme. Sie begünstigt „die Anschaffung oder Herstellung von abnutzbaren beweglichen oder unbeweglichen Wirtschaftsgütern, die dem Umweltschutz dienen" (zu mehr als 70 Prozent), nicht aber intelligente verfahrenstechnische Lösungen, die aus anderen Gründen vorgenommen werden, die die Umwelt aber möglicherweise viel stärker entlasten als irgendein eingebauter Filter.

„Spitzenrenner in der Schule sind Themen, wie die Technik unser Leben kaputtmacht."

Elisabeth Noelle-Neumann

Auch hier wird wieder deutlich: Nicht der ökologisch-ökonomisch effizienteste Effekt steht im Vordergrund, sondern bürokratisch verwalteter Umweltschutz,

Umfrage-Experten Noelle-Neumann, Günther: Mehr Umweltschutz erwünscht

der sich am statischen „Stand der Technik" orientiert".

Genauso konzeptionslos, weil ohne Ziele und Instrumente, erscheint die bisherige Umweltpolitik auf internationaler Ebene, auch wenn Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann bescheinigt werden muß, daß er vor allem die Gespräche mit dem Ostblock in Gang gebracht hat.

In der Allensbach-Umfrage rangiert die mangelhafte internationale Zusammenarbeit unter den Umweltschutzhindernissen ganz oben. Die Bürger sind sich darin mit den Unternehmen völlig einig. BBC-Vorstandsvorsitzender Herbert Gassert: „Wenn wir nicht für eine Harmonisierung der Umweltschutzanforderungen plädieren, entstehen für uns Nachteile, die nicht mehr reparabel sind."

Freilich: Das Ausland läßt sich zu Umweltschutzmaßnahmen nicht zwingen. Wenn dazu das Umweltbewußtsein der eigenen Bevölkerung weit geringer als hierzulande ist, werden auch Verhandlungen schwierig sein.

Die zunehmende Bedeutung des internationalen Problems wird allein schon daran sichtbar, daß der aus dem Ausland stammende Anteil der Luftverschmutzung um so größer wird, je stärker die Emissionsmengen im Inland mit Erfolg vermindert werden. Volker Prittwitz schreibt dazu in seiner Studie „Umweltaußenpolitik" für das Internationale Institut für Umwelt und Gesellschaft: „Bisher ist seitens der verantwortlichen Institutionen in der Bundesrepublik (wie auch anderer europäischer Staaten) kein zusammenhängendes Konzept für Programm-Ziele, Strategien, Instrumente und Organisation einer solchen Politik entwickelt worden."

Einer der wichtigsten Vorschläge von Prittwitz orientiert sich wieder am nun schon oft zitierten Eigeninteresse: „Jeder Staat wird am ehesten dann zusätzliche Kosten für Umweltschutzmaßnahmen auf sich nehmen, wenn er durch eine Umweltbelastung eigene Interessen gefährdet sieht. Dementsprechend muß es akut betroffenen Staaten wie der Bundesrepublik vor allem darauf ankommen, das Interesse ihrer Nachbarstaaten auf möglichst eigene Umweltschäden zu lenken. Dadurch entstehende beziehungsweise offenbar werdende gemeinsame Interessen an intensivem Umweltschutz sind die beste Grundlage für rasche internationale Lösungen."

In Erwägung gezogen werden sollte dabei auch die Frage, ob die Verminderung bedeutender nachbarstaatlicher Emissionsquellen nicht von der Bundesregierung mitfinanziert werden sollte.

Diese Forderung wird in letzter Zeit auch zunehmend in skandinavischen Ländern diskutiert, wenn man bedenkt, daß der reiche Ölstaat Norwegen etwa die elffache Menge an Schwefeldioxid importiert, die er selbst in die Luft bläst. Die Schäden, die in norwegischen Seen und Wäldern entstehen, rechtfertigen gewiß die Mitfinanzierung ausländischer Emissionsquellen. Nach der Allensbach-Umfrage fände eine derartige Maßnahme die Zustimmung von 41 Prozent der Bevölkerung.

Die wachsende Bedeutung internationaler Umweltpolitik dürfte schon bald die Mitfinanzierung ausländischer Umweltschutzmaßnahmen aktuell machen. Ohne wirkliche Strategien wird es der Bundesregierung freilich kaum gelingen die Harmonisierung von Umweltschutzbestimmungen in Europa mit der notwendigen Zügigkeit voranzubringen, selbst wenn ans Ausland oder an die DDR gezahlt wird.

Aber was tut man gegen die Gleichgültigkeit der Bürger? Die Diskrepanz zwischen Umweltbewußtsein und Umweltverhalten ist für den Ökonomen leicht klärbar: Bürger, die den Unternehmen vorwerfen, nicht freiwillig, sondern nur unter Zwang mehr für den Umweltschutz zu tun, verhalten sich selbst genauso. Es ist eben ökonomisch rational, das öffentliche Gut „bessere Umwelt" in Form teurerer Produkte erst dann zu kaufen, wenn gleiche Bedingungen für alle gelten.

Solange die Abgase anderer Autos eingeatmet werden müssen, gehört jeder Käufer eines im Preis höher liegenden abgasarmen Autos zu den Idealisten. Solange die umweltverschmutzende Konkurrenz Vorteile daraus zieht, wird der einzelne Unternehmer freiwillig kaum höhere Umweltschutzkosten in Kauf nehmen – es sei denn, die Auflagen gelten für alle.

Nur staatliche Vorgaben setzen hier Märkte in Gang. Will die Politik an der Gleichgültigkeit des Bürgers ernsthaft rütteln, müssen auch die Bürger schärfer mit Umweltvorschriften konfrontiert werden: Dazu gehört die schärfere Überwachung der Autoabgase durch den TÜV.

Dazu gehört eine Umweltpolizei, die die private Müllabfuhr auf wilde Müllkippen verhindert. Dazu gehört auch, das in der Landwirtschaft immer noch weitverbreitete, obwohl verbotene Abbrennen von abgeernteten Feldern zu unterbinden.

Diese eher polizeirechtlichen Maßnahmen müssen ergänzt werden von einer viel umfassenderen Information der Bürger über die Möglichkeiten, sich im Haushalt, beim Hausbau, in der Freizeit umweltgerecht zu verhalten.

„Die Mehrheit der Unternehmer will aktiv zur Lösung der Umweltprobleme beitragen."

Klaus Günther

Wie im zweiten Teil der Serie geschildert, sind die Werbeleute aufgerufen, ihre umweltschutzbezogene Konzepte völlig neu zu überdenken und mehr Innovationsgeist zu zeigen. Die Devise muß lauten: Weg von einfallslosen PR-Kampagnen, hin zu Konzepten, die den doppelten Vorteil von ökologischem und ökonomischem Fortschritt deutlich machen. Vor allem auch: Weg von PR-

Kampagnen, die zeigen, was man in der Vergangenheit alles geleistet hat – das ist genausowenig von Nutzen wie immer neue Schuldzuweisungen für vergangene Umweltsünden. Statt dessen sollte viel offensiver dargestellt werden, was in Zukunft für den Umweltschutz geplant ist. Nach dem erfolgreichen Esso-Motto „Es gibt viel zu tun' packen wir's an".

Vielleicht ist es gewagt, die Rolle der Technik im Dschungel der Umweltgesetze mit der überraschend großen Technik-Skepsis der Bevölkerung in Verbindung zu bringen. Elisabeth Noelle-Neumann hat in Bonn über eine Umfrage unter Oberprimanern berichtet. Sie sollten aus einer Liste von zwölf Themen darstellen, was im Zusammenhang mit der Technik in der Schule besonders betont wird. Dabei kam heraus: „Spitzenrenner", so Frau Noelle-Neumann, „waren die Themen, wie Technik unser Leben kaputtmacht, wie Technik unsere Umwelt schädigt, wie sich Technik negativ auswirkt." Da nimmt es nicht wunder, wenn vor allem die Jugend wenig auf die Technik zur Lösung von Umweltproblemen setzt. Der Zusammenhang mit der Generalklausel „Stand der Technik" läßt sich recht einfach konstruieren: Wenn es für die Unternehmen riskant ist, den Einsatz technischer Möglichkeiten zur Bewältigung von Umweltproblemen bekanntzumachen, weil diese dann zum „Stand der Technik" erklärt und den potentiellen Kunden aufgezwungen werden können – woher sollen die Lehrer dann wissen, was mit Hilfe der Technik noch alles möglich ist?

Frau Noelle-Neumann hat in ihrer Eingangsrede auf das „sehr günstige Grundklima für Veränderungen" hingewiesen. Und sie hat auch darauf hingewiesen, daß das scheinbar schlechte Unternehmerbild („Die Unternehmer müssen gezwungen werden") im Umweltschutz kein spezifisches, auf die Umwelt bezogenes unternehmer-kritisches Ergebnis ist sondern übereinstimmt mit einem insgesamt unternehmerkritischen Bild in der Bevölkerung, das sich aus anderen Umfragen ergibt.

Daraus könnte gefolgert werden: Der Umweltschutz ist also auch eine Chance für die Unternehmer, ihr Bild in der Öffentlichkeit insgesamt zu verbessern. Wenn, wie BJU-Vorsitzender Klaus Günther auf dem Bonner Forum resümierte, die Ergebnisse der Umfrage des BJU „ganz klar zeigen, daß die überwiegende Mehrzahl der Unternehmer aktiv zur Lösung der Umweltprobleme beitragen und dafür auch ökonomische Opfer bringen will", dann muß das auch viel deutlicher gezeigt werden, und zwar mit Blick auf die Zukunft, nicht zurück im Zorn mit Blick auf die Vergangenheit. ■

Ein nationales Umwelt-Wiederaufbauwerk fände in Deutschland eine breite Unterstützung

Von GEORG WINTER

Nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges hat die unternehmerische Wirtschaft ihre historische Aufgabe des Wiederaufbaus erkannt und bewältigt. Ein hungerndes, frierendes, verarmtes und desillusioniertes Volk schuf sich durch wirtschaftliche Tatkraft nicht nur eine gesicherte Existenzgrundlage, sondern darüber hinaus einen hohen materiellen Lebensstandard. Auch heute sind wir Opfer einer tiefgreifenden Zerstörung, nämlich der unserer Umwelt. Die Schadstoffbelastung der Atemluft und die fortschreitende Vergiftung von Boden und Wasser sind zwar weniger augenfällig als städtische Trümmerfelder, aber ihre langfristigen Schadenswirkungen haben vergleichbaren Umfang. Heute steht die unternehmerische Wirtschaft vor einer neuen historischen Herausforderung.

Nunmehr geht es darum, unter Wahrung eines annehmbaren Lebensstandards für die gesamte Bevölkerung die Funktionsfähigkeit der natürlichen Umwelt — und damit die Existenzgrundlage auch des Menschen — zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Die umwelttechnische Industrie der Bundesrepublik Deutschland gehört zu den leistungsfähigsten in der Welt und wird — wenn sie ernsthaft gefordert wird — zur Bewältigung dieser Aufgabe einen entscheidenden Beitrag leisten.

Einen „ökologischen Marshall-Plan" entwickeln

Wie nach dem Zweiten Weltkrieg der Wiederaufbau maßgeblich durch den Marshallplan gefördert wurde, so brauchen wir für den Wiederaufbau der ruinierten Umwelt eine kraftvolle Initialzündung. Geeignet wäre ein „ökologischer Marshallplan" zur Sanierung von Boden, Wasser und Luft. Anstoß, organisatorisches Konzept, finanzielle Mittel und Leitungsmacht des „ökologischen Marshallplanes" müßten im Gegensatz zum geschichtlichen Marshallplan vom deutschen Volk ausgehen.

Entsprechend dem als Marshallplan bekannten European Recovery Program (ERP) nach dem Zweiten Weltkrieg ließe sich auch ein von der EG getragenes europäisches Umwelt-Wiederaufbau-Programm (European Environmental Recovery Program, EERP) ins Leben rufen. Zahlreiche grenzüberschreitende Umweltprobleme verlangen internationale Lösungen. Zur Vermeidung von Zeitverlusten müßte jedoch die Bundesrepublik Deutschland mit einem nationalen Umwelt-Wiederaufbauwerk die Vorreiterrolle übernehmen.

Der „ökologische Marshallplan" sollte von der Bundesregierung als ein umfassendes Umwelt-Wiederaufbauwerk von historischem Rang formuliert werden. Entscheidend für das Gelingen des nationalen Umwelt-Wiederaufbauwerkes wären nach Prioritäten geordnete, quantifizierte ökologische Zielvorgaben. Zielerreichungskontrolle und Zielfortschreibung müßten nach den Regeln professionellen Managements erfolgen. Kein anderes Regierungsprojekt könnte sich einer breiteren Unterstützung durch die Bevölkerung sicher sein.

Auch ein Großteil der Unternehmen würde das Projekt tatkräftig fördern. Nach einer Umfrage des Bundesverbandes Junger Unternehmer vom Sommer 1984, an der sich 842 Unternehmer aus 36 Branchen beteiligten, würden 76,7 Prozent eine Verankerung des Umweltschutzes in der Verfassung begrüßen. Rund 75 Prozent werden in Zukunft ihre Produktion stärker auf den Umweltschutz ausrichten. 60 Prozent sind bereit, für den Umweltschutz ökonomische Opfer zu erbringen.

Das Unternehmen als ‚Umweltschutz-Organisation'

Will ein Unternehmer mit dem Umweltschutz Ernst machen, so braucht ihm dabei das Unternehmen nicht im Wege zu stehen. Vielmehr läßt sich das Unternehmen in mancher Beziehung geradezu als Werkzeug des Umweltschutzes einsetzen. Ein Unternehmen, welches das Ziel eines angemessenen Gewinns nicht verleugnet, kann sich trotzdem gleichzeitig als Speerspitze des Umweltschutzes verstehen. Indem es sich als „Umweltschutz-Organisation" engagiert, kann es die Arbeit anderer Umweltschutz-Organisationen sinnvoll ergänzen. Denn es verfügt über besonders günstige Aktionsmöglichkeiten eigener Art:

1. Dem Unternehmen stehen besondere — z.T. internationale — Informationskanäle zu Gebote.
2. Das Unternehmen besitzt direkte Einflußmöglichkeiten auf Kammern und Industrieverbände.
3. Ein erfolgreiches Unternehmen kann nicht mit dem Vorwurf mangelnden wirtschaftlichen Verständnisses mundtot gemacht werden.
4. Das Unternehmen unterliegt — da es überparteilich ist — keinen politischen Reibungsverlusten.
5. Die Effektivität eines professionellen — in Zielvorgabe und Erfolgskontrolle geübten — Managements kann auf den Umweltbereich übertragen werden.
6. Die Belegschaft stellt einen „repräsentativen Bevölkerungsquerschnitt im Hause" dar, der für umweltorientierte Pilotprojekte prädestiniert ist.
7. Umweltinitiativen der Unternehmensführung erhalten einen Vertrauensvorschuß auch bei solchen Mitarbeitern, die sonst dem Umweltschutz gegenüber skeptisch eingestellt sind.
8. Das Kreativitätspotential von Mitarbeitern wird für den Umweltbereich fruchtbar gemacht.
9. Durch den ökologisch-ökonomischen Dialog im Hause wird die Konzipierung praxisnaher Umweltschutz-Pilotprojekte gefördert.
10. Das Industrieunternehmen verfügt vielfach über ein Spektrum von Spezialisten, die ihre Fachkenntnisse im Rahmen von Umweltschutz-Pilotprojekten kombinieren können.

1. Umweltorientierte Mitarbeiterschulung

Der einzelne Mitarbeiter ist die „Lebenszelle" des „Organismus" Betrieb. Es kann deshalb keinen umweltorientierten Betrieb ohne ausgeprägtes Umweltbewußtsein der Mitarbeiter geben. Deshalb werden im Hause Winter für Auszubildende

Umweltseminare und umweltbezogene Bildungsausflüge veranstaltet. Für Mitarbeiter werden Vorträge zu Umweltfragen organisiert. Broschüren des Umweltbundesamtes und des Bundesgesundheitsministeriums gelangen zur Verteilung.

Umwelt-Rubrik in der Betriebszeitung

Die Betriebszeitung hat eine Umwelt-Rubrik. Es finden naturbezogene Preisausschreiben statt. Nahrungsmittel aus biologischem Anbau werden vor das Werkstor gefahren, um den Mitarbeitern Qualitätsvergleiche zu ermöglichen. Innerbetriebliche Veranstaltungen mit Verbraucherverbänden sind in Vorbereitung.

2. Umweltberatung in Mitarbeiterhaushalten

Zwischen 30 und 40 Prozent der Umweltprobleme entstammen privaten Haushalten. Auch hier kann der Betrieb ansetzen. Ab 1. April 1985 können Mitarbeiter des Hauses Winter für ihren Privathaushalt auf Firmenkosten einen Umweltberater anfordern, der ihnen Empfehlungen gibt, wie der Wasserverbrauch gesenkt, der Strom besser genutzt, die Abfallbeseitigung durch Vorsortierung entlastet, im Garten weniger chemische Mittel eingesetzt und Konsumartikel durch vom Umweltbundesamt ausgezeichnete Alternativprodukte ersetzt werden können.

Dieses Pilotprojekt, das auf eine Initiative von Dr. Maximilian Gege, Direktor Unternehmensplanung und Umweltbeauftragter im Hause Winter, zurückgeht, soll in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt und anderen Organisationen weiterentwickelt werden und Bund, Länder und Gemeinden zum Einsatz öffentlich finanzierter, unabhängiger Umweltberater anregen. Die konstituierende Sitzung für das Pilotprojekt fand am 3. Dezember 1984 im Hause Winter statt. Beteiligt waren Vertreter des dem Bundesinnenministerium unterstehenden Umweltbundesamtes, der Landesregierung Schleswig-Holstein, der Stadt Norderstedt, des Rates der Evangelischen Kirche, der Verbraucherzentralen, des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), des Öko-Instituts, Freiburg, sowie der Katalyse-Umweltgruppe, Köln.

3. Umweltbeauftragter, -ausschuß und Umweltvorschlagswesen

Innerbetriebliche Umweltarbeit braucht schlagkräftige Institutionen. Für die Koordinierung der innerbetrieblichen Umweltaktivitäten ist im Hause Winter ein Umweltbeauftragter verantwortlich. Er gehört der Direktoriumsebene an und steht in laufendem Kontakt mit der Geschäftsleitung. Gleichzeitig arbeitet er eng mit dem Betriebsrat zusammen. Er betreibt professionelles „Umweltmanagement". Der Umweltausschuß, der aus Vertretern verschiedener Unternehmensbereiche gebildet wird, legt den Umweltaktionsplan fest, wirkt in die Unternehmensbereiche hinein und legt auf periodischen Sitzungen Rechenschaft über erreichte und noch nicht erreichte Umweltziele ab. Über das Umweltvorschlagswesen werden Anregungen aus der breiten Mitarbeiterschaft aufgegriffen.

4. Umweltorientierte Produkt- und Verfahrensentwicklung

Die Entwicklung umweltschonender Produkte ist bereits eine Forderung des Geschäftsinteresses. Das Haus Winter stellt beispielsweise für die Gesteinsbearbeitung Kreissägen her, deren Schallentwicklung – gemessen am akustischen Eindruck– nur noch die Hälfte der üblichen beträgt. Mitarbeiter in Abnehmerbetrieben weigern sich inzwischen, lautere auf dem Markt befindliche Varianten einzusetzen.

Die Umweltfreundlichkeit wird zum Verkaufsargument

War Umweltfreundlichkeit des Produktes gestern noch eine kaum honorierte Nebenleistung, so ist sie heute ein wichtiges Verkaufsargument, und morgen wird sie Voraussetzung für die Verkäuflichkeit des Produktes überhaupt sein. Auch die Entwicklung umweltschonender Fertigungsverfahren ist eine im Hause Winter intensiv verfolgte Daueraufgabe.

5. Entsorgung nach dem letzten Stand der Technik

Ein umweltorientiertes Unternehmen informiert sich laufend über den letzten Stand der Entsorgungstechnik, um nach Möglichkeit mehr zu leisten, als die gesetzlichen Grenzwerte verlangen. Der Bestandschutz für Altanlagen wird sinnlos, soweit der Bestand der Natur – Existenzgrundlage allen Lebens und damit auch der Industrie – nicht ausreichend geschützt wird. Das Haus Winter bemüht sich um Übererfüllung der deutschen Standards und um die Einhaltung der deutschen Standards durch Tochtergesellschaften in Ländern mit weniger ausgeprägter Umweltgesetzgebung.

6. Umweltorientierte Materialbeschaffung

Durch gezielten Einsatz der „Nachfragemacht" kann das Industrieunternehmen auf die Lieferanten dahingehend Einfluß nehmen, daß diese ihr Angebot auf umweltverträglichere Produkte umstellen. Auf Betreiben des Hauses Winter hat sich eine Gruppe bekannter Industrieunternehmen aus Hamburg und Schleswig-Holstein zu einem Arbeitskreis mit dem Ziel zusammengeschlossen, die Materialbeschaffung der Unternehmen nicht nur an den bisher üblichen Einkaufskriterien (z.B. Qualität, Service, Preis, Lieferbereitschaft), sondern darüber hinaus an dem Kriterium der Umweltverträglichkeit auszurichten. Im Rahmen eines Pilotprojektes bestehen Kontakte zum Umweltbundesamt, zum zoologischen Institut, Ökologie/Küstenforschung, der Universität Kiel und zum Bundesverband Materialwirtschaft und Einkauf.

Anläßlich einer Unterredung mit Mitgliedern des Umweltbundesamtes in Berlin am 26. November 1984 formulierte der Arbeitskreis folgende Ziele: eine umfassendere Verwertung der umweltbezogenen Informationen des Umweltbundesamtes für die betriebliche Einkaufspraxis, die Einrichtung von Umweltseminaren für industrielle Einkäufer, die Erstellung einer nach dem Grad der Umweltverträglichkeit klassifizierten Materialliste mit Alternativvorschlägen sowie die Schaffung eines neuen Berufsbildes, nämlich des industriellen Umweltberaters, der als ökologischer und materialwirtschaftlicher Fachmann die betrieblichen Einkäufer bei der Auswahl umweltgerechter Alternativprodukte beraten kann.

Der Arbeitskreis wandte sich noch im November an den Präsidenten des Umweltbundesamtes sowie an den Bundesinnenminister mit der Bitte um Unterstützung des Projektes. Die Initiative fand ein erfreuliches Echo. Nach Mitteilung des Präsidenten des Umweltbundesamtes, Dr. Freiherr von Lersner, vom 13. Dezember hat das Umweltbundesamt wegen einer Fortbildungsveranstaltung für industrielle Einkäufer Kontakte zum Fortbildungszentrum Gesundheit- und Umweltschutz e.V. (FGU) aufgenommen. Dem von Bundesinnenmi-

nister Friedrich Zimmermann neu eingerichteten „Arbeitskreis Umweltschutz und Mittelstand", der für den 12. Dezember nach Bonn einberufen wurde, schlug das Bundesinnenministerium vor, regionale „Umwelt-Sachverständigen-Stellen" zu bilden, welche mittelständische Unternehmer bei dem Einkauf umwelttechnischer Investitionsgüter beraten sollen.

7. Umweltorientierte Kreditbeschaffung

Kaum ein Unternehmen wird es sich leisten können, die Auswahl des Kreditgebers davon abhängig zu machen, wie dieser sich in seiner Unternehmenspolitik zu Fragen des Umweltschutzes stellt. Bei Kreditgesprächen kann jedoch den Bankenvertretern gegenüber angedeutet werden, daß ihre Kredite an solche Unternehmen gefährdet sind, die sich in ihrer Programm- und Investitionspolitik nicht vorausschauend auf die zu erwartende rasche Verschärfung von Umweltgesetzen einstellen. Die Bankenvertreter werden dieserart dazu angeregt, bei ihren Kreditgesprächen mit den verschiedenen Unternehmen zu prüfen, ob die Unternehmensleitungen die geschäftlich notwendige Vorausschau und Flexibilität im Umweltbereich erkennen lassen.

Gleichzeitig dürfte durch die bloße Frage der kreditgewährenden Bank bei mancher Umternehmensleitung ein heilsamer Denkprozeß ausgelöst werden, der einer bedrohlichen Unternehmensentwicklung bei plötzlich verschärften umweltseitigen Anforderungen vorbeugt. Das Haus Winter ist bemüht, bei allen Begegnungen mit Kreditgebern diese Zusammenhänge anzusprechen. Besonders seit der Giftgaskatastrophe von Bhopal mit ihren haftungsrechtlichen Konsequenzen widmen die Banken dem Thema starke Aufmerksamkeit.

Die Umweltbewegung unterstützen

8. Umweltorientierte Verbandsarbeit

Die Dachverbände der Wirtschaft, BDI und DIHT, verwenden zu viel Energie darauf, die Dynamik der Umweltbewegung zu dämpfen, anstatt sich in einer kraftvollen umwelttechnischen Vorwärtsstrategie an deren Spitze zu setzen. Die von der Bundesregierung angestrebten Verschärfungen der TA-Luft und des Bundesimmissionsschutzgesetzes sind notwendig, technisch realisierbar und liegen im Interesse eines Großteils der Industrie, nämlich des Umweltprobleme lösenden und des umweltneutralen Sektors.

Soweit BDI und DIHT als Sprachrohr des umweltbelastenden Industriesektors diesen Verschärfungen entgegenwirken, verfehlen sie ihren Auftrag, im Interesse der gesamten Industrie zu handeln. Gegen eine solche einseitige Verbandspolitik wird sich das Haus Winter weiterhin mit Nachdruck zur Wehr setzen.

9. Unternehmenskontakte im Dienst von Bürgerinitiativen

Unternehmen verfügen zum Teil über Kontakte, deren Einsatz die Durchschlagskraft von Bürgerinitiativen maßgeblich erhöhen kann. Zum Beispiel führte das Haus Winter im Auftrage der überparteilichen Aktion von Bürgervereinen „Bessere Luft für Hamburg" eine „Internationale Enquête zum letzten Stand der Abgasreinigungstechnik bei kohlebetriebenen Großfeuerungsanlagen" durch. Die Ergebnisse der Enquête wurden den Ministerpräsidenten der Bundesländer zugestellt und von Ministerpräsident Späth anläßlich eines Bundesratsvorstoßes des Landes Baden-Württemberg zwecks Verschärfung der Großfeuerungsanlagen-Verordnung zitiert.

Die vom Hause Winter bei US-amerikanischen und japanischen Herstellern eingeholten Informationen zum letzten Stand der Rauchgasreinigungstechnik trugen entscheidend dazu bei, daß im Genehmigungsbescheid für das geplante Kohlenkraftwerk in Hamburg, am Haferweg, nunmehr Emissionsgrenzwerte festgelegt wurden, die erheblich unter den Grenzwerten der Großfeuerungsanlagen-Verordnung liegen, hinter denen sich europäische Hersteller von Rauchgasentschwefelungsanlagen zunächst verschanzt hatten. Dadurch wurde für das gesamte Bundesgebiet ein Signal gesetzt, das die höheren Grenzwerte der Großfeuerungsanlagen-Verordnung endgültig ihrer politischen Durchsetzbarkeit beraubt.

10. Finanzielle Förderung von Umweltschutz-Organisationen

Die beschriebenen betrieblichen Umweltaktivitäten können nur einen Teil der sich stellenden Aufgaben abdecken. Flankierend bleibt die finanzielle Förderung verschiedener Umweltschutz-Organisationen notwendig. Zu den vom Hause Winter geförderten Umweltschutz-Organisationen gehören u.a. der Verein Naturschutzpark, der Wildpark Eekholt, der Deutsche Bund für Vogelschutz. Im Rahmen eines Pilotprojektes plant das Haus Winter, besonders förderungswürdigen Umweltschutz-Organisationen einen Unternehmensberater zu finanzieren, der die Geschäftsführung in modernen Managementmethoden unterweisen und die Verbandseffektivität durch Einführung rationeller Organisationsformen erhöhen soll. Industriemanager und Umweltschützer müssen gegenseitig voneinander lernen.

Das gemeinsame Ziel gemeinsam verfolgen

Bereits im Jahr 1972, also vor 12 Jahren, verteilte anläßlich des 125jährigen Bestehens des Hauses Winter die Geschäftsleitung an die Mitarbeiter das Buch „Todeskandidat Erde" von Prof. Snyder. Denn die Bedrohung der Umwelt und die Notwendigkeit schnellen Handelns waren bereits damals erkennbar. In der Zwischenzeit haben alle Verantwortlichen — und da kann sich fast kein Bürger freisprechen — kostbare Zeit ungenutzt verstreichen lassen.

Den Geschäftsleitungen der Unternehmen ist meist noch nicht ausreichend bewußt, welch umfassendes Aktionsinstrumentarium für sinnvolle Umweltschutzarbeit ihnen zur Verfügung steht. Dieses Aktionsinstrumentarium müssen die Geschäftsleitungen verantwortungsbewußt und entschlossen einsetzen. Von zentraler Bedeutung ist dabei das Engagement aller Mitarbeiter, besonders auch des Betriebsrates. Das einzelne Unternehmen ist die „Lebenszelle" des „Organismus" Wirtschaft. Ohne Ausrichtung der vielen einzelnen Betriebe am Gedanken des Umweltschutzes kann es keine umweltorientierte Wirtschaft und ohne eine solche keinen langfristigen Fortbestand menschenwürdigen Lebens in unserem Lande geben.

Dr. Georg Winter ist geschäftsführender Mitgesellschafter der Ernst Winter & Sohn GmbH & Co. und Mitglied der Umweltausschüsse des VDMA und der Handelskammer Hamburg sowie der Ökologiekommission des Bundes Junger Unternehmer.

aus: Handelsblatt, 18. / 19. 1. 1985

Kurt Wand*

Arbeit für alle – Möglichkeiten regionaler Beschäftigungspolitik

Seit Beginn der achtziger Jahre haben sich die Probleme der Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik erheblich zugespitzt. Die beschäftigungspolitische Untätigkeit der Bundesregierung einerseits und die besondere Betroffenheit der altindustriellen Regionen andererseits haben zu der Frage geführt, wie die wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten von Ländern und Gemeinden verstärkt genutzt werden können. Ein Beispiel für ein derartiges regionalisiertes Handlungskonzept ist das Projekt „Beschäftigungsprogramm Küste", das den Versuch unternimmt, die DGB-Forderungen nach einem 50-Milliarden-Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Lebensqualität für die norddeutsche Küstenregion zu konkretisieren.

Wenn im folgenden die Möglichkeiten der regionalen Beschäftigungspolitik im einzelnen beschrieben werden, muß vorweg allerdings klar gesagt werden, daß Länder und Gemeinden auf sich allein gestellt nur einen kleinen Teil der bestehenden Arbeitslosigkeit beseitigen können: Ohne eine aktive Beschäftigungspolitik des Bundes, ohne durchgreifende Arbeitszeitverkürzung und ohne soziale Beherrschung des technischen Fortschritts ist die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik nicht vorstellbar.

Der Stellenwert eines „Beschäftigungsprogramms Küste" wird daher vor allem in folgenden Punkten bestehen:

- Die Grundidee, daß Investitionen in den Umweltschutz bessere Lebensverhältnisse und mehr Arbeitsplätze schaffen können, muß durch Beispiele „vor Ort" konkretisiert werden, damit sie mobilisierungsfähig in der gewerkschaftlichen und politischen Auseinandersetzung wird.
- Länder und Gemeinden müssen abkommen von ihrem volkswirtschaftlich sinnlosen, gleichwohl kostspieligen „Bürgermeisterwettbewerb" um Unternehmensansiedlungen abkommen und sich statt dessen auf direkt beschäftigungswirksame Investitionsprojekte und eine aktive Strukturpolitik konzentrieren.
- Für die gewerkschaftliche Arbeit muß sichtbar werden, welche Umsetzungshemmnisse, aber auch welche Handlungsmöglichkeiten im Hinblick auf eine Politik des qualitativen Wachstums in der Region bestehen und wie diese genutzt und ausgeweitet werden können.

Umweltpolitischer Handlungsbedarf in der Küstenregion

Grundlage des projektierten „Beschäftigungsprogramms Küste" ist eine Bestandsaufnahme des umweltpolitischen Handlungsbedarfs in der Küstenregion. Die ökologischen Probleme und Aufgaben liegen dabei vor allem in folgenden Bereichen:

- Verschmutzung von Nord- und Ostsee, Elbe, Weser und Ems, aber auch vieler kleinerer Gewässer im ländlichen Raum durch kommunale, industrielle und landwirtschaftliche Abwässer;
- Belastungen des Bodens durch die über Jahrzehnte praktizierte Abfall-„Entsorgung" (Altlasten mit zum Teil hochgiftigen Stoffen), ökologische Probleme der Mülldeponierung und -verbrennung, Notwendigkeit des Einstiegs in eine neue Abfallwirtschaft mit den Zielen Vermeidung, Verringerung und Wiederverwertung;
- Umstrukturierung der regionalen Energieversorgung auf rationelle und umweltfreundliche Systeme (Fern- oder Nahwärme aus Kraft-Wärme-Koppelung);
- ökologische Erneuerung des Wohnungsbestandes in Städten und Dörfern, z. B. Energieeinsparung, Wohnumfeldverbesserung, Lärmschutz, Umstellung der Ver- und Entsorgung;
- Verlagerung des Personen- und Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene, Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in den Ballungszentren, aber auch im ländlichen Raum.

Ausgehend von diesen Bedarfsfeldern werden konkrete öffentliche und private Investitionserfordernisse im Sinne des DGB-50-Milliarden-Programms für Städte und Landkreise in der Küstenregion ermittelt (vgl. Übersicht). Dabei besteht das Ziel nicht nur in einem verbesserten technischen Umweltschutz; es geht vielmehr vor allem auch um Möglichkeiten prinzipiell umweltverträglicherer Organisation von Siedlungswesen, Produktion und Verkehr.

Investitionsbedarfe und Beschäftigungseffekte

Bereits grobe quantitative Schätzungen zum umweltpolitischen Handlungsbedarf zeigen auf, daß die bezeichneten Investitionsaufgaben ein außerordentlich ökonomisches Gewicht erlangen können. So errechnete z. B. die IG-Metall-Bezirksleitung Hamburg in ihren „Vorschlägen für ein Beschäftigungsprogramm Küste" vom Januar 1984 einen regionalen Investitionsbedarf von 4,6 Milliarden DM in fünf Jahren. Damit hätten rund 85 000 Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden können. Die Handlungserfordernisse im Bereich des Umweltschutzes können also durchaus – wahrscheinlich bis zum Ende dieses Jahrhunderts – Grundlage einer aktiven Beschäftigungspolitik im Sinne des qualitativen Wachstums werden. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß diese Investitionsbedarfe in einem gemeinsamen Programm von Bund, Ländern und Gemeinden und unter Einbeziehung des privaten Sektors in Angriff genommen werden.

Umsetzungschancen in der Region

Das Hauptproblem regionaler Beschäftigungsprogramme besteht darin, daß zusätzliche Beschäftigung nur aus zusätzlicher volkswirtschaftlicher Nachfrage entstehen kann. Das klassische Instrument hierfür ist die Kreditfinanzierung von Staatsausgaben im Vorgriff auf spätere Refinanzierungseffekte (erhöhte Staatseinnahmen aus vermehrter wirtschaftlicher Aktivität, verminderte soziale Kosten der Arbeitslosigkeit). Genau dieses Instrument steht aber Ländern und Gemeinden nur sehr eingeschränkt zur Verfügung, weil sich die volkswirtschaftlichen Refinanzierungseffekte nur zum geringeren Teil in der Region selbst niederschlagen.

Auch wenn man diese prinzipielle Einschränkung des regionalen Handlungsspielraums in Rechnung stellt, ergeben sich dennoch auch auf unterer Ebene konkrete beschäftigungspolitische Umsetzungschancen, die künftig konsequenter genutzt werden müssen.

Beispiele hierfür sind u. a. folgende:

Öffentliche Mittel, die für ungezielte und beschäftigungspolitisch fragwürdige Wirtschafts- und Ansiedlungsförderung eingesetzt werden, sollten zugunsten direkt beschäftigungswirksamer und strukturverbessernder Investitionsprojekte z. B. im Bereich der rationellen Energieversorgung umgeschichtet werden.

Sanierungsmaßnahmen bei der Abwasserbehandlung oder neue Organisationsformen der Abfallwirtschaft können über Umlagen und Gebühren finanziert werden.

Industrie und Gewerbe können über verschärfte Auflagen nach dem Bundesimmissionsgesetz zu umweltbelastenden Investitionen veranlaßt werden.

Einbezogen werden muß insbesondere auch die Investitionspolitik der öffentlichen Unternehmen. So wären z. B. Investitionen in den Fernwärme- und Nahwärmeausbau in Hamburg mit Sicherheit energiepolitisch sinnvoller und beschäftigungspolitisch wirksamer gewesen als das Festhalten am Ausbau des KKW Brokdorf.

Es gibt also durchaus relevante regionale Handlungsmöglichkeiten im Sinne einer Verknüpfung von Umwelt und Arbeit, die positive Nettoeffekte in bezug auf die Beschäftigung bewirken können.

Notwendigkeit einer aktiven Wirtschaftsstrukturpolitik

Das geplante „Beschäftigungsprogramm Küste" wird sich aber keinesfalls darauf beschränken können, nur eine erhöhte Nachfrage nach Umweltschutzgütern herbeizuführen. Denn selbst wenn dies gelingt, bedeutet dies keineswegs im Selbstlauf auch erhöhte Beschäftigung in der Region. Das Beispiel der Rauchgasreinigung bei den Kraftwerken macht deutlich, daß die damit verbundenen Auftragschancen insbesondere bei technologisch anspruchsvolleren Investitionsgütern weitgehend an der regionalen Wirtschaft vorbeilaufen können.

Notwendig ist deswegen eine aktive Wirtschaftsstrukturpolitik, die auch auf die zentralen Krisenursachen des Produktionspotentials in der Region eingeht: die starke Konzernabhängigkeit und die Defizite im Bereich von Forschung und Entwicklung sowie Innovation. Grundlinien einer solchen Strukturpolitik sind vor allem folgende Punkte:

- Vorrang für eine bestandsorientierte Wirtschaftspolitik mit dem Ziel der Umstrukturierung: Es muß ein Gegengewicht gegen die Tendenzen des Marktes geschaffen werden; es ist unsinnig, die vorhandenen „überalterten" Industrien verkommen zu lassen und auf die Ansiedlung neuer, „marktgerechter" Produktionszweige zu hoffen.
- Schaffung neuer Instrumente der staatlichen Wirtschaftspolitik: Dazu zählt insbesondere der Ausbau und der systematische Verbund des Bestandes an öffentlichen Unternehmen. Die Errichtung neuer öffentlicher Unternehmensbereiche im Umweltschutz ist eine der wenigen verfügbaren Handlungsmöglichkeiten, um der Problematik der Konzernabhängigkeit der regionalen Industrie entgegenzuwirken.
- Ausbau der öffentlichen Infrastruktur nicht nur bei Forschung und Entwicklung, sondern auch bei den Planungskapazitäten in der öffentlichen Verwaltung sowie im Hinblick auf Vollzugs- und Kontrollmöglichkeiten.
- Verstärkte Einbeziehung von Arbeitnehmern, Betriebs- und Personalräten sowie Gewerkschaften in die regionale Wirtschaftspolitik; Ausbau der arbeitsorientierten Innovations- und Technologieberatung; Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten im Betrieb wie überbetrieblich (Wirtschafts- und Sozialräte).

Beschäftigungsprogramm Küste – Übersicht über die Vorschläge

Programmbereich/Projekte

Energieversorgung

1. Ausbau von Fernwärme- und Nahwärmeleitungssystemen
2. Neubau bzw. grundlegende Erneuerung von Heizkraftwerken
3. Bau von Blockheizkraftwerken, Umrüstung von gas- und schweröfbefeuerten Heizwerken
4. Energiesparmaßnahmen und Heizungsumstellungen im Wohnungsbestand und bei öffentlichen Gebäuden
5. Entwicklung regenerativer Energieträger (Windenergie- und Biogasanlagen)
7. Rauchgasreinigungsanlagen für Kraftwerke

Industrieller Bereich

1. Reduzierung der Luftbelastungen durch Industriebetriebe
2. Anlagenbezogene Abwasserreinigungsmaßnahmen in der Industrie
3. Einsatz von Brauchwassersystemen und Reduzierung des Wasserverbrauchs in der Industrie
4. Ersatz von gesundheits- und umweltgefährdenden Arbeitsstoffen und Produkten
5. Austausch von PCB-gekühlten Transformatoren (auch im kommunalen Bereich)

Verkehrsbereich

1. Ausbau des schienengebundenen ÖPNV in den Ballungszentren der Region
2. Ausbau der ÖPNV-Systeme in den anderen Städten unter Einbeziehung der Umlandverkehre
3. Entwicklung eines ÖPNV-Angebots in ländlichen Räumen
4. Elektrifizierung der Bundesbahn-Hauptstrecken in der Region
5. Erhalt der Bundesbahn-Nebenstrecken in der Region, Entwicklung und Einsatz energiesparender Triebwagen
6. Ausbau der Kapazitäten im kombinierten Güterverkehr zur Verlagerung von Schwertransporten und Transporten gefährlicher Stoffe auf die Schiene
7. Ausbau der Fahrradwege in den Städten und im ländlichen Raum

Abfallwirtschaft

1. Aufbau von Systemen der Müllsortierung und getrennten Einsammlung (Müllbehälter, Fuhrpark, Zwischenlagerung)
2. Schaffung von Recycling-Anlagen für die verschiedenen Wertstoffe; Kompostierungsanlagen
3. Einrichtungen zur Sondermüllentsorgung (Spezialdeponien, Hochtemperaturverbrennungsanlagen)
4. Modernisierung der vorhandenen Müllverbrennungsanlagen (Emissionsminderung)
5. Altlasten-Sanierungsprogramm (Absicherung, Bodenaustausch, neue Sanierungstechnologien)

Abwasserbereich*

1. Sanierung der (älteren) Sielsysteme in den Städten
2. Vervollständigung der Kanalisation in Städten und Ortschaften
3. Schaffung kleiner dezentraler Kläranlagen in den übrigen Bereichen (z. B. Klärteiche, Wurzelraumkläranlagen)
4. Neubau und Erweiterung von Kläranlagen (zusätzliche Reinigungsstufen)
5. Sanierung von Mischwasserüberläufen durch Bau zusätzlicher Sammler und Rückhaltebecken
6. Erprobung alternativer Rückhaltetechniken bei Mischwasserüberläufen („Moby Dick"), Maßnahmen zur Bodenentsiegelung
7. Kontrollierte Beseitigung oder Verwertung des anfallenden Klärschlamms
8. Entsorgungs- bzw. Verwertungskonzepte für Hafenschlick/Baggergut; evtl. Einsatz der „Metha"-Anlage
9. Renaturierung von Spülfeldern
10. Infrastrukturprogramm „Hafenentsorgung", Gewässerschutzprogramm Nord-Ostsee-Kanal, Schiffsentsorgungseinrichtungen
11. Verhandlungen mit der DDR über die Lieferung von Abwasserreinigungsanlagen für Elbe und Weser

* Ohne Maßnahmen im individuellen Bereich

Stadt- und Dorferneuerung, Landschaftsschutz

1. Wohnumfeldverbesserungsanlagen, Anlage von Grünflächen, Dach-/Fassadenbegrünung
2. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, Ortsumgehungsstraßen, Rückbau von Straßen und Stellplatzflächen
3. Verlagerung störender Betriebe in Gemengelagen bzw. Emissionsschutzmaßnahmen
4. Ökologische Erneuerung von Hochhaus-Großwohnanlagen
5. Entwicklung von Brauchwasserkreisläufen im Wohnungsneubau und im Wohnungsbestand
6. Austausch von Bleirohren im Altbaubestand an Wohnungen
7. Dorferneuerung und -sanierung, Rekonstruktion historischer Bausubstanz
8. Naturnahe Gestaltung von Flußläufen und Binnengewässern
9. Landschaftsschutzpflege, Aufforstung/Waldpflege, Rekultivierung von Abbauflächen

Michael Geuenich*

Arbeit zum Nutzen von Mensch und Natur

Zehn Jahre Krisenerfahrungen haben für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik deutlich gemacht: Gesellschaftlich unabgestimmtes, nur am privaten Gewinn ausgerichtetes Wachstum beschert anhaltende Massenarbeitslosigkeit, milliardenschweren Sozialabbau und zunehmende Umweltprobleme. Die Strategen der Gewinnförderung zur Ankurbelung privater Investitionen zu Lasten des privaten und öffentlichen Verbrauchs, die damit die Wirtschaftskrise überwinden wollen, werden nicht müde, jede noch so schwache *Konjunkturbelebung mit dem Hoffnungsschimmer* von mehr Arbeitsplätzen zu garnieren. Doch gesellschaftlich unabgestimmtes und unkontrolliertes Wachstum (rein quantitatives Wachstum) wird auf lange Sicht von positiven Beschäftigungswirkungen abgekoppelt bleiben. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, weiterer Sozialabbau und zunehmende Umweltzerstörungen lassen die Integrationskraft der marktwirtschaftlich orientierten Industriegesellschaften schwinden. Die westlichen Industriegesellschaften befinden sich in einer ernsthaften Bewährungsprobe.

Wirtschaftspolitik im Interesse der Arbeitnehmer muß zuallererst auf die Lösung der Beschäftigungskrise durch Wiederherstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung ausgerichtet sein. Sie muß auch Lösungen für die sich krisenhaft zuspitzenden Umweltprobleme entwickeln.

Beides – die Wiederherstellung und die Sicherung sowohl der Vollbeschäftigung als auch der Umwelt – kann sinnvoll miteinander verbunden werden. Die „Zukunft der Industriegesellschaft" hängt wesentlich davon ab, wie die „Zukunft der Arbeit", aber auch die „Zukunft der Umwelt" gelöst werden. Dazu ist eine sozialorientierte Wirtschaftspolitik notwendig, die Ökonomie und Ökologie miteinander verbindet und die ökonomischen Machtverhältnisse im Interesse des gesellschaftlichen Faktors „Arbeit" reformiert.

Mensch, Arbeit und Umwelt gehören zusammen

„Jedes Wirtschaften ist seiner Natur nach gesellschaftlich." So steht es im DGB-Grundsatzprogramm von 1981. Dieser Satz drückt eine Grundlage gewerkschaftlicher Einsicht aus, aus der sich viele Forderungen und Handlungen begründen und ableiten.

Der allgemeine, wechselseitige Zusammenhang zwischen Natur und Mensch ist über die „Arbeit" vermittelt. Die Natur ist für den Menschen durch „Arbeit" zur „Umwelt" geworden. Umwelt ist und bleibt eine Lebensgrundlage, die menschengerecht zu gestalten ist.

Arbeit wird als Naturbedingung menschlichen Lebens, als gesellschaftlicher Prozeß der allgemeinen, wechselseitigen Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur, aber auch der Menschen untereinander, begriffen.

Jede Entwicklung und Weiterentwicklung des Menschen bedeutet stets auch – über die Arbeit vermittelte – Eingriffe des Menschen in die vorgefundene und durch ihn zunehmend gestaltete Natur.

Entwicklung des Menschen und der Arbeit bedingt Eingriffe in die Natur

Der Mensch muß, um seine Existenz zu sichern und weiterzuentwickeln, die Natur, ihre Gegenstände und Prozesse bearbeiten und umwandeln. Erst nach dieser „Arbeit" kann er sie konsumieren oder als Mittel zur weiteren Produktion einsetzen.

Die Steigerung des Wirkungsgrades der Arbeit kann arbeitsfreie Zeit, die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit und die Aneignung sowie den Genuß aller Arbeitsergebnisse auf immer menschlichere Weise ermöglichen, wenn die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse dies zulassen. Aber nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse können diesen Entwicklungsprozeß behindern. Auch die Vernachlässigung der Umwelt kann die Entwicklung der Arbeit und damit die des Menschen erheblich gefährden.

Ökologisches Gleichgewicht – Teil einer Wirtschaftsordnung im Interesse der Arbeitnehmer

Die Entwicklung von Arbeit, Technik und Umwelt vollzieht sich unter konkreten gesellschaftlichen Bedingungen und Verhältnissen. Charakteristisch und maßgebend sind die Verfügungs- und Entscheidungsmacht. Sind die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften nur unzureichend an den Entscheidungen über den Einsatz und die Entwicklungsprozesse der Faktoren Arbeit, Technik und Umwelt beteiligt, dann ist eine arbeitnehmer- und sozialorientierte, ja eine menschengerechte Gestaltung und Entwicklung dieser Faktoren nicht gewährleistet.

Forderungen nach „Befreiung *von* der Arbeit und *von* der Technik", die „Aufhebung aller Eingriffe in die Natur und die Umwelt" und schließlich der „Ausstieg aus der Industriegesellschaft" werden laut. Diese Vorstellungen und Forderungen negieren aber die Gestaltungskraft der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften und weisen in die falsche Richtung, weil sie von den positiven Möglichkeiten der weiteren Entwicklung und damit einer positiven Zukunft der Arbeit, der Technik und der Umwelt ablenken.

Wenn „jedes Wirtschaften seiner Natur nach gesellschaftlich" bestimmt ist, dann schließt das im obigen Sinn nicht nur die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften bei der „Zukunft der Arbeit" und der „Zukunft der Technik", sondern auch bei der „Zukunft der Umwelt" notwendigerweise mit ein. Daher fordert der DGB im Grundsatzprogramm von 1981 auch eine Wirtschaftsordnung, die unter anderem:

- die Arbeitnehmer in der Wirtschaft gleichberechtigt beteiligt,
- ihnen einen angemessenen Arbeitsplatz unter menschenwürdigen Bedingungen sichert,
- ein qualitatives, angemessenes und gleichmäßiges Wachstum der Wirtschaft ermöglicht,
- das ökologische Gleichgewicht wiederherstellt und erhält,
- den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verhindert und eine demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht gewährleistet.

* Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, Abt. Wirtschaftspolitik

Vollbeschäftigung, qualitatives Wachstum und Umweltschutz – keine Gegensätze

Zunehmende Massenarbeitslosigkeit seit Mitte der 70er Jahre, als Folge nicht nur konjunkturbedingter, sondern zunehmend auch technologischer und struktureller Entwicklungen, haben den DGB schon 1977 dazu veranlaßt, ein Programm zur „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung" vorzulegen. Es hat bis heute nichts an seiner grundsätzlichen Aktualität verloren. Im Gegenteil, die Forderungen werden für immer mehr Menschen einsehbar. Sie sind dringender denn je.

Seit Mitte der 70er Jahre ist Wachstum in immer stärkerem Maße von der Beschäftigung entkoppelt. So haben die produktionsorientierten Investitionen und die Ausrüstungsinvestitionen in den letzten Jahren gesamtwirtschaftlich keine nennenswerten positiven Arbeitsplatzeffekte mehr gehabt. Dies wird sich auch in Zukunft nicht wesentlich ändern, wenn nicht eine auf „Vollbeschäftigung" orientierte Wirtschaftspolitik eingeleitet wird. Statt sich einer solchen Politik der „Vollbeschäftigung" zuzuwenden, bauen die „Wende-Politiker" auf extensive, rein quantitative Wachstumsrezepte aus der Mottenkiste der 50er und 60er Jahre. „Lohnkostensenkung – Gewinnsteigerung – mehr Investitionen – mehr Arbeitsplätze" ist ihre verführerische, aber längst durch die Entwicklung der letzten zehn Jahre widerlegte Parole.

Um das „Investitionsklima" zu verbessern, wird eine milliardenschwere Umverteilung von unten nach oben betrieben. Das so viel beschworene arbeitsplatzschaffende Wachstum aber bleibt aus. Mehr noch, die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, das mäßige Wachstum und die unzureichende private und öffentliche Inlandsnachfrage reißen immer mehr Branchen und Regionen in den Strudel krisenhafter Entwicklungen. Jüngstes Beispiel für diesen strukturellen Zusammenhang ist die Baubranche.

Unter anderem auf der Grundlage der Diskussionen im „Club of Rome", der gewerkschaftlichen Diskussionen auf der großen internationalen Arbeitstagung der IG Metall von 1972 in Oberhausen unter dem Motto: „Aufgabe Zukunft. Qualität des Lebens" und auf der Wissenschaftlichen Arbeitstagung der IG Metall im Mai 1976 in Köln unter dem Motto: „Krise und Reform in der Industriegesellschaft" sowie vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden wirtschaftlichen Entwicklung hat der DGB seine „Vorschläge zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung" entwickelt und 1977 vorgelegt. Darin werden „drei prinzipielle Ansatzpunkte für eine Vollbeschäftigungspolitik" aufgezeigt:

- Beschleunigung des qualitativen Wachstums,
- soziale Beherrschung der Produktivitätsentwicklung,
- Verkürzung der Arbeitszeit.

Insbesondere die Forderung nach „qualitativem Wachstum" wendet sich ab von einer rein quantitativen, auf bloße Zuwachsraten fixierten Wachstumspolitik. Gerade mit dieser Forderung als einem wesentlichen Ansatzpunkt zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung hat der DGB der Zuspitzung der Umweltprobleme Rechnung getragen. Die Forderung nach „qualitativem Wachstum" richtet sich gegen den Raubbau an den natürlichen Ressourcen und gegen ihre unrationelle Nutzung und Vergeudung. „Qualitatives Wachstum" orientiert gleichermaßen auf die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und die Verbesserung der Lebensqualität.

Qualitatives Wachstum und Vollbeschäftigung

Hohe Wachstumsraten sind kein Ziel an sich, zumal dann nicht, wenn sie mehr Arbeitsplätze vernichten als schaffen und dabei so wichtige Nebenbedingungen wie Verteilungsgerechtigkeit und ökologisches Gleichgewicht nicht gewährleistet sind. Die Steigerung eines solchen Wachstums ist für eine sozialorientierte Wirtschaftspolitik keine Leitlinie. Gerade in Perioden anhaltender Massenarbeitslosigkeit und zunehmender Umweltgefährdungen muß eine sozialorientierte Wirtschaftspolitik entscheiden, welche Art von Wachstum angeregt und welche möglichst eingegrenzt werden soll.

Gefordert ist ein Wirtschaftswachstum, das menschengerechte Arbeitsplätze schafft und die Lebensqualität weiter verbessert. Um ein solches qualitatives Wachstum zu fördern, reicht eine konjunkturbezogene Globalsteuerung nicht mehr aus. Notwendig sind dagegen unter anderem:

- eine langfristig orientierte Strukturpolitik,
- die Steigerung der Massenkaufkraft,
- Investitionsförderung durch niedriges Zinsniveau,
- eine beschäftigungssichernde Finanzpolitik sowie
- eine Förderung der Qualifikation und Mobilität.

1981, in dem Jahr, in dem die Rekordmarke der Massenarbeitslosigkeit erstmals die des Jahres 1975 überschritt, konkretisierte der DGB seine Vorstellungen durch die Forderung nach einem „50-Milliarden-DM-Programm: Öffentliche Investitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Lebensqualität". Er erinnerte an die wachstums- und beschäftigungspolitische Verantwortung des Staates und kritisierte, daß dieser viel zuwenig tue, um Wachstum und Beschäftigung durch zusätzliche Staatsnachfrage anzukurbeln.

Der DGB forderte in diesem Programm öffentliche und private Investitionen, die sich auf folgende Schwerpunktbereiche beziehen:

- Energieeinsparung und rationelle Energieverwendung,
- Wohnungs- und Städtebau,
- Umweltschutz,
- Verbesserung der Qualität von Bildung und beruflicher Bildung,
- Verkehr sowie
- Forschung und Technologie.

Im Mai 1983 hatte die Abt. Wirtschaftspolitik des DGB-Bundesvorstandes eine Umfrage bei DGB-Landesbezirken und -kreisen durchgeführt, die der Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen aus dem „Vollbeschäftigungsprogramm" und dem „50-Milliarden-DM-Programm" dienen sollte. Die Ergebnisse der Umfrage belegen die Richtigkeit der DGB-Forderungen nach staatlichen, beschäftigungswirksamen Investitionsprogrammen. Ungenutzte Investitionsmöglichkeiten, die Arbeitsplätze und mehr Lebensqualität schaffen und sichern könnten, gibt es in Hülle und Fülle. Die Umfrageergebnisse belegen auf eindrucksvolle Weise, daß die Sicherung von Arbeitsplätzen und Lebensqualität durch die Förderung von „qualitativem Wachstum" keine Utopie ist, sondern reale Bezugspunkte hat.

Schwerpunktprogramm: Umweltschutz

Im März 1985 hat der DGB seine Forderung an die Bundesregierung erneuert, eine „Investitionsoffensive zur Beschleunigung des qualitativen Wachstums" einzuleiten. Dazu sind vom DGB die Forderungen aus dem „Vollbeschäftigungsprogramm" und „dem 50-Milliarden-DM-Investitionsprogramm" durch ein „Schwerpunktprogramm: Umweltschutz" weiter präzisiert und die Regierung in Bund und Ländern aufgefordert worden, entsprechende gesetzliche Initiativen und andere direkt wirkende Maßnahmen zu ergreifen, damit private und öffentliche Investitionen im Bereich des Umweltschutzes erfolgen.

Dieses „Schwerpunktprogramm: Umweltschutz" ist vorläufiger Schlußpunkt eines langen Diskussionsprozesses im DGB und belegt, daß sich die Schutz- und Gestaltungsaufgaben der Gewerkschaften sowohl auf die Arbeits- als auch auf die Lebensbedingungen der Arbeitnehmer beziehen.

Schon 1972 hatte der DGB – lange bevor Umweltprobleme unter dem politischen Stichwort „Ökologie" diskutiert wurden – Leitsätze zum Umweltschutz verabschiedet. 1974 verabschiedete der DGB-Bundesausschuß ein Umweltprogramm. 1981 wurde die Forderung nach „Umweltschutz" in das DGB-Grundsatzprogramm aufgenommen. 1983 hat der DGB mit seiner Stellungnahme zum Problem „Waldsterben und Luftverunreinigungen" unter anderem auf das Ausmaß und die Geschwindigkeit des Waldsterbens und im Oktober 1984 auf den Zusammenhang „gesunde Umwelt – umweltverträgliche Landwirtschaft – gesunde Nahrungsmittel" hingewiesen.

Die Schädigung der Umwelt mit ihrer wachsenden volkswirtschaftlichen Bedeutung und der Bedrohung wesentlicher Teile unserer Lebensgrundlagen hat den DGB veranlaßt, Umweltschutzinvestitionen zu verlangen, die gleichermaßen mehr Arbeitsplätze, eine bessere Lebensqualität und ökologisches Gleichgewicht gewährleisten. Dabei gehen wir davon aus,

- daß Umweltschutz für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften im Betrieb beginnt, der gewerkschaftliche Kampf um verbesserte Arbeitsbedingungen und um bes-

seren Arbeitsschutz war stets auch Schutz der Arbeitnehmer in ihrer unmittelbaren Arbeitsumgebung,

- daß Umweltschutz gerade in Industrieregionen der Verursachung, aber auch der unmittelbaren Umweltbelastungen wegen besondere Bedeutung zukommt;
- daß nur ökologisch vertretbare Arbeitsplätze auf Dauer sichere und menschenwürdige Arbeitsplätze sind.

Unterlassener Umweltschutz ist teuer. Luftverschmutzung einschließlich Gesundheitskosten, Gebäudeschäden und Waldschäden verursachen in der Bundesrepublik pro Jahr volkswirtschaftliche Verluste von insgesamt bis zu 170 Milliarden DM.

Unterlassener Umweltschutz bedroht Arbeitsplätze. Jahrelange umweltpolitische Versäumnisse stauen sich auf und lassen sich nicht mehr oder nur noch unter unverhältnismäßig hohen Aufwendungen korrigieren. Wiederholt aufgetretene Konfliktsituationen zwischen Umweltbelastungen auf der einen und drohenden Arbeitsplatzverlusten auf der anderen Seite müssen durch rechtzeitige umweltpolitische Vorkehrungen vermieden werden.

Technologie und Industrieprodukte müssen die Umwelt nicht zwangsläufig belasten. Sie können auch Mittel zur Bewältigung der Umweltprobleme darstellen. Die Entwicklung und der Ausbau moderner und preiswerter Umweltschutztechnologien kann neue Märkte und Wettbewerbsvorteile ebenso erschließen wie sichern. Dies beweisen zum Beispiel die laufenden Umrüstungen der Kraftwerke mit Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen.

Investitionsschwerpunkte

Mehr Beschäftigung durch mehr Umweltschutz ist nicht nur möglich, sondern auch dringend nötig. Das „Schwerpunktprogramm: Umweltschutz" konkretisiert nicht nur unsere langjährige Forderung nach qualitativen Wachstum im Rahmen unserer Forderung nach Wiederherstellung der Vollbeschäftigung in einem besonders wichtigen Bereich, es verbindet auch die Ökonomie mit der Ökologie im Interesse der Arbeitnehmer.

Investitionsschwerpunkte, die sowohl mehr Umweltschutz als auch mehr Beschäftigung gewährleisten, sind dabei:

- Luftreinhaltung (Maßnahmen im Industrie- und Kraftwerksbereich und Verkehrsbereich),
- Wasserreinhaltung,
- rationelle Energieverwendung und Energieeinsparung,
- die Abfallbeseitigung,
- der Natur- und Landschaftsschutz,
- Umwelttechnologien,
- Umweltüberwachung und Umweltplanung,
- Wohnumweltverbesserung,
- konkrete Arbeitsschutzmaßnahmen.

Umweltschutzinvestitionen in diesen Bereichen sollten vorrangig durch strenge bundeseinheitliche Auflagen, Gebote, Verbote und Abgaben bei gleichzeitiger Beachtung des Verursacherprinzips angeregt werden.

Neben der konsequenten Anwendung des Verursacherprinzips hilft die verstärkte Anwendung des Vorsorgeprinzips, Kosten zu sparen. Zur Förderung umweltfreundlicher Produktion oder Investitionen können auch Abgabenlösungen in Betracht kommen. In besonderen Fällen kann zur Beschleunigung von Umweltschutzinvestitionen auch eine volle oder teilweise Finanzierung aus öffentlichen Mitteln, also nach dem Gemeinlastprinzip, in Anwendung gebracht werden.

Notwendigkeit sozialorientierter Formen in der Industriegesellschaft

Um Volbeschäftigung wiederherzustellen und dauerhaft zu sichern, müssen derzeit für vier Millionen Menschen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Die DGB-Gewerkschaften haben sich mit der Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen gegen die Arbeitszeit-Tabus der Unternehmer der beschäftigungspolitischen Verantwortung gestellt und ihren Beitrag für eine Politik der Vollbeschäftigung erbracht. Nunmehr ist, da von den Unternehmern in dieser Hinsicht wenig zu erwarten ist, nachdrücklich der Staat in seiner beschäftigungspolitischen Verantwortung gefordert. Wenn keine entscheidenden, den Arbeitsmarkt entlastenden staatlichen Maßnahmen erfolgen, dann besteht die Gefahr eines weiteren Anstiegs der Massenarbeitslosigkeit noch bis weit in die 90er Jahre, womöglich über das Jahr 2000 hinaus. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit auf vier bis sechs Millionen mit zunehmender neuer Armut und weiteren Umweltkatastrophen droht zur Realität dieser Industriegesellschaft zu werden.

Eine durch die „Selbstheilungskräfte des Marktes" in Rationalisierungsverlierer und Rationalisierungsgewinner gespaltene und in ihren natürlichen Lebensgrundlagen existentiell gefährdete Industriegesellschaft hätte dann in der Tat nicht nur ihre Integrationskraft, sondern auch ihre positive Entwicklungsdynamik eingebüßt.

Wir müssen nachdrücklich betonen, daß die DGB-Gewerkschaften mit ihren Vorschlägen zur „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung", dem „50-Milliarden-DM-Investitionsprogramm" und dem Vorschlag eines „Umweltschutzprogramms zum Abbau von Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung", aber auch mit den Forderungen nach „Sicherung und Ausbau der Mitbestimmung" im Rahmen der Mitbestimmungsinitiative gezeigt haben, daß sie zur demokratischen Fortentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft und damit zur Übernahme auch von Mitverantwortung bereit sind.

Wie aber sollen wir nach den Angriffen auf die Arbeitsschutzrechte und dem milliardenschweren Sozialabbau die jüngsten Gedankenspiele von Wende-Politikern verstehen, wenn sie, statt auf unsere Vorschläge einzugehen, für Arbeitslose die „freie" Lohngestaltung außerhalb von Tarifverträgen empfehlen und wenn gar der Bundeskanzler die beschäftigungspolitische Verantwortung des Staates negiert?

Wie üblich, werden diese Gedankenspiele dabei mit Beifall von Vertretern der Arbeitgeberverbände (Gesamtmetall) und „neutralem" wissenschaftlichen Rat (Kieler Institut für Weltwirtschaft) unterstützt.

Ihre Radikalkur lautet: Lohn- und Gehaltsstopp für zwei Jahre und „entschlossener" Abbau von Sozialleistungen.

Diese Ratschläge reihen sich nahtlos ein in eine Strategie des Umbaus unserer Gesellschaft zu einem unkontrollierten Unternehmerstaat. Das sind Klassenkampftöne, die von oben kommen. Die CDA hat diese Vorschläge zu Recht als „Kriegserklärung an die Gewerkschaften" bezeichnet.

Für uns gilt: Arbeit zum Nutzen von Mensch und Natur muß gleichermaßen Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und ökologisches Gleichgewicht wiederherstellen und sichern. Dafür sind in unserer Industriegesellschaft die Mittel in ausreichendem Maße vorhanden. Die „Zukunft der Arbeit" und damit unserer Gesellschaft entscheidet sich auf dem Gebiet der Wirtschaft. Das haben die Unternehmer und ihre politischen Freunde längst erkannt.

Die Erfüllung des verfassungsrechtlich garantierten Sozialstaatsgebots und nicht der unverhohlene Ausbau zu einem Unternehmerstaat, ist für uns die gesellschaftspolitische Meßlatte für eine demokratische Fortentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Gewerkschaftsbewegung hat stets gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gekämpft. Sie stellt sich auch gegen die Ausbeutung der Natur,

gegen Gefährdung und Vernichtung von menschengerechten Natur- und Umweltbedingungen. Unsere besondere Verpflichtung besteht darin, die ökologischen Probleme mit dem Kampf um die sozialökonomischen Rechte der Arbeitnehmer zu einer Zukunftsperspektive zu verbinden, die auf die ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisenprobleme eine konkrete, demokratische und soziale Antwort gibt.

Niemand sollte Krisenentwicklungen in der Industriegesellschaft deshalb leugnen, weil er sie mit den traditionellen Instrumenten nicht bewältigen kann. Erst recht sollte keiner die selbstverschuldete Untätigkeit auch noch idiologisch verbrämen. Wer die derzeitigen schwierigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisenentwicklungen leugnet und untätig bleibt, weil er neue politische Regelungen fürchtet, der kann doch nicht im Ernst für sich in Anspruch nehmen, verantwortungsbewußt im Interesse der Allgemeinheit tätig zu sein und den gesellschaftspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden.

Sowohl die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit als auch die Bekämpfung der Umweltprobleme erfordert eine sozialorientierte Wirtschaftspolitik. Diese darf nicht mehr ausschließlich von privatwirtschaftlichen Gewinnüberlegungen bestimmt sein, sondern muß verstärkt auf Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und ökologisches Gleichgewicht setzen.

Dazu haben die DGB-Gewerkschaften tragfähige Bausteine geliefert. Es gilt, sie durch soziale Reformen in der Industriegesellschaft politisch umzusetzen.

Weder arbeitslos noch vergiftet – Konturen einer ökologiebewußten Betriebs- und Gewerkschaftspolitik

Eberhard Schmidt

Umweltschutz contra Arbeitsplätze: Dilemma ohne Ausweg?

Eine Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, die ökologischen Anforderungen ernsthaft gerecht werden und ökologischen Grundsätzen im gewerkschaftlichen Handeln Geltung verschaffen will, kann sich nicht mit technischem Umweltschutz oder einem neuen Arbeitsplatzbeschaffungsprogramm zufrieden geben. Ein neues Ressort Umweltpolitik neben anderen mit dem entsprechenden Forderungskatalog an den Staat, der bei den herrschenden Machtverhältnissen ad acta gelegt werden dürfte, reicht nicht mehr aus.

Ökologisch zielbewußte Betriebs- und Gewerkschaftspolitik hätte vielmehr darauf hinzuarbeiten, daß ein schonender Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen zur allgemeinen Norm würde und die gegenwärtigen Belastungen, die die Umwelt durch die Industrieproduktion erfährt, abgemildert oder ganz beseitigt werden. Dazu gehörte vor allem auch eine Wende in der Energiepolitik hin zu stärkerer Nutzung regenerierbarer Energien und die Entwicklung alternativer, angepaßterer Technologien, nicht nur für die Dritte Welt.

Ein schonender Umgang ist aber nicht nur mit den stofflichen Bedingungen der Produktion erforderlich, auch der Umgang mit den Arbeitskräften hätte sich daran zu orientieren, sei es, daß die gesundheitliche Belastung am Arbeitsplatz ausgeschaltet würde, sei es, daß in der Organisation und Gestaltung der Arbeit Elemente der demokratischen Teilhabe und Selbstregulierung verstärkt würden.

Schließlich ginge es um eine Verbesserung der Gebrauchswertseite von Produktion und Dienstleistungen, also um die Orientierung auf sozial nützliche und umweltverträgliche Produkte.

All dies muß keineswegs eine Absage an die Industriegesellschaft bedeuten, wohl aber an die gegenwärtige Form der gesellschaftlichen Ausbeutung von Mensch und Natur, die immer deutlicher das Risiko einer gesellschaftlichen Selbstzerstörung hervortreten lassen.

Nun nützt es sicherlich wenig, wenn aus den dargestellten Prinzipien ökologischer Betriebs- und Gewerkschaftspolitik Appelle an die Gewerkschaften formuliert werden, nach dem Motto: die Gewerkschaften müßten dies oder jenes tun. Auch wäre es wenig produktiv, unabhängig von der realen Gestalt der Gewerkschaften und dem Bewußtsein der Mehrheit ihrer Mitglieder eine Politik zu entwerfen, die an der historischen Entwicklung der Interessenvertretung und ihrer Stellung im marktwirtschaftlichen System einfach vorbei-

sieht, in der Hoffnung, alleine durch äußeren Druck eine Änderung des gewerkschaftlichen Handelns zu bewirken. Umgekehrt kann allerdings ebensowenig aus einer reinen Begriffsbestimmung der Gewerkschaften im kapitalistischen System eine ein für allemal zureichende Prognose über die Chancen und Grenzen der Veränderung gewerkschaftlichen Handelns abgeleitet werden, selbst wenn eine gründliche Analyse der Funktionsbedingungen von Gewerkschaften im Dreiecksverhältnis von Staat, Kapital und Arbeit Illusionen über allzu rasche und widerspruchsfreie Lösungsmöglichkeiten der Probleme verhindern hilft.
Fruchtbarer für die weitere Auseinandersetzung erscheint statt dessen eine genauere Beobachtung des widersprüchlichen Verhaltens der Gewerkschaften gegenüber der ökologischen Herausforderung, um herauszufinden, wo anzusetzen wäre, damit Lernprozesse in Betrieb und Organisation verstärkt und Übergangspfade markiert werden können, die für eine ökologische Umorientierung begehbar sind.

Lernprozesse im Betrieb und vor Ort

Als der Betriebsratsvorsitzende der Bremer Vulkan-Werft, Fritz Bettelhäuser, im Frühjahr 1983 öffentlich erklärte, die Belegschaft werde den Auftrag zum Umbau des Passagierschiffes »United States« nicht ausführen, weil es sich dabei um ein »Asbest-Schiff« handle, erregte dieser Widerstand Aufsehen. Der damalige Betriebsratsvorsitzende konnte sich aber auf die Mehrheit der beteiligten Gewerke stützen. Die betroffenen Werftarbeiter hatten unmißverständlich erklärt, lieber aufs Arbeitsamt gehen zu wollen, als auf einem solchen »Todesschiff« zu arbeiten. Eine derart dezidierte Haltung der Belegschaft, die auch die Geschäftsleitung auf Granit beißen ließ – sie mußte sogar die Abmahnung des Betriebsrats vor Gericht wieder zurücknehmen – fiel allerdings nicht vom Himmel. Vor zehn Jahren bereits hatten Vertrauensleute und Betriebsräte auf der Werft begonnen, mit Hilfe ihrer Betriebszeitung »Echolot« die Belegschaft für das Asbest-Problem zu sensibilisieren. Daraus waren erste Aktionen, etwa ein Streik der Tischler für den Verzicht auf asbesthaltiges Material, entstanden. Der qualvolle Asbestose-Tod einiger Kollegen, der sich praktisch vor den Augen der Belegschaft vollzog, tat ein übriges. Die Auseinandersetzung mit Berufsgenossenschaft, Betriebsarzt und Gewerbeaufsicht, öffentlich geführt, verdeutlichten jedem die Risiken und führten dazu, daß jeder nur asbestverdächtige neue Stoff auf der Werft sofort von den Arbeitern selbst zur Untersuchung gebracht wurde. Der »tödliche Staub« wurde schließlich endgültig vom Arbeitsplatz verbannt. Darüber hinaus mobilisierten die Arbeiter auch ihre Gewerkschaft und ihre politischen Vertreter in der Bremer Bürgerschaft, um ein generelles Asbestverbot für alle Betriebe durchzusetzen.
Auf diesen Erfahrungen aufbauend, starteten Betriebsräte und Vertrauensleute Ende der siebziger Jahre eine Untersuchung auf der Werft über Belastung und Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz, bei der die Betroffenen selbst in Versammlungen der unterschiedlichen Gewerke im Betrieb die Daten über ihre alltäglichen Arbeitsbeschwerden und Gesundheitsprobleme zusammentrugen und auswerteten. Statt auf die Arbeitsmedizin der Experten zu vertrauen, kümmerten sie sich selbst um Art und Ausmaß der arbeitsplatzbedingten Schäden. Das Ergebnis dieser »Arbeitermedizin« bestand in einer deutlichen Bewußtseinsveränderung der Kollegen, die nun Schritte zur Kontrolle und Abwehr der Schädigung ihrer Arbeitskraft überlegten.
Als Nachtrag zu diesem Beispiel sollte nicht unerwähnt bleiben, daß das »Asbestschiff« dennoch in der Bundesrepublik umgebaut wird. Die von der Krise ebenfalls gebeutelten Arbeiter der Hamburger Howaldtwerft stimmten dem Auftrag zu. Eine entsprechend konsequente Aufklärungsarbeit hatte es hier nie gegeben.
Der Lernprozeß der Bremer Werftarbeiter, die vor dem Kon-

flikt zwischen der Sicherung der Arbeitsplätze und ihrem Anspruch auf Schutz ihrer Gesundheit nicht kapitulierten, gibt einen ersten Hinweis darauf, wo Umweltschutzpolitik, die immer auch Arbeitsschutzpolitik sein muß, ansetzen könnte: bei der Initiative, die Arbeiter selbst ergreifen, um Widerstand gegen krankmachende Arbeitsbedingungen zu leisten. Statt das Interesse an der Erhaltung der eigenen Arbeitskraft an die dafür vorgesehenen außerbetrieblichen Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitswesens zu delegieren, wie es der normale Gang der Dinge hierzulande vorsieht, wurde ein präventiver Kampf gegen gesundheitsgefährdende Arbeitsstoffe und Arbeitsbedingungen im Betrieb selbst organisiert. In diesen Aktionen wird ein Verständnis von politischem Handeln sichtbar, das sich gegen die gewohnten Rollentrennungen – im Bewußtsein wie in der gesellschaftlichen Wirklichkeit – wehrt. In seiner Rolle als Arbeitsplatzbesitzer mit Einkommensanspruch verhält sich der einzelne Beschäftigte normalerweise gemäß den betrieblichen Anforderungen, die an ihn als weisungsabhängigen Produzenten gestellt werden. Er trennt diese Rolle säuberlich von den Rollen, die er im Bereich von Familie, Haushalt und Freizeit als Konsument spielt, obwohl er auch da von Entscheidungen, die im Produktionsprozeß fallen, betroffen ist. Arbeits- und Lebensinteressen treten so regelmäßig auseinander. Mit dem Arbeitsplatz und dem daher bezogenen Einkommen kauft der Einzelne zunehmend Streß, Schadstoffbelastungen, Gesundheitsgefährdung ein, wobei er in der erwerbsfreien Zeit, der privaten Lebenssphäre, nicht nur unter den individuellen Folgen der Erwerbstätigkeit leidet, sondern auch unter den kollektiven Kosten der ungehemmten industriellen Produktivität wie Lärm, minderwertige Nahrungsmittel, verstopfte Straßen oder eine vergiftete Umwelt. Eine Verteidigung der Lebensinteressen müßte also wieder zusammenzubringen versuchen, was das allein aufs Verwertungsinteresse abgestellte ökonomische System, flankiert von staatlicher Politik, permanent und gewaltsam zu trennen bemüht ist. Etwas von dieser Überwindung von Trennungen in den Köpfen wird spürbar, wenn Arbeiter sich weigern, die Rolle der allseitig anwendbaren Arbeitskraft zu akzeptieren, der die Sorge um die Erhaltung eben dieser Arbeitskraft als Freizeitaufgabe aufgebürdet wird, und statt dessen darauf beharren, den Produktionsprozeß daran zu orientieren, daß sie im Betrieb nicht nur als Arbeitskräfte vorkommen, sondern als unteilbare Personen, die im Hinblick auf die zu fertigenden Produkte den Anspruch erheben, daß sie sozial nützliche Qualitäten zeigen und umweltverträglich sein sollen. Ökologische Politik, auch ökologisch orientierte Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, zielt dem Grundsatz nach auf ein gesellschaftliches Entwicklungsmodell, das seine Logik in der Wiederherstellung ganzheitlichen Lebens hat.

Andererseits kann das natürlich nicht heißen, dem Einzelnen die gesamte Verantwortung für die notwendigen gesellschaftlichen Umbauprozesse aufzubürden. Das ist tatsächlich nur als kollektive Anstrengung denkbar, bei der auf verschiedenen Handlungsebenen Kräfte zusammenwirken, die parallele Ziele verfolgen, wobei den Initiativen an der gesellschaftlichen Basis, in den Betrieben und außerhalb, das größte Gewicht für eine handlungswirksame Bewußtseinsänderung zukommen dürfte.

Das Beispiel der Arbeiter und Techniker des Rüstungskonzerns Lucas-Aerospace in England, die aus eigener Kompetenz eine Fülle sozial nützlicher und umweltverträglicher Produktideen und Prototypen entwickelt haben, als sie gefordert waren, dem drohenden Arbeitsplatzabbau entgegenzuwirken, weist den Weg in die richtige Richtung. Auch in der Bundesrepublik sind in mehreren Betrieben, vornehmlich in Norddeutschland, Arbeitskreise für alternative Fertigung entstanden, die gerade diesen Impuls aufgenommen und weiterentwickelt haben und damit wichtige Anstöße für eine ökologisch orientierte Betriebspolitik liefern. Bedroht von

der Gefahr von Produktionseinschränkungen und möglichen Arbeitsplatzverlusten, wird hier das Heil gerade nicht in einer blinden Anpassung an das Kapitalinteresse gesehen. Ganz im Gegensatz dazu wird auf der Basis einer – oft regional – verorteten Lücke im gesellschaftlichen Bedarf eine entsprechend angepaßte Produktion entworfen. Nicht selten handelt es sich dabei um für schwankende Auftragskonjunkturen besonders anfällige Rüstungsbetriebe, deren Produktpalette zugunsten ziviler, sozial nützlicher Produkte erweitert werden soll mit dem Ziel, Rüstungsproduktionen insgesamt zu vermindern. Ein gutes Beispiel für solche Versuche einer »Produktkonversion« stellen die Bemühungen des Arbeitskreises »Alternative Fertigung« bei der Hamburger Großwerft Blohm und Voß dar. Als Alternative zu einem geplanten Fregattenauftrag für die türkische Militärregierung konnte der Arbeitskreis eine Fülle von Produktvorschlägen präsentieren, die auf der Basis vergleichbarer Kosten wichtigen gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprochen hätten: Klärschlammentsorgungsanlagen, Filter für Kraftwerke, Wasseraufbereitungsanlagen etc. Alles Produkte, für die Maschinen und know how auf der Werft vorhanden wären oder leicht zu beschaffen sind. Der Druck, der von dieser Initiative, an der sich etwa 30 Arbeiter seit Jahren regelmäßig beteiligen, ausging, war schließlich auch von der Unternehmensführung nicht mehr zu ignorieren, wollte man in der Belegschaft nicht an Glaubwürdigkeit verlieren. Nach anfänglicher arroganter Abwehr dieser als Einmischung in die Direktions- und Managementtätigkeit angesehenen Aktivität, hat sich die Firmenleitung nun zu einem flexibleren Umgehen mit dem Arbeitskreis entschlossen und unter anderem in die Entwicklung eines vom Alternativen Arbeitskreis vorgeschlagenen Stromerzeugungsverfahrens durch Windenergie, den sogenannten Wagner-Rotor, eigene Forschungsgelder gesteckt. Ebenfalls im Gespräch sind umweltfreundliche Abfallverwertungsanlagen. Mit Hilfe der Wissenschaftler der Innovationsberatungsstelle der IG Metall ist, nicht nur an diesem Ort, eine Bewegung in Gang gekommen, die trennende Grenzen zwischen weisungsabhängiger Arbeit und selbständig produktorientierter Tätigkeit im Rahmen des Industriebetriebs überwindet, ohne ins bloße Vorschlagwesen zurückzufallen. Zunehmend werden von diesen Arbeitskreisen die politischen Rahmenbedingungen, die die Realisierung der Produktideen behindern, thematisiert und damit Handlungsebenen erreicht, die neue Beziehungen zwischen Produzenten und Verbrauchern anvisieren. Genossenschaftlich organisierte Produzenten und kommunale Auftraggeber, deren gemeinsames Ziel eine Verbesserung von Lebens- und Umweltbedingungen ist, könnten nach diesem Modell in Austausch treten, ohne daß eine am Gewinn orientierte Instanz zwischengeschaltet werden müßte.

Ein vergleichbares Modell zeichnet sich bei einer gemeinsamen Aktion von gewerkschaftlich organisierten Eisenbahnern, Arbeitern der Krupp MAK-Werke Kiel und Bürgerinitiativen zur Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs in Schleswig-Holstein ab. Die Interessenkoalition bildete sich angesichts der Verschlechterung des öffentlichen Nahverkehrs in der Region Neumünster, verursacht durch Streckenstillegungspläne der Bundesbahn. Obwohl offensichtlich, nach Untersuchungen der Bürgeraktion, genügend Bedarf für den Bahnverkehr besteht, weisen die wirtschaftlichen Rechnungen der Bundesbahn rote Zahlen und damit Sanierungsbedarf aus. Um dennoch ein attraktives Nahverkehrsangebot aufrechtzuerhalten, das zudem umweltfreundlicher ist als eine zusätzliche Verstopfung der Straßen mit Autobuslinien oder verstärktem Individualverkehr, haben sich der Arbeitskreis »Neue Produktion« der IG Metall-Vertrauensleute bei den Kieler MAK-Werken, der seit 1981 an der Entwicklung sinnvoller Produkte arbeitet, und ein 1984 gegründeter »Verein für Soziale und Umweltfreundliche Verkehrspolitik Schleswig-Holstein«, ein Zusammenschluß von Eisenbahnern, Grünen,

Sozialdemokraten und Parteilosen, zusammengetan. Die Mitglieder des Arbeitskreises »Neue Produktion« entwickelten das Konzept eines Regionalbahntriebwagens, der vergleichsweise billig auf der Basis ausgemusterter, aber noch intakter Steuerwagen für Akkumulatorenwagen hergestellt werden könnte. Sowohl der Recycling-Aspekt wie das Beschäftigungsangebot schlagen dabei positiv zu Buche und kämen einem festgestellten regionalen Bedarf zugute. Dementsprechend haben auch Kommunalpolitiker ihre Unterstützung zugesagt. Verhandlungen mit der Bundesbahn sind aufgenommen worden, um das Konzept zu realisieren. Das Beispiel lehrt beides: wie künstliche Trennungen zwischen Produzenten, Konsumenten und Betroffenen überwunden werden können, wenn das gemeinsame Interesse an ökologisch und sozialverträglichen Problemlösungen zum Ausgangspunkt des Handelns genommen wird. Und: daß es dafür der bewußten gesellschaftlichen Entscheidungen bedarf, die sich an anderen als schlichten Rentabilitätsgesichtspunkten orientieren.

Aus den beschriebenen Lernprozessen läßt sich der Schluß ziehen, daß eine erfolgreiche Reaktion auf die ökologischen Herausforderungen dann gelingen kann, wenn die Erfahrungen, die von den Initiativen im Betrieb oder in der politischen Öffentlichkeit gemacht werden, zum Entwurf von alternativen Konzepten führen und zu Aktionen, die der Logik des blinden Produktivismus entgegenarbeiten. Abschließend sollen für eine ökologische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit dieser Orientierung die Ansatzpunkte bestimmt werden sowie mögliche Instrumente und flankierende Maßnahmen benannt werden.

Auf der Suche nach politischem Flankenschutz

Ich sehe, im Anschluß an die vorangegangenen Überlegungen, im wesentlichen drei Erfahrungsebenen, an denen angesetzt werden könnte, um Handlungsspielräume zu erweitern:

(1) Auf der Alltags-Ebene findet seit geraumer Zeit eine intensive Thematisierung der Umweltbelastungen und Gesundheitsgefährdungen als Folge industrieller Produktionen statt. Dabei verbreitet sich die Einsicht, daß Arbeitnehmer oft doppelt belastet sind: durch gesundheitsgefährdende Produktionsverfahren und durch Umweltbelastungen, die in der Regel damit einhergehen. Eine Chance der Politisierung solcher Erfahrungen ergibt sich aber nur dort, wo es gelingt, Bedürfnisse nach gesünderer Umwelt und besseren Produkten, nach einem Mehr an verfügbarer, unreglementierter Zeit und nach Partizipationsrechten mit der Entwicklung konkreter, überschaubarer Alternativen zu verknüpfen. Dabei ist es im übrigen unerheblich, ob die Defizit-Erfahrungen im Arbeitsalltag gemacht oder aus dem privaten Lebensbereich in die Arbeitsumwelt hineingetragen werden. Entscheidend ist die Aufhebung scheinbar naturwüchsiger Trennungen zwischen den unterschiedlichen Lebensbereichen.

(2) Im Bereich betrieblicher und gewerkschaftlicher Interessenvertretung eröffnen sich aufgrund der gesellschaftlichen Lernprozesse über die Bedeutung ökologischer Probleme Möglichkeiten für eine Politisierung der Frage, wer und wie über Art und Qualität der Produkte und Produktionsverfahren entscheidet. Über die Bedingungen für den Verkauf der Arbeitskraft und ihre Anwendung durch die Kapitalbesitzer – die traditionellen gewerkschaftlichen Aktionsfelder – hinaus, wäre auf Konzepte hinzuarbeiten, die das Wie und Wozu der Produktion nicht mehr ausklammerten. Die Diskussion um die Entwicklung und Durchsetzung technologischer Alternativen, die in den Gewerkschaften inzwischen begonnen hat, wäre damit zusammenzubringen. Beachtliche Legitimationsdefizite auf Seiten der Industrie böten hier Mobilisierungschancen.

(3) Auf der Ebene der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die Zukunft der Industriegesellschaft stellt schließlich die wachsende Bereitschaft zur Zusammenarbeit von umweltkri-

tischen Gruppen in den Betrieben und ökologischen Bürgerinitiativen – trotz mancher Berührungsängste und unnötiger Mißverständnisse – einen wichtigen Hebel dar. Sind die Initiativen im politischen Raum weitgehend die vorantreibende Kraft bei diesem Prozeß, so wird gerade die unbestreitbare Kompetenz, über die betriebliche Gruppierungen und einzelne Personen hinsichtlich des Produktionsprozesses und der Arbeitsorganisation verfügen, für realistische Umstellungsalternativen benötigt. Eine solche Kooperation vollzieht sich selten widerspruchsfrei. Sie ist angewiesen auf wechselseitiges Rücksichtnehmen und Akzeptieren von Existenzängsten und Gefährdungsbewußtsein und darf die Konflikte nicht von vornherein einseitig etwa zu Lasten der Arbeitsplätze auflösen wollen.

Eine Erweiterung der Handlungsspielräume auf den Ebenen von Alltag, Interessenorganisation und politischer Öffentlichkeit mit dem Ziel einer planvollen Bekämpfung der Gesundheits- und Umweltgefahren, einer Produktionskonversion und letztlich der Durchsetzung eines anderen industriellen Leitbildes, erfordert unterschiedlichste Instrumente und flankierende Maßnahmen, die die Rahmenbedingungen für ein solches gesellschaftliches Projekt optimieren helfen.

Dabei kann durchaus an vorhandene Regelungen und Konzepte angeschlossen werden.

Einige werden im folgenden benannt, ein Anspruch auf Vollständigkeit ist damit nicht verbunden, der sozialen Phantasie eröffnen sich hier im Gegenteil noch weite Felder.

Die Mitbestimmung gehört zum erprobten Arsenal gewerkschaftlichen Handelns. Sie hat sich bisher nicht gerade dazu geeignet erwiesen, über eine soziale Abfederung in Krisensituationen hinaus, einen wirksamen Einfluß auf die Gestaltung des Produktionsprozesses auszuüben. Seit neuestem nun hat der DGB-Bundesvorstand seine »Konzeption zur *Mitbestimmung am Arbeitsplatz*«[9] vorgelegt, die dazu beitragen soll, den Arbeitnehmern einen wirksameren Einfluß auf die Gestaltung ihrer eigenen Arbeit einzuräumen und die Humanisierung der Arbeit voranzutreiben. An dem Konzept ist wichtig, daß der DGB die Individual- und Kollektivrechte der Arbeitnehmer gestärkt wissen will, soweit sie sich auf Veränderungen des Arbeitsplatzes, seiner Tätigkeit und der Arbeitsumgebung beziehen. Dabei geht es um Informationsrechte gegenüber dem Arbeitgeber, um Vorschlagsrechte für eine menschengerechte Gestaltung der Arbeit und die Reklamation der Unzumutbarkeit von Arbeit, der durch das Recht auf Leistungsverweigerung Nachdruck verliehen werden soll. Das Recht auf die Einrichtung von Arbeitskreisen, in denen Arbeitnehmer während der betrieblichen Arbeitszeit gemeinsam mit Betriebsräten, Vertrauensleuten und inner- wie außerbetrieblichen Experten ihre Vorschläge zur Gestaltung von Arbeitsbedingungen entwickeln können sollen, wobei der Arbeitgeber eine Pflicht zur Stellungnahme hat, bezeichnet einen Schritt in die richtige Richtung, auch wenn der DGB in diesem Zusammenhang wohl nicht die Ökologieproblematik vor Augen hatte. Richtig daran ist das Ziel der Entfaltung des innovativen Potentials der Beschäftigten und die Förderung der Transparenz über die Bedingungen der Arbeit. Dort, wo es solche institutionellen Verankerungen schon gibt, sei es in der Form der Branchenversammlungen auf den Werften oder als Arbeitskreise für Alternative Produktion, sind sie entscheidende Orte für die Bewußtseinsbildung über tarif- und sozialpolitische Interessen hinaus. Sie wären gut geeignet, das vorhandene Informationsdefizit über die Gesundheits- und Umweltgefährdung am Arbeitsplatz zu verringern und eine produktionsbezogene Politik von unten voranzubringen. Instrumente einer *Produkt- und Technologiefolgenabschätzung* sind inzwischen weit genug entwickelt, um auf der betrieblichen Ebene handhabbare Hilfestellungen zu leisten.[10]

Von dort aus könnte auch der politische Druck auf Betriebsärzte, Berufsgenossenschaften und Gewerbeaufsicht ausge-

hen, die zu weiten Teilen heute aus Gründen unzureichender Ausstattung vor dem Problem der Umweltgefährdung oder des Arbeitsschutzes im Betrieb kapitulieren müssen, wenn sie nicht ohnehin wie die meisten Betriebsärzte in unheiliger Allianz mit der Unternehmensführung, von der sie bezahlt werden, verbunden sind. Von der Ökologiebewegung wird in diesem Zusammenhang zu Recht eine generelle *Pflicht zur Produktzulassung* vor der Vermarktung und eine wirksame *Produktionsausgangskontrolle* gefordert, wobei die Kosten den Verursachern anzulasten wären.[11] Eine so bedingte Verteuerung der Produkte würde vielleicht zu einer schrittweisen Entchemisierung beitragen. Insgesamt wäre eine *Umweltverträglichkeitsprüfung von Arbeitsstoffen und Endprodukten* das mittelfristige Ziel.

Im Betriebsverfassungsrecht bieten sich an zwei Stellen Ansatzpunkte für eine Erweiterung der Spielräume von Belegschaftshandeln. In den *§§ 90 und 91 des Betriebsverfassungsgesetzes* ist eine rechtzeitige Unterrichtung des Betriebsrates bei allen Planungen und Änderungen, auch von Arbeitsverfahren und -abläufen, die die Geschäftsleitung vornimmt, vorgesehen, wobei *»die menschengerechte Gestaltung der Arbeit«* berücksichtigt werden soll. Widersprechen solche Änderungen »gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen« über menschengerechtes Arbeiten, hat der Betriebsrat sogar ein erzwingbares Mitbestimmungsrecht. Da Arbeitsrechtsprechung nicht unbeeinflußt bleibt von der öffentlichen Auseinandersetzung um Rechtspositionen, hätten die Gewerkschaften hier ein wichtiges Betätigungsfeld, um exemplarische Entscheidungen zu erreichen. Die andere Eingriffsmöglichkeit eröffnet sich über den *§ 111*, der neben der Sozialplanregelung auch das Instrument des *Interessenausgleichs* über eine geplante Betriebsänderung enthält. Dieser Interessenausgleich kann im Vorfeld von Betriebsstillegungen bei entsprechendem Nachdruck dazu genutzt werden, Initiativen für Produktionsumstellungen, die belegschaftseigene Auffanggesellschaften planen, mit Produktionsmitteln und Übergangsfinanzierungen im Austausch gegen eine reibungslose Abwicklung der Stillegung zu versorgen.

Die Stärkung der Eigeninitiativen von Belegschaften bzw. aktiver Gruppen im Betrieb könnte darüber hinaus gefördert werden, wenn die Beratungskapazitäten netzwerkartig ausgebaut würden, auch unter Hinzuziehung nicht unter gewerkschaftlicher Kontrolle laufender Institutionen. Dafür wäre ein *Konsultationsrecht* betrieblicher Arbeitskreise betriebsverfassungsrechtlich zu verankern, dessen Kosten im bestimmten Rahmen und beim Verdacht auf Umweltgefährdung der Arbeitgeber zu tragen hätte. Die durchweg positiven Erfahrungen mit der *Innovations- und Technologieberatung* durch ein Projekt der IG Metall in Hamburg und Berlin, die als staatlich unterstützter Modellversuch laufen, haben gezeigt, was an Beratung auf dem Gebiet der Technologiefolgenabschätzung und der Produktkonversionsberatung (Umstellung der Produktion) auch mit einem kleinen Apparat zu leisten ist.

Im Rahmen des *Arbeitsförderungsgesetzes* wäre darüber hinaus an Maßnahmen zu denken, die eine bessere materielle Überlebenschance für Belegschaftsinitiativen und örtliche Beschäftigungsinitiativen bieten, sofern sie eigenständig alternative, sozial nützliche Produktionen entwickeln wollen. Sie brauchen nicht nur entsprechende *Beratungsformen*, sondern auch dem Arbeitslosengeld zumindest adäquate Unterstützungsleistungen. Die Grünen haben zu diesem Problem einen brauchbaren Gesetzesvorschlag vorgelegt[12], der die *Erweiterung der Förderungsberechtigten bei den Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung* auf solche Arbeitnehmer ausdehnt, die ein in Selbstverwaltung geführtes Unternehmen errichten oder übernehmen wollen. Sie schlagen darüber hinaus auch angemessene Beihilfen für die Gründungsphase solcher Modelle vor. Da gegenwärtig nahezu alle Versuche von belegschaftsinitiierten Produktionsumstellungen an der mangeln-

den staatlichen Förderung zu scheitern drohen, andererseits aber die Signalwirkung erfolgreicher Produktionsumstellungen nicht zu unterschätzen wäre, sollte gerade auch gewerkschaftliche Politik hier auf einen Durchbruch drängen.
In diesen Zusammenhang gehören auch Konzepte, die für die *Einrichtung institutioneller Dialoge* zwischen Produktionsumstellungsinitiativen und kommunalen Behörden plädieren, um gemeinsam gesellschaftlichen Bedarf und seine Befriedigung durch selbstorganisierte Projekte zu sondieren. Solche Gesprächskreise werden in Hamburg und Bremen derzeit anvisiert.[13]
Flankierende Maßnahmen, die die Bereitschaft zu einem umweltpolitischen Engagement erhöhen könnten, finden sich in Vorschlägen für eine Politik der qualitativen *Verkürzung der Arbeitszeit*. Auch hier liegt ein Gesetzentwurf der Grünen Bundestagsfraktion vor, der bezahlte Freistellungen für die Teilnahme an beruflichen, wissenschaftlichen, politischen und kulturellen Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen vorsieht.[14] Damit soll darüber hinaus ein *Rechtsanspruch auf bezahlte Freistellung* für ehrenamtliche, gemeindliche sowie gewerkschafts- und sonstige gesellschaftspolitische Betätigung verbunden sein. So käme es nicht nur zu einer quantitativen Verkürzung von Arbeitszeit, sondern zu einer Öffnung in Richtung auf die Wahrnehmung politischer Gestaltungsaufgaben im engsten Bereich von Betrieb und Gemeinde. Privilegiert würden solche Aktivitäten, die auf ein basisnahes Engagement zielen.
Eine produktionsbezogene Ökologiepolitik, wie sie hier skizziert worden ist, weist bewußt in eine andere Richtung als das gewerkschaftliche Programm für Arbeit und Umwelt, das das Heil in einer Beschleunigung des »qualitativen« Wachstums sucht. Bei diesem Programm, das den Einsatz öffentlicher Mittel und Umlagen-Fonds der Industrie als zentrale Instrumente vorschlägt, bleibt für die Betriebs- und Personalräte nur die Aufgabe der Fort- und Weiterbildung auf dem Gebiet des Umweltschutzes und die daraus abgeleitete Frühkoordination zwischen gewerkschaftlicher und betrieblicher Vertretungsebene.
Statt dessen wurde hier versucht, Konturen einer Politik zu entwerfen, die bei dem ansetzt, was sich an der gewerkschaftlichen Basis, im Betrieb und in der politischen Öffentlichkeit, bei den Bürgerinitiativen, tatsächlich bewegt und bewegen ließe. Joseph Weizenbaum, Computer-Experte und -Kritiker, hat die Illusion von der sogenannten Ohnmacht des Einzelnen die gefährlichste Illusion genannt, die ein Mensch überhaupt haben kann[15]. Gefordert sind nicht allein staatlich adressierte Umweltschutzprogramme, sondern die Subjekte mit ihrer Kompetenz und ihren Ansprüchen auf mehr Lebensqualität. Nicht als vereinzelte Individuen, sondern in ihrer Fähigkeit zu kooperativer Anstrengung.

aus: (Hrsg.) Beckenbach, F. / Müller, J. / Pfriem, R. / Stratmann, E.:
Grüne Wirtschaftspolitik
– Machbare Utopien, Köln 1985

Podiumsdiskussion

Die Zukunft der Wirtschaftsforschung

Einleitung

Thesen Hannelore Burmann
(Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Bonn)

Thesen Gisela Anna Erler
(München)

Thesen Irene Schöne
(Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, Hamburg)

Thesen Prof.Dr. Hajo Riese
(Freie Universität Berlin)

Thesen Dr. Lothar Scholz
(IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München)

Thesen Dr. Frank Stille
(Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung / DIW, Berlin)

Leitung: Dr. Joachim Müller
(Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, Bonn)

Einleitung

Die nachfolgenden Kurztexte stellen thesenartige Grundlagen für das Abschlußpodium der Eröffnungstagung des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) dar, zum Thema "Die Zukunft der Wirtschaftsforschung".

Wir haben den Teilnehmer(inne)n der Diskussion für diese Thesen keine weiteren Richtlinien auf den Weg gegeben, weil es uns wichtig schien, alle Beteiligten zunächst einmal von ihrer eigenen Forschungssituation her argumentieren zu lassen. Für das Gespräch am 17.11.1985 wollen wir dann die Debatte um eine eher eingrenzende Fragestellung organisieren, ob bzw. inwiefern nämlich die ökologische Dimension des Wirtschaftens und Lebens von der Wirtschaftsforschung eine revidierte oder neue paradigmatische Orientierung verlangt. Irene Schöne vom IÖW, für die das zentral ist, hat ihre Thesen bereits in dieser Richtung angelegt.

Die Thesen sind in jeweils alphabetischer Reihenfolge von Frauen und Männern angeordnet.

Thesen Hannelore Burmann

(Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Bonn)

1. Die Zukunft der Wirtschaftsforschung - konkret: ihre Chancen, auf gesellschaftliche Prozesse Einfluß zu nehmen - hängt davon ab, ob sie aus gegenwärtigen Fehlentwicklungen zu lernen imstande ist.

2. Unter dem Eindruck der Erfolglosigkeit wirtschaftspolitischer Konzepte angesichts der seit etwa zehn Jahren anhaltenden Massenarbeitslosigkeit wird die gegenwärtige Situation von vielen Seiten als krisenhaft empfunden. Wie in den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts ist die Krise doppelter Natur:

   a) die Krise der realen Wirtschaftsentwicklung

   b) die Metakrise der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den realen Phänomenen.

3. Die Krise der Wirtschaftspolitik sowie ihrer theoretischen Fundamente ist nicht zuletzt eine "Überforderungskrise". Sie wird verursacht durch zu hoch gespannte Erwartungen in die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftswissenschaften und der Sozialwissenschaften allgemein, durch zu große Hoffnungen in die Planbarkeit und die Gestaltbarkeit der Praxis aufgrund theoretischer Erkenntnisse.

   Die Wissenschaft selbst, insbesondere die Wirtschaftswissenschaft, hat solche unrealistischen Hoffnungen genährt. Angesichts der Erfolge keynesianischer Stabilitätspolitik wog sie sich im Glauben, den Wirtschaftsprozeß nach Belieben feinsteuern zu können.

4. Die Krise der Wirtschaftswissenschaft erschöpft sich jedoch nicht im Zurückbleiben hinter überspannten Erwartungen. Die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft und der auf sie gegründeten wirtschaftspolitischen Rezepturen wird vielmehr durch eine Reihe von theoretischen und forschungspraktischen Fehlentwicklungen beeinträchtigt.

5. Ein Kriterium zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit von Theorien ist die Relevanz der zugrundeliegenden Prämissen. Dabei geht es nicht um den Grad der Abstraktion einer Theorie, sondern um die Frage, wovon abstrahiert wird.
Die vorherrschende ökonomische Lehrmeinung zeichnet sich dadurch aus, daß sie wichtige Erscheinung der Realität unberücksichtigt läßt ("reine Ökonomie") und ihre Erklärungsmuster demzufolge geringe praktische Relevanz besitzen.

6. Zu simple bzw. falsche Grundannahmen, z.B. die Übertragung der Gesetze der Mechanik (Gleichgewichtstheorie) auf die Ökonomie führen zu falschen Schlußfolgerungen.

7. Die Wirtschaftswissenschaft legt häufig mehr Wert auf die Geschlossenheit und formale Eleganz von Modellen, als auf ihren praktischen Erklärungswert. Modelle werden selbst dann noch kunstvoll verfeinert, wenn sie sich in ihren Grundideen längst als irrelevant erwiesen haben.

8. Theorien, die empirisch ungenügend abgesichert sind, werden als bestätigt ausgegeben und auf ihrer Grundlage weitreichende wirtschaftspolitische Handlungsanwei-

sungen gegeben. Der relativ geringe "Reifegrad" der Nationalökonomie sollte demgegenüber zu vorsichtigeren und verantwortungsvolleren Vorschlägen an die Politik Anlaß geben, da die tatsächlichen Konsequenzen nicht sicher abgeschätzt werden können.

9. Die verschiedenen theoretischen Schulen innerhalb der Wirtschaftswissenschaft neigen dazu, jeweils nur innerhalb des eigenen Ansatzes zu diskutieren. Die Argumente und empirischen Erkenntnisse anderer Forschungsrichtungen werden allenfalls zur Kenntnis genommen, um sie zu widerlegen.

10. Wenn die Wirtschaftsforschung in Zukunft in Politik und Gesellschaft Beachtung finden möchte, muß sie

a) deutlich machen, daß es keine Patentrezepte für die politische Gestaltung der Wirtschaft gibt. Die Erwartungen an die Wirtschaftswissenschaft müssen auf ein realistisches Maß reduziert werden.

b) Anstrengungen zur Überwindung der geschilderten theoretischen und forschungspraktischen Mißstände machen. Notwendig ist insbesondere ein problembezogener Diskurs über die Theoriegrenzen hinweg sowie die Erweiterung ökonomischer Modelle um politische und gesellschaftliche Zusammenhänge. Theoretische Erkenntnisse sollten darüber hinaus wegen des hohen Abstraktionsgrades und des partiellen Charakters der meisten Erklärungsmuster nicht vorschnell in Ratschläge an die Politik umgesetzt werden.

GISELA ANNA ERLER

ZWANZIG-STUNDEN-TRÄUME UND SCHNUCKELIGE NACHBAR-SCHAFTEN

ÜBER DAS GROSSE SCHWARZE LOCH DER NEUEN MÄNNERPHANTASIEN

Wo die Diskussion auf dem Stand der Zeit, das heißt des **Pflasterstrand** oder der **Kommune** ist, da wird die Arbeit in unserer Gesellschaft wie auch das Geld pfiffig neu verteilt.

Für die einen haben wir die Dualwirtschaft theoretisch hinter uns gelassen. Was plumpe Gewerkschafter schon vor 10 Jahren sagten (und Operaisten ebenfalls), wird plötzlich in einer schmucken neuen Welle wieder gesellschaftsfähig: Der Traum vom »anders arbeiten« ist eine Illusion, alternativ backen ist dasselbe wie bei Osram Glühbirnen herstellen. Der Faktor Bewußtsein, wie ich eine Tätigkeit empfinde, warum sie mir etwas bedeutet, wird flugs durch objektivistische Kategorien wieder weggewischt. So richtig es war, aufzuzeigen, daß auch in alternativen Zusammenhängen mit Wasser gewaschen und mit Geld gewirtschaftet wird, so problematisch ist doch die Überführung all derer, die da an anderen Arbeitszusammenhängen basteln, als ohnehin vergebliche Träumer. Verwiesen wird statt dessen auf den »autonomen« Sektor, das Hobbytum im weitesten Sinn, wo das getan wird, was mensch wirklich tun möchte: töpfern (?), schreiben (???), gärtnern, Kinderhüten (!) — dem die in jedem Fall entfremdete heteronome Arbeit entgegensteht.

Nun gibt es andere, die nicht wie Gorz in einem kurzen Satz die real existierende Dualwirtschaft mit ihrem bezahlten wie unbezahlten Sektor hinter sich lassen, sondern die darüber nachdenken, wie denn Personen, die zeitweise oder langfristig aus der Kernökonomie ausgegliedert werden oder ihr fernbleiben, ihr Recht auf Einkommen, Qualifikation und gesellschaftliche Teilhabe verwirklichen können. Da haben wir, mit Varianten, die vielzitierten Autoren Offe und Huber, auch meine Berliner ökolibertären Freunde. Mindesteinkommen in verschiedenen Versionen, Arbeitszeitverkürzungen ebenfalls wie im Supermarkt ausgesucht: Wie hätten wir es denn gerne? 30 Stunden? Zu viel? Nein, nehmen wir doch lieber fünfundzwanzig oder zwanzig!

Dünn bleibt häufig die Aussage darüber, wer denn die Subjekte sind, die all diese Modelle einklagen und durchsetzen. Dünn und hohl etwa bei Gorz die Perspektive der Einheitsarbeitszeit von zwanzig Stunden, nach dem Welt-Scheckkarten-System analog zur American-Express-Karte. Unsichtbar die Antwort darauf, außer bei Huber, wo denn die Großkonzerne, Machtträger, Industriegiganten bleiben und wie wir uns in diese merkwürdig konkretistische Vision hin auflösen. Subjekt: die Gewerkschaften und die Reste der neuen Linken? Und das nach der Analyse, die die Arbeiterklasse beiläufig ins Abseits stellte, vor gar nicht langer Zeit?

Soviel vorab und sehr verkürzt zu den endlosen neuen Würfen, die da entstehen und gepredigt werden. Ihr gemeinsamer Mangel scheint mir zu sein, daß die Subjekte und Interessenvertreter fast stets unsichtbar bleiben, daß zwar vornehmerweise nirgendwo mit dem Revolutionsbegriff operiert wird, daß da aber **pseudorealistische** Konkretionen gehandelt werden, die unter der Hand revolutionäre Machtverschiebungen beinhalten, ohne sie noch zu benennen.

Wir können es offensichtlich nicht lassen, den linken Bauchladen zu benutzen und das schöne alte Spiel »Was wäre, wenn wir an der Macht wären« zu spielen, wir können nicht begreifen, daß wir nicht mit Gesetzesentwürfen, sondern mit Prozessen und historischen Entwicklungen umzugehen haben, deren Resultat per definitionem ein Kompromiß sein wird und nicht unsere Schubladenentwürfe.

Doch nun zu meinem eigentlichen Thema: allen diesen Entwürfen ist gemein, daß sie in geschlossener Manie die Beziehungsfähigkeit, gewachsene Strukturen, das Wirkungsfeld Familie in seiner Besonderheit und seiner noch immer qualitativen Unersetzbarkeit schlichtweg ignorieren.

Damit wird frau ignoriert, unsichtbar gemacht, ihre Tätigkeit wird quantifiziert, ihrer Besonderheit entkleidet. Grob gesagt: Was Familien und in den Familien heute Frauen leisten, wird über einen Leisten gezogen, mißachtet und zunehmend kolonisiert. In unserer Liebe zu stets neuen Etiketten haben wir die Lebensrealität längst zugepflastert, so daß wir nicht mehr hinschauen brauchen. Da gibt es eine Neue Mütterlichkeit und eine neue Affirmativität, laut Frankfurter Alt-Klugmeisterei. Ich möchte in ungebrochener **Neo-Banalität** an einige Dinge erinnern oder auf sie aufmerksam machen: In allen neuen Würfen ist für die Betreuung von Kindern, Alten, Kranken, Psychopathen etc. die Rede von den schnuckeligen **Nachbarschaften** und **kleinen Gruppen**, die sich in **freiwilliger Zuwendung** all dieser Menschen annehmen.

Wir sind eine Gesellschaft, die zwar immer weniger Kinder hat, aber immer mehr schwerkranke Alte, Leute, die ins Bett machen, sabbern und oft niemanden mehr erkennen. Es ist ja wohl grotesk, davon auszugehen, daß wir alle, so, wie wir in den Städten leben, immer mehr vereinzelt (weil wir es nach unseren WG-Erfahrungen so wollen), immer mehr mit Beziehungsschwierigkeiten kämpfend, daß wir ungebrochen und plötzlich in neue Nachbarschaften strömen werden und kontinuierliche, engagierte Pflege für Kranke und Schwache leisten. Es ist noch schwachsinniger, dies von Männern als Selbstverständlichkeit anzunehmen als von Frauen.

Wir haben seit Beginn dieses Jahrhunderts eine Verkürzung der Lohnarbeitszeit von wöchentlich ca. 60 auf 40 Stunden erlebt, ohne daß die von Männern freigesetzte Zeit den Familien zugute kommt. Woher nehmen wir die Kühnheit zu unterstellen, bei 35, 30 oder 20 Stunden werde das anders sein, jedenfalls von selbst? Gibt es nicht genügend interessante Dinge auch neben dem Krankenbett und dem Kinderwagen, die man dann vorziehen wird? Wer, um in die Welt der Banalität mit allem untheoretischen Nachdruck zurückzukehren, von all den Single-Männern und auch -Frauen ist denn heute bereit, auch nur für wenige Stunden verbindlich das Blag einer relativ unbekannten Fremden zu betreuen, geschweige denn die bettnässende Schwiegermutter eines anderen? Wohl wissend, daß die Gruppenidylle so leicht nicht herbeizudiskutieren und nach unseren Erfahrungen teilweise eher ein schlechter Witz ist, kommen also neue Varianten ins Gespräch.

Michael Opielka operiert mit dem lebenslangen Sozialdienst, Klaus Offe mit den Zeitguthaben von Pflegediensten, die man/frau ansammeln kann, um im Alter nicht allein zu verrotten. Ähnliches stand schon vor Jahren bei Herrn Binswanger zu lesen. Das liest sich alles für unsere geübten fortschrittlichen Augen so süffig und flüssig, daß wir erst beim Nachdenken stutzen. Wie immer entpuppt sich unsere Szene als Hüterin des unerbittlichen industriellen Fortschritts, nach dem Motto: Erst abholzen und dann aufforsten.

Machen wir uns erst einmal klar: noch immer wird die primäre Sozialisationsleistung in Familien erbracht. Zunehmend in einer Form von Familie, wo frau den ganzen Preis, arbeitsmäßig wie finanziell, zu leisten hat: In der **Kleinstfamilie**, in der nur Mutter und Kind leben. Die Zunahme der Kleinstfamilie als Überwindung der Familie oder auch nur des Patriarchats zu sehen, ist dabei eine folgenschwere gedankliche Schluderei. Privat verstärkt sich hier die wechselseitige Abhängigkeit, ökonomisch wird die Reproduktion endlich ganz den Frauen aufgebürdet. Mit dem Zerbrechen der Ehe ist die Familie nicht überwunden, sondern allenfalls transformiert. Die Aushöhlung der Ehe hat mit dem Ende der Familie nichts zu tun, sie ist lediglich eine Transformation mit durchaus ambivalenten gesellschaftlichen Folgen. Doch dies nur am Rande! Es geht mir nicht, wie so viele gern mißverstehen, darum, Frauen in dieser Rolle festzuschreiben. Es geht erst einmal darum, festzustellen, daß wir zur frühkindlichen Sozialisation, die auf einer echten Familienbindung beruht, noch immer **nicht die geringste Alternative** haben, weder bei uns noch anderswo. Entweder hat ein Kind mindestens eine feste Liebesperson, Mutter (manchmal Vater), Großmutter oder dergleichen, eine Person, die nicht nach der 8-Stunden-Logik operiert, die das Kind mitsamt seiner Rotznase und seinen ersten ba-bas aufregend, attraktiv und interessant, einmalig und hinreißend findet, oder das Kind hat ein massives Problem für das ganze Leben. Es gibt in den neueren Theorien zu den Sozialdiensten einfach keine Begriffe für die **Besonderheit bestimmter Beziehungen**, für das Einmalige und Nicht-Austauschbare der Familienbeziehung, das sie so neurotisch, überlastet und unersetzlich macht.

Das Gerede von den Nachbarschaften und Sozialdiensten, ohne daß wenigstens genauer auf die mögliche Wechselbeziehung solcher Dienste zu familiären Formen eingegangen wird, wird gespeist von der noch immer grassierenden grundnaiven Annahme, die Familie ließe sich analog zum Atomkraftwerk einfach abschaffen. Der mechanische Emanzipationsbegriff für Frau und Mann geht noch immer davon aus, die Gemeinschaft oder der Stamm, die Familie, das Dorf, all das seien lediglich Zwangszusammenhänge — Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung sei das restlos mobile Individuum, das seine Lebensarbeitszeit mal in Bangla Desh, mal in New York, mal in Berchtesgaden ableistet. Es mag so kommen — doch ein solches Modell bedeutet die totale Ghettoisierung und Institutionalisierung aller nicht-Mobilen, der Kleinkindmütter wie der Geisteskranken. Die Tendenz der Gesellschaft, beide auf eine Stufe zu stellen, ist ohnehin schon weit entwickelt.

Ich meine, es braucht eine ehrliche, realistische und gründliche Auseinandersetzung mit den facts of life. **Beziehung ist nicht dasselbe wie Versorgung.** Wenn wir Familienfrauen nicht völlig isolieren wollen mit der Arbeit, die sie für uns alle leisten (noch immer wird 80 Prozent aller Versorgung von Pflegefällen in Familien geleistet), dann müssen wir uns für banale Dinge entscheiden: ein Konzept, das (Kleinkind)Mütter und Frauen, die Kranke daheim pflegen, viel mehr entlastet als bisher. Sozialdienste für die Rettung des Waldes wie für die Unterstützung der Familien, damit sie nicht noch mehr zum Gefängnis werden. Wir können im Rahmen solcher Strategien auch überlegen, wie wir es Männern möglich machen, solche Aufgaben zu übernehmen: durch Teilzeitarbeit, z.B. durch einen Sozialdienst analog zur Bundeswehr, wo junge Männer auch in fremden Familien, in Kindergärten Popos putzen und Brei kochen.

Daß über diese Details nicht gesprochen wird, wohl aber über die blinkenden Computer, die die Lebensarbeitszeit kontrollieren, ist keine Zufälligkeit, keine nebensächliche Unterlassung. Wer die zentrale Bedeutung von **Familie** für Lebensqualität in Kindheit, Krankheit und Alter übersieht, der muß zumindest begreifen, daß ein Stundenkonto für die Betreuung im Alter nicht das Kernproblem löst: daß der schwache und kranke Mensch nicht von irgend jemand irgendwie betreut sein möchte, sondern daß er zumindest zeitweise emotional auf den Kontakt zu Personen angewiesen ist, die ihm/ihr im Lauf der Lebensgeschichte etwas bedeuten.

Das bedeutet aber, daß wir das Verhältnis von Freiwilligkeit und Verantwortlichkeit etwas realistischer diskutieren müssen, ohne daraus abzuleiten, daß Frauen alleine diese Last tragen könnten, die ständig wächst.

Das Stechuhrdenken in bezug auf Betreuung bringt den Warencharakter in einen Bereich, wo er von den Menschen unserer Nation bisher nur partiell akzeptiert wurde. Die mechanistische Emanzipation, die nicht klar definiert, wie für Familie sichtbarer Platz und praktische Entlastung geschaffen wird, begünstigt die **instrumentelle Euthanasie**, das langsame, freiwillige, gleichgültige Sterben des Menschen, für den niemand mehr das genuine Interesse der Privatheit aufbringt. Es gibt da keine Kompromisse, nur Hilfen!

Abschließend noch einmal: es geht nicht darum, etwas zu erhalten, was eigentlich längst überflüssig ist. Oder gar, Arbeitsplätze in einem Sektor zu schaffen, der keine Menschen absorbieren kann. Es geht darum, daß wir dabei sind, einen Sektor restlos zu kolonisieren und immer selbstverständlicher auszubeuten, zu dem es in bezug auf die psychische Überlebensfähigkeit von Menschen keine sichtbare Alternative gibt. Um den Frauen in der Familienverantwortung Luft zu verschaffen, müssen wir erst einmal wahrnehmen, was sie tun. Und manch eine(r) von uns, die/der sich den „Kleinfamilienscheiß" als überzeugte(r) Single verbittet, ganz zu Recht, stellt sich die Frage vielleicht schon übermorgen, wenn seine/ihre Eltern Pflegefälle werden oder sie/er doch ein Kind möchte oder sie/er schwer krank wird. Leben ist Leben, Lieben, Kranksein, Sterben. Halten wir doch die Würde von allem im Blick!

Es gibt in der linken Theorie viele Divergenzen; doch die Grundannahme, daß alte Strukturen, vor allem der Gemeinschaft, durch jene der Gesellschaft zu ersetzen seien, ist allen gemein. In einer Art paranoischem Rundschlag wird nicht nur das Familienleben, sondern auch das Dorf, die Provinz, das ganze **Zurückgebliebene** planiert und angegriffen — von einer Bewegung, die sich zunehmend in ihrer Freizeit mit den Gedanken der Ökologie befaßt. Dem Bemühen um die Rettung der Bäume entspricht an keiner Stelle ein Bemühen um ein Verständnis dessen, was eigentlich menschliche Gemeinschaften funktionsfähig macht. Daß Kindesmißhandlung, Gewalt gegen Frauen und Psychoterror heute zunehmend den Familienalltag bestimmen, ist Ausdruck der maßlosen Überfrachtung und zugleich Ohnmacht, in der wir durch die industrielle Funktionslogik und durch unsere platten Sozialstaatsthesen die Familien wie auch die übrigen Restgemeinschaften treiben. Ein Beweis für ihre Ersetzbarkeit ist es nicht. Dem Wurzelgeflecht einer Tanne wird angesichts der Tatsache, daß sie auf den Sauren Regen mit Tod reagiert, zumindest eine komplexe Realität zugestanden. Menschlichen Motivationsstrukturen und Lebensformen dagegen wird mit der simple-minded-ness von Micky-Maus-Heften begegnet. Das Prinzip der **Nicht-Beliebigkeit von Beziehungen** wieder als Baustein in unsere Gesellschaft aufzunehmen, wäre ein Anfang einer Theoriebildung in diesem Bereich. Erst wenn die Qualität statt der Quantität von Beziehungen und Betreuung wieder zum Thema wird, kann frau sich in diesen Strategien wiederfinden. □

Thesen Irene Schöne

(Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, Hamburg)

Ökologie als neues Paradigma der Ökonomie?

Ehe ich versuche, einige Thesen zu der Fragestellung aufzuwerfen, ob die Ökologie als ein neues Paradigma der Ökonomie angesehen werden kann, und damit, ob es zu einem Paradigmenwechsel kommen muß, will ich mit besonderem Nachdruck darauf hinweisen, daß ich als Wirtschaftswissenschaftlerin für eine Weiterentwicklung der ökonomischen Theorie plädiere, nicht als eine Außenstehende.

Ich möchte gern aus der Fülle der Notwendigkeiten vier Thesen formulieren und zur Diskussion stellen:

1. These

Anhand der Umweltzerstörung, worin auch die Ausrottung von Tier- und Pflanzenarten eingeschlossen ist, die ich als eine vom Menschen "hausgemachte" Katastrophe bezeichne, weil sie durch unsere Art zu mit der Natur umzugehen, verursacht worden ist, läßt sich zeigen, daß die ökonomische Theorie bisher erstens von einer Unbegrenztheit natürlicher Ressourcen ausging. Wir gehen mit der Natur so um, als könnten wir über sie unendlich und unbegrenzt verfügen. Wenn bestimmte Ressourcen, wie z. B. fossile Energievorräte aufgebraucht sind, meinen wir, würden wir schon einfallsreich genug sein, um andere Quellen an ihre Stelle zu setzen. Z. B. konnte Holz durch Kohle, Kohle durch Erdöl und soll Erdöl durch Atomenergie ersetzt werden. Was in Millionen von Jahren entstanden ist, verbrauchen wir in rund 100 Jahren vollständig. Statt daß wir die einzige Quelle erschließen und einsetzen, die uns ständig neue Energie liefert, die wirklich nicht begrenzt ist und von jedermann (und jeder Frau) verwendet werden kann, die Sonne.

2. These

Wir gehen zweitens mit der Natur so um, als hätte diese eine unbegrenzte Aufnahmekapazität für Schadstoffe und Abfälle, die bei Produktion und Konsum anfallen. Auf die Regenerierungsfähigkeit der

Natur mußte von uns - jedenfalls schien es bisher so zu sein - keine Rücksicht genommen werden. Unsere Art zu wirtschaften war , schlossen wir daraus, neutral gegenüber der Umwelt. Und wir verfügen daher über kein wirklich funktionierendes Instrument, um Schäden zu erkennen bzw. Nutzen und Schaden gegeneinander abzuwägen, ehe wir handeln.

Schaden- wie Nutzenerzeugung erscheinen uns gleichermaßen als produktive Arbeiten. Um beim Beispiel der Energieversorgung zu bleiben, heißt das, daß durch den Einsatz und den Ausbau der Atomenergie hochgiftige Abfallstoffe erzeugt werden, die jahrhundertelang sicher gelagert werden müssen, weil sie für Mensch und Natur giftig sind. Wir produzieren durch menschliche Eingriffe in die Natur damit mehr Gift, als von Natur aus vorhanden war. Und wir sehen keinerlei Probleme darin, die Natur mit solchen strahlenden Abfällen zu belasten, es sei denn technische, die gelöst werden könnten.
Das Waldsterben zeigt jedoch deutlich, wo die Belastbarkeit der Natur liegt und daß wir diese berücksichtigen müssen.

3. These

Wir registrieren heute durch unsere Art zu wirtschaften Zerstörungen an der Natur, die wir hinsichtlich ihrer Auswirkungen diskutieren, aber auch nur bezogen auf die Natur, und ohne zu erkennen, daß sie letztendlich auch auf den Menschen als ein natürliches Lebewesen Auswirkungen haben. Zum Beispiel ist das Waldsterben nicht nur deshalb von Bedeutung, weil der Wald stirbt und infolge der Luftverschmutzung und Versäuerung des Bodens auch keinerlei Möglichkeiten hat, unter diesen Bedingungen jemals wieder zu wachsen, sondern auch deshalb, weil dort, wo der Wald stirbt, auch die Krebserkrankungen beim Menschen sich häufen. (vgl. Untersuchungen Bekenkamp, Saarbrücken) Diese Zusammenhänge, die Auswirkungen, die unser Lebensstil nicht nur auf die Natur, sondern auch auf den Menschen hat, werden von uns bisher nicht gesehen und nicht ins Kalkül gezogen. Wir können solche Auswirkungen in ihren Zusammenhängen bisher auch deswegen nicht verstehen, weil in der ökonomischen Theorie der Mensch, jedenfalls in seiner Mehrheit als Arbeitnehmer, lediglich als einsetzbarer Produktionsfaktor Arbeit auftritt.

4. These

Erklären lassen sich diese Defizite an Erkenntnis zum Teil,denke ich, dadurch, daß die ökonomische Theorie sich nur mit der rationalen Organisation von Produktion und Verteilung beschäftigt, nicht aber mit der von Konsum und Abfällen. Würde sie sich nämlich nicht nur mit diesen Teilen, sondern mit dem ganzen Lebenszyklus von Produkten auseinandersetzen, dann bestünde in viel stärkerem Maße die Notwendigkeit, umweltverträgliche Produkte wie Produktionen zu konzipieren. Dadurch daß sie jedoch nur einen bestimmten Teilbereich der ganzen Produktlinie herausnimmt, blendet sie solche Zusammenhänge aus. Man könnte sagen, daß sich die ökonomische Theorie bisher nur mit der Rationalität von Kapitalverwertung beschäftigt und diese zu verstehen versucht, nicht aber mit einem rationalen Umgang mit Mensch und Natur. Ich plädiere damit für eine Weiterentwicklung der Erkenntnismethode ökonomischer Theorie. Leider müssen wir nicht nur von ihrer Naturvergessenheit, sondern auch von ihrer Theorievergessenheit sprechen. Ansätze zu einer ganzheitlichen Sicht gab es vor 60 bis 80 Jahren in Deutschland diverse. Diese sollten wir versuchen, für die heutige Diskussion fruchtbar zu machen.

Als Haeckel als Vertreter einer monistischen, nicht dualistischen Wissenschaftsauffassung 1866 im II. Band seiner "Generellen Morphologie" den Begriff Oecologie entwickelte, verstand er darunter "die Wissenschaft von den Beziehungen des Organismus zur umgebenden Außenwelt", worin auch die Beziehung des Menschen zur Natur eingeschlossen ist. Diese Beziehung gestalten wir heute so, als gäbe es sie überhaupt nicht, wir blenden sie immer noch aus, so als hätte unsere Art zu wirtschaften keinerlei Auswirkungen auf die Natur und auf den Menschen. Ich denke, daß wir aus der heutigen Umweltkrise auch lernen müssen, daß es sich dabei um eine Erkenntniskrise des Menschen handelt, der ein natürliches Lebewesen, ein Teil der Natur ist, in bezug auf die ihm äußere Natur.

Insofern beantworte ich die gestellte Frage, ob Ökologie ein neues Paradigma der Ökonomie sein kann und muß, mit ja.

Thesen Prof.Dr. Hajo Riese

(Freie Universität Berlin)

1. Die vielbeklagte Irrelevanz der Forschung zur Lösung praktischer Fragen ("Krise der Nationalökonomie") hat eine Ursache darin, daß der Wissenschaftsbetrieb szientifischen Normen folgt. Sie bestimmen das Sozialprestige in der scientific community, wobei die Vertreter der "reinen Theorie" an der Spitze rangieren, und entsprechend die wissenschaftlichen Karrieren.

2. Aber es lassen sich auch erkenntistheoretische Gründe für das (vermeintliche) Versagen der Forschung anführen. So wird (nicht nur in der öffentlichen Meinung) die Beziehung zwischen Wissenschaft unf Erkenntnisobjekt (in unserem Fall: Wirtschaften) verkürzt interpretiert, indem unterschlagen wird, daß Erkenntnis an ein theoretisches Vorverständnis ("Paradigma") gebunden ist. Wird dies übersehen (oder nicht hinreichend reflektiert), so produziert die Wissenschaft (und gerade eine engagierte Wissenschaft) eine Mixtur aus Voluntarismus, gespeist aus moralischen Postulaten, und theoretischen Versatzstücken. Gerade Disziplinen wir Umweltökonomie und Entwicklungstheorie leiden unter diesen Defiziten.

3. Bezogen auf die Umweltproblematik, weist die ökonomische Theorie lediglich zwei alternative Paradigmata auf, die sich in der neoklassischen und klassischen Werttheorie manifestieren Die klassische Ökonomie interpretiert Umwelt als knappen Faktor, der einer optimalen Allokation bedarf (externe Effekte, Zertifikatsökonomie, Signalfunktion der Preise); die klassische Ökonomie postuliert demgegenüber eine Aneignung der Umwelt im Gefolge der Produktion (bei Ricardo: Boden).

4. Ich bekenne mich zur klassischen Interpretation der Funktion der Umwelt im ökonomischen Prozeß. Nach ihr werden die Grenzen der Produktion von der Umwelt ("Boden") gesetzt. Diese Grenzen aber sind nicht in erster Linie Folge des Wachstums der Güterproduktion, sondern der Expansion der Bevölkerung. Erhaltung der Umwelt kann somit allein über eine die Produktion(sexpansion) hemmende Reduktion der Bevölkerung(sexpansion) erfolgen.

Thesen Dr. Lothar Scholz

(Institut für Wirtschaftsforschung, München)

1. Die Wirtschaftstheorie wird gegenwärtig in einigen Bereichen von neoklassischen Paradigmata dominiert. Die Neoklassik geht aber von Voraussetzungen aus, die sich realitätsfern erwiesen haben. Insofern ist in Teilbereichen eine "Krise der Wirtschaftswissenschaft" zu konstatieren.

2. Die empirische Wirtschaftsforschung steht zwischen Theorie und Praxis. Die theorie-orientierte empirische Wirtschaftsforschung läuft z.T. Gefahr, in eine (Denk-)Sackgasse zu geraten, weil sie implizit(!) von politischen Erfordernissen ausgeht, die unrealistisch erscheinen. Die pragmatisch-orientierte Wirtschaftsforschung stützt sich auf Fakten und verfolgt heuristische Prinzipien. Sie operiert "reaktiv", weil sie allenfalls in der Lage ist, die (aktuellen) Bestimmungsfaktoren der wirtschaftlichen Entwicklung aufzuarbeiten und - gestützt auf ex-post-Analysen - Entwicklungstendenzen nachzuzeichnen, auch politischer Art.

3. Die Stoßrichtung der ökologischen Wirtschaftsforschung ist für mich gegenwärtig noch nicht hinreichend erkennbar. Sie unternimmt allem Anschein nach den Versuch, "proaktiv" zu operieren; d.h. sie entwickelt Anforderungen ("gesellschaftlich-kulturelle Wertsetzungen"), denen heute oder in der Zukunft entsprochen werden sollte. Damit müssen explizit(!) politische Zielsetzungen formuliert werden, die aus ökologischer Sicht zu begründen sind; ein neuartiger Anspruch im Bereich der Wirtschaftsforschung.

---

* Leiter der Abteilung Energie, Rohstoffe, Technologie im Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München

4. Die ökologische Wirtschaftsforschung unternimmt allem Anschein nach den Versuch, Bestimmungsfaktoren der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung einzubeziehen, die die traditionelle Ökonomie als irrelevant oder exogen determiniert ansieht. Per definitionem betrachtet die traditionelle Wirtschaftsforschung z.B. "freie" Güter nicht als Forschungsgegenstand. An diesem Punkt setzt die Ökologie-Kritik vielfach an.

5. Wirtschaftswissenschaftler müssen auf disziplinübergreifende Erkenntnisse zurückgreifen, wenn sie die Knappheit "freier" Güter nachweisen oder Einstellungen und Verhaltensweisen von Wirtschaftssubjekten aus ökologischer Sicht ändern wollen. Wenn es gelingt, eine solche interdisziplinäre "science community" zu gemeinsamen Forschungsarbeiten zu bewegen, dann wäre die Voraussetzung für ein neues Paradigma erfüllt, das die ökologische Wirtschaftsforschung kennzeichnen könnte.

6. In der pragmatisch-orientierten empirischen Wirtschaftsforschung ist mehrfach der Versuch unternommen worden, interdisziplinäre Forschungsteams auf komplexe Forschungsthemen anzusetzen. Meine Erfahrung: Disziplin-Egoismus und -Engstirnigkeit, Zeitdruck und Kommunikationsprobleme, individuelle Abgrenzung statt Kooperation waren schwer zu überwindende Barrieren, die einer disziplinübergreifenden Bearbeitung von Problemstellungen im Wege standen. Ob die Orientierung der Wirtschaftsforschung an ökologischen Problemstellungen die Grundlage für einen Konsens unterschiedlicher Disziplinen darstellen kann, entzieht sich meiner Erfahrung.

7. Die ökologische Wirtschaftsforschung kann auf Instrumente der traditionellen Ökonomie zurückgreifen, wenn es darum

geht, interdependente Zusammenhänge offenzulegen, z.B. Kreislauf-Modelle, kybernetische Regelungsvorgänge, Input-Output-Zusammenhänge, Systems Dynamics, Evolutions-Modelle.

8. Nicht nur die Ökonomie, sondern auch die Ökologie kennt den Begriff "Geichgewicht". Die Ökonomie ist sich inzwischen bewußt, daß das eine Fiktion ist. Der Begriff des "ökologischen Geichgewichts" bedarf ebenfalls der Relativierung, da es auch in der Natur kein (absolutes) Gleichgewicht gibt.

9. Die traditionelle Wirtschaftsforschung hat bei der Suche nach quantitativen Zusammenhängen (gesamt-)wirtschaftlicher Sachverhalte von der Vielfalt qualitativer Veränderungen ("technischer Fortschritt") abstrahiert. Innovative Veränderungen sind unter diesem Blickwinkel als (statistische) Störfaktoren angesehen worden, weil sie die Kontinuität der Zeitreihen beeinträchtigen. In der Innovationsforschung gibt es Ansätze, diese qualitativen Sachverhalte aufzudecken, denn diese "Störfaktoren" sind es gerade, die wirtschaftliche und soziale Veränderungen auslösen.

10. Eine ökologische Wirtschaftsforschung, die sich auf Problemstellungen des "qualitativen" Wachstums konzentriert, könnte unter diesem Blickwinkel einen neuen Approach im Rahmen der Innovationsforschung verfolgen. Es hat den Anschein, daß sich diese Forschungsrichtung nicht darauf beschränken möchte, Fakten aufzudecken - was für sich allein genommen bereits ein schwieriges Unterfangen wäre - sondern selbst Ziele postulieren und Empfehlungen aussprechen will. Damit ist ein Rollenkonflikt zwischen Wissenschaft und Politik vorprogrammiert, der in der pragmatisch-orientierten empirischen Innovationsforschung nach Möglichkeit vermieden wird.

Thesen Dr. Frank Stille

(Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung / DIW, Berlin)

Punkte zur Diskussion

1. Wirtschaftsforschung - besonders ihr empirischer Zweig - hat erstens viel mit der Analyse der Vergangenheitsentwicklung zu tun. Basierend auf daraus gewonnen Erklärungsmodellen, versucht sie zweitens den Einfluß von wirtschaftspolitischen Maßnahmen und anderen Steuerungsmechanismen abzuschätzen (Simulation) und drittens Prognosen bzw. Szenarien zu entwickeln. Solche Ansätze berücksichtigen viele Hunderte von Variablen und schätzen institutionelle, technische und Verhaltens-Parameter. Die Interdependenz der Variablen und/oder der Subsysteme aufgrund des makroökonomischen Kreislaufgedankens macht ökonomische Modelle auch für die ökologische Wirtschaftsforschung attraktiv. Prinzipiell könnten z.B. in Szenarien ökologisch bedeutsame Annahmen variiert und in ihren Konsequenzen analysiert werden. Dazu müßten aber markoökonometrische Ansätze so weit disaggregiert werden, daß ökologische Sachverhalte berücksichtigt werden können. Dies ist bisher nicht geschehen, einmal weil gesamtwirtschaftlich bedeutsame ökologische Indikatoren nur in geringer Anzahl vorliegen und dann, weil die ökonomische Theorie kaum einen systematischen Ansatz liefert, auf dem ein ökologisch angereichertes disaggregiertes Makromodell fußen könnte.

Für eine solche Zielsetzung ist der Ökonom auf die Mithilfe und die Phantasie anderer angewiesen. Die Studie "Die Grenzen des Wachstums" ist hierfür ein beredtes Beispiel. Die bedeutsamste Funktion dieses

Ansatzes war, Konsequenzen bestimmter Annahmen aufzuzeigen und damit in der Öffentlichkeit eine Schärfung des Problembewußtseins zu erreichen. Ich glaube, daß nach dieser Studie und nach Global 2000 erneute Anstrengungen in dieser Richtung sinnvoll sind. Die Interdisziplinarität ist nicht nur für solche Makro-Studien, sondern auch für Studien mit einem begrenzteren Gegenstandsbereich (Agrarwirtschaft, Verkehr, Energie, Stadterneuerung etc.) notwendig - ein häufig schwieriges Unterfangen.

2. Eine weitere - und vielleicht entscheidende - Schwierigkeit ist die, daß in ökonomischen Ansätzen Preise eine zentrale Rolle spielen. Das impliziert für den Bereich der bisher weitgehend "preislosen" (kostenlosen) Umweltgüter, Preise zu fingieren. Damit ist eine ganze Reihe von Bewertungen vorzunehmen. Bewertungen sind meistens kontrovers, nicht nur in bezug auf Umweltpreise, sondern auch auf technische Möglichkeiten für den Umweltschutz und auf (umwelt)politische Ziele. Ökonomen können in diesem Spektrum offensichtlich nicht Schiedsrichter sein; sie können allenfalls dazu beitragen, Konflikte aufzulösen. Aber auch das ist schwierig, denn bekanntlich bestehen zwischen ökonomischen Ansätzen Divergenzen und zwischen Ökonomen vielfach gegensätzliche Standpunkte.

3. Für den Volkswirtschaftler ist es eigentlich selbstverständlich, daß er neben einer einzelbetrieblichen Kostenrechnung auch eine gesamtwirtschaftliche Kosten- Nutzen-Analyse vornimmt. Die darin enthaltenen Bewertungsprobleme sind bekannt. Im Grunde geht es immer wieder um die angemessene Erfassung der in die betrieblichen Kostenrechnungen nicht eingehenden externen Kosten und Erträge. So einfach das Prinzip ist, die sozialen Gesamtkosten und -erträge zu ermitteln, so schwierig ist seine Anwendung im einzelnen. Dies betrifft vor allem auch den notwendigerweise langen Zeitraum, der in solche Analysen einzubeziehen ist. Grenzen werden immer wieder durch krass unterschiedliche Bewertungen desselben Tatbestandes durch verschiedene Interessengruppen gezogen. Beispiel: Eine ökonomische Betrachtung der Stromgewinnung aus Atom-

kraft stößt sofort dann an seine Grenzen, wenn man die Kosten für die Endlagerung von Atommüll aufgrund seiner unabsehbaren Konsequenzen so hoch ansetzt, daß sie alle anderen Ertragselemente dominiert. Ein anderes Beispiel sind der Tourismus in den Alpen und die daraus resultierenden langfristigen Schäden am Bergwald mit allen Konsequenzen für die Siedlung.

Nichtsdestotrotz bleibt eine wichtige Aufgabe ökologischer Wirtschaftsforschung, auch für Teilbereiche umfassendere, ökologische Aspekte berücksichtigende Kosten- und Ertragsrechnungen durchzuführen. Vorschläge dazu betreffen

- die Input-Output-Analyse und die Bewertung des Sozialprodukts (ökologisch orientierte volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung);
- die Erweiterungen von Energiebilanzen um Emissionsbilanzen;
- den Verkehrsbereich. Über die sogenannten Wegekosten von Straße und Schiene hinaus müssen auch die Kosten von Unfällen und von Umweltbeeinträchtigungen einbezogen werden;
- den Agrarbereich ebenso wie die Bauwirtschaft (Bodennutzung und Bodenschutz).

4. Eine wichtige Aufgabe einer ökologischen Wirtschaftsforschung wird die Überprüfung der Tauglichkeit von Instrumenten, ihrer Implikationen für die Erreichung der gesteckten ökologischen Ziele und ihrer Finanzierung sein, aber auch ihrer Wirkung auf andere Ziele wie z.B. die Einkommensverteilung.

Die Durchsetzung von Internalisierungs- und Verursacher-Prinzip sind ohne Zweifel wichtige erste Schritte. Dadurch, daß die Kosten- und Preisrelationen verändert werden, ist auch mit Substitutionsprozessen zu rechnen, die allerdings nicht immer ökologisch sinnvoll sein müssen. Verbote und Auflagen, Abgaben, Gebühren und Subventionen müssen so in ein Anreiz- und Steuerungssystem integriert werden, daß Anpassungsfähigkeit und -geschwindigkeit der existierenden Prozesse an ökologische Ziele erhöht werden. Dabei muß der Ökonom allerdings die

nichtintendierten Nebeneffekte wie z.B unbeabsichtigte Sustitutionsvorgänge, regressive Belastungen einkommensschwacher Schichten oder unerwünschte Konzentrationsprozesse und andere Auswirkungen auf das Zielsystem beachten.

Eine wichtige Frage in diesem Zusammenhang ist, ob Instrumente universell oder spezifisch ausgestaltet werden sollen. Der Ökonom würde hier generell Makroregeln vorziehen, die dann aber flexibel genug sind, um Raum für spezifische Ergänzungen zu lassen. Probleme auf der mikroökonomischen Ebene verlangen häufig differenziertere Steuerungsmechanismen, für die generelle Regeln zu einfach sind; dennoch haben sie einen wichtigen Stellenwert. In den Bereich einer Bewertung von Instrumenten gehört auch die Prüfung institutioneller Gegebenheiten. Dies ist besonders dann dringend erforderlich, wenn vermutet wird, daß bestimmte institutionelle Ausgestaltungen ökologisch erwünschte Entwicklungen blockieren. Hier ist eine Zusammenarbeit z.B. mit Juristen (Stichwort: Umkehr der Beweislast, Schadensersatz) notwendig.

5. Die für alle genannten Instrumente unverzichtbare Setzung von ökologischen Normen wird solange das Wachstum und die industrielle Entwicklung nicht negativ tangieren, wie sie ökologische Innovationen forcieren. Die damit einhergehenden Kostenbelastungen können natürlich die einzelwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und/oder die terms of trade belasten. Aber die konkreten Belastungen hängen wiederum unmittelbar von der Art der Finanzierung ab (z.B. Verursacherprinzip vs. Gemeinlastprinzip). Das Thema "Umweltschutz und Wettbewerbsfähigkeit" ist gerade für die Bundesrepublik wichtig. Das Beispiel Japan zeigt, daß strenge Standards bei der Luftverschmutzung zu angepaßten Technologien geführt haben, die Japans Wirtschaft Wettbewerbsvorteile verschaffen können.

6. Die Erfüllbarkeit von Normen hat einen technischen und einen ökonomischen Aspekt. Technisch ist sehr viel machbar; im Falle von Verboten kann dies allerdings zum Verschwinden von Produkten und/oder Produktionsprozessen führen und damit zu Wachstumseinbußen. Diese sind nach

Möglichkeit gering zu halten, da ein Zusammenhang zwischen Wachstums- und Produktivitätsniveau besteht. Ein hohes Produktivitätsniveau und rasche Produktivitätsfortschritte können z.B. im technisch-industriellen Umweltschutz das Potential schaffen, um die schon eingetretene ökologische Instabilität wenigstens in Teilbereichen zu korrigieren. Darüber hinaus kommt es darauf an, die auf herkömmlichen Denkmustern beruhenden Bewertungen zu überprüfen. Die Steigerung der "Umweltproduktivität" und die Verringerung des spezifischen Energieverbrauchs können vordringliche Ziele sein.

Die Beiratsmitglieder des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung und ihre Arbeitsschwerpunkte

Dr. Marlene Kück (Berlin); Forschung über erweiterte Handlungsmöglichkeiten selbstverwalteter Betriebe, Mitarbeit bei den Stattwerken

Irene Schöne (Hamburg); arbeitet über den Dienstleistungssektor und die Beziehung von ganzheitlichem Haushalten und patriarchalischer Ökonomie; Vorstandsmitglied im Öko-Institut Freiburg

Prof. Johannes Berger (Bielefeld); Professor für Soziologie an der Universität Bielefeld. Fragen des sozialen Wandels, Wirtschaftsstruktur und -politik

Dr. Eckart Hildebrandt (Berlin); wiss. Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums Berlin (II VG). Arbeitspolitik, Rationalisierung, Belegschaftsinitiativen für Produktionsumstellungen

Dr. Carlo Jaeger-Weise (Zürich); Sozialwissenschaftler, leitet an der ETH Zürich ein Forschungsprojekt über den Zusammenhang von Siedlungsentwicklung und neuen Technologien

Prof. Martin Jänicke (Berlin); Professor für politische Wissenschaften an der FU Berlin. Vergleichende System- und Krisenforschung, Umwelt- und Strukturpolitik

Dr. Christian Leipert (Berlin); als Volkswirt am Wissenschaftszentrum Berlin in einem Forschungsprojekt über die umweltpolitischen Folgekosten industriellen Wachstums tätig

Dr. Joachim Müller (Bremen); als Assistent für Betriebswirtschaftslehre der Universität Oldenburg v.a. mit neuen Technologien befaßt, z.Zt. Bundestagsabgeordneter

Dr. Reinhard Pfriem (Berlin); Geschäftsführer des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung, Lehrbeauftragter für Betriebswirtschaftslehre, Ökologie und Unternehmenspolitik

Eberhard Seifert (Hamburg); Forschung über die Rekonstruktion der Frühgeschichte ökonomischer Theorien, intensive Beschäftigung mit Theorie und Geschichte industrieller Arbeitszeiten

Prof. Burkhard Strümpel (Berlin); Professor für Volkswirtschaftslehre an der FU Berlin und Direktor der Forschungsstelle Sozialökonomik der Arbeit. Ökonomische Theorie, Energiepolitik

Dr. Otto Ullrich (Berlin); Arbeiten über Technik und Gesellschaft, zuletzt in einem interdisziplinären Forschungsprojekt der TU Berlin über Energie- und Verkehrspolitik

Helmut Wiesenthal (Bielefeld); Soziologe, langjährige Mitarbeit in einem Forschungsprojekt über Arbeitszeitpolitik. Arbeiten über Gewerkschaften und industrielle Beziehungen, soziale Bewegungen

Machen Sie mit!

Wir wollen, daß Sie Mitglied der Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung werden und unsere Initiative durch Beiträge und Spenden unterstützen.

Darüberhinaus hoffen wir, daß Sie Ihr Wissen und Ihre Erfahrung in unsere Kooperationszusammenhänge einbringen, wie wir umgekehrt denken, daß Ihre Beteiligung auch für Sie von Nutzen ist.

Sie können:

- ○ Initiativen ergreifen für neue Arbeitszusammenhänge über noch nicht oder erst unzureichend bearbeitete Fragestellungen;
- ○ sich mit ihrer Kompetenz an Fachkonferenzen und Tagungen, vielleicht auch an deren Ausrichtung beteiligen;
- ○ nicht nur durch die Lektüre, sondern auch durch eigene Beiträge den Informationsdienst der Vereinigung stärken;
- ○ sich im Rahmen der von der Vereinssatzung vorgesehenen regionalen Vernetzung zur Arbeit an integrierten Problemstellungen und Konzepten engagieren.

Wir bitten um Spenden ...

... für die gemeinnützige Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung.

Konto-Nr.: 843 500 500, Bank für Handel und Industrie, BLZ 100 800 00

(Diese Spenden sind als Ausgaben zur Förderung wissenschaftlicher Zwecke bis zur Höhe von 10 Prozent des Gesamtbetrages der Einkünfte oder 2 vom Tausend der Summe der gesamten Umsätze und der im Kalenderjahr aufgewendeten Löhne und Gehälter als Sonderausgaben abzugsfähig.)